

**WACHSTUM.
BILDUNG.
ZUSAMMENHALT.**

Koalitionsvertrag
zwischen CDU, CSU und FDP

17. Legislaturperiode

PRÄAMBEL

I. WOHLSTAND FÜR ALLE

Durch nachhaltiges Wirtschaften

1. Wachstum und Aufschwung

1.1 Motivation und Entlastung

1.2 Der Weg aus der Krise

1.3 Investitionsbremsen lösen

2. Generationengerechte Finanzen

3. Arbeitschancen für alle

3.1 Arbeitsmarkt

3.2 Verantwortung für das Unternehmen, Partnerschaft im Betrieb

3.3 Ältere Arbeitnehmer

4. Nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz

4.1 Mittelstand

4.2 Klimaschutz, Energie und Umwelt

4.3 Neue Technologien, Industrieland Deutschland

4.4 Moderne Infrastruktur

4.4.1 Mobilität

4.4.2 Bauen und Wohnen

4.5 Ernährung und Verbraucherschutz

4.6 Landwirtschaft und ländlicher Raum

4.7 Dienstleistungen

5. Faire Regeln für die Weltwirtschaft

6. Deutsche Einheit

II. BILDUNGSREPUBLIK DEUTSCHLAND

Durch gute Bildung und starke Forschung

1. Bildung

1.1. Bildungsbündnisse vor Ort

1.2. Sprache als Schlüssel für den Bildungsaufstieg

- 1.3. Bildungsfinanzierung
- 1.4. Qualität für Bildung und Erziehung
- 1.5. Qualität für Studium und Hochschule
- 1.6. Modernes Berufsbildungssystem
- 1.7. Duales System
- 1.8. Ausbildung für alle
- 1.9. Lebensbegleitendes Lernen
- 2. Wissenschaft und Forschung**

III. SOZIALER FORTSCHRITT

Durch Zusammenhalt und Solidarität

- 1. Ehe, Familie und Kinder**
- 2. Jugendliche**
- 3. Senioren**
- 4. Gleichstellung**
- 5. Integration und Zuwanderung**
- 6. Ehrenamt**
- 7. Soziale Hilfe und Sozialversicherungen**
 - 7.1 Arbeitslosenversicherung und Bundesagentur für Arbeit
 - 7.2 Grundsicherung
 - 7.3 Weitere Sozialversicherungen
 - 7.4 Menschen mit Behinderungen
- 8. Rente**
- 9. Gesundheit und Pflege**
 - 9.1 Gesundheit
 - 9.2. Pflege
- 10. Religion, Geschichte und Kultur; Sport**

IV. FREIHEIT UND SICHERHEIT

Durch Bürgerrechte und starken Staat

- 1. Innere Sicherheit und Bürgerrechte**
- 2. Informations- und Mediengesellschaft**

3. **Datenschutz**
4. **Rechtspolitik**
5. **Moderner Staat**

V. SICHERER FRIEDEN

Durch Partnerschaft und Verantwortung in Europa und der Welt

1. **Deutschland in Europa**
2. **Wertegebundene und interessengeleitete Außenpolitik**
3. **Deutschland in internationaler Verantwortung**
4. **Internationale Einsätze und Instrumente deutscher Sicherheitspolitik**
5. **Leistungsstarke und moderne Bundeswehr**
6. **Menschenrechte schützen – Rechtsstaatlichkeit fördern**
7. **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik**
8. **Entwicklungszusammenarbeit**

VI. Arbeitsweise der Koalition

1 **PRÄAMBEL**

2

3 **Mit Mut zur Zukunft – Für unser Land.**

4

5 Wir stellen den Mut zur Zukunft der Verzagtheit entgegen. Wir wollen unserem
6 Land eine neue Richtung geben. Freiheit zur Verantwortung ist der Kompass die-
7 ser Koalition der Mitte. Wir führen Deutschland in Bildung, Wissenschaft und For-
8 schung an die Weltspitze, um kommenden Generationen ein Leben in Wohlstand,
9 Gerechtigkeit und Sicherheit zu ermöglichen. So wollen wir mit neuem Denken die
10 Zukunft gestalten.

11

12 CDU, CSU und FDP haben in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit
13 Gründung der Bundesrepublik Deutschland von den Wählerinnen und Wählern
14 den Regierungsauftrag erhalten. Wir wollen unser Land aus der Krise heraus zu
15 einem neuen Aufbruch in das neue Jahrzehnt führen. Deutschland hat mehr als
16 einmal bewiesen, dass es die Kraft hat, große Herausforderungen zu meistern. In
17 einer gemeinsamen Kraftanstrengung wollen wir unser Land in eine bessere Zu-
18 kunft führen. Es heißt, aus den Fehlern zu lernen und ihre Wiederholung zu ver-
19 hindern. Wir in Deutschland besinnen uns darauf, was uns aus- und was uns stark
20 macht.

21

22 Deutschland ist ein starkes Land. Seine Stärke gründet auf dem Fleiß der Bürge-
23 rinnen und Bürger, auf der Verantwortungsbereitschaft gerade in den Familien und
24 Lebensgemeinschaften, auf dem ehrenamtlichen Engagement, der Arbeit der
25 christlichen Kirchen sowie der anderen Religionsgemeinschaften, auf dem Enga-
26 gement der Unternehmerinnen und Unternehmer, der Leistungsbereitschaft der
27 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf dem Miteinander der Generatio-
28 en. Daraus entsteht der Zusammenhalt der Gesellschaft.

29

30 Wir bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft als Ordnung der Gesellschaft und
31 Ordnung der Wirtschaft. Mit der Koalition der Mitte wollen wir die Zukunft so ge-
32 stalten, dass Deutschland mit wirtschaftlicher Leistungskraft und in sozialer Ver-
33 antwortung wieder international an der Spitze steht. Unser Leitbild ist die solidari-
34 sche Leistungsgesellschaft, in der sich jeder nach seinen Fähigkeiten entfalten
35 kann und Verantwortung übernimmt. Zugleich wollen wir den Zusammenhalt aller
36 erhalten und stärken. Alle Menschen in unserem Land sollen die Chance auf wirt-
37 schaftlichen Erfolg, sozialen Zusammenhalt und ein Leben in Freiheit und Sicher-
38 heit haben. Deswegen steht der Mensch im Mittelpunkt unserer Politik.

39

40 Was wir vor der Bundestagswahl den Wählerinnen und Wählern versprochen ha-
41 ben, gilt auch danach: Steuererhöhungen zur Krisenbewältigung kommen für uns
42 nicht in Frage. Wir wollen, dass sich Leistung und Arbeit wieder lohnen.

43

44 Wir wollen nachhaltiges Wachstum, um Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu
45 sichern. Deutschland wird seine Spitzenstellung in der Welt mit starker klassischer
46 Industrie und hochqualifiziertem Handwerk nur halten können, wenn wir globale
47 Maßstäbe im Bereich der Innovation und Forschung setzen.

48

49 Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden. Unser gesellschaftliches Ziel ist ein
50 Deutschland, das zusammen hält. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist die
51 notwendige Voraussetzung für sozialen und wirtschaftlichen Erfolg.

52

53 Wir wollen eine Gesellschaft mit Freiraum für Selbstbestimmung, für Kreativität
54 und für ein neues Miteinander. Wir wollen einen Staat, der Freiheit und Sicherheit
55 für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet und seine hoheitlichen Aufgaben
56 erfüllt, die notwendigen Impulse gibt und die freie und faire Gesellschaft ermög-
57 licht.

58

59 Die Koalition der Mitte handelt auf Grundlage gemeinsamer Werte. Unsere Maß-
60 stäbe politischen Handelns sind: Freiheit in Verantwortung, Leistungsbereitschaft
61 und Solidarität, Toleranz und Fairness, Heimatverbundenheit und Weltoffenheit.

62

63 ***Wohlstand für alle***

64 Nachhaltiges Wachstum schafft Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Wir setzen des-
65 halb auf eine Strategie für nachhaltiges Wachstum auf Grundlage der Sozialen
66 Marktwirtschaft. Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich
67 Leistung für alle lohnt und sich die Wachstumskräfte entfalten können. Deswegen
68 wollen wir ein einfacheres, niedrigeres und gerechteres Steuersystem. Motor für
69 Wachstum und Beschäftigung in Deutschland ist der Mittelstand. Deswegen set-
70 zen wir auf eine mittelstandsfreundliche Politik.

71 **Wir verwirklichen nachhaltiges Wachstum für Arbeit und Wohlstand.**

72

73 Zum nachhaltigen Wirtschaften gehört Generationengerechtigkeit in der Finanzpo-
74 litik. Wir setzen die im Grundgesetz neu verankerte Schuldenbremse um. Damit
75 nähern wir uns Schritt für Schritt dem Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts.
76 Dafür sind in den kommenden Jahren langfristiges Denken und Handeln erforder-
77 lich. Die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zeigt: Wir brauchen glo-
78 bale Regeln für nachhaltiges Wirtschaften.

79 **Wir praktizieren eine generationengerechte Finanzpolitik.**

80

81 Wir werden uns den Herausforderungen des Klimawandels stellen – national wie
82 auch international. Wir werden Impuls- und Innovationsgeber sein. Wir werden
83 den Umweltschutz mit neuen Technologien verbessern. Wir schaffen mit Investi-
84 tionen in Zukunftstechnologien neues Wachstum. Die Bürgerinnen und Bürger und
85 der Industriestandort Deutschland brauchen sichere, umweltverträgliche, wettbe-
86 werbsfähige und bezahlbare Energie. Dafür braucht unser Land ein energiepoliti-
87 sches Gesamtkonzept, das diese Ziele miteinander verbindet.

88 **Wir gehen den Weg in das Zeitalter der regenerativen Energie.**

89

90 ***Bildungsrepublik Deutschland***

91 Bildung ist ein Schlüssel zur persönlichen Entfaltung, zur sozialen Gerechtigkeit
92 und zum Wohlstand. Bildung schafft die Grundlage für Innovationen und gesell-
93 schaftliche Entwicklung. Bildung ermöglicht Aufstieg und schafft Zusammenhalt.
94 Deshalb wollen wir die Bildungsrepublik Deutschland. Wir wollen eines der besten
95 Bildungssysteme der Welt. Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sind
96 unser wichtigster Rohstoff in der Globalisierung. Unser Ziel sind faire Startchancen
97 für alle Kinder. Aufstieg durch Bildung erreichen wir durch höhere Bildungsinvesti-
98 tionen und das enge Zusammenwirken von Bund und Ländern. Bildung darf keine
99 Frage der Herkunft oder des Einkommens sein. Wissenschaft und Forschung
100 bringen Fortschritt und damit Wohlstand für alle in unserem Land. Wir wollen eine
101 führende Rolle bei den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts einnehmen.
102 Bildung und Ausbildung sind zugleich Pfeiler einer erfolgreichen Integration. Das

103 Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten werden wir weiter ver-
104 bessern und als Zukunftsaufgabe für beide Seiten begreifen.

105 **Wir geben Bildung und Forschung Vorrang.**

106

107 **Sozialer Fortschritt**

108 Wir wollen ein eigenverantwortliches und solidarisches Miteinander in der Gesell-
109 schaft. Im freiheitlichen Sozialstaat gehören Rechte und Pflichten zusammen. Wir
110 werden die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen. Auch wer auf soli-
111 darische Hilfe angewiesen ist und dementsprechend unterstützt wird, soll ermutigt
112 werden, den ihm möglichen Beitrag zu leisten. Das stärkt den Zusammenhalt. Die
113 Familie bleibt das Fundament unserer Gesellschaft, die auf Zusammenhalt grün-
114 det. Die Familien sind Leistungsträger in unserem Land. Wir wollen ihre wirtschaft-
115 liche und soziale Leistungsfähigkeit stärken. In Lebensgemeinschaften, in denen
116 Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, werden ebenso
117 Werte gelebt, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Das hohe Gut des
118 Miteinanders der Generationen werden wir sichern.

119 **Wir fördern den Dienst am Anderen und fordern Solidarität für eine men-
120 schliche Gesellschaft.**

121

122 Die Stärke der Kulturnation Deutschland ist ihre Vielfalt. Ehrenamtliches Engage-
123 ment ist Ausdruck einer lebendigen Bürgerkultur. Ehrenamtlich tätige Bürgerinnen
124 und Bürger sind die Grundlage einer freien Bürgergesellschaft. Wir werden die
125 Potenziale für ehrenamtliches Engagement besser erschließen.

126 **Wir wollen eine lebendige Zivilkultur in Deutschland.**

127

128 **Freiheit und Sicherheit**

129 Wir wollen Freiheit und Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir werden
130 Kriminalität wirksam bekämpfen und für mehr Sicherheit sorgen. Wir werden die
131 Freiheit der Bürgerinnen und Bürger schützen und die Bürgerrechte stärken. Wir
132 wollen ein ausgewogenes Verhältnis von Freiheit und Sicherheit. Wir werden auch
133 gegenüber neuen Herausforderungen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger und
134 ihre Sicherheit mit unserer Rechtsordnung garantieren.

135 **Wir setzen auf die Freiheit des Einzelnen und stehen für die Sicherheit aller
136 ein.**

137

138 **Frieden und Freiheit**

139 Die Welt ist zusammengewachsen. Wir leben in *einer* Welt. Der Klimawandel, die
140 Entwicklungsprobleme in vielen Regionen, der internationale Terrorismus und die
141 Auswirkungen internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise machen deutlich,
142 dass wir den großen Herausforderungen global nur gemeinsam wirksam begegnen
143 können.

144

145 Deutschland setzt auf die Idee des gemeinsamen Europas und die europäische
146 Einbettung. Wir stehen zu unserer Verantwortung in der Welt. Dabei setzen wir auf
147 Kooperation und internationale Zusammenarbeit.

148

149 Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und eine marktwirtschaftliche
150 Ordnung bestimmen unser Handeln für Deutschland in der Welt. Wir stehen für
151 eine Außenpolitik, die wertorientiert und interessengeleitet ist. Wir stehen für eine
152 Außenpolitik, die durch Abrüstung zu Frieden und Freiheit in der Welt beiträgt. Wir
153 werden weiter aktiv an einer gemeinsamen Zukunft mit unseren Partnern in der

154 Europäischen Union arbeiten. Wir werden den neuen Schwung in den Transatlan-
155 tischen Beziehungen für eine aktive Außenpolitik entschlossen nutzen. Wir stellen
156 uns den neuen internationalen Herausforderungen und nehmen damit die neue
157 Rolle Deutschlands in Europa und in der Welt an. Wir werden die damit verbunde-
158 nen Verpflichtungen in Verantwortung erfüllen.

159 **Wir setzen uns für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Weltgemeinschaft**
160 **ein.**

161

162 **Die Koalition der Mitte nimmt ihre Arbeit für das kommende Jahrzehnt auf.**

163 Unsere Ziele sind nachhaltiges Wirtschaften für Wohlstand, neue Chancen für
164 Aufstieg durch Bildung und sozialer Zusammenhalt für ein starkes Deutschland.
165 Dafür haben CDU, CSU und FDP die Koalition der Mitte geschlossen.

166

I. WOHLSTAND FÜR ALLE
Durch nachhaltiges Wirtschaften

1. Wachstum und Aufschwung

Unsere wirtschaftspolitische Leitlinie ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie greift weit über ökonomische Ziele hinaus, ist ein unverzichtbarer Teil einer freiheitlichen offenen Gesellschaft. Wir achten, schützen und verteidigen die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft mit aller Kraft. Das System der Sozialen Marktwirtschaft hat nicht nur zu großem Wohlstand breiter Bevölkerungsgruppen, sondern auch zu einem einmaligen sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Die Ordnungspolitik setzt in der Sozialen Marktwirtschaft die Rahmenbedingungen. Deren oberstes Ziel muss sein, dass Bürger und Unternehmen ihre produktiven Kräfte entfalten und ihr Eigentum sichern können. Dabei ist es eine Daueraufgabe des Staates, diesen Ordnungsrahmen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen anzupassen und zu verbessern. Wir verfolgen eine Wirtschaftspolitik, die auf Stetigkeit, Solidität und Verlässlichkeit ausgerichtet ist und mit der richtigen Ausrichtung aus Ordnungs-, Steuer-, und Innovationspolitik entschlossen handelt, auch international und auf europäischer Ebene.

In der jetzigen Situation gilt es, den Einbruch des wirtschaftlichen Wachstums so schnell wie möglich zu überwinden und zu einem neuen, stabilen und dynamischen Aufschwung zu kommen. In der außergewöhnlichen Situation, in der sich die deutsche wie die internationale Wirtschaft befindet, dürfen das Vertrauen der Bürger und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen jetzt nicht durch Entzug von Kaufkraft höhere Belastung der Arbeitskosten und Kürzungen bei öffentlichen und privaten Investitionen gefährdet werden. Dies wäre auch im historischen Maßstab ein schwerer Fehler. Die Koalition wird vielmehr auf diese Herausforderung mit einer Strategie der Stärkung und Verlässlichkeit antworten. Sie beruht auf drei zentralen Ansätzen:

- Wir werden erstens die Motivation und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in unserem Land schnell und deutlich stärken, indem wir sofort damit beginnen, die Steuern zu senken, bürokratische Hemmnisse abzubauen und mehr Anreize zu schaffen, damit sich reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeit in allen Bereichen lohnt. Wir werden die Quellen des Wachstums für morgen in den Mittelpunkt stellen, dies betrifft insbesondere Bildung und Forschung und neue Technologien, Produkte und Dienstleistungen. Hier entscheidet sich mehr als an anderen die langfristige Zukunftskraft Deutschlands.
- Wir werden zweitens einen nachhaltigen Kurs der Sparsamkeit, der Transparenz der öffentlichen Finanzen und der verlässlichen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verfolgen. Die finanziellen Folgen des Wachstumseinbruchs werden wir nicht ungeschehen machen können. Wir sind allerdings überzeugt, dass wir sie durch die Kombination aus nachhaltigem Wachstum und kluger Sparsamkeit schrittweise abtragen und in den kommenden Jahren neue Stärke für unser Land gewinnen können.
- Wir werden drittens in der schwierigen Phase, in der der Arbeitsmarkt, die Unternehmen und die Banken noch die unmittelbaren Folgen der Finanz-

218 und Wirtschaftskrise zu verkraften haben, Beschäftigung sichern und den
219 Unternehmen Hilfe bei der Finanzierung insbesondere ihrer Investitionen
220 bereit stellen. Zwar erforderte die Weltwirtschaftskrise eine vorübergehende
221 stärkere Rolle des Staates. Aber CDU, CSU und FDP sind sich einig: Die
222 Beteiligung des Staates an Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten ist
223 so eng wie möglich zeitlich zu begrenzen. Dazu werden wir jetzt mit einer
224 Ausstiegs-Strategie beginnen.

225

226 **1.1. Motivation und Entlastung**

227

228 **Mehr Netto vom Brutto**

229

230 Wir wollen eine Steuerpolitik, die die Leistungsbereitschaft der Bürgerinnen und
231 Bürger stärkt. Wir wollen eine Steuerpolitik, die für die Unternehmen in Deutsch-
232 land Rahmenbedingungen schafft, die ihr auch in Zeiten der Globalisierung ihre
233 starke Stellung ermöglicht.

234

235 Wir verstehen Steuerpolitik als Wachstumspolitik, denn wir wissen, dass Basis
236 aller Staatsfinanzen die Arbeit der Bürger unseres Landes und die wirtschaftlich
237 erfolgreichen Unternehmen sind. Mehr finanzieller Spielraum ist Voraussetzung für
238 mehr Konsum und mehr Investitionen.

239

240 Die Bürger empfinden aber nicht nur die Höhe der Steuer- und Abgabenlast als
241 demotivierend, sondern auch die Kompliziertheit und Unklarheit des deutschen
242 Steuerrechts. Deshalb wollen wir, dass Steuern „einfach, niedrig und gerecht“
243 sind. Wir streben an, die paritätisch finanzierten Lohnzusatzkosten (Sozialversi-
244 cherungsbeiträge) unter 40% vom Lohn zu halten.

245

246 Wir werden dafür sorgen, dass sich Arbeit lohnt, dass den Bürgern mehr Netto
247 vom Bruttoeinkommen bleibt. Das Steuersystem und das Besteuerungsverfahren
248 werden wir deutlich vereinfachen und für die Anwender freundlicher gestalten.

249

250 Die steuerlichen Entlastungen schaffen die nachhaltige Grundlage für gesunde
251 Staatsfinanzen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die strenge Begrenzung der
252 Schulden nach der neuen Schuldenregel unserer Verfassung.

253

254 Wir halten an den durch den Gesetzgeber beschlossenen Entlastungen in der
255 Lohn- und Einkommensteuer fest. Das bedeutet, dass durch die erweiterte Ab-
256 setzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge und den Einstieg in die Beseitigung
257 der kalten Progression eine Steuerentlastung in Höhe von rund 14 Milliarden Euro
258 jährlich zum 1.1.2010 verwirklicht wird.

259

260 Wir wollen darüber hinaus eine steuerliche Entlastung insbesondere für die unte-
261 ren und mittleren Einkommensbereiche sowie für die Familien mit Kindern in ei-
262 nem Gesamtvolumen von 24 Mrd. Euro (volle Jahreswirkung) im Laufe der Legis-
263 laturperiode umsetzen.

264

265 Der Kinderfreibetrag wird in einem ersten Schritt zum 1.1.2010 auf 7008,- Euro
266 und das Kindergeld um je 20,- Euro erhöht.

267

268 Wir werden insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorran-
269 gig entlasten und gleichzeitig den Mittelstandsbauch abflachen, indem wir den
270 Einkommensteuertarif zu einem Stufentarif umbauen. Zahl und Verlauf der Stufen
271 wird unter Berücksichtigung dieses Zieles entwickelt.

272

273 Der Tarif soll möglichst zum 1.1.2011 in Kraft treten.

274

275

276 **1.2 Der Weg aus der Krise**

277

278 **Sofortprogramm krisenentschärfende Maßnahmen**

279

280 Um schnell und effektiv Wachstumshemmnisse zu beseitigen, werden wir unver-
281 züglich mit einem Sofortprogramm zum 1. Januar 2010 beginnen. Die Verlust- und
282 Zinsabzugsbeschränkungen sowohl für international aufgestellte Konzerne als
283 auch für mittelständische Unternehmen werden entschärft. Zu diesem Zweck wer-
284 den wir:

285

286 bei den Verlustabzugsbeschränkungen („Mantelkauf“)

287

- die zeitliche Beschränkung bei der Sanierungsklausel zur Verlustnutzung bei Anteilsübertragungen aufheben,

288

289

- den Abzug von Verlusten bei Umstrukturierungen innerhalb verbundener Unternehmen - soweit erforderlich – wieder zulassen („Konzernklausel“),

290

291

292

293

- den Übergang der Verluste in Höhe der stillen Reserven zulassen,

294

295 bei den Zinsabzugsbeschränkungen („Zinsschranke“)

296

- die höhere Freigrenze von 3 Mio. Euro dauerhaft einführen, um insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen zu entlasten,
- einen Vortrag des EBITDA rückwirkend ab dem Jahr 2007 für einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren einführen, um den Zinsabzug für die Unternehmen auch bei Konjunkturschwankungen zu verstetigen,

297

298

299

300

301

302

303

304

- die Escape-Klausel überarbeiten und für deutsche Konzerne anwendbar machen,

305 bei den grenzüberschreitenden Leistungsbeziehungen

306

307

308

309

- unverzüglich die negativen Auswirkungen der Neuregelung zur Funktionsverlagerung auf den Forschungs- und Entwicklungsstandort Deutschland beseitigen,

310 bei den gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen

311

312

313

314

315

- den Hinzurechnungssatz bei den Immobilienmieten von 65% auf 50% reduzieren (alle übrigen Fragen werden in die Kommission „Gemeindefinanzen“ einbezogen),

316 bei der Grunderwerbsteuer

- 317 • die Umstrukturierung von Unternehmen durch eine Konzernklausel erleich-
318 tern,

319

320 bei den Ertragsteuern

- 321 • ein Wahlrecht einführen, die Sofortabschreibung für geringwertige Wirt-
322 schaftsgüter bis 410 Euro oder die Poolabschreibung für alle Wirtschaftsgü-
323 ter zwischen 150 und 1000 Euro anzuwenden.

324

325 **Steuervereinfachung**

326

327 Wir werden das Steuerrecht spürbar vereinfachen und von unnötiger Bürokratie
328 befreien. Davon werden alle profitieren, sowohl die Steuerzahler als auch die
329 Steuerverwaltung und die steuerberatenden Berufe. Wir werden insbesondere

330

- 331 • die Steuererklärungsvordrucke und Erläuterungen verständlicher und an-
332 wendungsfreundlicher ausgestalten,

333

- 334 • allen Bürgern die Möglichkeiten geben, ohne Papierbelege mit den Finanz-
335 ämtern zu kommunizieren,

336

- 337 • noch in dieser Legislaturperiode allen Bürgern auf Wunsch eine vorausge-
338 füllte Steuererklärung mit den bei der Finanzverwaltung vorhandenen Da-
339 ten zur Verfügung stellen,

340

- 341 • den steuerlichen Abzug privater Steuerberatungskosten wieder einführen,

342

- 343 • ein schlüssiges und verständliches Konzept der steuerlichen Berücksichti-
344 gung von Aufwendungen für Familien und Kinder und im Haushalt,

345

- 346 • die steuerliche Abzugsfähigkeit von Ausbildungskosten neu ordnen,

347

- 348 • die Besteuerung der Rentnerinnen und Rentner so vereinfachen, dass kein
349 aufwändiges Kontrollmitteilungsverfahren und keine separate Erklärungs-
350 pflicht für Rentenbezüge mehr notwendig ist,

351

- 352 • den Abzug von Kosten für ein Pflegeheim durch Pauschalierung vereinfachen
353 anstelle des heutigen Einzelnachweises der Kosten,

354

- 355 • die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge entbürokratisieren
356 und flexibilisieren,

357

- 358 • gleichheitswidrige Benachteiligungen im Steuerrecht abbauen und insbe-
359 sondere die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Gleich-
360 stellung von Lebenspartnern mit Ehegatten umsetzen,

361

- 362 • die Besteuerung von Jahreswagenrabatten für Mitarbeiter zügig auf ein
363 realitätsgerechtes Maß bringen; in diesem Zusammenhang werden wir
364 auch die Angemessenheit der Besteuerung des geldwerten Vorteils aus
365 der Privatnutzung betrieblicher Fahrzeug überprüfen,

366

367

- grundsätzlich rückwirkende gesetzgeberische Maßnahmen vermeiden, welche die Bürger belasten,

368

369

370

- dafür sorgen, dass sich BMF-Schreiben auf die Auslegung der Gesetze beschränken und die Praxis der Nichtanwendungserlasse zurückgeführt wird,

371

372

373

- prüfen, ob Arbeitnehmer die Steuerklärung auch für einen Zeitraum von zwei Jahren abgeben können,

374

375

376

- die Gebührenpflicht für die verbindliche Auskunft auf wesentliche und aufwändige Fälle beschränken,

377

378

379

- das Kontenabrufverfahren überprüfen,

380

381

- zur Erhöhung der Planungssicherheit auf Seiten der Unternehmen und der Finanzverwaltung dafür sorgen, dass der Gedanke der zeitnahen Betriebsprüfung verwirklicht wird. Betriebsprüfungen müssen grundsätzlich innerhalb von fünf Jahren nach Beginn bzw. dann abgeschlossen sein, wenn die neue Betriebsprüfung beginnt,

382

383

384

385

386

387

- den Abzug von außergewöhnlichen Belastungen vereinfachen und in diesem Zusammenhang stärker typisieren und pauschalisieren,

388

389

390

- die elektronische Rechnungsstellung auf möglichst unbürokratische Weise ermöglichen.

391

392

393

Reform der Erbschaftsteuer

394

395

Wir werden die Regelungen bei der Erbschaftsteuer entbürokratisieren, familien-gerechter, planungssicherer und mittelstandsfreundlicher machen. Hierzu werden wir als Sofortprogramm vorab

396

397

398

- die Steuerbelastung für Geschwister und Geschwisterkinder durch einen neuen Steuertarif von 15 bis 43 Prozent senken

399

400

und

401

- die Bedingungen für die Unternehmensnachfolge krisenfest ausgestalten. Wir streben an, die Zeiträume zu verkürzen, innerhalb dessen das Unternehmen weitergeführt werden muss. Die erforderlichen Lohnsummen wollen wir absenken.

402

403

404

405

406

Wir werden in Gespräche mit den Ländern eintreten, um zu prüfen, ob die Erbschaftsteuer hinsichtlich Steuersätzen und Freibeträgen regionalisiert werden kann.

407

408

409

410

Mittelfristige Ziele für die Unternehmensbesteuerung

411

412

Steuerpolitik ist auch Standortpolitik. Aus diesem Grund wollen wir das Unternehmenssteuerrecht weiter modernisieren und international wettbewerbsfähig gestalten. Aufkommensneutralität sollte gewahrt bleiben. Unternehmerische Entscheidungen sollten sich - unabhängig von Rechtsform, Organisation und Finanzierung - in erster Linie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nach

413

414

415

416

417 steuerlichen Aspekten richten. Auch der Holdingstandort Deutschland soll gestärkt
418 werden. Ansatzpunkte für eine Prüfung sind:

- 419 • eine Neustrukturierung der Regelungen zur Verlustverrechnung,
- 420 • die grenzüberschreitende Besteuerung von Unternehmenserträgen,
- 421 • die Einführung eines modernen Gruppenbesteuerungssystems anstelle der
422 bisherigen Organschaft

423

424 Darüber hinaus wollen wir uns mit dem Problem der zweifachen Besteuerung von
425 Unternehmenserträgen auf der Ebene der Unternehmen und Anteilseigner einer-
426 seits und der nur einfachen Besteuerung der Erträge aus risikoarmen Zinsproduk-
427 ten andererseits auseinandersetzen.

428

429 Wir werden unsere Politik der Doppelbesteuerungsabkommen auf die internatio-
430 nale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ausrichten und deshalb grund-
431 sätzlich an der Freistellung der ausländischen Einkünfte festhalten.

432

433 Die Bemühungen im Kampf gegen die internationale Steuerhinterziehung werden
434 wir weiter vorantreiben.

435

436 Wir werden eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung
437 der Gemeindefinanzierung einsetzen. Diese soll auch den Ersatz der Gewerbe-
438 steuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen
439 Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prü-
440 fen.

441

442 **Umsatzsteuer**

443

444 Auch die Umsatzsteuer muss an die modernen Anforderungen angepasst werden.
445 Eine Umstellung auf die Ist-Besteuerung auf Leistungserbringer- und -
446 empfängerseite könnte beispielsweise zur Bekämpfung des Steuerbetrugs und zur
447 Verbesserung der Zahlungsmoral beitragen. Deshalb werden wir im Verlauf der
448 Legislaturperiode unter Einbeziehung der europäischen Vorgaben prüfen, ob und
449 in welchem Umfang das Prinzip der Ist-Besteuerung der Umsätze ausgeweitet
450 werden kann.

451

452 Daneben gibt es Handlungsbedarf bei den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen. Be-
453 nachteiligungen gehören auf den Prüfstand. Aus diesem Grund wollen wir eine
454 Kommission einsetzen, die sich mit der Systemumstellung bei der Umsatzsteuer
455 sowie dem Katalog der ermäßigten Mehrwertsteuersätze befasst.

456 Dabei gilt es auch, die europäische Wettbewerbssituation bestimmter Bereiche zu
457 berücksichtigen. Deshalb wollen wir ab dem 1.1.2010 für Beherbergungsleistun-
458 gen in Hotel- und Gastronomiegewerbe den Mehrwertsteuersatz auf 7 Prozent
459 ermäßigen.

460

461 Die Umsatzbesteuerung von Postdienstleistungen ist mit Blick auf die jüngste
462 EuGH-Rechtsprechung umgehend so anzupassen, dass keine steuerliche Un-
463 gleichbehandlung mehr besteht. Nach dem Urteil des EuGH bleibt die Grundver-
464 sorgung der Bürger mit Postdienstleistungen umsatzsteuerfrei.

465

466 Wir streben Wettbewerbsgleichheit kommunaler und privater Anbieter insbesonde-
467 re bei der Umsatzsteuer an, um Arbeitsplätze zu sichern und Investitionen zu er-

468 möglichen. Aufgaben der Daseinsvorsorge sollen nicht über die bestehenden Re-
469 gelungen hinaus steuerlich belastet werden.

470

471 Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit für die heimische Produktion von Biokraftstof-
472 fen auch unter steuerlichen Gesichtspunkten erhalten. Für die Branche muss Pla-
473 nungssicherheit gewährleistet sein.

474

475 Wir streben eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung an, die
476 zusätzliche Forschungsimpulse insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen
477 auslöst.

478

479 Die bereits beschlossene Einkommensteuerentlastung, das Sofortprogramm für
480 Familien, die Änderungen der Unternehmenssteuerreform und die Erbschaftsteuer
481 belaufen sich damit zum 1.1.2010 auf ein Gesamtvolumen von rund 21 Mrd. Euro.
482 Sie bilden damit einen starken Impuls zu Beginn der neuen Legislaturperiode, der
483 dabei hilft, Deutschland aus der Krise zu führen.

484

485 **1.3. Investitionsbremsen lösen**

486

487 **Bürokratieabbau**

488

489 Der freiheitliche Staat soll nicht bevormunden, sondern den Gestaltungsraum von
490 Bürgern und Unternehmen respektieren. Regulierungen sollen nur dort geschaffen
491 werden, wo es zum Schutz des Schwächeren und zur Wahrung wichtiger Ge-
492 meinschaftsgüter und eines Ordnungsrahmens erforderlich ist. Regeln sind kein
493 Selbstzweck, weshalb es nicht mehr Regeln geben soll, als erforderlich. Notwen-
494 dige Regelungen müssen schlank und verlässlich, Verwaltungs- und gerichtliche
495 Verfahren zügig sein.

496

497 Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung wirken wie ein Wachstumsprogramm
498 zum Nulltarif. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise wollen wir dieses Potential
499 nutzen. Alle Ressorts werden deshalb bestehende Bürokratielasten fortlaufend
500 und eigenständig reduzieren und neue Belastungen vermeiden.

501

502 Bisher werden die durch die gesetzlichen Informationspflichten der Wirtschaft ver-
503 ursachten Kosten gemessen. Um die Bürokratiekosten weiter einzudämmen, wer-
504 den wir künftig

505

- die gesetzlichen Informationspflichten auch für die Bürger

506

und

507

- die gesetzlichen Handlungspflichten für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung
508 prüfen, bevor Gesetze vorgelegt werden.

509

510 Dazu werden wir den Normenkontrollrat (NKR) stärken und seine Kompetenzen
511 ausbauen. Wir prüfen, wie das gegenwärtige Mandat des NKR bei der Verab-
512 scheidung neuer Regelungen auf die Einhaltung der methodengerechten Durch-
513 führung der festgelegten Anforderungen erweitert werden kann. Bei Gesetzen,
514 Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften ist verstärkt von der Möglichkeit
515 der Befristung Gebrauch zu machen. Der Normenkontrollrat wird gebeten, bei sei-
516 nen Stellungnahmen die Möglichkeiten der Befristung ausdrücklich zu untersu-
517 chen. Insbesondere wollen wir eine Plausibilitätsprüfung der so genannten sonsti-
518 gen Bürokratiekosten in den Aufgabenbereich des NKR übertragen.

519

520 Vor der Verständigung auf Vorschläge der Bundesregierung für eine erneute Beru-
521 fung des NKR werden wir Größe und Zusammensetzung dieses Gremiums vor
522 dem Hintergrund seines erweiterten Mandats überprüfen.

523

524 Wir bekräftigen die bestehende Verpflichtung, die gemessenen Kosten aus bun-
525 desrechtlichen Informationspflichten der Wirtschaft bis 2011 im Vergleich zu 2006
526 um netto 25 Prozent zu reduzieren. Dazu legen die Bundesministerien bis 1. Juli
527 2010 jeweils verbindliche Umsetzungspläne vor. Über den Zeitraum 2011 hinaus
528 wird die Bundesregierung ein weiteres anspruchsvolles Reduktionsziel auch für
529 den gesamten gemessenen Erfüllungsaufwand festlegen.

530

531 Wir werden in einem ersten Schritt umgehend konkrete Möglichkeiten aufzeigen,
532 wie in den folgenden Bereichen für Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger und die
533 Verwaltung der gesamte messbare Erfüllungsaufwand um durchschnittlich 25 Pro-
534 zent netto reduziert werden kann und bis 2011 entsprechende Änderungen in fol-
535 genden Bereichen vornehmen, beispielsweise:

536

– Planungs- und Baurecht von Infrastrukturvorhaben;

537

– Steuererklärungen, steuerliche und zollrechtliche Nachweispflichten;

538

– Harmonisierung und Verkürzung der Aufbewahrungs- und Prüfungsfristen
nach Handels-, Steuer-, und Sozialrecht;

539

– Betriebliche Beauftragte;

540

– Antrag auf gesetzliche Leistungen, insbesondere für

541

○ Existenzgründer und Kleinunternehmen sowie bei drohender Firmenin-
542 solvenz;

543

○ Menschen, die pflegebedürftig, chronisch krank oder akut schwer krank
544 sind;

545

○ Familien und Alleinerziehende;

546

– Erleichterung der elektronischen Übermittlung der Gewerbeanzeige.

547

548

549 Wir prüfen, wie die Verpflichtungen und Schwellenwerte des Handels-, Steuer-,
550 Arbeits- und Sozialrechts rechtsbereichsübergreifend harmonisiert werden können
551 (z. B. Vereinheitlichung des Einkommensbegriffs). Die von Arbeitgebern auszus-
552 tellenden Bescheinigungen und Entgeltnachweise werden bis spätestens 2015 in
553 ein elektronisches Verfahren überführt.

554

555 Wir wollen innerhalb der Bundesregierung ein „Frühwarnsystem“ mit einer mittels-
556 tandsorientierten Gesetzesfolgenabschätzung für europäische Regelungen im-
557 plementieren.

558

559 Wir setzen uns aktiv für die Einsetzung eines unabhängigen Rates für Bürokratie-
560 tieabbau bei der EU-Kommission nach dem Vorbild des NKR ein und fordern die
561 EU-Kommission auf, weitere Vereinfachungsmaßnahmen auf den Weg zu brin-
562 gen, insbesondere auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Die Tätigkeit des NKR und
563 des geplanten unabhängigen Rates für Bürokratieabbau sind miteinander zu ver-
564 netzen und aufeinander abzustimmen. Außerdem unterstützen wir die Annahme
565 der Vereinfachungsvorschläge der EU-Kommission aus dem Aktionsprogramm
566 zum Abbau von Verwaltungslasten. Wir werden bei den Verhandlungen zu neuen
567 Regelungsvorhaben der EU auf einer plausiblen Folgekostenschätzung bestehen
568 und eigene Vorschläge zur Vereinfachung einbringen. Wir werden EU-Richtlinien
569 wettbewerbsneutral („1 zu 1“) umsetzen, damit Unternehmen am Standort

570 Deutschland kein Wettbewerbsnachteil entsteht.

571

572 Das geltende AGG werden wir im Hinblick auf einen möglichen Abbau von Büro-
573 kratielasten überprüfen.

574

575 Wir setzen uns aktiv gegen alle Formen von Diskriminierung ein. Den ungeeigne-
576 ten Entwurf der Europäischen Kommission zur 5. Antidiskriminierungsrichtlinie
577 lehnen wir allerdings ab.

578

579 **Genehmigungsverfahren**

580

581 Wir prüfen, wo Initiativen ergriffen werden können, um Genehmigungsverfahren,
582 die bundesgesetzlich geregelt sind, zu verkürzen und zu beschleunigen. Geneh-
583 migungsverfahren sind, wenn möglich, inhaltlich zu reduzieren und verfahrens-
584 und kompetenzmäßig zu konzentrieren. Dabei ist dem Anzeigeverfahren ein grö-
585 ßeres Gewicht einzuräumen. Insbesondere streben wir an, in Abstimmung mit den
586 Ländern Genehmigungsverfahren im Baurecht zu straffen. Außerdem werden wir
587 Umfang und Breite der gerichtlichen Überprüfungscompetenz untersuchen und wo
588 möglich auf das notwendige rechtliche Maß zurückführen.

589

590 Wir befürworten die Einrichtung von Modellregionen für den Bürokratieabbau.

591

592 **Vergaberecht**

593

594 Die deutsche Wirtschaft braucht ein leistungsfähiges, transparentes, mittelstand-
595 sgerechtes und unbürokratisches Vergaberecht. Zur Erleichterung des Zugangs
596 zu den Beschaffungsmärkten und zur Stärkung eines offenen und fairen Wettbe-
597 werbs um öffentliche Aufträge soll das bestehende Vergaberecht reformiert und
598 weiter gestrafft werden. Ziel ist es, das Verfahren und die Festlegung der Verga-
599 beregeln insgesamt zu vereinfachen und transparenter zu gestalten. Wir stärken
600 die Transparenz im Unterschwellenbereich. Die Erfahrungen aus der Anhebung
601 der Schwellenwerte in der VOB und VOL werden evaluiert und die Ergebnisse bei
602 der Reform des Vergaberechts berücksichtigt. Zur Reform des Vergaberechts wird
603 ein wirksamer Rechtsschutz bei Unterschwellenaufträgen gehören. Ein Gesetz-
604 entwurf für das reformierte Vergaberecht wird bis Ende 2010 vorgelegt.

605

606 Das Bauforderungssicherungsgesetz wird alsbald und umfänglich hinsichtlich der
607 Zielerreichung überprüft.

608

609 Die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand muss deutlich verbessert werden. Die
610 2009 eingeführte Berücksichtigung vergabefremder Aspekte wird in ihren Wirkun-
611 gen geprüft und gegebenenfalls korrigiert.

612

613 **Unternehmensfinanzierung**

614

615 Wir werden die Bedingungen für Unternehmensfinanzierung verbessern. Deutsch-
616 lands Mittelstand darf nicht in eine Kreditklemme geraten. Dazu wollen wir das
617 Kredit- und Bürgschaftsprogramm (Deutschlandfonds) evaluieren und prüfen, ob
618 und welche Anpassungen zur Unterstützung insbesondere auch unserer mittels-
619 tändischen Wirtschaft notwendig sind. Wir überprüfen gegebenenfalls Struktur und
620 zeitliche Ausrichtung des Deutschlandfonds. Ein Kreditmediator bündelt – in Ab-

621 stimmung mit entsprechenden Einrichtungen auf Länderebene – die Beschwerden
622 der Fremdkapital suchenden Unternehmen und versucht mit der Kreditwirtschaft
623 konstruktive Lösungen zu finden. Es werden die Möglichkeiten einer schnell ver-
624 fgbaren und unbürokratischen Liquiditätshilfe für kleine Unternehmen geprüft.

625

626 **GWB-Novelle**

627

628 In das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wird als ultima ratio ein Ent-
629 flechtungsinstrument integriert. Darüber hinaus werden Elemente der europä-
630 ischen Fusionskontrolle übernommen. Das Kartellamt wird weiterhin Konzentrati-
631 onstendenzen und Nachfragemacht beobachten. Das Kartellamt wird bei der wett-
632 bewerblichen Folgenabschätzung am Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Zur Si-
633 cherung freier und fairer Märkte setzen wir uns für ein unabhängiges europäisches
634 Kartellamt ein.

635

636 **Reform des Insolvenzrechts**

637

638 Das Insolvenzrecht muss den neuen Herausforderungen angepasst werden. Wir
639 werden ein Instrumentarium schaffen, dass es der Bankenaufsicht frühzeitig er-
640 möglicht, systemrelevante Finanzinstitute im Rahmen eines geordneten Verfah-
641 rens zu restrukturieren.

642

643 Wir wollen die Restrukturierung und Fortführung von sanierungsfähigen Unter-
644 nehmen erleichtern und damit den Erhalt von Arbeitsplätzen ermöglichen. Hierzu
645 gehört es, die rechtlichen Rahmenbedingungen für außergerichtliche Sanierungs-
646 verfahren für Unternehmen im Vorfeld einer drohenden Insolvenz zu verbessern.

647

648 Das Insolvenzplanverfahren soll vereinfacht und im Sinne eines Restrukturie-
649 rungsrechts noch stärker auf die Frühsanierung von Unternehmen ausgerichtet
650 werden. Für Kreditinstitute ist ein früh eingreifendes Reorganisationsverfahren
651 vorzusehen. Hierdurch sollen Enteignungen vermieden und das Haftungsprinzip
652 gestärkt werden. Eine wesentliche Errungenschaft der Insolvenzordnung ist die
653 Gleichbehandlung aller Gläubiger. Hiermit nicht vereinbar ist die in der letzten
654 Wahlperiode gegen den Willen der Rechtspolitiker aller Fraktionen erfolgte Privile-
655 gierung der Sozialkassen im Insolvenzverfahren. Diese werden wir beenden. Wei-
656 teren Regelungsbedarf werden wir prüfen. Das gilt namentlich für den Verschul-
657 densbegriff, die Verwalterauswahl und das Verbraucherinsolvenzverfahren. Hier
658 muss auch weiterhin der Grundsatz der zweiten Chance gelten. Rechtsstaatliche
659 Standards müssen gewahrt bleiben.

660

661 **Beteiligung der öffentlichen Hand**

662

663 Im Rahmen der Ausstiegs-Strategie wollen wir die Beteiligungen der öffentlichen
664 Hand generell überprüfen. Deshalb berufen wir einen Expertenrat, der eine flexible
665 Zeitablaufplanung unter Berücksichtigung der Entwicklung auf den internationalen
666 Kapitalmärkten entwirft.

667

668 **Moderne Regulierung**

669

670 Die Regulierung der Netze soll nicht nur niedrige Nutzungsentgelte im Blick behal-
671 ten, sondern auch qualitative Elemente berücksichtigen, um so schnelle und län-
gerfristige Investitionen auszulösen.

672

673 **2. Generationengerechte Finanzen**

674

675 **Haushalt**

676

677 Wir stehen für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik. Die Grundlage für die Zu-
678 kunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ist nur gegeben, wenn der Weg in den Ver-
679 schuldungsstaat gestoppt wird. Die Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen
680 Finanzen ist vor allem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung
681 eine zentrale Herausforderung der kommenden Legislaturperiode. Dies ist ein Ge-
682 bot der Generationengerechtigkeit. Nur eine durchgreifende Konsolidierungspolitik
683 verschafft dem Staat Spielräume, um zu gestalten und den Bürger zu entlasten.

684

685 Die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die zu ihrer Bewältigung ergriffenen Maß-
686 nahmen haben tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Mit der
687 Überwindung der Krise muss ein strikter Konsolidierungskurs einsetzen. Nur so
688 werden das Vertrauen von Investoren und Konsumenten in die Kontinuität der
689 künftigen Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik gestärkt und damit langfristig die
690 Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung gestellt.

691

692 Wir gehen davon aus, dass die in diesem Koalitionsvertrag vereinbarte Politik zu
693 einer spürbaren Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums führt. Insbesondere
694 erwarten wir eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. 100.000 Arbeits-
695 lose weniger haben eine Entlastungswirkung von etwa 2 Milliarden Euro im Haus-
696 halt und den Sozialkassen. Dies erleichtert die notwendigen strukturellen Verände-
697 rungen bei der Bundesagentur für Arbeit.

698

699 Haushaltskonsolidierung ist auch die Grundlage für die Sicherung unseres Sozial-
700 staates. Einem überschuldeten Staat wird am Ende immer das Geld für die
701 Schwachen in dieser Gesellschaft fehlen. Mit der Haushaltskonsolidierung ist eine
702 soziale Dividende verbunden, da Zinslasten begrenzt werden und damit Gestal-
703 tungsmöglichkeiten entstehen.

704

705 Wir werden Steuerverschwendung gemeinsam mit Ländern und Kommunen ent-
706 schlossen bekämpfen.

707

708 Die neue, im Grundgesetz verankerte Schuldenregel trägt der
709 ökonomischen Vernunft und der Verantwortung für nachfolgende Generationen
710 Rechnung. Zugleich bekennen wir uns ausdrücklich zu unserer Verantwortung im
711 Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

712

713 Folgende „Goldene Regeln“ sind einzuhalten:

714

- 715 - Alle staatlich übernommenen Aufgaben werden auf ihre Notwendigkeit hin
716 überprüft. Jeder Ausgabenbereich muss einen Beitrag zur Erfüllung der Anfor-
717 derungen der neuen Schuldenregel leisten.
- 718 - Alle neuen finanzwirksamen Vorhaben und Belastungen auf der Einnahmen-
719 und Ausgabenseite müssen in ihren Wirkungen umfassend ausgewiesen wer-
720 den. Für die Maßnahmen, die nicht im Rahmen des beschlossenen Finanz-
721 rahmens zusätzlich finanziert werden sollen, ist grundsätzlich eine unmittelba-

- 722 re, vollständige und dauerhafte Gegenfinanzierung im jeweiligen Etat des Bun-
723 deshaushaltes sicherzustellen.
- 724 - Das Ausgabenwachstum muss unter dem Wachstum des Bruttoinlandsproduk-
725 tes (real) liegen.
 - 726 - Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt.
 - 727 - Politische Zielsetzungen haben sich stärker als bisher an qualitativen und nicht
728 mehr nur an quantitativen Anforderungen zu orientieren.
 - 729 - Alle Einnahmen stehen grundsätzlich dem Gesamthaushalt zur Verfügung.
 - 730 - Die Weiterentwicklung in den Zweigen der Sozialversicherung muss ebenfalls
731 dem Erfordernis der Schuldenregel des Bundes Rechnung tragen.
 - 732 - Wir werden auf eine ausgewogene Lastenverteilung zwischen den Ebenen der
733 öffentlichen Haushalte achten.
 - 734 - Zukünftig werden wichtige Eckwerte des Haushalts vorab verbindlich durch das
735 Bundeskabinett vorgegeben und damit zur Grundlage für das regierungsinter-
736 ne Aufstellungsverfahren in den Einzelplänen gemacht. Der parlamentarische
737 Teil des Haushaltsaufstellungsverfahrens bleibt davon unberührt.
- 738
- 739 CDU, CSU und FDP haben das Anliegen, die krisenbedingten Einnahmeausfälle
740 für die Arbeitslosen- und Krankenversicherung aus Steuermitteln aufzufangen. Die
741 Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und damit die Lohnnebenkosten
742 sollen zur Überwindung der Krise stabil gehalten werden. Damit spannen wir einen
743 Schirm zum Schutz der Arbeitnehmer in der Krise auf. Es geht insbesondere um
744 die Umwandlung des bisher vorgesehenen Darlehens an die Bundesagentur für
745 Arbeit in einen Zuschuss. Die Auszahlung des Zuschusses muss selbstverständ-
746 lich an strenge Kriterien gebunden werden. Deshalb wird die Koalition im Zusam-
747 menhang mit der Aufstellung des Bundeshaushaltes 2010 prüfen, wie diesem An-
748 liegen Rechnung getragen werden kann. Insbesondere durch ein auf diesen
749 Zweck ausgerichtetes Sondervermögen.
- 750
- 751 Zur Entlastung der Haushaltsseite ist es zudem notwendig, angemessene Wirt-
752 schaftlichkeitsuntersuchungen für alle finanzwirksamen Maßnahmen durchzufüh-
753 ren. Staatliche Aufgaben oder öffentlichen Zwecken dienende wirtschaftliche Tä-
754 tigkeiten sind konsequent zu überprüfen und bei nachgewiesener Wirtschaftlich-
755 keit mit Hilfe des privaten Anbieters umzusetzen.
- 756
- 757 Wir wollen diesen Prozess optimal gestalten und Beteiligungen der öffentlichen
758 Hand generell überprüfen.
- 759
- 760 Die Weltwirtschaftskrise erforderte eine vorübergehende stärkere Rolle des Staa-
761 tes. Die Beteiligung des Staates an Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten
762 ist so eng wie möglich zeitlich zu begrenzen. Dazu werden wir eine Ausstiegsstra-
763 tegie entwickeln.
- 764
- 765 Der demographische Wandel, die finanziellen Rahmenbedingungen und die Not-
766 wendigkeit zur Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates erfordern eine kon-
767 sequente Nutzung aller Effizienzpotentiale in der Bundesverwaltung. Auf Basis
768 einer umfassenden Aufgabenkritik, der konsequenten Standardisierung von Pro-
769 zessen, der flächendeckenden und verbindlichen Nutzung und dem weiteren Aus-
770 bau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren sowie einer Entbürokratisierung
771 streben wir eine durchgreifende Modernisierung der Bundesverwaltung einschließ-
772 lich der Ministerien und nachgeordneten Behörden an.

773

774 Der wesentliche Teil der zusätzlich generierten Gewinne aus der Laufzeitverlänge-
775 rung der Kernenergie soll von der öffentlichen Hand vereinnahmt werden. Mit die-
776 sen Einnahmen wollen wir auch eine zukunftsfähige und nachhaltige Energiever-
777 sorgung und -nutzung, z. B. die Erforschung von Speichertechnologien für er-
778 neuerbare Energien, oder stärkere Energieeffizienz fördern. Unabhängig davon
779 streben wir eine angemessene Beteiligung der Betreiber an den Sanierungskosten
780 für die Schachanlage Asse II an.

781

782 Alle Einnahmen aus dem Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten stehen dem Ge-
783 samthaushalt zur Verfügung. Bei der Erlösverwendung sind die steuerlichen Min-
784 dereinnahmen aufgrund des Betriebsausgabenabzugs über alle Ebenen und die
785 laufenden, aus den CO₂-Erlösen finanzierten Klimaschutzmaßnahmen in Rech-
786 nung zu stellen. Ab 2013 sind zusätzlich die angekündigten Kompensationszah-
787 lungen für indirekte Preiseffekte des Emissionshandels sowie in Aussicht gestellte
788 Maßnahmen für den Bau effizienter fossiler Kraftwerke zu berücksichtigen.

789

790 Die Finanzagentur Deutschland soll unter Berücksichtigung der haushalterischen
791 Belange des Bundes so wenig wie möglich mit Kreditinstituten in Wettbewerb tre-
792 ten.

793

794 **3. Arbeitschancen für alle**

795

796 **3.1 Arbeitsmarkt**

797

798 **Tarifautonomie/gesetzlicher Mindestlohn**

799

800 CDU, CSU und FDP bekennen sich zur Tarifautonomie. Sie ist ein hohes Gut, ge-
801 hört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft und hat
802 Vorrang vor staatlicher Lohnfestsetzung. Einen einheitlichen gesetzlichen Mindest-
803 lohn lehnen wir ab.

804

805 Daher wollen wir den Tarifausschuss stärken, damit Arbeitgeber und Arbeitnehmer
806 gemeinsam in der Pflicht zur Lohnfindung sind. Allgemeinverbindlicherklärungen
807 von Tarifverträgen auf dem Verordnungswege werden einvernehmlich im Kabinett
808 geregelt. Voraussetzung dafür ist grundsätzlich eine Mehrheit im Tarifausschuss.

809

810 Die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Mindestlohn werden bis Oktober
811 2011 evaluiert. Dabei kommt es uns darauf an, diese daraufhin zu überprüfen, ob
812 sie Arbeitsplätze gefährden oder neuen Beschäftigungsverhältnissen entgegen-
813 stehen. Zugleich gilt es zu prüfen, ob sie sowohl den erforderlichen Schutz der Ar-
814 beitnehmer als auch die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Branchen gewähr-
815 leisten. Das Ergebnis dieser Evaluierung soll als Grundlage für die Entscheidung
816 dienen, ob die geltenden Mindestlohnregelungen Bestand haben oder aufgehoben
817 werden sollten. Die anhängigen Bundesgerichtsverfahren im Zusammenhang mit
818 dem Postmindestlohn werden abgewartet.

819

820 Die Rechtsprechung zum Verbot sittenwidriger Löhne soll gesetzlich festgeschrie-
821 ben werden, um Lohndumping zu verhindern. Damit werden wir auch wirksam ge-
822 gen soziale Verwerfungen in einzelnen Branchen vorgehen.

823

824 **Arbeitsmarktzugang**

825

826 Zur effizienteren Schließung der absehbaren kommenden Fachkräftelücke, aber
827 auch zur effizienteren Bekämpfung von Leistungsmissbrauch, muss der Arbeits-
828 marktzugang für Nichtdeutsche besser geregelt werden.

829

830 **Aufgabenkritik der Bundesagentur für Arbeit**

831

832 Um Arbeitssuchende noch erfolgreicher in sozialversicherungspflichtige Beschäfti-
833 gung vermitteln zu können, benötigen wir eine effizientere Arbeitsverwaltung. Die
834 Aufgaben und Strukturen der BA sind einer Aufgabenkritik zu unterziehen, um ei-
835 ne möglichst effiziente Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger zu erzielen.

836

837 Grundsätzlich gilt, dass finanzielle Mittel und das Personal der jeweiligen Aufgabe
838 folgen.

839

840 **Schwarzarbeit**

841

842 Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt. Durch Schwarzarbeit werden den sozialen
843 Sicherungssystemen Einnahmen entzogen. Sie führt zu einem unfairen Wettbe-
844 werb besonders zu Lasten des Mittelstandes und den Beschäftigten in kleinen und
845 mittleren Betrieben. Wir wollen daher Schwarzarbeit durch wirksame Kontrollen
846 stärker bekämpfen und bessere Anreize zur Aufnahme einer sozialversicherungs-
847 pflichtigen Beschäftigung setzen.

848

849 **Befristete Beschäftigungsverhältnisse**

850

851 Das generelle Vorbeschäftigungsverbot für sachgrundlos befristete Einstellungen
852 erschwert Anschlussbeschäftigungsverhältnisse, wenn während Schule, Ausbil-
853 dung oder Studium bei einem Arbeitgeber schon einmal befristet gearbeitet wor-
854 den ist. Wir werden die Möglichkeit einer Befristung von Arbeitsverträgen so um-
855 gestalten, dass die sachgrundlose Befristung nach einer Wartezeit von einem Jahr
856 auch dann möglich wird, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein Ar-
857beitsverhältnis bestanden hat. Mit dieser Neuregelung erhöhen wir Beschäfti-
858 gungschancen für Arbeitnehmer, verringern den Bürokratieaufwand für Arbeitge-
859 ber und verhindern Kettenbefristungen.

860

861 **Mini-Jobs**

862

863 Wir wollen die Arbeitsanreize auch für gering entlohnte Beschäftigungsverhältnis-
864 se verbessern. Unser Ziel ist es, die Brückenfunktion von Mini- und Midi-Jobs in
865 voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu stärken.

866

867 Wir prüfen die Erhöhung und die Dynamisierung der Grenze sozialversicherungs-
868 freier Mini-Jobs. Bei den Hinzuverdienstregeln sollen die Arbeitsanreize gestärkt
869 werden.

870

871 **Fachkräfte**

872

873 Wir wollen die Attraktivität Deutschlands für Hochqualifizierte steigern und die Zu-
874 wanderung nach Deutschland steuern. Bürokratische Hindernisse für qualifizierte

875 Arbeitnehmer sind abzubauen. Der Zugang von ausländischen Hochqualifizierten
876 und Fachkräften zum deutschen Arbeitsmarkt muss systematisch an den Bedürf-
877 nissen des deutschen Arbeitsmarkts ausgerichtet und nach zusammenhängen-
878 den, klaren, transparenten und gewichteten Kriterien wie beispielsweise Bedarf,
879 Qualifizierung und Integrationsfähigkeiten gestaltet werden. Darüber hinaus wer-
880 den wir Regelungen zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit, Arbeitsplatzan-
881 nahme für Studenten mit deutschem Hochschulabschluss, für Künstler und Sport-
882 ler sowie für Saisonarbeitskräfte überprüfen und Vereinfachungen anstreben. Die
883 Regelungen für die Beschäftigung von Saisonarbeitskräften werden auch im Inter-
884 esse der Sonderkulturbetriebe vereinfacht.

885

886 **3.2 Verantwortung für das Unternehmen, Partnerschaft im Betrieb**

887

888 Wir setzen uns für eine faire Verantwortungskultur in Unternehmen ein. Unter-
889 nehmer, Vorstände und Aufsichtsräte stehen in voller Verantwortung zu einer Ge-
890 sellschaft, die ihnen Entfaltungsmöglichkeiten und Eigentumsschutz garantiert.
891 Freies Unternehmertum umschließt dabei Gewinnchancen – aber ebenso Risiko-
892 haftung für Fehlentscheidungen oder nicht vorhergesehene Entwicklung.

893

894 Das gilt für Eigentümer, im Prinzip aber auch für Vorstände und Aufsichtsräte.
895 Deshalb sind die jüngsten Gesetzesanpassungen zur Haftung und Vergütung wei-
896 ter zu entwickeln.

897

898 Fehlanreize bei Unternehmen, insbesondere bei Finanzinstituten, müssen besei-
899 tigt werden. Die Vergütungssysteme müssen sich stärker als bisher am langfristi-
900 gen Erfolg ihres Unternehmens orientieren. Zu den wichtigen Instrumenten zur
901 Bewahrung und Stärkung der Finanzmarktstabilität gehören solche Vergütungs-
902 strukturen für Finanzinstitute, die bei schlechter Geschäftsentwicklung auch Ge-
903 haltabzüge (Malus-Regelungen) enthalten.

904

905 Wir werden die Möglichkeiten der Mitarbeiterkapitalbeteiligung erweitern. Dabei
906 gilt das Prinzip der doppelten Freiwilligkeit. Die Beschäftigten sollen auch durch
907 Entgeltumwandlung Anteile an ihren Unternehmen steuerbegünstigt erwerben
908 können. Mitarbeiterkapitalbeteiligungen sollten unternehmerische Mitverantwor-
909 tung einschließen.

910

911 Wir unterstützen die Professionalisierung der Aufsichtsratsarbeit. Wir werden das
912 Mitspracherecht der Hauptversammlung bei der Festlegung der Eckpunkte von
913 Vorstandsvergütungen stärken. Wir wollen eine Mindestwartefrist von zwei Jahren
914 für ehemalige Vorstandsvorsitzende beim Wechsel zum Aufsichtsratsvorsitzenden
915 desselben börsennotierten Unternehmens – dabei sind allerdings die Besonder-
916 heiten von Familienunternehmen zu berücksichtigen.

917

918 Entsprechend den Grundsätzen der Unternehmensführung (Corporate Governan-
919 ce Codex) werden wir in Gespräche über die Größe von Aufsichtsräten eintreten.
920 Darüber hinaus soll neben Aufsichtsräten und Vorständen auch ein Ehrenkodex
921 für Betriebsräte entwickelt werden (z. B. mit einem Recht der Betriebsversamm-
922 lung auf Offenlegung der gezahlten Aufwendungen an Betriebsratsmitglieder).

923

924

925 **3.3 Ältere Arbeitnehmer**

926

927 Wir streben eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung vor allem von Älteren und
928 Frauen an und ermutigen zu mehr Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen.
929 Staatliche Anreize zur faktischen Frühverrentung werden wir beseitigen. Eine Ver-
930 längerung der staatlich geförderten Altersteilzeit (ATG) über den 31. Dezember
931 2009 hinaus lehnen wir daher ab.

932

933 Rente ist kein Almosen. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat auch ei-
934 nen Anspruch auf eine gute Rente. Damit dies auch in Zukunft gewährleistet ist,
935 wollen wir wegen des demographischen Wandels die Voraussetzungen für eine
936 längere Teilhabe Älterer am Erwerbsleben verbessern.

937

938 Die überwiegende Mehrheit der Bürger ist bis ins hohe Alter körperlich und geistig
939 fit. Ihre Bereitschaft sich zu engagieren und zu beteiligen möchten wir fördern. Wir
940 wollen die Kenntnisse, Kompetenzen und Kreativität älterer Menschen für unsere
941 Gesellschaft nutzen. Wir lehnen daher jegliche Form der Altersdiskriminierung ab
942 und werden den Wegfall der beruflichen Altersgrenzen prüfen.

943

944 **4. Nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz**

945

946 **4.1 Mittelstand**

947

948 Der Mittelstand ist das Herz der Sozialen Marktwirtschaft. Über 4 Mio. Selbständi-
949 ge und mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer in Industrie, Hand-
950 werk, Handel, Dienstleistungen und den Freien Berufen sind Motor für Wachstum,
951 Beschäftigung und Ausbildung in Deutschland. Gemeinsam mit ihren Arbeitneh-
952 merinnen und Arbeitnehmern schaffen sie Werte und sorgen mit Kreativität und
953 Innovationen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Eigentümer-
954 geführte Familienunternehmen stehen für nachhaltiges Denken, gesellschaftlichen
955 Zusammenhalt und solides Wirtschaften. Auf dieser Stärke müssen wir aufbauen.
956 Wir wollen die Rahmenbedingungen für Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie
957 Berufe verbessern, Selbständigkeit attraktiver machen und eine neue Gründerdy-
958 namik anstoßen. Das Handwerk sichert einen hohen Qualitätsstandard, eine gute
959 Ausbildungsleistung und nachhaltig erfolgreiche Existenzgründungen. Der Meis-
960 terbrief ist dabei ein Ausweis hoher Qualität. Wir wollen die Freien Berufe und das
961 Handwerk stärken und dafür sorgen, dass ihr besonderer Stellenwert auf europä-
962 ischer Ebene besser anerkannt und geschützt wird.

963

964 Wir setzen uns für eine mittelstandsfreundliche Überarbeitung der internationalen
965 Rechnungslegungsvorschriften ein.

966

967 Die Einführung von Innovationsgutscheinen wird in Abstimmung mit den Länder-
968 programmen geprüft.

969

970 **KfW als Mittelstandsbank**

971

972 Förderbanken sind elementarer Bestandteil jeder freien Wirtschaftsordnung. Wir
973 werden die KfW mit ihren Kernaufgaben als Mittelstandsbank stärken. Wir halten
974 es für dringend erforderlich, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau nicht im
975 Wettbewerb mit privaten und genossenschaftlichen Banken sowie Sparkassen

976 steht. Die Programme der KfW sind einer laufenden Bewertung zu unterziehen.
977 Die Bearbeitungszeiten werden beschleunigt. Wir werden die KfW – soweit not-
978 wendig – den Vorschriften des Kreditwesengesetzes unterstellen. Wir wollen die
979 Verwaltungs- und Aufsichtsstrukturen der KfW deutlich straffen. Dafür ist das KfW-
980 Gesetz entsprechend anzupassen.

981

982 **Gründerland Deutschland**

983

984 Deutschland soll verstärkt Innovationen hervorbringen und Leitmärkte prägen. Wir
985 werden die Förderprogramme für Gründungen und Gründungsfonds sowie für die
986 Betriebsnachfolgen zusammen mit der Wirtschaft stark ausbauen, bessere Rah-
987 menbedingungen für Chancen- und Beteiligungskapital schaffen und für ein Leit-
988 bild der unternehmerischen Selbständigkeit werben. Wir wollen junge, innovative
989 Unternehmen von unnötigen Bürokratielasten befreien, um Gründungen zu er-
990 leichtern und intensiv zu befördern.

991

992 Deutschland muss wieder zum Gründerland werden. Daher werden wir eine
993 Gründerkampagne in Deutschland starten. Einen Schwerpunkt wird dabei die
994 Nachfolgeproblematik bei der Betriebsübernahme bilden.

995

996 Wir werden daher dafür sorgen, dass der Mittelstand weiter auf ein ausreichendes
997 Angebot an eigenkapitalnahem Mezzaninkapital zurückgreifen kann.

998

999 Wir werden einen High-Tech-Gründerfonds II als Public-Private-Partnership aufle-
1000 gen, der auf den Erfahrungen des ersten Fonds aufbaut. Darüber hinaus wollen
1001 wir dringend benötigtes privates Kapital für deutsche Venture Capital Fonds mobi-
1002 lisieren, indem wir institutionellen Investoren eine anteilige Garantiemöglichkeit zur
1003 Risikoabsicherung ihrer Fondseinlagen anbieten. Wir werden das Umfeld für die
1004 Tätigkeiten von Business Angels in Deutschland verbessern.

1005

1006 Wir wollen das Angebot von Mikrokrediten ausweiten, insbesondere für Gründer
1007 und Kleinunternehmer.

1008

1009 Wir wollen Gründern nach einem Fehlstart eine zweite Chance eröffnen. Dazu
1010 wird die Zeit der Restschuldbefreiung auf drei Jahre halbiert.

1011

1012 Der Pfändungsschutz für die private Altersvorsorge im Insolvenzfall verringert das
1013 Risiko der Altersarmut für Selbständige deutlich. Wir werden deshalb die Pfän-
1014 dungsfreigrenzen für die Altersvorsorge Selbständiger regelmäßig anpassen.

1015

1016 **4.2 Klimaschutz, Energie und Umwelt**

1017

1018 **Klimaschutz**

1019

1020 Das Prinzip der Nachhaltigkeit prägt unsere Politik. Wir wollen gute Lebensbedin-
1021 gungen für kommende Generationen. Der Klimaschutz ist weltweit die herausra-
1022 gende umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit. Er ist Vorsorge für eine
1023 langfristig tragfähige wirtschaftliche und ökologische Entwicklung. Wir sehen Kli-
1024 maschutz zugleich als Wettbewerbsmotor für neue Technologien.

1025

1026 Unser Ziel ist es, die Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen

1027 und Deutschlands Vorreiterrolle beim Klimaschutz beizubehalten. International ist
1028 vereinbart, dass die Industriestaaten ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um
1029 mindestens 80% reduzieren. Wir werden für Deutschland einen konkreten Ent-
1030 wicklungspfad festlegen und bekräftigen unser Ziel, die Treibhausgas-Emissionen
1031 bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu senken.

1032

1033 Wir werden die Maßnahmen im Integrierten Energie- und Klimaprogramm 2010
1034 auf ihre Wirksamkeit überprüfen und ggf. nachsteuern. Die deutsche Anpassungs-
1035 strategie wird bis 2011 weiterentwickelt.

1036

1037 Wir setzen uns in Kopenhagen für ein weltweites anspruchsvolles Klimaschutzab-
1038 kommen ein. Dieses soll nach dem Abkommen von Kyoto ein neues Kapitel im
1039 internationalen Klimaschutz einleiten. Wir fordern die Schwellenländer auf, mit
1040 nachprüfbaren Verpflichtungen ihren Beitrag zu leisten. Wir werden die Entwick-
1041 lungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Bewältigung seiner
1042 Folgen stärker unterstützen. Bei den Verhandlungen werden wir uns für eine faire
1043 Lastenverteilung einsetzen, die vergleichbare Wettbewerbsbedingungen schafft
1044 und Produktionsverlagerungen in Länder ohne Klimaschutz verhindert. Wir sind zu
1045 einer angemessenen Finanzierung von Technologietransfer-, Waldschutz- und
1046 Anpassungsprojekten bereit.

1047

1048 Wo immer möglich, wollen wir marktbasierende Instrumente wie den Clean Develop-
1049 ment Mechanism (CDM) nutzen. Auf EU-Ebene werden wir uns gegen die Einfüh-
1050 rung von Klimazöllen und CO₂-Abgaben einsetzen.

1051

1052 Der Emissionshandel ist das vorrangige Klimaschutzinstrument. Er soll perspekti-
1053 visch zu einem globalen Kohlenstoffmarkt ausgebaut werden. Wir werden Initiati-
1054 ven ergreifen, um regionale Handelssysteme zu verbinden und in das internationa-
1055 le Handelssystem schrittweise weitere Bereiche, wie z. B. den Luft- und Seever-
1056 kehr, mit einzubeziehen. Wir wollen die Höhe der Deckelung der CDM-
1057 Maßnahmen auf europäischer Ebene überprüfen und die ökologische Integrität
1058 des CDM erhöhen.

1059

1060 Wir setzen uns dafür ein, dass energieintensive Unternehmen, die im internationa-
1061 len Wettbewerb Nachteile befürchten müssen, weiterhin von der Versteigerung der
1062 Emissionsrechte ausgenommen bleiben.

1063

1064 Gemäß den deutschen Verpflichtungen bei dem Europäischen Rat sollen 50 Pro-
1065 zent der Erlöse aus der Versteigerung der Emissionszertifikate ab 2013 vorrangig
1066 für internationale und ergänzend nationale Klimaschutzprojekte genutzt werden.
1067 Letztere sollen insbesondere für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel
1068 verwendet werden.

1069

1070 **Energiemix**

1071

1072 Wir wollen eine ideologiefreie, technologieoffene und marktorientierte Energiepoli-
1073 tik. Diese umfasst alle Nutzungspfade (Strom, Wärme, Mobilität). Mehrfachbelas-
1074 tungen der gewerblichen Energieverbraucher sind durch eine bessere Abstim-
1075 mung der energie- und klimapolitischen Instrumente zu vermeiden. Wir werden
1076 spätestens innerhalb des nächsten Jahres ein neues Energiekonzept vorlegen,
1077 das szenarienbezogen Leitlinien für eine saubere, zuverlässige und bezahlbare

1078 Energieversorgung formuliert.

1079

1080 Wir werden die erneuerbaren Energien konsequent ausbauen und die Energieeffi-
1081 zienz weiter erhöhen. Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien den Hauptanteil
1082 an der Energieversorgung übernehmen. Auf diesem Weg werden in einem dyna-
1083 mischen Energiemix die konventionellen Energieträger kontinuierlich durch alter-
1084 native Energien ersetzt.

1085

1086 **Erneuerbare Energien**

1087

1088 Wir wollen den Weg in das regenerative Zeitalter gehen und die Technologiefüh-
1089 rerschaft bei den Erneuerbaren Energien ausbauen. Die Potentiale für Innovation,
1090 Wachstum und Beschäftigung beim Umbau unseres Energiesystems sind gewal-
1091 tig.

1092

1093 Dazu werden wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien entsprechend den be-
1094 stehenden Zielvorgaben weiter fördern, das EEG sowie den unbegrenzten Ein-
1095 speisevorrang erhalten sowie zugleich die Förderung wirtschaftlicher und Einspei-
1096 sung effizienter gestalten. Unser Ziel ist es, die erneuerbaren Energien so schnell
1097 wie möglich markt- und speicherfähig zu machen. Über- oder Unterförderungen
1098 sind zu vermeiden.

1099

1100 Dabei erhalten wir die Planungssicherheit für bestehende Anlagen. Wir werden als
1101 Sofortmaßnahme die Reduzierung der EEG-Vergütung für modulare Anlagen, die
1102 vor dem 1.1.2009 in Betrieb waren, zurücknehmen.

1103

1104 Wir werden mit Wirkung zum 1.1.2012 eine EEG-Novelle auf den Weg bringen,
1105 die die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Technologie wahrt. Wir wollen bei der
1106 Biomasse-Verstromung organische Reststoffe gegenüber nachwachsenden Rohs-
1107 toffen stärker gewichten, bessere Rahmenbedingungen für eine ökologisch ver-
1108 träglichere Wasserkraftnutzung sowie für das Repowering von Windkraftanlagen
1109 schaffen und Planungssicherheit für die Offshore-Windkraft erhalten. Für virtuelle
1110 Kraftwerke, die eine gleichmäßige Versorgung mit erneuerbaren Energien gewähr-
1111 leisten, soll ein Stetigkeitsbonus eingeführt werden. Wir legen künftig im Drei-
1112 Jahres-Rhythmus einen EEG-Erfahrungsbericht vor.

1113

1114 Wir bekennen uns zur Solarenergie als wichtige Zukunftstechnologie am Standort
1115 Deutschland. Wir werden mit einer Anhörung in den Dialog mit der Solar-Branche
1116 und Verbraucherorganisationen treten, mit welchen Anpassungen kurzfristig Über-
1117 förderungen bei der Photovoltaik vermieden werden können. Dabei werden wir
1118 auch prüfen, wie die Förderung der Freiflächen-Anlagen noch stärker auf die Nut-
1119 zung von versiegelten oder vorbelasteten Flächen ausgerichtet werden kann.

1120

1121 Wir werden die Bedingungen für die Biogas-Einspeisung im Erneuerbare-Wärme-
1122 Gesetz verbessern. Das Marktanzreizprogramm führen wir fort.

1123

1124 Die termingerechte Anbindung der Offshore-Windparks an das Stromnetz ist zügig
1125 und effektiv zu realisieren. Wir werden nachdrücklich an einer Strategie eines
1126 Stromverbundes mit Nordafrika für Sonnen- und Windenergie arbeiten sowie den
1127 Aufbau des Technologie- und Innovationszentrums der IRENA in Bonn aktiv vor-
1128 antreiben.

1129

1130 Für Biomasse wollen wir Initiativen für eine international wirksame Nachhaltig-
1131 keitszertifizierung ergreifen, die sowohl die Kraftstoff- und Stromproduktion als
1132 auch die Nutzung für Lebens- und Futtermittel umfasst. Bei Betrieben in der EU
1133 soll dabei die Prüfung der Cross-Compliance-Regelungen voll anerkannt werden.

1134

1135 Wir wollen den Markt für reine Biokraftstoffe wieder beleben und werden dafür ei-
1136 nen Gesetzentwurf mit Wirksamkeit zum 1.1.2010 vorlegen. Die Höhe der Steuer-
1137 begünstigungen soll spätestens 2013 nach spezifischen CO₂-
1138 Reduktionspotentialen ausgelegt werden. Wir werden die Einführung von E 10-
1139 Kraftstoff auf freiwilliger Basis und als zusätzliches Angebot mit klarer Kennzeich-
1140 nung ermöglichen.

1141

1142 **Energieeffizienz**

1143

1144 Der weltweite Energieverbrauch wird in den nächsten Jahren drastisch zunehmen.
1145 Daher wollen wir durch marktorientierte und technologieoffene Rahmenbedingun-
1146 gen, die stärker auf Anreiz und Verbraucherinformation und weniger auf Zwang
1147 setzen, die enormen Potentiale im Bereich Energieeffizienz heben. Hierzu zählen
1148 insbesondere: die marktwirtschaftliche 1:1 Umsetzung der Energiedienstleistungs-
1149 richtlinie, die Stärkung der Energiekompetenz der Verbraucher etwa durch unbü-
1150 rokratische Kennzeichnung des Energieverbrauchs bei energierelevanten Produk-
1151 ten, eine Energieinitiative Mittelstand (Investitionsanreize durch Änderungen im
1152 Mietrecht und im Energiecontracting, Fortsetzung der Programme zur Energiebe-
1153 ratung, kostenneutrale Vereinfachung der Fördermodelle in der Gebäudesanie-
1154 rung).

1155

1156 **Gebäudesanierung und Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmebereich**

1157

1158 Die Sanierung des Gebäudebestandes birgt ein hohes Potential zur Erreichung
1159 der deutschen Klimaschutzziele und trägt dazu bei, den geänderten Ansprüchen
1160 an den Wohnungsstandard - auch infolge der Alterung der Gesellschaft - Rech-
1161 nung zu tragen. Die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und der ver-
1162 mehrte Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärmeherzeugung in Gebäuden senken
1163 die CO₂-Emissionen. Wir werden das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wirk-
1164 kungsvoller ausgestalten, um die derzeitige Sanierungsquote zu steigern. Die
1165 Hürden im Mietrecht für eine energetische Sanierung zum gemeinsamen Vorteil
1166 von Eigentümern und Mietern werden gesenkt, die bestehenden Möglichkeiten der
1167 gewerblichen Wärmelieferung (EnergieContracting) im Mietwohnungsbereich er-
1168 weitert. Baumaßnahmen, die diesem Zweck dienen, sind zu dulden und sollen
1169 nicht zur Mietminderung berechtigen.

1170

1171 Bei den europäischen Verhandlungen zur „Richtlinie über die Gesamtenergieeffi-
1172 zienz von Gebäuden“ werden wir auf Ausgewogenheit achten.

1173

1174 **Kohle und CCS**

1175

1176 Wir wollen auch weiterhin den Bau von hocheffizienten Kohlekraftwerken ermögli-
1177 chen. Wir stehen zum vereinbarten Ausstieg aus dem subventionierten Steinkoh-
1178 lebergbau und halten an der kohlepolitischen Verständigung vom 7. Februar 2007
1179 fest. Wir werden zeitnah die Richtlinie der EU umsetzen, die Abscheidung, Trans-

1180 port und Einlagerung von CO₂ regelt. Wir wollen für Akzeptanz werben und u. a.
1181 einen Geothermie-Atlas beauftragen, um Nutzungskonkurrenzen zwischen CCS
1182 und Geothermie zu prüfen. Wir werden Forschungsprogramme zu Möglichkeiten
1183 der Nutzung von CO₂ im Wirtschaftskreislauf ausbauen.

1184

1185 **Kernenergie**

1186

1187 Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie, bis sie durch erneuerbare Energien
1188 verlässlich ersetzt werden kann. Andernfalls werden wir unsere Klimaziele erträg-
1189 liche Energiepreise und weniger Abhängigkeit vom Ausland, nicht erreichen. Dazu
1190 sind wir bereit, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke unter Einhaltung der
1191 strengen deutschen und internationalen Sicherheitsstandards zu verlängern. Das
1192 Neubauverbot im Atomgesetz bleibt bestehen.

1193 In einer möglichst schnell zu erzielenden Vereinbarung mit den Betreibern werden
1194 zu den Voraussetzungen einer Laufzeitverlängerung nähere Regelungen getroffen
1195 (u. a. Betriebszeiten der Kraftwerke, Sicherheitsniveau, Höhe und Zeitpunkt eines
1196 Vorteilsausgleichs, Mittelverwendung zur Erforschung vor allem von erneuerbaren
1197 Energien, insb. von Speichertechnologien). Die Vereinbarung muss für alle Betei-
1198 ligten Planungssicherheit gewährleisten.

1199

1200 **Nukleare Endlagerung**

1201

1202 Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie bedingt auch die sichere End-
1203 lagerung radioaktiver Abfälle. Wir werden deshalb das Moratorium zur Erkundung
1204 des Salzstockes Gorleben unverzüglich aufheben, um ergebnisoffen die Erkun-
1205 dungsarbeiten fortzusetzen. Wir wollen, dass eine International Peer Review
1206 Group begleitend prüft, ob Gorleben den neuesten internationalen Standards ge-
1207 nügt. Der gesamte Prozess wird öffentlich und transparent gestaltet.

1208

1209 Die Endlager Asse II und Morsleben sind in einem zügigen und transparenten Ver-
1210 fahren zu schließen. Dabei hat die Sicherheit von Mensch und Umwelt höchste
1211 Priorität. Die Energieversorger sind an den Kosten der Schließung der Asse II zu
1212 beteiligen.

1213

1214 Mit Blick auf Endlagerstandorte setzen wir uns für einen gerechten Ausgleich für
1215 die betroffenen Regionen ein, die eine im nationalen Interesse bedeutsame Ent-
1216 sorgungseinrichtung übernehmen.

1217

1218 **Energieinfrastruktur**

1219

1220 Der Investitionsstau im Ausbau der nationalen Energienetze muss aufgelöst wer-
1221 den. Dazu werden wir das dritte Binnenmarktpaket Strom und Gas zügig umset-
1222 zen, die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine flächendeckende Modernisie-
1223 rung der Energienetze zu intelligenten Netzen weiterentwickeln und die Verbin-
1224 dung der Stromnetze mit Informations- und Kommunikationstechnik zu einem
1225 Element des effizienten Netzbetriebs machen. Wir werden eine weitere Beschleu-
1226 nigung der Planungsverfahren im Leitungsbau angehen. Wir setzen uns dafür ein,
1227 die deutschen Übertragungsnetze in einer unabhängigen und kapitalmarktfähigen
1228 Netzgesellschaft zusammenzuführen und die Grenzkuppelstellen weiter ausbau-
1229 en.

1230

1231 **Wettbewerb auf den Energiemärkten**

1232

1233 Wir wollen die wettbewerblichen Strukturen auf den Energiemärkten weiter ver-
1234 bessern. Dazu werden wir eine Markttransparenzstelle einrichten und deren Be-
1235 fugnisse so erweitern, dass sie über alle Informationen verfügt, um zeitnah eine
1236 transparente Preisbildung im Stromgroßhandel zu sichern. Wir werden Wettbe-
1237 werbshemmnisse im grenzüberschreitenden Stromhandel durch ein besonders
1238 marktfreundliches Engpassmanagement und durch eine Zweckbindung der Eng-
1239 passerrlöse zügig beseitigen. Die Gasmarktgebiete sollen auf höchstens zwei Ge-
1240 biete (je ein Gebiet für H-Gas und L-Gas) reduziert werden. Wir wollen dem Wett-
1241 bewerb auf dem Gasmarkt neue Impulse geben, die Gasnetzzugangsverordnung
1242 neu fassen und den Zugang der Wettbewerber zu nicht genutzten Gastransport-
1243 und Speicherkapazitäten erleichtern. Wir werden den Wettbewerb auf dem Regel-
1244 energiemarkt fördern und ein einziges nach einheitlichen Regeln funktionierendes
1245 Marktgebiet anstreben.

1246

1247 Im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems sind die Rahmenbedingungen und
1248 die nationale Umsetzung kontinuierlich mit dem Ziel zu überprüfen, ob sie der
1249 Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrien in Deutschland ausreichend
1250 Rechnung tragen. Das BMWi prüft, welche Maßnahmen zum Erhalt der Wettbe-
1251 werbsfähigkeit der stromintensiven Industrie und der damit verbundenen Arbeits-
1252 plätze, ggf. vor 2013, erforderlich sind.

1253

1254 **Energieforschung, Speicher und Mobilität**

1255

1256 Eine konzentrierte, technologieoffene und nachhaltige Energieforschung ist der
1257 Schlüssel auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung. Wir werden
1258 ein neues Energieforschungsprogramm mit Schwerpunkten in der Energieeffi-
1259 zienzforschung, den Speichertechnologien, intelligenter Netztechnik und Biokraft-
1260 stoffen der zweiten Generation entwickeln.

1261

1262 Wir entwickeln eine breit angelegte und technologieoffene Mobilitäts- und Kraft-
1263 stoffstrategie, die alle alternativen Technologien und Energieträger berücksichtigt.
1264 Zudem soll sich Deutschland zum „Leitmarkt“ der Elektromobilität entwickeln.

1265

1266 **Energieaußenpolitik**

1267

1268 Aufgrund der Abhängigkeit Deutschlands von Energie- und Rohstoffimporten be-
1269 nötigen wir eine Energieaußenpolitik, die deutsche Unternehmen und große In-
1270 frastrukturprojekte (z. B.: Nordstream, Nabucco, LNG, DESERTEC) intensiv be-
1271 gleitet. Energieträger, Lieferländer und Transportrouten sind weiter zu diversifizie-
1272 ren, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden.

1273

1274 **Nationale Nachhaltigkeitsstrategie**

1275

1276 Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie wird im bewährten institutionellen Rahmen
1277 weiterentwickelt. Wir werden den Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Ent-
1278 wicklung federführend mit der parlamentarischen Kontrolle der Nachhaltigkeits-
1279 strategie sowie der Nachhaltigkeitsprüfung beauftragen. Die Nachhaltigkeitsprü-
1280 fung soll durch eine offizielle Generationenbilanz ergänzt werden, die die moneta-
1281 risierbaren Leistungen und Lasten heutiger Politik für kommende Generationen

1282 transparent macht.

1283

1284 **Naturschutz**

1285

1286 Kooperation mit den Betroffenen vor Ort ist unabdingbare Voraussetzung für eine
1287 erfolgreiche Naturschutzpolitik. Wir wollen gemeinsam mit den Naturnutzern die
1288 Umweltbildung fördern. Wir werden die Partnerschaft zwischen Landwirtschaft,
1289 Natur- und Umweltschutz über freiwillige Programme weiter stärken und uns am
1290 Vorrang des Vertragsnaturschutzes orientieren. Die Nutzung von Ökokonten un-
1291 terstützen wir nachhaltig.

1292

1293 Wir werden den Bundesländern die Kompetenz geben, beim Ausgleich von Ein-
1294 griffen in die Natur das Ersatzgeld anderen Kompensationsmaßnahmen gleichzus-
1295 tellen.

1296

1297 Im Rahmen der Umsetzung der nationalen Strategie für biologische Vielfalt wer-
1298 den wir ein Bundesprogramm erarbeiten, das mit Ländern und Kommunen, mit
1299 Waldbesitzern, Landnutzern und Naturschutzverbänden abgestimmt wird. Die
1300 wichtige Rolle der Botanischen Gärten und Sammlungen werden wir stärken.

1301

1302 Wir sprechen uns für die Vernetzung ökologisch besonders wertvoller Gebiete in
1303 einem Verbundsystem aus. Wir streben ein europa- und weltweites System von
1304 Schutzgebieten unter stärkerer Einbindung der regional unterschiedlichen Kultur-
1305 landschaften an. Wir erarbeiten ein „Bundesprogramm Wiedervernetzung“ als
1306 Grundlage für den Bau von Querungshilfen im BundesverkehrswegeNetz in den
1307 wichtigsten Lebensraumkorridoren.

1308

1309 Zur Sicherung des „Nationalen Naturerbes“ werden wir die Übertragung der noch
1310 ausstehenden 25.000 Hektar national wertvoller Naturflächen fortführen. Wir si-
1311 chern das „Grüne Band Deutschland“ entlang der ehemaligen innerdeutschen
1312 Grenze als „Naturmonument“ und wollen die Entwicklung eines „Grünen Bandes
1313 Europa“ anstoßen.

1314

1315 Frei fließende Flüsse haben einen hohen ökologischen Wert. Die Durchgängigkeit
1316 der Flüsse für wandernde Fische muss wiederhergestellt werden. Für den Natur-
1317 und Hochwasserschutz sollen natürliche Auen reaktiviert und Flusstäler, wo immer
1318 möglich, renaturiert werden. Wir prüfen, ob die Wasser- und Schifffahrtsverwal-
1319 tung des Bundes zu diesem Zweck eingesetzt werden kann.

1320

1321 Wir unterstützen projektbezogene Modelle zur Honorierung vermiedener Abhol-
1322 zung in Entwicklungsländern. Wir halten an der Zusage zur finanziellen Unterstüt-
1323 zung des internationalen Waldschutzes fest. Wir wollen auf EU-Ebene die Maß-
1324 nahmen gegen illegal geschlagenes Tropenholz verschärfen.

1325

1326 Die Wiederverwendung bereits genutzter Flächen und die Verdichtung im Innen-
1327 bereich müssen Vorrang vor Flächenneuverbrauch bzw. vor Entwicklung im Au-
1328 ßenbereich haben. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Instrumen-
1329 te zur Gestaltung der Innenentwicklung erarbeiten. Brachflächenkataster, Mana-
1330 gementpläne, ein zoniertes Satzungsrecht der Kommunen und finanzielle Anrei-
1331 zinstrumente wollen wir weiterentwickeln.

1332

1333 Wir beabsichtigen, einen Modellversuch zu initiieren, in dem Kommunen auf frei-
1334 williger Basis ein überregionales Handelssystem für die Flächennutzung erproben.

1335

1336 **Meeresschutz**

1337

1338 Wir werden auf europäischer und VN-Ebene darauf hinwirken, dass ein globales
1339 System von Meeresschutzgebieten geschaffen wird. In Nord- und Ostsee werden
1340 wir in enger Abstimmung mit den betroffenen Bundesländern die Einrichtung von
1341 Meeresschutzgebieten prüfen. Wir sprechen uns für ein umfassendes Walfang-
1342 verbot, eine signifikante Reduzierung des Beifangs und ein Verbot zerstörerischer
1343 Fischereipraktiken aus. Wir setzen uns auf EU-Ebene für die Beschränkung der
1344 Grundschleppnetzfisherei und das Verbot der industriellen Fischerei, die auf die
1345 Gewinnung von Fischmehl zur Verfütterung ausgerichtet ist, ein.

1346

1347 **Immissionsschutz und Stoffpolitik**

1348

1349 Zur weiteren Verbesserung der Luftqualität wollen wir die Schadstoffe bereits an
1350 der Quelle reduzieren – auch bei der nachhaltigen Nutzung von Biomasse. Dafür
1351 ist die zügige Verabschiedung der vorliegenden 1. BImSchV notwendig. Wir wol-
1352 len die Förderung von Rußpartikelfiltern auf leichte Nutzfahrzeuge erweitern. Wir
1353 werden die Rahmenbedingungen für die landseitige Stromversorgung von Schiffen
1354 verbessern.

1355

1356 Wir werden den Lärmschutz verbessern. Wir wollen ein einheitliches Lärmschutz-
1357 konzept und eine Anpassung sowie Harmonisierung der Berechnungsgrundlagen
1358 bei den Lärmbelastungswerten. Die Mittel für die Lärmsanierung werden konstant
1359 gehalten.

1360

1361 Das Fluglärmgesetz werden wir so ändern, dass Anwohner von Militärflughäfen
1362 bei den gleichen Grenzwerten Anspruch auf Erstattung von Lärmschutzkosten
1363 haben wie an Verkehrsflughäfen.

1364

1365 Bei der Überprüfung der Chemikalienverordnung REACH setzen wir uns für eine
1366 Gebührensenkung ein. Bürokratische Hürden für die Zulassung von Biozidproduk-
1367 ten wollen wir abbauen. Nationale Verfahren in der Stoffpolitik wollen wir be-
1368 beschleunigen, ohne die Standards abzusenken.

1369

1370 **Kreislaufwirtschaft**

1371

1372 Wir wollen die Abfallwirtschaft und das Ressourcenmanagement im europäischen
1373 Kontext weiterentwickeln. Unser Ziel ist eine ökologisch und ökonomisch effizien-
1374 tere sowie verbraucherfreundlichere Ausrichtung der Abfallwirtschaft. Vorrang hat
1375 die Abfallvermeidung. Nicht vermeidbare Abfälle müssen verwertet werden, soweit
1376 dies wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll ist. Hierfür prüfen wir z. B. die Einfüh-
1377 rung einer Wertstofftonne. Darüber hinaus werden biogene Abfälle verstärkt nach-
1378 haltig verwertet. Die abfallrechtlichen Regelungen sollen übersichtlicher und die
1379 technischen Standards einfacher, klarer und eindeutiger werden, ohne Überlas-
1380 sungspflichten auszuweiten oder gewerbliche Sammlungen einzuschränken.

1381

1382 Wir wollen die ökologischen Produktverantwortung nicht länger nur als Produzen-
1383 tenverantwortung verstehen. Durch eine aussagefähige Produktkennzeichnung, z.

1384 B. klare Bezeichnung als Einweg- oder Mehrwegflasche, werden wir die Transpa-
1385 renz erhöhen und die ökologische Konsumentenverantwortung stärken.

1386

1387 Die Verpackungsverordnung werden wir überarbeiten und in Richtung einer all-
1388 gemeinen Wertstoffverordnung weiterentwickeln, die sowohl flexible als auch
1389 wettbewerbliche Lösungen zur Ressourcenschonung enthält. Die Aufhebung der
1390 Rücknahmeverpflichtungen für Hersteller und Vertreiber lehnen wir ab.

1391

1392 Mit Blick auf die Abfallwirtschaft befürworten wir die grundsätzliche steuerliche
1393 Gleichstellung von öffentlichen und privaten Unternehmen.

1394

1395 **Wasser**

1396

1397 Wir werden die Qualität der Gewässer weiter verbessern. Hierzu werden wir die
1398 Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie an die Gewässergüte gemeinsam mit
1399 unseren Nachbarn zügig umsetzen, Schadstoffeinträge weiter vermindern und den
1400 Gewässern mehr Raum geben. Die Förderung von Agrar-Umweltmaßnahmen („2.
1401 Säule“) ist stärker auf die Verringerung der Einträge von Nährstoffen und Pflan-
1402 zenschutzmitteln in Gewässer auszurichten.

1403

1404 **Dezentrale Energieversorgung im ländlichen Raum**

1405

1406 Wir werden den Anbau und die Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen un-
1407 ter Berücksichtigung der Bestimmungen der Nachhaltigkeitsverordnungen unter-
1408 stützen, ohne die Ernährungssicherheit zu gefährden. Das laufende Aktionsprog-
1409 ramm des Bundes „Energie von morgen – Chance für ländliche Räume“ wird fort-
1410 gesetzt.

1411

1412 **4.3 Neue Technologien, Industrieland Deutschland**

1413

1414 Wohlstand und Beschäftigung sind in Deutschland in weitaus stärkerem Maße als
1415 in den meisten vergleichbaren Ländern von einer prosperierenden, breit aufges-
1416 tellten Industrie abhängig. Wir bekennen uns deshalb zum Industriestandort
1417 Deutschland und zur Akzeptanz zukunftsweisender Technologien. Wir werden
1418 dafür sorgen, dass in Deutschland produzierende Unternehmen faire Bedingungen
1419 im europäischen und auch globalen Wettbewerb vorfinden („level playing field“).

1420

1421 Wir werden die Luftfahrtindustrie und ihre innovativen Technologien nachhaltig
1422 fördern, um so zum Erhalt und zur Steigerung der technologischen Leistungsfä-
1423 higkeit Deutschlands beizutragen. Die nachhaltige Sicherung und der weitere
1424 Ausbau der eigenständigen nationalen Fähigkeiten auch im Bereich der Luftfahrt-
1425 industrie – insbesondere zukünftiger unbemannter Luftfahrtsysteme – sind unab-
1426 dingbar.

1427

1428 Deutschland braucht klare Ziele in der Raumfahrt. Dafür wird eine eigenständige
1429 Raumfahrtstrategie mit klaren Missions- und Technologiezielen innerhalb eines
1430 Jahres weiterentwickelt. Die Luftfahrtforschung werden wir programmatisch weiter
1431 vorantreiben.

1432

1433 Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit der Maritimen Wirtschaft in Deutschland
1434 stärken und die nationalen maritimen Konferenzen fortsetzen. Die Innovationsfel-

1435 der Schiffbau und Meerestechnik werden weiterentwickelt. Wir unterstützen den
1436 Ausbau der nachhaltigen Energie- und Rohstoffversorgung aus dem Meer als stra-
1437 tегisch wichtiges Zukunftsfeld.

1438
1439 Die Koalition wird bei der EU-Kommission darauf hinwirken, europäischen Hoch-
1440 technologiestandorten weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen.
1441 Die richtige Absicht der EU-Kommission, Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der
1442 EU zu unterbinden, darf nicht zu einer Schwächung des Standorts Europa gege-
1443 genüber anderen Regionen auf der Welt führen. Um Hochtechnologien wie die Mik-
1444 ro- und Nanoelektronik in Deutschland zu halten und in ihrer Entwicklung zu stär-
1445 ken, müssen die globalen Wettbewerbsbedingungen fair sein. Die Koalition wird
1446 daneben die eigenen Anstrengungen insbesondere im Bereich der Forschungs-
1447 und Technologieförderung verstärken.

1448 1449 **Zukunftstechnologien**

1450
1451 Moderne Technologien sind keine Bedrohung sondern Chance für Deutschland.
1452 Mit ihnen begegnen wir den großen Herausforderungen der Menschheit wie Hun-
1453 ger, Armut, Krankheit und Naturkatastrophen. Deutschlands Technologieführer-
1454 schaft sichert uns Teilhabe an großen Zukunftschancen, Beschäftigung und Res-
1455 sourcen schonendem Wohlstand.

1456
1457 Eine zukunftsfähige deutsche Wirtschaft beruht auf freien Entwicklungs- und For-
1458 schungsmöglichkeiten:

- 1459 – Wir wollen die Nanotechnologie in Deutschland konsequent weiterentwi-
1460 ckeln.
- 1461 – Wir wollen den deutschen Vorsprung in den Umwelt- und Klimaschutztech-
1462 nologien halten und ausbauen.
- 1463 – Bei der Fahrzeugtechnologie und Elektromobilität wollen wir insbesondere
1464 alternative Antriebskonzepte im Interesse zukünftiger, umweltfreundlicher
1465 Verkehrskonzepte in den Mittelpunkt rücken.
- 1466 – Die kerntechnische Sicherheitsforschung eröffnet deutschen Unternehmen
1467 Exportchancen.
- 1468 – Die Fusionsforschung kann eine neue umweltfreundliche und sichere
1469 Energiequelle erschließen.
- 1470 – Mit moderner Mikroelektronik durchdringen wir industrielle Anwendungen in
1471 nahezu allen Hard- und Software-Bereichen.
- 1472 – Entwicklung neuer chemischer Produkte ist eine entscheidende Vorstufe für
1473 die Wertschöpfung in vielen anderen Wirtschaftsbereichen.
- 1474 – Die industrielle Biotechnologie eröffnet neue Verfahren in der Nahrungsmit-
1475 tel, Papier- und Textilindustrie sowie in der Chemie- und Pharmaindustrie.
- 1476 – In der Pharmaforschung muss langfristig investiert werden können, um
1477 auch in Zukunft weltmarktfähige Produkte anzubieten.

1478 1479 **4.4 Moderne Infrastruktur**

1480 1481 **4.4.1 Mobilität**

1482
1483 Mobilität besitzt eine Schlüsselfunktion in unserer Gesellschaft; sie schafft die
1484 Voraussetzungen für Beschäftigung, Wohlstand und persönliche Freiheit. Wir wol-
1485 len mit einer effizienten Verkehrspolitik die Mobilität für heute und morgen sichern.

1486 Uns geht es darum, Mobilität zu ermöglichen und nicht zu behindern. Die Hinter-
1487 lassenschaften von Rot-Grün in der Verkehrspolitik gehören endgültig der Ver-
1488 gangenheit an. Dabei tragen wir den Mobilitätsbedürfnissen ebenso Rechnung wie
1489 den Anforderungen von Klima-, Umwelt-, und Lärmschutz sowie Verkehrssicher-
1490 heit. Mobilität in Deutschland muss für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland
1491 bezahlbar bleiben. Die Aufgaben von Staat und Privatwirtschaft im Verkehrssektor
1492 müssen vernünftig abgegrenzt und geordnet sein. Aufgabe der Privatwirtschaft ist
1493 es, Personenverkehr, Gütertransport und Logistik zu betreiben. Aufgabe des Staa-
1494 tes ist es, eine zukunfts- und leistungsfähige Infrastruktur zu garantieren, für faire
1495 Wettbewerbsregeln zu sorgen sowie den Unternehmen Planungssicherheit zu ge-
1496 währleisten. Dabei muss Bürokratie so weit wie möglich vermieden werden.

1497

1498 **Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur**

1499

1500 Voraussetzung für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft
1501 sind leistungsfähige und optimal vernetzte Verkehrswege.

1502

1503 Die Koalition bekennt sich zur Notwendigkeit, die Verkehrsinfrastruktur zu erhalten
1504 und weiter auszubauen. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden wir auf
1505 hohem Niveau für Straße, Schiene und Wasserstraße sicherstellen.

1506

1507 Die Infrastrukturpolitik in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Erhalt
1508 sowie Neu- und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind weit hinter dem Bedarf zu-
1509 rückgeblieben. Entscheidende Schwächen waren die kontinuierliche Unterfinan-
1510 zierung, schwankende Haushaltslinien und die Effizienz- sowie Transparenzdefizi-
1511 te bei Planung, Genehmigung, Bau und Betrieb.

1512

1513 Der Bundesverkehrswegeplan muss an die aktuellen Bedürfnisse und Entwicklun-
1514 gen angepasst werden. Wir werden in dieser Legislaturperiode die Bedarfspläne in
1515 den Ausbaugesetzen überprüfen, kurzfristig alle gesetzlichen Spielräume für mehr
1516 Flexibilität nutzen und vorbereitend für den nächsten Bundesverkehrswegeplan
1517 (BVWP) eine neue Grundkonzeption erarbeiten, mit der auch ein Wasserstraßen-
1518 ausbaugesetz vorbereitet wird. Wir werden zudem prüfen, inwieweit auch Investi-
1519 tionen in Verkehrslenkungs- und Verkehrsmanagementsysteme in den BVWP
1520 aufgenommen werden können.

1521

1522 Die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) werden wir weiterentwi-
1523 ckeln, u. a. mit der Prüfung der Herstellung eines Finanzierungskreislaufs Straße
1524 unter direkter Zuweisung der Lkw-Maut an die VIFG und Herstellung ihrer Kredit-
1525 fähigkeit in begrenztem Umfang. Dadurch könnten wir die Haushaltsabhängigkeit
1526 von Verkehrsinvestitionen reduzieren und eine mehrjährige Planungs- und Finan-
1527 zierungssicherheit für Investitionsprojekte erreichen. Verkehrsträgerbezogene Fi-
1528 nanzierungskreisläufe werden wir stärken.

1529

1530 Wir werden Kriterien entwickeln zur Priorisierung von Investitionsprojekten, wie
1531 gesamtwirtschaftliche Vorteilhaftigkeit, Erhalt vor Neubau (Beendigung Substanz-
1532 verlust), Beseitigung bzw. Ertüchtigung von Engpässen, Knoten, Hauptachsen,
1533 Hinterlandanbindungen für Häfen und Flugdrehkreuze, EU-Osterweiterung. Auch
1534 werden wir die Modelle für die Beteiligung Privater im Rahmen von ÖPP-Projekten
1535 voranbringen. Im Einvernehmen mit dem betroffenen Bundesland werden wir
1536 Bundesstraßen mit geringer Fernverkehrsrelevanz zurückstufen.

1537

1538 Wir wollen eine Beschleunigung des Planungsrechts. Dabei geht es uns insbe-
1539 sondere um eine Straffung des Verfahrensrechts, die Vermeidung von Doppelprü-
1540 fungen, die Einbeziehung von raumordnerischen Belangen im Fachplanungsrecht
1541 und die Harmonisierung des europäischen Umweltrechts.

1542

1543 Eine bessere Auslastung hochfrequentierter Autobahnabschnitte wollen wir durch
1544 eine Ausrüstung mit Verkehrssteuerungs- und Verkehrsmanagementsystemen
1545 erreichen. Diese Systeme können auch die Nutzung von Standstreifen zu Spitzen-
1546 lastzeiten ermöglichen. Die Sicherheit von Brückenbauwerken werden wir durch
1547 eine Weiterführung des Sanierungsprogramms gewährleisten. Bei der Ausrichtung
1548 internationaler Großveranstaltungen in Deutschland (Beispiele: Olympische Spie-
1549 le, FIFA Frauen- Weltmeisterschaft), werden wir der jeweiligen Landes- und
1550 Kommunalebene die Unterstützung geben.

1551

1552 Über die Höhe der Finanzausstattung für die ehemalige Gemeindeverkehrsfinan-
1553 zierung werden wir für die Folgezeit bis 2019 in der Mitte der Legislaturperiode
1554 entscheiden.

1555

1556 **Europäische Verkehrspolitik**

1557

1558 Wir wollen eine offensive Europastrategie der deutschen Verkehrspolitik. Ziel ist
1559 die bessere Wahrnehmung deutscher Interessen und die Harmonisierung der
1560 Wettbewerbsbedingungen unserer Transportwirtschaft, besonders bei Steuern
1561 und Abgabensystem, Beihilfen und Ausnahmeregelungen. Wir wollen die Transeu-
1562 ropäischen Verkehrsnetze weiterentwickeln und die bestehenden Planungen unter
1563 besonderer Berücksichtigung der deutschen Projekte sinnvoll ergänzen.

1564

1565 Wir werden die Europäische Kommission auffordern, ein neues Konzept zur An-
1566 lastung externer Kosten vorzulegen. Dieses muss, anders als bisher, alle Ver-
1567 kehrsträger einbeziehen und nach gleichen Kriterien behandeln. Stau- und Unfall-
1568 kosten dürfen in die Berechnung nicht einbezogen werden.

1569

1570 Bei der auf europäischer Ebene geplanten CO₂-Regulierung für leichte Nutzfahr-
1571 zeuge werden wir sicherstellen, dass die Produkt- und Entwicklungszeiträume be-
1572 achtet werden. Die Regulierungsanforderungen dürfen die - sich derzeit in einer
1573 schweren Krise befindlichen - Nutzfahrzeughersteller nicht überfordern.

1574

1575 **Logistikstandort Deutschland**

1576

1577 Der Wohlstand in Deutschland basiert auf der Einbindung in die internationalen
1578 Handelsströme. Wir wollen, dass der Logistikstandort Deutschland seine heraus-
1579 ragende Stellung im Herzen Europas noch weiter ausbaut. Deutschland darf nicht
1580 nur reines Transitland mitten in Europa sein, sondern muss auch in Zukunft an der
1581 Wertschöpfung in Handel und Logistik teilhaben.

1582

1583 Die Förderung des Logistikstandorts Deutschland werden wir durch die Umset-
1584 zung von gemeinsam mit dem Gewerbe ausgewählten Maßnahmen aus dem
1585 „Masterplan Güterverkehr und Logistik“ erreichen. Wichtiger Bestandteil wird eine
1586 zwischen Bund und Ländern abgestimmte Vermarktungsoffensive sein.

1587 Das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe wollen wir vor allem durch den Abbau

1588 von Wettbewerbsverzerrungen auf europäischer Ebene unterstützen. Die Anlas-
1589 tung von externen Kosten kommt nur unter wettbewerbsneutralen Voraussetzungen
1590 in Betracht. Darüber hinaus werden wir ein Belastungsmoratorium schaffen,
1591 indem eine Erhöhung der Lkw-Maut in dieser Legislaturperiode ausgeschlossen
1592 wird.

1593
1594 Die Einführung des 60-Tonner-Lkw lehnen wir ab. Wir wollen neue Nutzfahrzeug-
1595 konzepte durch die maßvolle Erhöhung der Lkw-Fahrzeuggrößen und -gewichte
1596 ermöglichen. Einen Einsatz größerer Lkw sehen wir allerdings nur in geeigneten
1597 Relationen. Chancen und Risiken wollen wir in einem bundesweiten Feldversuch
1598 evaluieren.

1599
1600 Das bestehende Lkw-Stellplatzdefizit an deutschen Autobahnen werden wir
1601 schnellstmöglich beseitigen. Behinderungen der Freizügigkeit im europäischen
1602 Gütertransport durch nationale Transitbeschränkungen, etwa im alpenquerenden
1603 Verkehr, werden wir entschieden abwehren. Die Förderung des kombinierten Ver-
1604 kehrs wird fortgesetzt und mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Verbesse-
1605 rung der Schnittstellenproblematik weiterentwickelt.

1606 1607 **Öffentlichen Personennahverkehr**

1608
1609 Die Koalition bekennt sich zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) als un-
1610 verzichtbaren Bestandteil der Daseinsvorsorge, auch in der Fläche. Um für den
1611 ÖPNV verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, werden wir unverzüglich
1612 das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) novellieren und an den europäischen
1613 Rechtsrahmen anpassen. Unser Leitbild ist dabei ein unternehmerisch und wett-
1614 bewerblich ausgerichteter ÖPNV. Dabei werden wir den Vorrang kommerzieller
1615 Verkehre gewährleisten. Aufgabenträger bleiben die Kommunen. Wir wollen mit-
1616 telständischen Unternehmen die Beteiligungschancen sichern und insbesondere
1617 eine Betreibervielfalt im Busgewerbe gewährleisten. Die Koalition steht zur Erfül-
1618 lung der Finanzierungsverpflichtungen aus dem Regionalisierungsgesetz. Wir wol-
1619 len jedoch eine höhere Transparenz in der ÖPNV-Finanzierung erreichen. Für re-
1620 gionale Schienenstrecken werden wir neue Betreibermodelle erproben, um den
1621 Ländern und Aufgabenträgern Einfluss etwa auf Modernisierung und Regionalisie-
1622 rung zu geben.

1623 Wir werden Busfernlinienverkehr zulassen und dazu § 13 PBefG ändern.

1624 1625 **Schieneverkehr für Mensch und Umwelt**

1626 Wir wollen die 1994 erfolgreich begonnene Bahnreform weiterführen. Das Unter-
1627 nehmen Deutsche Bahn AG werden wir in seiner positiven Entwicklung begleiten,
1628 Der konzernweite Arbeitsmarkt bleibt erhalten. Sobald der Kapitalmarkt dies zu-
1629 lässt, werden wir eine schrittweise, ertragsoptimierte Privatisierung der Transport-
1630 und Logistiksparten einleiten.

1631
1632 Die Infrastruktursparten (Netz, Bahnhöfe, Energie) werden nicht privatisiert, weil
1633 sie im Zusammenhang mit der staatlichen Infrastrukturverantwortung stehen. Wir
1634 wollen die Rechte des Bundes bei Initiierung und Umsetzung von Eisenbahnin-
1635 frastrukturprojekten stärken. Für die Schiene werden wir künftig schnellere Pla-
1636 nungsvorläufe durch Einführung eines Planungskostenbudgets und eine flexiblere
1637 Handhabung der Planungskostenerstattung gewährleisten.

1638

1639 Für die Finanzierung der Bahn wird folgendes Modell geprüft:
1640 Mittelzuwendungen des Bundes erfolgen direkt an die DB-
1641 Infrastrukturgesellschaften. Trassenerlöse und Stationsentgelte fließen in die
1642 Schieneninfrastruktur zurück, Gewinnabführungen der Infrastruktursparten an die
1643 Holding werden ausgeschlossen. Die DB AG behält im Konzernverbund als Al-
1644 leineigentümerin Einfluss auf ihre Infrastruktursparten; deren Leitung erfolgt zu-
1645 künftig unabhängig. Doppelmandate bei Holding- und Infrastrukturgesellschaften
1646 werden ausgeschlossen.

1647
1648 Mit der stärkeren Unabhängigkeit des Netzes erreichen wir auch, dass der Wett-
1649 bewerb auf der Schiene verbessert wird. Zu diesem Zweck werden wir auch das
1650 Regulierungsrecht im Allgemeinen Eisenbahngesetz überarbeiten. Unter anderem
1651 müssen dabei die Trassen- und Stationspreise einer Anreizregulierung unterwor-
1652 fen werden. Regulierungsbedürftig sind ferner der Zugang zu Serviceeinrichtun-
1653 gen, der Bezug von Bahnstrom und Vertriebsleistungen im Schienenpersonenver-
1654 kehr. Die Bundesnetzagentur wird gestärkt. Darüber hinaus setzen wir uns auf
1655 europäischer Ebene für eine vollständige Öffnung der Eisenbahnmärkte in allen
1656 Mitgliedsstaaten und für faire Wettbewerbsbedingungen ein. Wir fordern eine
1657 Harmonisierung bei der Regulierung auf europäischer Ebene.

1658
1659 Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung wollen wir weiterentwickeln. Wir
1660 werden die geeigneten Instrumente schaffen, die Bund und Ländern einen vertief-
1661 ten Einblick in die Umsetzung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung er-
1662 möglichen. Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen für die Finanzierung nicht-
1663 bundeseigener Eisenbahninfrastruktur für die Einbindung in das Schienengüter-
1664 fernverkehrsnetz schaffen.

1665
1666 Wir werden die Vorschläge zur Einführung eines Deutschlandtaktes im Schienen-
1667 personenverkehr einer sorgfältigen Überprüfung unter Beteiligung der Länder un-
1668 terziehen.

1669 **Luftverkehrsstandort Deutschland**

1670
1671 Die Koalition ist sich der großen Bedeutung der Luftverkehrswirtschaft für den
1672 Standort Deutschland bewusst. Wir wollen die erfolgreiche Arbeit der „Initiative
1673 Luftverkehr“ als übergreifendes Steuerungsinstrument fortsetzen und die Länder
1674 daran beteiligen. Wir werden uns für einen koordinierten, Ausbau der Flughafenin-
1675 frastruktur einsetzen. Neben einer Kapazitätsentwicklung der Flughäfen werden
1676 wir insbesondere international wettbewerbsfähige Betriebszeiten sicherstellen. Die
1677 dazu erforderliche Präzisierung im Luftverkehrsgesetz soll eine gleichberechtigte
1678 und konsequente Nachhaltigkeitsabwägung von wirtschaftlichen, betrieblichen und
1679 dem Lärmschutz geschuldeten Erfordernissen auch bei Nachtflügen sicherstellen.
1680 Die Wahrung des öffentlichen Erschließungsinteresses der Bundesrepublik
1681 Deutschland ist dabei zu gewährleisten.

1682
1683 Wir werden die Realisierung des Single European Sky auf europäischer Ebene
1684 vorantreiben, um direktere Flugrouten innerhalb Europas zu ermöglichen. Die
1685 Deutsche Flugsicherung GmbH wollen wir in ihrer internationalen Wettbewerbsfä-
1686 higkeit stärken, insbesondere durch eine Befreiung der Restriktionen des § 65 Ab-
1687 satz 3 BHO. Wir prüfen eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Flugsicherung
1688 GmbH (DFS). Bei der Einführung des Emissionshandels für den Luftverkehr wol-

1690 len wir Wettbewerbsneutralität sicherstellen. Wir werden eine effizienzsteigernde
1691 Reform der Luftverkehrsverwaltung, insbesondere im Hinblick auf ihre Organisati-
1692 onsform, prüfen.

1693

1694 **Schifffahrtspolitik**

1695

1696 Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen werden wir durch eine zügige
1697 Optimierung der seewärtigen Zufahrten sicherstellen. Die dazu notwendigen Fahr-
1698 rinnenanpassungen wollen wir zügig realisieren. Der Ausbau der Hafenhinterland-
1699 verkehre ist von allergrößter Bedeutung für die gesamte exportorientierte Wirt-
1700 schaft. Wir werden die Seehafenhinterlandanbindungen gezielt ausbauen

1701

1702 Die zuletzt verstärkte Berücksichtigung der Bundeswasserstraßen bei der Vertei-
1703 lung von Investitionsmitteln werden wir fortsetzen.

1704

1705 Wir werden das Forum Binnenschifffahrt und Logistik fortführen. In diesem Zu-
1706 sammenhang halten wir an der Investitionsförderung nach § 6 b Einkommensteu-
1707 ergesetz sowie an den Hilfen bei der Flottenmodernisierung und bei der Umrüs-
1708 tung auf abgasärmere Motoren fest. Wir werden zudem unnötige bürokratische
1709 Hindernisse für die Schifffahrt beseitigen und ein Gesetz zur Reform der Wasser-
1710 und Schifffahrtsverwaltung vorlegen.

1711

1712 **Stadt- und Regionalverkehr**

1713

1714 Die Koalition wird - nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demographischen Wan-
1715 dels - einen attraktiven und nachhaltigen Stadt- und Regionalverkehr fördern. Wir
1716 werden uns aktiv mit der Initiative der EU-Kommission „Urbane Mobilität“ befas-
1717 sen. Wichtig ist dabei, den Grundsatz der Subsidiarität zu beachten und das
1718 Selbstverwaltungsrecht der Kommunen nicht einzuschränken. Eine City-Maut und
1719 generelle innerstädtische Fahrverbote lehnen wir ab. Der Radverkehr stellt für uns
1720 einen wichtigen Bestandteil städtischer Mobilität dar. Deshalb werden wir den Na-
1721 tionalen Radverkehrsplan weiterentwickeln.

1722

1723 **Umweltfreundliche Mobilität**

1724

1725 Eine wesentliche Aufgabe unserer Mobilitätspolitik ist die Vereinbarkeit von Ver-
1726 kehr und Umwelt. Wo immer dies sinnvoll ist, wollen wir die Verlagerung von Ver-
1727 kehren auf Schiene und Wasserstraße fördern. Gleichzeitig muss sich der Ver-
1728 kehrssektor auf den Abschied vom Zeitalter der fossilen Brennstoffe vorbereiten.
1729 Als kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Klimabilanz des Verkehrs set-
1730 zen wir auf die Optimierung von fossilen Antriebstechnologien und die Förderung
1731 von innovativen Biokraftstoffen. Für deren Einsatz werden wir stabile steuerliche
1732 Rahmenbedingungen gewährleisten.

1733

1734 **Elektromobilität**

1735

1736 Als mittel- bis langfristige Alternative zu fossilen Brennstoffen wollen wir die Wei-
1737 chen für Elektromobilität in Deutschland durch ein umfassendes Entwicklungs-
1738 programm stellen.

1739

1740 Wir wollen Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität machen und dabei

1741 bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen bringen. In Mo-
1742 dellregionen werden wir zukunftsweisende, ganzheitliche Verkehrskonzepte („Mo-
1743 bility on Demand“) erproben.

1744

1745 In das Konzept der Modellregionen wollen wir auch ländliche Räume einbeziehen.
1746 Besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Förderung innovativer Batterietechno-
1747 logien. Deshalb müssen neben der Elektromobilität auch die Weiterentwicklung
1748 von Brennstoffzelle und Wasserstoff vorangetrieben werden. Es gilt aber für uns
1749 der Grundsatz der Technologieneutralität. In Deutschland muss sobald wie mög-
1750 lich mit dem Aufbau eines Netzes von Ladestellen für Elektrofahrzeuge in Bal-
1751 lungsräumen begonnen werden. Staatliche Aufgabe ist es dabei, die rechtlichen
1752 Rahmenbedingungen zu schaffen; Aufbau und Betrieb dieser Ladestellen ist Auf-
1753 gabe der Privatwirtschaft.

1754

1755 Um unsere Wirtschaft vor Benachteiligungen im internationalen Wettbewerb zu
1756 schützen, wollen wir keine nationalen Alleingänge.

1757 Wir wollen die Feinstaubbelastung in den Städten reduzieren. Bei der Einrichtung
1758 von Umweltzonen muss auf die Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit geachtet
1759 werden. Wir wollen Einfahrtverbote dort lockern, wo die Einschränkungen in kei-
1760 nem vernünftigen Verhältnis zur erzielten Feinstaubreduzierung stehen. Dazu wol-
1761 len wir die Ausnahmeregelungen bundesweit vereinheitlichen.

1762

1763 Die Akzeptanz für einen weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hängt ent-
1764 scheidend davon ab, dass die Lärmbelastung der Bevölkerung reduziert wird. Wir
1765 wollen deshalb den Lärmschutz ausweiten. Dazu wollen wir den Schienenbonus
1766 schrittweise reduzieren mit dem Ziel, ihn ganz abzuschaffen. Gleichzeitig wollen
1767 wir eine lärmabhängige Trassenpreisgestaltung bei der Bahn.

1768

1769 Bei bereits bestehenden Strecken wollen wir das Lärmsanierungsprogramm
1770 Schiene fortsetzen und intensivieren. Dazu wollen wir auch die Möglichkeiten des
1771 technischen Fortschritts bei Fahrzeugen nutzen.

1772

1773 Die Koalition lehnt ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen ab.

1774

1775 **Verkehrssicherheit**

1776

1777 Bestandteil unserer nachhaltigen Mobilitätspolitik ist auch die Förderung innovati-
1778 ver Verkehrstechnologien. Wir wollen Deutschlands Führungsposition im Bereich
1779 Telematik und Verkehrsmanagementsysteme ausbauen. Einen besonderen
1780 Schwerpunkt werden wir auf die Förderung intelligenter Verkehrsleitsysteme zur
1781 Kapazitätsoptimierung hoch belasteter Verkehrsstrecken legen. Dabei wollen wir
1782 auch die Innovations- und Marktpotentiale in Zusammenhang mit dem Satelliten-
1783 navigationssystem GALILEO nutzen. Wir wollen die Fahrzeugzulassung in
1784 Deutschland entbürokratisieren. Dazu werden wir die Pilotversuche des Online-
1785 Zulassungsverfahrens fortsetzen, evaluieren und dann über eine Neuregelung
1786 entscheiden.

1787

1788 Die Verbesserung der Verkehrssicherheit in Deutschland bleibt ein zentrales An-
1789 liegen. Dazu werden wir das erfolgreiche Verkehrssicherheitsprogramm weite-
1790 rentwickeln und ausbauen. Zielrichtung ist vor allem die Entschärfung der Unfall-
1791 schwerpunkte, insbesondere auf Landstraßen. Wir werden modernste Fahrzeug-

1792 und Sicherheitstechnik fördern.

1793

1794 Wir werden das Straßenverkehrsgesetz zugunsten der bei den Freiwilligen
1795 Feuerwehren, den Rettungsdiensten und den technischen Hilfsdiensten ehrenamt-
1796 lich tätigen Bürgerinnen und Bürger weiter verbessern.

1797

1798 Das Punktesystem beim Bundeszentralregister in Flensburg wollen wir reformie-
1799 ren, um eine einfachere, transparentere und verhältnismäßigere Regelung zu
1800 schaffen.

1801

1802 **4.4.2 Bauen und Wohnen**

1803

1804 Die nachhaltige Stadtentwicklungspolitik hat angesichts der wirtschaftlichen, kultu-
1805 rellen und gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Land folgende Ziele: die Be-
1806 wältigung der Folgen des demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels,
1807 den Klimaschutz, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Integration
1808 von Menschen mit Migrationshintergrund, den Erhalt historischer Bausubstanz und
1809 Stadtstrukturen, die Wieder- und Umnutzung von Brachflächen und die Barriere-
1810 rearms im Wohnumfeld. Auf dem Gebiet der nachhaltigen Stadtentwicklung ist
1811 darüber hinaus die internationale Zusammenarbeit auszubauen. Um den europä-
1812 ischen Integrationsprozess zu beschleunigen, ist die grenzüberschreitende Zu-
1813 sammenarbeit bei der Raumordnungsplanung zu intensivieren.

1814

1815 **Städtebauförderung**

1816

1817 Die Städtebauförderung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur lebenswerten
1818 Gestaltung von Städten und Gemeinden. Wir werden die Städtebauförderung als
1819 gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen auf bisherigem
1820 Niveau, aber flexibler fortführen. Es gilt, die privaten Hauseigentümer und das im
1821 Stadtgebiet ansässige Gewerbe stärker in die Stadtentwicklungsprozesse einzu-
1822 binden. Dazu dient u. a. das Instrument des integrierten Stadtentwicklungskonzep-
1823 tes. Auf neue Herausforderungen werden wir zunächst mit Modellvorhaben von
1824 Bund und Ländern reagieren.

1825

1826 Beim „Stadtumbau Ost“ soll die Aufwertung von Innenstädten und die Sanierung
1827 von Altbausubstanz gestärkt und der Rückbau der technischen und sozialen In-
1828 frastruktur besser berücksichtigt werden. Der Erfolg des Programms soll nicht
1829 durch ungelöste Altschuldenprobleme einzelner Wohnungsunternehmen beim Ab-
1830 riss von Wohnungsleerstand gefährdet werden.

1831

1832 Der „Stadtumbau West“ wird weiterentwickelt. Das Programm „Soziale Stadt“ soll
1833 stärker ressortübergreifend umgesetzt werden. Mit dem Programm „Aktive Stadt-
1834 und Ortsteilzentren“ wollen wir weiter zur Stärkung der Innenentwicklung beitra-
1835 gen.

1836

1837 Wir werden die Förderung der energetischen Sanierung sozialer Infrastruktur fort-
1838 führen.

1839

1840 **Denkmalschutz**

1841

1842 Das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ ist für den Erhalt und die Er-

1843 neuerung historischer Innenstädte unentbehrlich. Wir wollen zugunsten des
1844 Denkmalschutzes Planungssicherheit für Investoren gewährleisten und halten da-
1845 her an der steuerlichen Förderung von Baudenkmalen und Gebäuden in Sanie-
1846 rungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen fest.

1847

1848 **Ländliche Räume**

1849

1850 Eine besondere Aufgabe wird künftig die Sicherung der öffentlichen Daseinsvor-
1851 sorge in dünn besiedelten Räumen sein. Wir wollen diese Räume bei der Entwick-
1852 lung dezentraler Systeme, bei der Nutzung alternativer Technologien zu Energie-,
1853 Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie bei der Vernetzung und Kooperation
1854 von Ressourcen und Kräften unterstützen. Die flächendeckende Versorgung mit
1855 Infrastruktur für ein schnelles Internet wird massiv vorangetrieben.

1856

1857 **Bauplanungsrecht**

1858

1859 Das Planungsrecht und die Planungsziele werden wir weiterentwickeln. Es gilt,
1860 den Klimaschutz zu verankern, den Vorrang der Innenentwicklung zu stärken und
1861 die Genehmigungsverfahren zu entbürokratisieren. Dazu werden wir das Bauges-
1862 etzbuch (BauGB) anpassen und weiterentwickeln. Ferner werden wir die Baunut-
1863 zungsverordnung (BauNVO) umfassend prüfen. Wir werden mit den Ländern ei-
1864 nen Dialog darüber führen, wie Genehmigungsfiktionen generell ausgeweitet wer-
1865 den können. Ziel ist auch, die Allgemeinverbindlichkeit von wesentlichen Punkten
1866 der Musterbauordnung zu erreichen.

1867

1868 Ungenutzte innerstädtische Grundstücke des Bundes und bundeseigener Unter-
1869 nehmen müssen schneller einer Umnutzung bzw. Veräußerung zugeführt werden.
1870 Das erfordert ein wirkungsvolleres Immobilienmanagement des Bundes. Durch die
1871 Stärkung der Innenentwicklung wird auch die Inanspruchnahme neuer Flächen für
1872 Verkehrs- und Siedlungszwecke reduziert. Um in diesem Zusammenhang Ziel-
1873 konflikte zu vermeiden, werden wir im Rahmen der anstehenden Überprüfung der
1874 Indikatoren auch das Flächeninanspruchnahmeziel im Sinne größtmöglicher öko-
1875 logischer Wirksamkeit neu definieren. Es soll sich stärker an der tatsächlichen
1876 Zerschneidung oder Versiegelung von Lebensräumen orientieren.

1877

1878 **Wohneigentum**

1879

1880 Wohneigentum ist Altersvorsorge und stärkt die regionale Verbundenheit. In ver-
1881 gleichbarer Weise wirkt der Erwerb von Geschäftsanteilen bei einer Wohnungsge-
1882 nossenschaft für eigene Wohnzwecke. Wir wollen die Wohneigentumsquote in
1883 Deutschland erhöhen. Dazu werden wir die Eigenheimrente vereinfachen.

1884

1885 **Wohnungsbau**

1886

1887 Die Wohnungsmärkte sind regional differenziert ausgeprägt. Insbesondere in Bal-
1888 lungszentren ist zusätzlicher Wohnungsneubau erforderlich.

1889

1890 Wir werden bis zur Mitte der Legislaturperiode entscheiden, ob nach dem Jahr
1891 2013 der Bund den Ländern weiterhin zweckgebunden Mittel zur Finanzierung von
1892 Maßnahmen der Wohnraumförderung gewährt. Auf europäischer Ebene lehnen
1893 wir eine Förderung des Wohnungsbaus mit Mitteln der EU ab.

1894

1895 **Bauwirtschaft und planende Berufe**

1896

1897 Die Bau-, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sind besonders wichtige Wirtschaftszweige in unserem Land. Wir stehen dafür, dass ihre Leistungen den Stellenwert im öffentlichen Bewusstsein erhalten, der ihrem Anteil an der Bruttowertschöpfung entspricht. Daher werden wir den Dialog zwischen Bund, Bau-, Immobilien- und Wohnungswirtschaft vertiefen.

1902

1903 Die Baukultur gehört zu identitätsstiftenden Markenzeichen einer Nation. Wir wollen daher das öffentliche Bewusstsein für die Baukultur weiter unterstützen.

1905

1906 Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) wird auf der Grundlage des Bundesratsbeschlusses schnellstmöglich weiter modernisiert.

1907

1908

1909 **Bundesbauten**

1910

1911 Der Bund wird auch in Zukunft seiner Vorbildfunktion für Baukultur und Nachhaltigkeit bei seinen Baumaßnahmen gerecht werden. Diese Aspekte müssen in eine erweiterte Wirtschaftlichkeitsprüfung der Bundesbauvorhaben einfließen. Die Vorbildwirkung erstreckt sich auch auf die energetische Sanierung von Bundesbauten, insbesondere beim Einsatz innovativer Technologien und Materialien.

1916

1917 Das Bundesamt für Bauen und Raumordnung (BBR) wird zu einer betriebswirtschaftlich agierenden Bundesanstalt umgestaltet. Es soll in seiner Funktion als Dienstleister für Baumaßnahmen des Bundes im In- und Ausland und als Koordinierungszentrum des Bundes für die Bauforschung gestärkt werden. Die Kooperation mit Einrichtungen der Bauforschung wird ausgebaut.

1922

1923 **Bauvertragsrecht**

1924

1925 Wir werden prüfen, ob und inwieweit ein eigenständiges Bauvertragsrecht zur Lösung der bestehenden Probleme im Bereich des Bau- und Werkvertragsrechts geeignet ist.

1927

1928 **Regional- und Strukturpolitik**

1929

1930 Im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ist die Fortsetzung der Förderung in allen förderfähigen Regionen (RWB-Regionen) ab 2014 sicher zu stellen. Hierbei sind die Belange des strukturschwachen ländlichen Raums sowie der demographischen Entwicklung in besonderer Weise zu berücksichtigen. EFRE-Mittel müssen auch künftig für die klassische Förderung von Unternehmensinvestitionen eingesetzt werden können. Den Mitgliedstaaten bzw. Ländern muss auch künftig die Möglichkeit für eigene regionale Schwerpunktsetzungen verbleiben.

1938

1939 Die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) wird auf hohem Niveau und mit bundesweit einheitlichen Maßstäben fortgeführt.

1941

1942

1943

1944

Wir setzen uns dafür ein, dass der beihilferechtliche Rahmen für die Regionalför-

1945 derung ab 2014 den Weiterbestand der C-Fördergebiete vorsieht. Dies bedeutet
1946 die Förderfähigkeit auch von Großunternehmen und erhöhte Fördersätze.

1947

1948 **4.5 Ernährung und Verbraucherschutz**

1949

1950 Beim Kauf von Lebensmittel, beim Nutzen der digitalen Welt oder beim Abschluss
1951 von Finanzdienstleistungen: Angesichts globalisierter Märkte und eines wachsen-
1952 den Produktangebots wird die Situation für Verbraucher zusehends undurchsichti-
1953 ger. Immer mehr Anbieter drängen auf den Markt: Wer neue Produkte, Technolo-
1954 gien und Dienstleistungen nutzt, kennt nicht in jedem Fall seine Rechte und kann
1955 nicht immer die Folgen seiner Entscheidungen einschätzen, muss aber gleichzei-
1956 tig auf Sicherheit und Qualität vertrauen können.

1957

1958 Unser Leitbild ist der gut informierte und zu selbstbestimmtem Handeln befähigte
1959 und mündige Verbraucher. Diesem Ziel verpflichtet, werden wir die Lebensqualität
1960 der Verbraucher erhöhen, durch mehr Transparenz, Aufklärung, Rechtsdurchset-
1961 zung und dort, wo es nötig ist, auch mit mehr Rechten.

1962

1963 **Ernährungsbildung**

1964

1965 Das erzieherische Engagement der Eltern und eine frühe Aufklärung über richtige
1966 und gesunde Ernährung im Kindergarten und Schule sind entscheidende Fakto-
1967 ren.

1968

1969 Die Angebote an Familienbildung für eine gesunde Ernährung von Kindern und
1970 Erwachsenen werden ausgebaut. Gemeinsam mit den Ländern werden wir das
1971 Thema der Ernährungsbildung in die Informations- und Bildungsangebote von
1972 Kindergärten und Schulen integrieren sowie die erweiterte Nutzung von EU-
1973 Programmen zu Schulmilch und -obst prüfen.

1974

1975 **Lebensmittelkennzeichnung**

1976

1977 Wir werden eine transparente Nährwert-Kennzeichnung von Lebensmitteln durch-
1978 setzen. Eine politische Steuerung des Konsums und Bevormundung der Verbrau-
1979 cher durch Werbeverbote und Strafsteuern für vermeintlich ungesunde Lebensmit-
1980 tel lehnen wir ab. Ein farblich unterlegtes Ampelsystem zur Nährwert-
1981 Kennzeichnung führt die Verbraucher in die Irre. Das zwischen dem Bundesminis-
1982 terium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und der Lebensmit-
1983 telwirtschaft entwickelte „1+4-Modell“ bietet hierfür den richtigen Ansatz. Dieses
1984 Modell ist EU-weit zu harmonisieren und darüber hinaus im Sinne einer übersicht-
1985 lichen, einheitlichen Darstellungsweise weiterzuentwickeln und die Portionsgrö-
1986 ßen des GDA-Wertes zu standardisieren.

1987

1988 Die EU-Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben von Le-
1989 bensmitteln (Health-Claims-Verordnung) ist praxistgerecht und verbraucherorien-
1990 tiert zu verbessern.

1991

1992 Auf Verpackungen von Lebensmitteln darf nur drauf stehen, was drin ist, und Ab-
1993 bildungen dürfen nicht verbrauchertäuschend wirken. Wir werden die Klarheit von
1994 Zutatenlisten, Abbildungen und Bezeichnungen verbessern. Lebensmittel-Imitate
1995 werden aus Gründen des Verbraucherschutzes und zur Vermeidung von Verbrau-

1996 chertäuschungen durch eine Änderung der EU-Lebensmittel-
1997 Kennzeichnungsverordnung klar gekennzeichnet. Unser Ziel ist eine regionale
1998 Herkunftskennzeichnung, die zwischen Ursprungs- und Verarbeitungsort unter-
1999 scheidet.

2000

2001 **Gesundheitlicher Verbraucherschutz**

2002

2003 Sichere Lebensmittel haben für uns höchste Priorität. Wir wollen die Lebensmittel-
2004 sicherheit weiter verbessern, ohne den bürokratischen Aufwand zu steigern. Das
2005 Qualitäts- und Sicherheitsbewusstsein über die gesamte Lebensmittelkette ein-
2006 schließlich des Verbrauchers muss noch stärker entwickelt werden. Wir setzen auf
2007 den Ausbau stufenübergreifender privatwirtschaftlich organisierter Qualitätssiche-
2008 rungssysteme und ihre Verzahnung mit der staatlichen Lebensmittelkontrolle.

2009

2010 **Lebensmittelkontrolle**

2011

2012 Wir setzen uns dafür ein, dass die Ergebnisse der Lebensmittelkontrolle bei einem
2013 wiederholten Verstoß gegen das Lebensmittel- und Futtermittelgesetz veröffent-
2014 licht werden. Die länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Lebensmittelkont-
2015 rolle ist zu intensivieren.

2016

2017 Zur Vermeidung zukünftiger Gammelfleischskandale werden Schlachtabfälle (so-
2018 genanntes K-3-Material) eingefärbt.

2019

2020 **Wirtschaftlicher und rechtlicher Verbraucherschutz**

2021

2022 Unsere Verbraucherpolitik setzt auf die Stärkung des Verbrauchers im Markt. Un-
2023 ser Leitbild ist der gut informierte und zu selbstbestimmtem Handeln befähigte und
2024 mündige Verbraucher. Dazu gehört umfassende Verbraucherbildung, sowie Auf-
2025 klärung und Zugang zu Informationen. Verbraucher sollen sich leicht informieren
2026 können, sie sollen gut beraten und ihre Interessen gut vertreten werden. Für die
2027 Finanzierung der Beratungs- und Informationsaktivitäten von Verbraucherzentra-
2028 len und unabhängiger Verbraucherschutzorganisationen wie der Stiftung Waren-
2029 test werden langfristige Konzepte der Finanzierung entwickelt, die dem auch durch
2030 die Finanzkrise ausgelösten Mehrbedarf an unabhängiger Beratung des Verbrau-
2031 chers Rechnung tragen.

2032

2033 Wir setzen bei der Verbraucherinformation auf den Einsatz einer verständlichen
2034 deutschen Sprache. Dies gilt in besonderem Maße im öffentlichen Raum, bei Pro-
2035 duktkennzeichnungen, Gebrauchsanweisungen und bei der Bürgerkommunikati-
2036 on.

2037

2038 Auch der Aspekt der Nachhaltigkeit spielt für den Verbraucher eine stetig zuneh-
2039 mende Rolle. Den nachhaltigen Konsum wollen wir stärken. Dem wollen wir mit
2040 zusätzlichen Informationen durch freiwillige Systeme von Handel und Wirtschaft
2041 Rechnung tragen.

2042

2043 Wir werden ein zentrales Verbrauchertelefon mit Lotsenfunktion einführen.

2044

2045

2046 **Informationsgesetze**

2047

2048 Das geltende Verbraucherinformationsgesetz wird reformiert. Bei der Reform des
2049 Gesetzes werden die Ergebnisse der Überprüfung berücksichtigt. Die Ansprüche
2050 des Verbrauchers auf Information werden in einem einheitlichen Gesetz zur Rege-
2051 lung der Informationsansprüche des Bürgers zusammengefasst.

2052

2053 **Europäische Verbraucherpolitik**

2054

2055 Die im Zusammenhang mit der EU-Richtlinie über die Rechte der Verbraucher
2056 vorgesehene Vollharmonisierung von Verbraucherschutzvorschriften soll auf ein-
2057 zelne Bereiche beschränkt bleiben.

2058

2059 Das deutsche GS-Zeichen „Geprüfte Sicherheit“ wollen wir erhalten und nach sei-
2060 nem Vorbild ein freiwilliges europäisches Sicherheitszeichen fordern.

2061

2062 **Außergerichtliche Streitschlichtung**

2063

2064 Die Einrichtung einer unabhängigen, übergreifenden Schlichtungsstelle für die
2065 Verkehrsträger Bus, Bahn, Flug und Schiff wird gesetzlich verankert.

2066

2067 **Anlegerschutz**

2068

2069 Wir wollen ein konsistentes Finanzdienstleistungsrecht schaffen, damit Verbrau-
2070 cher in Zukunft besser vor vermeidbaren Verlusten und falscher Finanzberatung
2071 geschützt werden. Ein angemessener Anlegerschutz gegen unseriöse Produktan-
2072 bieter und Falschberatung wird prinzipiell unabhängig davon gewährleistet, wel-
2073 ches Produkt oder welcher Vertriebsweg vorliegt. Die Haftung für Produkte und
2074 Vertrieb soll verschärft werden. Wir wollen deshalb die Anforderungen an Berater
2075 und Vermittler insbesondere in Bezug auf Qualifikation, Registrierung, und Berufs-
2076 haftpflicht in Anlehnung an das Versicherungsvermittlergesetz vereinheitlichen.
2077 Kein Anbieter von Finanzprodukten soll sich der staatlichen Finanzaufsicht entzie-
2078 hen können.

2079

2080 Die Kunden müssen die wesentlichen Bestandteile einer Kapitalanlage, sämtliche
2081 Kosten und Provisionen einschließlich Rückvergütungen schnell erkennen kön-
2082 nen.

2083

2084 **Rahmenbedingungen der digitalen Kommunikation**

2085

2086 Wir brauchen ein verpflichtendes Bestätigungsfeld für alle Vertragsabschlüsse im
2087 Internet. Mit dem verpflichtenden Preisangabefenster können wir Internetabzocke
2088 minimieren.

2089

2090 Wir wollen die Problematik der unterschiedlichen Handhabung der Kostenvertei-
2091 lung bei Warteschleifen im Telefonverkehr auf deren Praxistauglichkeit hin über-
2092 prüfen.

2093

2094 Die in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedeten gesetzlichen Regelun-
2095 gen zum Handel mit persönlichen Daten sind zu evaluieren. Dies gilt auch für den

2096 ausreichenden Schutz der Persönlichkeitsrechte im Internet und bei der Einfüh-
2097 rung von Funketiketten.

2098

2099 **Verbraucherschutz im Versorgungsbereich**

2100

2101 Wir werden die Informationen des Verbrauchers zu langlebigen Wirtschaftsgütern
2102 bezüglich des Energie- und Wasserverbrauchs, u. a. durch intelligente Stromzäh-
2103 ler sowie die Transparenz bei der Festlegung der Preise verbessern.

2104

2105 **Rechte von Fahrgästen**

2106

2107 Die Rechte von Bahnkunden und Fluggästen werden überprüft und ggf. verbes-
2108 sert.

2109

2110 **Schutz bei Immobiliendarlehen**

2111

2112 Wir werden den Schutz des Darlehensnehmers, der sein Immobiliendarlehen ver-
2113 tragsgemäß bedient, stärken. Eine Abtretung der Darlehensforderung oder die
2114 Übertragung des Kreditverhältnisses an ein Unternehmen ohne Banklizenz wird
2115 daher zukünftig nur bei Genehmigung des Darlehensnehmers wirksam sein.

2116

2117 **4.6 Landwirtschaft und ländlicher Raum**

2118

2119 Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Energie sowie der Klimaschutz gehören
2120 zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wir brauchen eine
2121 starke und wettbewerbsfähige Land-, Forst-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft
2122 in Deutschland. Unsere Betriebe brauchen Planungssicherheit und Perspektiven.
2123 Viele Landwirte können sich sehr wohl am Markt behaupten. Dennoch gibt es Re-
2124 gionen mit landwirtschaftlicher Produktion, die einer besonderen gesellschaftlichen
2125 Begleitung bedürfen.

2126 EU-Vorgaben werden 1:1 in nationales Recht umgesetzt.

2127

2128 Wir wollen eine durch bäuerliche und unternehmerische Betriebsstrukturen gestal-
2129 tete, flächendeckende Landbewirtschaftung. Unterschiedliche strukturelle und kli-
2130 matische Produktionsbedingungen rechtfertigen eine weitere gezielte Unterstüt-
2131 zung der Landwirtschaft in diesen benachteiligten Regionen. Dabei wird die Ver-
2132 wendung auf der Basis der landwirtschaftlichen Vergleichszahl (LVZ) als zentraler
2133 Abgrenzungsmaßstab beibehalten. Unabhängig vom Schutz des geistigen Eigen-
2134 tums wollen wir auf landwirtschaftliche Nutztiere und -pflanzen kein Patentrecht.

2135

2136 **Abschluss der WTO-Verhandlungen**

2137

2138 Wir treten für einen erfolgreichen und ausgewogenen Abschluss der Doha-Runde
2139 ein, der auch das europäische Landwirtschaftsmodell berücksichtigt. Exportsub-
2140 ventionen und Interventionsmaßnahmen sind im internationalen Vergleich abzu-
2141 bauen.

2142

2143 **Gemeinsame Europäische Agrarpolitik**

2144

2145 Aus Gründen der Verlässlichkeit und Planungssicherheit müssen die EU-
2146 Direktzahlungen bis 2013 sicher sein. Wir brauchen auch nach 2013 eine starke

2147 erste Säule und eine finanziell gut ausgestattete zweite Säule der Gemeinsamen
2148 EU-Agrarpolitik.

2149

2150 Regionen, in denen alternativlos nur Grünlandbewirtschaftung möglich ist sowie
2151 besonders benachteiligte Gebiete wie Berg-, Mittelgebirgs- und Steillagen- sowie
2152 sensible Grünlandgebiete müssen auch in Zukunft ausreichend bei der Förderung
2153 berücksichtigt werden. Die Sicherung des Dauergrünlandes als CO₂-Senke ist
2154 ökologisch vorteilhaft und im Interesse der Milchbauern und der gesamten Gesell-
2155 schaft.

2156

2157 **Agrardiesel**

2158

2159 Wir werden auf europäischer Ebene auf eine einheitliche Besteuerung des Agrar-
2160 diesels hinwirken, um die Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirte zu be-
2161 seitigen. Bis dahin wollen wir die Steuerermäßigung beim Agrardiesel fortführen.

2162

2163 **Vermarktungsstrukturen und Marketing**

2164

2165 Wir werden schnellstmöglich ein Gesetz zur Abwicklung des Absatzfonds einbrin-
2166 gen. Wir werden die Absatzförderung deutscher Agrarprodukte auf internationalen
2167 Märkten ausbauen. Dabei gilt es insbesondere, die Interessen der kleinen und
2168 mittleren Unternehmen auf Exportmärkten zu unterstützen.

2169

2170 **Milchwirtschaft in Deutschland**

2171

2172 Die Weichen für das Auslaufen der EU-Milchquotenregelung im Jahr 2015 sind
2173 durch verschiedene Reformbeschlüsse auf EU-Ebene gestellt. Unser Ziel ist es,
2174 eine wettbewerbsfähige Milchwirtschaft in Deutschland zu erhalten. Aufgrund der
2175 derzeitigen Marktlage werden wir uns weiter für die Aussetzung der auf EU-Ebene
2176 beschlossenen Quotenerhöhungen einsetzen. Daher sind bis zum Jahr 2015 die
2177 notwendigen Anpassungsprozesse durch geeignete Maßnahmen zu flankieren.

2178

2179 Wir werden die Mittel aus dem EU-Milchfonds für strukturverbessernde und ab-
2180 satzfördernde Maßnahmen einsetzen.

2181

2182 Aufgrund der krisenbedingt aktuelle schwierigen Einkommenssituation werden wir
2183 ergänzend folgende Sofortmaßnahmen ergreifen:

2184 • Um aktuell drohende Flächenbrachen und damit verbunden unwiderrufliche
2185 Schäden für Natur und Kulturlandschaft zu verhindern wird ein zweijähriges
2186 „Grünlandmilchprogramm des Bundes“ in Höhe von insgesamt 500 Millio-
2187 nen Euro aufgelegt.

2188 • Zur Vermeidung von Beitragserhöhungen bei der Landwirtschaftlichen Un-
2189 fallversicherung (LUV) in der aktuellen Krisensituation wird der Bundeszus-
2190 chuss in den Jahren 2010 und 2011 um insgesamt 200 Millionen Euro er-
2191 höht.

2192 • Für die beiden kommenden Jahre wird für die Landwirtschaft ein Krisen-
2193 Liquiditätshilfeprogramm mit Mitteln in Höhe von insgesamt 50 Millionen
2194 aufgelegt.

2195

2196 **Ökologischer Landbau**

2197

2198 Wir stehen für ein gleichberechtigtes Nebeneinander unterschiedlicher Wirtschaftsmethoden von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Wir wollen
2199 den ökologischen Landbau insbesondere im Bereich Forschung fördern.
2200

2201

2202 **Ehemalige Treuhandflächen**

2203

2204 Die Verwertung der Flächen der Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH
2205 (BVVG) soll unter verstärkter Berücksichtigung agrarstruktureller Belange zügig
2206 vorangebracht und im Wesentlichen bis zum Jahr 2025 abgeschlossen werden.
2207 Die gegenwärtige Verkaufspraxis der BVVG wird überprüft. Wir setzen Verbesserungen
2208 beim Flächenerwerbsänderungsgesetz im Sinne der Alteigentümer durch.
2209

2209

2210 **Zulassung von Pflanzenschutzmitteln**

2211

2212 Zum besseren Schutz von Mensch, Tier und Umwelt wird das Zulassungsverfahren
2213 von Pflanzenschutzmitteln unter Beibehaltung der geltenden hohen Standards
2214 vereinfacht und beschleunigt.
2215

2215

2216 **Forstwirtschaft**

2217

2218 Das Bundeswaldgesetz wird novelliert. Dabei sind folgende Punkte vorrangig zu
2219 regeln: die Verkehrssicherungspflicht, die Definition von Kurzumtriebsplantagen
2220 und die Vermarktungsmöglichkeit für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse. Zudem
2221 wird die Charta für Holz weiterentwickelt.
2222

2222

2223 Bei der Anwendung der Beschaffungsrichtlinie des Bundes wollen wir eine Gleich-
2224 behandlung beider Zertifizierungssysteme für Holz.
2225

2225

2226 **Bundesjagdgesetz**

2227

2228 Damit Jäger ihren Auftrag zur nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen
2229 zu Gunsten der Erhaltung der Biodiversität nachkommen können, treten wir dafür
2230 ein, das Bundesjagdgesetz grundsätzlich in seiner jetzigen Form zu erhalten.
2231

2231

2232 **Fischerei**

2233

2234 Wir unterstützen eine nachhaltige Binnen-, See-, Küsten- und Kutterfischerei, die
2235 Bestände erhält, artgerecht ist und den Tierschutz sichert. Wir werden die Rahmen-
2236 bedingungen für eine nachhaltige Aquakultur verbessern und auf europäischer
2237 Ebene auf die Erstellung eines Managementplans für Kormorane drängen.
2238 Wir treten mit Nachdruck für die Einhaltung des internationalen Walfangverbots
2239 ein.
2240

2240

2241 **Grüne Gentechnik**

2242

2243 Die Biotechnologie stellt eine wichtige Zukunftsbranche für Forschung, Wirtschaft
2244 und Landwirtschaft dar, die bereits weltweit etabliert ist. Deshalb wollen wir die
2245 verantwortbaren Potentiale der grünen Gentechnik nutzen. Der Schutz von
2246 Mensch und Umwelt bleibt oberstes Ziel des deutschen Gentechnikrechts.

2247

2248 Wir treten für eine stärkere Wissenschaftsorientierung und effiziente Zulassungs-
2249 verfahren von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf EU-Ebene ein.

2250

2251 Wir schaffen die rechtlichen Voraussetzungen, damit die Bundesländer innerhalb
2252 eines bundeseinheitlichen Rahmens von Kriterien flexibel eigenständig Abstände
2253 festlegen können, die zwischen Feldern mit genetisch veränderten Pflanzen und
2254 solchen mit konventionellem oder ökologischem Anbau einzuhalten sind.

2255

2256 Beim erlassenen Anbauverbot für die gentechnisch veränderte Maissorte MON810
2257 wird der Ausgang des Gerichtsverfahrens abgewartet. Der Anbau der gentech-
2258 nisch veränderten Stärkekartoffel Amflora für eine kommerzielle, industrielle Ver-
2259 wertung wird unterstützt.

2260

2261 Um eine für Wirtschaft und Überwachung praktikable Anwendung der im Gemein-
2262 schaftsrecht der EU festgelegten Nulltoleranz für nicht in der EU zugelassene
2263 GVO zu ermöglichen, werden wir das Gentechnikgesetz und das EG-
2264 Gentechnikdurchführungsgesetz ändern. Dort werden wir eine Ermächtigung
2265 schaffen, um offizielle Probenahme- und Nachweismethoden festzulegen.

2266

2267 Zur Schaffung einer umfassenden Verbrauchertransparenz streben wir eine Posi-
2268 tivkennzeichnung (Prozesskennzeichnung) auf europäischer Ebene an.

2269

2270 **Tierschutz und Tiergesundheit**

2271

2272 Der Tierschutz hat eine zentrale Bedeutung. Wir setzen uns für artgerechte Tier-
2273 haltung und -ernährung ein. Wir wollen den Tierschutz in der landwirtschaftlichen
2274 Nutztierhaltung im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit voranbringen. Zur Verringe-
2275 rung von Tierversuchen werden wir die Entwicklung von Ersatzmethoden weiter
2276 fördern. Erfolgreicher Tierschutz kann insbesondere auch auf europäischer und
2277 internationaler Ebene verwirklicht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Tier-
2278 transportzeiten in der EU weiter begrenzt werden.

2279

2280 **Ländliche Räume**

2281

2282 Wir stehen für starke, lebenswerte ländliche Räume sowie eine gleichwertige Ent-
2283 wicklung von ländlichen Regionen und städtischen Ballungszentren. Wir werden
2284 dem verstärkten demographischen Wandel vermehrt Aufmerksamkeit widmen.

2285

2286 Wir wollen die Vielfalt der ländlichen Räume erhalten sowie deren Stärken und
2287 Wirtschaftskraft fördern. Wir werden dafür insbesondere die Gemeinschaftsaufga-
2288 ben zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Agrarstruktur sowie
2289 weitere Infrastrukturmaßnahmen zur Unterstützung der ländlichen Regionen aus-
2290 bauen und verstärkt gemeinsam zielorientiert einsetzen.

2291

2292 Wir werden das Landwirtschaftsgesetz in Richtung eines modernen Gesetzes für
2293 die Landwirtschaft und den ländlichen Raum weiterentwickeln und das Ziel einer
2294 flächendeckenden, nachhaltigen Landbewirtschaftung in Deutschland festschrei-
2295 ben. Wir werden einen Maßnahmenkatalog zur Reduzierung des Verlusts land-
2296 wirtschaftlicher Nutzflächen vorlegen und den Verlust landwirtschaftlicher Flächen
2297 durch Siedlung, Verkehr oder ökologische Ausgleichsflächenregelungen eindäm-

2298 men. Das Flächenmanagement für Ausgleichsflächen muss verbessert werden.

2299

2300 **Branntweinmonopol**

2301

2302 Wir setzen uns auf EU-Ebene dafür ein, dass das Branntweinmonopol durch Ver-
2303 längerung der am 31.12.2010 endenden beihilferechtlichen Ausnahmeregelung
2304 bis 2017 fortbestehen wird.

2305

2306 **Deutsche Weinbaukultur**

2307

2308 Wir setzen uns für den Erhalt der Qualität unserer Weinproduktion, die Wahrung
2309 der Herkunftskennzeichnung als Erkennungsmerkmal für Verbraucher und die Si-
2310 cherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein. Wir setzen auf den Erhalt
2311 der Pflanzrechte, eine effektive Gemeinschaftswerbung und Exportförderung.

2312

2313 **4.7 Dienstleistungen**

2314

2315 **Tourismus**

2316

2317 Wir werden den Tourismusstandort Deutschland stärken und zusätzliche Wach-
2318 stumpotentiale der Tourismuswirtschaft als Jobmotor der Zukunft freisetzen. Da-
2319 zu werden die touristischen Rahmenbedingungen verbessert und die Tourismus-
2320 politischen Leitlinien der Bundesregierung fortentwickelt.

2321

2322 Wettbewerbsverzerrungen und Bürokratiebelastungen werden so weit wie möglich
2323 reduziert. Die Regelungen zur Mehrwertsteuer werden auch mit Blick auf Belas-
2324 tungen für den Tourismus und dessen europäische Wettbewerbssituation struktu-
2325 rell überprüft.

2326

2327 Investitionen in touristische Einrichtungen werden gefördert. Dazu wird das vor-
2328 handene Instrumentarium genutzt und gegebenenfalls optimiert.

2329

2330 Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibleres Jugendar-
2331 beitsschutzgesetz abgebaut. Die Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus
2332 werden auf hohem Niveau stabilisiert sowie der Messe- und Kongressstandort
2333 Deutschland gestärkt.

2334

2335 Wir verankern das Ziel der Barrierefreiheit stärker in allen Bereichen, vernetzen
2336 Kultur und Tourismus enger, erstellen eine Tourismuskonzeption für den ländli-
2337 chen Raum, verbessern die Rahmenbedingungen für Kurorte und Heilbäder und
2338 prüfen eine Neuregelung der Kabelweiterleitung zugunsten von Hotels.

2339

2340 Die Bund-Länder-Zusammenarbeit wird intensiviert mit dem Ziel, Verbesserungen
2341 bei den in der Länderzuständigkeit liegenden Rahmenbedingungen zu erreichen,
2342 wie z. B. bei den Gaststättengesetzen, Entlastungen bei den Rundfunkgebühren
2343 sowie eine Ausweitung des Gesamtzeitraums der Sommerferien.

2344

2345 **Gesundheitswirtschaft**

2346

2347 Angesichts der demographischen Entwicklung wird die Gesundheitswirtschaft er-
2348 heblich an Bedeutung gewinnen. Wir wollen die Möglichkeiten ausbauen, dass

2349 auch außerhalb des gesetzlich finanzierten Bereichs Gesundheits- und Pflegeleis-
2350 tungen angeboten werden können. Dafür bedarf es einer Verbesserung der wett-
2351 bewerblichen Strukturen. Außerdem wollen wir Innovationskraft und Investitions-
2352 bereitschaft der deutschen Medizintechnik stärken.

2353

2354 **Kreativwirtschaft**

2355

2356 Wir werden die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft fortführen und ausbauen.
2357 Besondere Schwerpunkte bei der weiteren Umsetzung werden die Schaffung von
2358 Unterstützungsangeboten zur Professionalisierung von Künstlern und Kreativen
2359 sowie die Förderung innovativer Projekte und Geschäftsmodelle sein.

2360

2361 **5. Faire Regeln für die Weltwirtschaft**

2362

2363 **Finanzmärkte**

2364

2365 Ein leistungsfähiges und stabiles Finanzsystem ist für die wirtschaftliche Entwick-
2366 lung unseres Landes essentiell. Es sichert den nachfrage- und risikogerechten
2367 Zugang zu nationalen und internationalen Finanzmitteln. Es bietet institutionellen
2368 Investoren und vorsorgeorientierten Privatpersonen kosteneffiziente Anlagemög-
2369 lichkeiten. Gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Ent-
2370 wicklung sind weitere Reformen im Finanzsektor geboten. Hierzu zählt die struktu-
2371 relle Verbesserung privater und hoheitlicher Aufsichtssysteme ebenso wie die
2372 Stärkung langfristiger Wachstumskräfte durch wettbewerbsorientierte Reformen.
2373 Für uns ist ein transparenter Finanzmarkt Grundlage für die freien Entscheidungen
2374 der einzelnen Bürger.

2375

2376 Um Finanzmarktkrisen, wie wir sie derzeit erfahren, in Zukunft zu vermeiden,
2377 müssen die grundlegenden Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft wie Haftung
2378 und Verantwortung wieder stärker das Handeln der Finanzmarktakteure bestim-
2379 men. National und international muss ein Ordnungsrahmen gelten, der diesen
2380 Prinzipien gerecht wird. Unser Ziel ist es, dass die Akteure auf den Finanzmärkten
2381 nicht wieder in alte Verhaltensmuster zurückfallen, wie sie vor der Krise zu beo-
2382 bachten waren. Die Einhaltung des europäischen Stabilitätspakts hat für uns Prio-
2383 rität. Gleiches gilt für die Wahrung der Unabhängigkeit der Deutschen Bundes-
2384 bank und der Europäischen Zentralbank. Wir werden uns mit aller Vehemenz da-
2385 für einsetzen, Finanzmarktrisiken sowie Inflationsgefahren zu vermeiden. Deutsch-
2386 land wird Initiativen ergreifen, um auf europäischer und internationaler Ebene eine
2387 Vorreiterrolle bei der Vermeidung zukünftiger Krisen wahrzunehmen. Denn in Zu-
2388 kunft darf es kein Finanzmarktprodukt, keinen Finanzmarktakteur und keinen Fi-
2389 nanzmarkt geben, die nicht reguliert und beaufsichtigt sind. Zudem werden wir für
2390 eine effektivere und stringenterer Regulierung und Aufsicht national und internatio-
2391 nal sorgen.

2392

2393 Dazu werden wir insbesondere folgende Maßnahmen ergreifen:

2394

2395 Das dreigliedrige Bankensystem von Privatbanken, Volks- und Raiffeisenbanken
2396 und Sparkassen unterstützen wir. Unsere Bürgerinnen und Bürger profitieren von
2397 dieser wettbewerbsintensiven Bankenlandschaft. Wir werden uns daher dafür ein-
2398 setzen, dass in der Bankenregulierung – nach Überwindung der Krise – die Kapi-
2399 talanforderungen differenziert nach Risiko und Systemrelevanz verstärkt werden,

2400 um die Banken in die Lage zu versetzen, in Krisenzeiten auftretende Verluste in
2401 größerem Umfang selbst tragen zu können. Insbesondere werden wir uns dafür
2402 einsetzen, dass weltweit die systemrelevanten Banken höheres Eigenkapital vor-
2403 halten müssen, welches das hohe Risiko, das diese Institute für das gesamte Fi-
2404 nanzsystem darstellen, berücksichtigt. Zugleich setzen wir uns auf nationaler und
2405 internationaler Ebene dafür ein, dass bei der Intensität der Regulierung und der
2406 Aufsicht über Finanzinstitute stärker nach dem Risiko und der Systemrelevanz des
2407 einzelnen Instituts differenziert wird sowie bei den qualitativen Anforderungen an
2408 das Eigenkapital auf nationale Besonderheiten Rücksicht genommen wird.

2409
2410 In Zeiten eines wirtschaftlichen Abschwungs muss eine Kreditklemme verhindert
2411 werden; die Kreditwirtschaft muss sich ihrer Verantwortung als Finanzierungsge-
2412 ber der deutschen Wirtschaft bewusst sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
2413 die in den derzeit geltenden internationalen Rechnungslegungsvorschriften IFRS
2414 und in den Basel-II-Eigenkapitalregeln angelegten prozyklischen Wirkungen ab-
2415 gemildert werden.

2416
2417 Wir wollen verhindern, dass Staaten in Zukunft von systemrelevanten Instituten zu
2418 Rettungsmaßnahmen gezwungen werden können. Wir werden daher geeignete
2419 rechtliche Instrumentarien für ein Restrukturierungs- sowie Abwicklungsverfahren
2420 einführen, um zeitlich vor Eintritt einer Insolvenz in Schieflage geratene systemre-
2421 levante Unternehmen des Finanzsektors entweder finanzmarktschonend abwi-
2422 ckeln oder nachhaltig stabilisieren zu können. Wir müssen hierzu auch auf natio-
2423 naler, europäischer und internationaler Ebene abgestimmte Lösungsmechanismen
2424 entwickeln und umsetzen.

2425
2426 Um eine angemessene Aufsicht und Regulierung aller systemisch wichtigen Fi-
2427 nanzinstitute, -märkte und -instrumente sicherzustellen, sollten alle alternativen
2428 Investmentfonds, zum Beispiel Hedge Fonds, und deren Manager einem interna-
2429 tional abgestimmten Regelwerk unterworfen werden. Dabei ist den Besonderhei-
2430 ten der deutschen Fondstypen Rechnung zu tragen.

2431
2432 Die Ratingagenturen sind mit Schuld an der internationalen Finanzkrise. Deshalb
2433 brauchen wir für die Zukunft neben einer effektiven Aufsicht Mindeststandards und
2434 Sanktionsmöglichkeiten. Ratingagenturen dürfen nicht zeitgleich Finanzprodukte
2435 entwickeln, vertreiben und bewerten. Derartige Interessenkonflikte sind für die Zu-
2436 kunft auszuschließen. Wir setzen uns für die Entwicklung einer europäischen Ra-
2437 tingagentur ein.

2438
2439 Wir prüfen die Einrichtung einer unabhängigen Stiftung für Finanzprodukte nach
2440 dem Muster der Stiftung Warentest.

2441
2442 Wir wollen die Standardisierung von forderungsbesicherten Wertpapieren voranbr-
2443 ringen. Wir werden die Möglichkeiten prüfen, durch ein Verbriefungsgesetz einen
2444 einheitlichen und transparenten Standard zu setzen.

2445
2446 Wir streben eine Überarbeitung der internationalen Standards zur Rechnungsle-
2447 gung innerhalb der International Financial Reporting Standards an. In diesem Zu-
2448 sammenhang verfolgen wir das Ziel, dass die deutsche Sichtweise des Handels-
2449 gesetzbuchs im International Accounting Standards Board stärker repräsentiert ist

2450 und die demokratische Legitimation bei der Setzung der Rechnungslegungsstan-
2451 dards erzielt wird.

2452

2453 Wir unterstützen die Aufgaben des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoF-
2454 Fin) und werden die parlamentarischen Kontrollrechte weiterentwickeln. Die staat-
2455 lichen Stabilisierungsmaßnahmen werden auf ihre Praxistauglichkeit überprüft und
2456 gegebenenfalls bedarfsgerecht verbessert. Um Wettbewerbsverzerrungen zu
2457 vermeiden, sollten staatliche Stützungsmaßnahmen unter Wahrung der Interessen
2458 der Steuerzahler nach Ablauf der Krise zügig zurückgeführt werden.

2459

2460 Regulierung braucht eine effektive Aufsicht. Wir setzen uns auf europäischer Ebe-
2461 ne für eine Vereinheitlichung der Aufsichts- und Prüfungsstandards in der Ge-
2462 meinschaft ein. Die nationalen Kompetenzen und das Etrecht bleiben unberührt.

2463

2464 Wir werden die Bankenaufsicht in Deutschland bei der Deutschen Bundesbank
2465 zusammenführen. Die Standorte der bisherigen Bundesanstalt für Finanzdienst-
2466 leistungsaufsicht stellen wir nicht in Frage. Der Umfang der bisherigen rechtlichen
2467 Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank wird durch die hinzukommenden ho-
2468 heitlichen Zuständigkeiten nicht berührt. Wir sorgen für eine schnelle Umsetzung
2469 der bereits begonnenen Reform der EU-Finanzmarktaufsicht.

2470

2471 Solvency II als eines der wichtigen europäischen Projekte im Bereich der Finanz-
2472 dienstleistungswirtschaft ist so umzusetzen, dass der deutsche Versicherungs-
2473 markt gestärkt wird.

2474

2475 Unser Ziel ist die Stärkung des Marktes für Beteiligungsunternehmen. Wir schaf-
2476 fen einen einheitlichen attraktiven Wagniskapitalmarkt in Deutschland.

2477

2478 Bei Real Estate Investment Trusts sind überflüssige Hemmschwellen für den
2479 deutschen Markt abzubauen, ohne die schutzbedürftigen Interessen der Verbrau-
2480 cher zu vernachlässigen.

2481

2482 Das Investmentrecht werden wir überarbeiten und krisenverschärfende Regelun-
2483 gen in einem Ausgleich der Interessen von Anlegern und Anbietern überarbeiten.

2484

2485 Wir unterstützen marktwirtschaftliche Produkte wie Mikrofinanzfonds und werden
2486 bestehenden Hemmschwellen abbauen.

2487

2488 **Außenwirtschaft**

2489

2490 Eine offene, regelgebundene Weltwirtschaft ist der beste Garant für weltweiten
2491 Wohlstand und weltweite Sicherheit.

2492

2493 Zur langfristigen Wachstums- und Wohlstandssicherung in Deutschland leistet die
2494 Außenwirtschaftspolitik einen wesentlichen Beitrag. In der Handelspolitik bekämp-
2495 fen wir jede Art des Protektionismus und setzen uns nachhaltig für weitere Markt-
2496 öffnung ein. In der Außenwirtschaftsförderung sorgen wir verstärkt dafür, dass
2497 deutsche Unternehmen sich auch im drastisch verschärften Wettbewerb auf den
2498 Märkten gegenüber ihren Konkurrenten erfolgreich behaupten können.

2499

2500 Weltwirtschaft und Welthandel in einer globalisierten Welt bedürfen klarer Regeln,

2501 die allen Ländern eine faire Chance geben, die Integration der Entwicklungsländer
2502 in die Weltwirtschaft fördern und zur nachhaltigen Rohstoffversorgung beitragen.
2503 Der Königsweg für die weitere Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienst-
2504 leistungen liegt im multilateralen Ansatz der WTO. Ein zügiger und ehrgeiziger
2505 Abschluss der Doha-Welthandelsrunde hat absoluten Vorrang. Gerade dem deut-
2506 schen Mittelstand, der traditionell auf den Auslandsmärkten besonders aktiv ist,
2507 erleichtern wir so die Teilhabe am Welthandel. Die WTO-Regeln müssen weiter
2508 ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang ist auch eine Effektivierung des
2509 Streitschlichtungsmechanismus unter Beteiligung des WTO-Generalsekretärs an-
2510 zustreben.

2511
2512 Ergänzend hierzu setzen wir uns für bilaterale Freihandelsabkommen mit den dy-
2513 namischen Ländern und Regionen ein, die als sog. WTO-plus-Abkommen insbe-
2514 sondere auch den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse und die Einbeziehung
2515 weiterer handelsbezogener Themen wie Wettbewerb und öffentliches Beschaf-
2516 fungswesen zum Ziel haben und die – WTO-konform – als Wegbereiter möglicher
2517 späterer Erweiterungen des Welthandelssystems ausgestaltet werden.

2518
2519 Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit müssen besser aufeinander
2520 aufbauen und optimal ineinander greifen. Entwicklungspolitische Entscheidungen
2521 müssen die Interessen der deutschen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes,
2522 angemessen berücksichtigen. Bei Auftragsvergabe sollen die Auslandshandels-
2523 kammern über die Aufträge der Entwicklungsorganisationen rechtzeitig informiert
2524 werden.

2525
2526 Deutschland ist auf Investitionen aus dem Ausland angewiesen. Investoren aus
2527 aller Welt sind uns sehr willkommen. Darum werden wir unser Investitionsmarke-
2528 ting verstärken. Die zuletzt geschaffene Änderung des AWG wird nur im Ausnah-
2529 mefall angewandt und insgesamt nach einem Jahr im Hinblick auf seine Wirkung
2530 überprüft.

2531
2532 Die Entscheidungsverfahren für die Garantien für Exportkredite, Investitionen und
2533 ungebundene Finanzkredite werden beschleunigt und vorrangig an der Sicherung
2534 des Standortes Deutschland und der Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung
2535 im Inland ausgerichtet. Einzelentscheidungen und Deckungspolitik werden an den
2536 international vereinbarten Regeln und Leitlinien ausgerichtet. Diese werden zur
2537 Sicherung fairer Bedingungen im internationalen Wettbewerb weiterentwickelt. Für
2538 den Umweltbereich sind die OECD-Umweltleitlinien alleiniger Maßstab bei der
2539 Prüfung von Anträgen auf Exportkreditgarantien.

2540
2541 Das Außenwirtschaftsrecht (Außenwirtschaftsgesetz [AWG] und Außenwirt-
2542 schäftsverordnung [AWV]) wird entschlackt und übersichtlicher ausgestaltet. Es
2543 werden Vorschriften gestrichen, die deutsche Exporteure gegenüber ihren europä-
2544 ischen Konkurrenten benachteiligen. Bei der Anwendung des Außenwirtschafts-
2545 rechts muss der internationalen Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft
2546 mehr als bisher Rechnung getragen werden. Es wird hier ein „level-playing-field“
2547 geschaffen.

2548
2549 Es bleibt bei der verantwortungsbewussten Genehmigungspolitik für die Ausfuhr
2550 von Rüstungsgütern. Um faire Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirt-
2551 schaft zu gewährleisten, wird eine Harmonisierung mit der Genehmigungspolitik

2552 der anderen EU-Staaten auf hohem Niveau angestrebt. Auch beim Export von
2553 Dual Use-Gütern wird die deutsche Genehmigungspraxis in diesem Sinne angeg-
2554 lichen. Bürokratische Hemmnisse werden abgebaut und die Verfahren beschleu-
2555 nigt. Steht eine zivile Verwendung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlich-
2556 keit fest, ist eine Genehmigung zu erteilen.

2557
2558 Die im März 2005 auf nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung konzentrierte
2559 Lissabon-Strategie sollte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unter-
2560 nehmen auch in der Zeit nach 2010 mit gleicher Fokussierung fortgesetzt werden.
2561 Angesichts der Wirtschaftskrise besteht die Notwendigkeit langfristig angelegter
2562 struktureller Reformen fort. Im Einzelnen heißt dies: Wir setzen uns für die Beibe-
2563 haltung der vier prioritären Bereiche (Forschung und Entwicklung, Stärkung des
2564 Unternehmenspotentials, insbesondere für KMU, mehr Beschäftigung schaffen,
2565 Klima und Energie) ein.

2566
2567 Der Zugang zu Rohstoffen und deren verlässliche Verfügbarkeit sind für die
2568 deutsche Industrie mit ihren Produkten der Hoch- und Spitzentechnologie von be-
2569 sonderer Bedeutung und unverzichtbare Ziele der Außenwirtschaftspolitik.

2570

2571 **6. Deutsche Einheit**

2572

2573 Die Koalition wird die Deutsche Einheit weiterhin voranbringen. Wir halten an der
2574 Zielsetzung fest, die Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 bundesweit
2575 weitgehend anzugleichen. Unser Ziel ist das schnelle Erreichen einer möglichst
2576 hohen Steuerdeckungsquote der ostdeutschen Länder. Die Steigerung der Wirt-
2577 schaftskraft und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit bleiben die zentralen Ziele.
2578 Die Koalition bekennt sich zur Einhaltung der Mittelzusagen aus dem Solidarpakt II
2579 und erwartet ihre bestimmungsgemäße Verwendung.

2580

2581 Um die Wirksamkeit der Förderung insbesondere für Wachstum und Beschäfti-
2582 gung in den ostdeutschen Ländern zu erhöhen, werden wir die Förderinstrumente
2583 für den Aufbau Ost evaluieren.

2584 Darüber hinaus benötigen die Bundesländer den Spielraum, um den regionalen
2585 Besonderheiten gerecht zu werden. Die Koalition vereinbart, eine Expertenkom-
2586 mission einzurichten, deren Vorschläge in Modellregionen umgesetzt werden sol-
2587 len.

2588 Die Koalition setzt sich dafür ein, angemessene Übergangsregelungen für die Re-
2589 gionen zu finden, die ab 2014 aus der Höchstförderung der Strukturfonds heraus-
2590 fallen.

2591

2592 Das Fördergefälle zwischen vergleichbaren Regionen mit Wettbewerbsnachteilen
2593 ist in der EU und innerhalb Deutschlands zu mindern.

2594

2595 20 Jahre nach der Wiedervereinigung wollen wir die Aufteilung des Finanzvermö-
2596 gens gemäß Art. 22 des Einigungsvertrages im Einvernehmen mit den Neuen
2597 Ländern regeln.

2598

2599 **Innovationsstandort**

2600

2601 Zur Stärkung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und zur Vernetzung von Wirt-
2602 schaft und Wissenschaft wird die Koalition die Unterstützung aus den Förderprog-

2603 rammen „Unternehmen Region“ und „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“
2604 auf hohem Niveau stabilisieren und fortführen. Die Innovationsförderung ist stärker
2605 auf den Wissenstransfer auszurichten und anwendungsbezogener zu gestalten.
2606 Zum Ausbau des Hochschul- und Forschungsstandortes wird das Programm
2607 „Spitzenforschung und Innovation“ fortgeführt.

2608
2609 Die Koalition verständigt sich darauf, im Jahr 2011 die Ausgestaltung der Degres-
2610 sion der Investitionszulage zu prüfen.

2611
2612 Wir werden die außeruniversitären, gemeinnützigen Forschungseinrichtungen in
2613 den ostdeutschen Ländern evaluieren und auf dieser Grundlage in Abstimmung
2614 mit den Ländern entscheiden, welche Institute in die von Bund und Länder geför-
2615 derten Forschungsorganisationen eingliedert werden sollen.

2616
2617 Bei der Einrichtung neuer Forschungseinrichtungen werden wir die ostdeutschen
2618 Länder angemessen berücksichtigen.

2619
2620 Wir setzen uns mit besonderer Priorität für die Ansiedlung eines Forschungsinsti-
2621 tuts zur nachhaltigen und sicheren Rohstoffversorgung mit Standort in den Neuen
2622 Ländern ein, das der gesamten Wertschöpfungskette von der Erkundung und Ge-
2623 winnung der Rohstoffe über ihre Aufbereitung und Veredelung bis hin zum Recyc-
2624 ling gewidmet ist.

2625 2626 **Fachkräfte und Qualifizierung**

2627
2628 Vor dem Hintergrund der schon bestehenden Probleme bei der Besetzung von
2629 Ausbildungsplätzen und Stellen für Hochqualifizierte und der demographischen
2630 Perspektiven wird die Bundesregierung im Rahmen einer „Zukunftsinitiative Fach-
2631 kräftesicherung“ vorrangig zusammen mit den ostdeutschen Ländern, Kammern
2632 und Sozialpartnern regionsspezifische Handlungsansätze zur Verbesserung des
2633 Fachkräfteangebot entwickeln.

2634 2635 **Investitionsförderung und Wettbewerbsfähigkeit**

2636
2637 Damit die Wirtschaft, insbesondere die Industrie, wieder an die hohe Wachstums-
2638 dynamik vor der Krise anknüpfen kann, wird die Bundesregierung die Investitions-
2639 förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaft“ in Regionen mit
2640 Wettbewerbsnachteilen – unbeschadet der konjunkturbedingten Aufstockung bis
2641 2011 – mittelfristig auf dem Niveau des Jahres 2008 fortführen.

2642
2643 Die Koalition wird zusammen mit den jeweiligen ostdeutschen Ländern Zukunfts-
2644 konzepte für Regionen mit industriellen Kernen erarbeiten, die von der aktuellen
2645 Wirtschaftskrise besonders betroffen sind. Das Instrument der Branchenkonferen-
2646 zen wird fortgeführt, um gemeinsam mit der Wirtschaft das Profil des Wirtschafts-
2647 und Technologiestandortes Ostdeutschland weiter zu schärfen.

2648 2649 **Überregionale Verkehrsinfrastruktur**

2650
2651 Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) sind für den wirtschaftlichen Auf-
2652 schwung in den neuen Ländern von besonderer Bedeutung. Die Koalition strebt
2653 an, die VDE der Straße bis 2010 und der Schiene bis 2017 fertig zu stellen.

2654

2655 Für eine konkurrenzfähige Anbindung der Seehäfen an die Staaten Südosteuropa
2656 werden wir das Ziel verfolgen, eine leistungsfähige Schienenverkehrsverbin-
2657 dung von der Ostsee unter Einbeziehung der Bundeshauptstadt nach Südosteu-
2658 ropa zu errichten.

2659

2660 **Aktive Arbeitsmarktpolitik**

2661

2662 Die Koalition wird zum Abbau der in strukturschwachen Regionen – vor allem Ost-
2663 deutschlands - überproportionalen Langzeitarbeitslosigkeit die Voraussetzungen
2664 dafür schaffen, dass neue Lösungsansätze des „Förderns und Forderns“ in größe-
2665 ren Kommunen erprobt werden können. Das Prinzip wird konsequent und für die
2666 öffentliche Hand kostenneutral umgesetzt.

2667

2668 **Übergreifende Demographiep politik – Daseinsvorsorge**

2669

2670 Die demographischen Entwicklungen wirken sich in den neuen Ländern früher und
2671 schneller aus als in Westdeutschland, sind jedoch heute schon auch für Deutsch-
2672 land insgesamt von grundlegender Bedeutung. Die Koalition wird dazu bis 2012
2673 eine ressortübergreifende Demographiestrategie erarbeiten.

2674

2675 Die Koalition wird ein Handlungskonzept mit den Ländern zur Verringerung von
2676 Abwanderung und Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in vom
2677 demographischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen entwickeln
2678 und abstimmen, insbesondere zu den Bereichen Gesundheitsversorgung, wohn-
2679 ortnahe Bildungsangebote, Sicherung von Mobilität, leistungsfähiger Internetzu-
2680 gang und Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit. Dabei unterliegen die
2681 nichthoheitlichen Aufgaben dem Vergaberecht.

2682

2683 Die Aufarbeitung der Umweltlasten der ehemaligen DDR ist eine Generationen-
2684 aufgabe. Die Sanierung der ehemaligen Braunkohleabbaugebiete und der Wis-
2685 mut-Altstandorte wird über das Jahr 2012 hinaus haushalterisch gesichert und
2686 fortgeführt.

2687

2688 Neue Bundeseinrichtungen sollen in den neuen Ländern angesiedelt werden. Die
2689 Beschlüsse der unabhängigen Föderalismuskommission gelten fort. Der Beauf-
2690 ragte der Bundesregierung für die neuen Länder ist frühzeitig in die Standort-
2691 entscheidungen einzubeziehen.

2692

2693 **Freiheits- und Einheitsdenkmal**

2694

2695 Zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 und den Herbst 1989 werden wir auf der Be-
2696 rliner Schlossfreiheit ein Nationales Freiheits- und Einheitsdenkmal errichten und
2697 die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Leipzig unterstützen.

2698

2699 **Opferrente für erlittenes SED-Unrecht**

2700

2701 Mit dem Ende der DDR hat sich das vereinte Deutschland der Aufgabe gestellt,
2702 das von SED und Staatssicherheit begangene Unrecht auszugleichen. Wir werden
2703 das System der Rehabilitierung und Entschädigung laufend überprüfen und offen-
2704 baren Regelungsbedarf mit dem Ziel, die rehabilitierungsrechtliche Situation von
2705 Betroffenen zu verbessern, Rechnung tragen.

2706
2707
2708
2709
2710
2711
2712
2713
2714
2715
2716
2717
2718
2719
2720
2721
2722
2723
2724
2725
2726
2727
2728
2729
2730
2731
2732
2733
2734
2735
2736
2737
2738
2739
2740
2741
2742
2743
2744
2745
2746
2747
2748
2749
2750
2751
2752
2753
2754
2755

II. BILDUNGSREPUBLIK DEUTSCHLAND **Durch gute Bildung und starke Forschung**

Bildung ist Bedingung für die innere und äußere Freiheit des Menschen. Sie schafft geistige Selbständigkeit, Urteilsvermögen und Wertebewusstsein. Bildung und Forschung sind Grundlagen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Bildung ist Voraussetzung für umfassende Teilhabe des Einzelnen in der modernen Wissensgesellschaft. Bildung ist daher für uns Bürgerrecht. Deswegen sagen wir der Bildungsarmut den Kampf an.

Dazu bedarf es einer nationalen Anstrengung. Wir wollen mehr Chancengerechtigkeit am Start, Durchlässigkeit und faire Aufstiegschancen für alle ermöglichen. Wir wollen Deutschland zur Bildungsrepublik machen, mit den besten Kindertagesstätten, den besten Schulen und Berufsschulen sowie den besten Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und bedarf einer engen Partnerschaft aller Verantwortlichen entlang der gesamten Bildungskette. Wir streben daher eine Bildungspartnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen unter Wahrung der jeweiligen staatlichen Zuständigkeit an. Wir erhöhen die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung bis 2013 um insgesamt 12 Mrd. Euro. Wir werden Maßnahmen ergreifen, die es zudem Ländern, Wirtschaft und Privaten erleichtern, ihre jeweiligen Beiträge bis spätestens 2015 ebenfalls auf das 10 Prozent-Niveau anzuheben. Im Gegenzug streben wir mit den Ländern verbindliche Vereinbarungen zur Umsetzung der Qualifizierungsinitiative wie zur Bildungsmobilität, insbesondere zu Fragen von Zulassung und Anerkennung von Abschlüssen und Teilleistungen an.

1. Bildung

1.1 Bildungsbündnisse vor Ort

Jeder fünfte Jugendliche in Deutschland hat so geringe Kompetenzen in Lesen und Mathematik, dass er Gefahr läuft, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kaum Chancen zu haben. Deshalb müssen wir präventiv und möglichst früh in der Bildungsbiografie ansetzen.

Wir werden vor Ort Bildungsbündnisse aller relevanten Akteure – Kinder- und Jugendhilfe, Eltern, Schulen, Arbeitsförderung sowie Zivilgesellschaft – fördern, die sich mit diesem Ziel zusammenschließen.

Wir werden ihre Arbeit unterstützen, indem jedes Bündnis ein Kontingent z. B. von Bildungsschecks zur Weitergabe an benachteiligte Kinder und Jugendliche erhält.

1.2 Sprache als Schlüssel für den Bildungsaufstieg

Jedes Kind muss vor Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen. Deshalb unterstützen wir verbindliche bundesweit vergleichbare Sprachstandstests für alle Kinder im Alter von vier Jahren und bei Bedarf eine verpflichtende gezielte

2756 Sprachförderung vor der Schule sowie darüber hinausgehende unterrichtsbeglei-
2757 tende Sprachprogramme.

2758

2759 **1.3 Bildungsfinanzierung**

2760

2761 Heute für die Zukunft finanziell vorsorgen; das möchten viele Eltern – und auch
2762 Großeltern oder Paten – mit Blick auf die Kinder. Am besten ist das Geld angelegt,
2763 wenn es der Bildung der Kinder zu Gute kommt.

2764

2765 Deshalb werden wir jedem neu geborenen Kind beispielsweise ein Zukunftskonto
2766 mit einem Startguthaben von 150 Euro einrichten und Einzahlungen bis zur Voll-
2767 jährigkeit mit einer Prämie unterstützen.

2768

2769 Der Bildungsaufstieg darf an finanziellen Hürden nicht scheitern. Deshalb wollen
2770 wir mit dem Dreiklang aus BAföG, Bildungsdarlehen und Stipendien jungen Men-
2771 schen ein Studium ermöglichen.

2772 Wir wollen den Anteil der Stipendiaten mittelfristig von heute zwei auf zehn Pro-
2773 zent der Studierenden erhöhen. Die Stipendien sollen ausschließlich nach Bega-
2774 bung einkommensunabhängig vergeben werden. Hierzu werden wir gemeinsam
2775 mit den Ländern ein nationales Stipendienprogramm ins Leben rufen, mit dem wir
2776 von Universitäten und Fachhochschulen bei Wirtschaft und Privaten angeworbene
2777 Stipendien in Höhe von 300 Euro im Monat von der BAföG-Anrechnung freistellen
2778 und bis zur Hälfte öffentlich bezuschussen. Die öffentliche Finanzierung soll dabei
2779 je zur Hälfte durch den Bund und die Länder erfolgen.

2780

2781 Das bisherige Büchergeld der Begabtenförderungswerke wird auf 300 Euro ange-
2782 hoben und bleibt von der BAföG-Anrechnung befreit.

2783

2784 Die erfolgreichen Aufstiegsstipendien werden wir ausbauen, um mehr beruflich
2785 Qualifizierte für ein Studium zu gewinnen.

2786 Wir erwarten von den Begabtenförderungswerken, dass sie sich bislang unterrepräsen-
2787 tierten Gruppen stärker öffnen und unterstützen sie bei ihrem Engagement.

2788

2789 Wir wollen das BAföG sichern und weiterentwickeln. Die Möglichkeit, Bildungskre-
2790 dite über das 30. Lebensjahr hinaus zu verlässlichen Konditionen zu erhalten,
2791 werden wir ausbauen. Wir setzen uns ein für eine frühzeitige Berufsorientierung
2792 und Studienberatung in der Schule, die auch die vielfältigen Möglichkeiten der
2793 Studienfinanzierung umfasst.

2794

2795 **1.4 Qualität für Bildung und Erziehung**

2796

2797 Qualität in Bildung und Erziehung erfordert besonders gut ausgebildete Fachkräf-
2798 te. Wir werden deshalb verstärkt in die Weiterbildung von Erzieherinnen und Er-
2799 ziehern investieren und unterstützen die Länder bei der Ausweitung entsprechen-
2800 der Qualifizierungsangebote, auch auf akademischem Niveau. Wir werden dazu
2801 beitragen, die Lehrerausbildung an deutschen Hochschulen zu stärken. Der Erhö-
2802 hung der Medienkompetenz kommt dabei eine besondere Rolle zu.

2803

2804 Von den Ländern erwarten wir, dass sie die Betreuungsrelationen in Schulen und
2805 Kindertagesstätten weiter verbessern, den vorgesehenen Unterricht garantieren,
2806 einheitliche Bildungs- und Leistungsstandards und die problemlose gegenseitige

2807 Anerkennung von Schul- und Bildungsabschlüssen gewährleisten sowie die Wei-
2808 terbildung des pädagogischen Personals ausbauen.

2809

2810 Wir wollen die Beratung von Eltern sowie von Lehrerinnen und Lehrern hochbe-
2811 gabter Kinder besonders fördern. Hochbegabtenförderung muss früher beginnen.
2812 Von den Ländern erwarten wir, dass sie Instrumente der Diagnostik und Förde-
2813 rung in einem ganzheitlichen Sinn ausbauen. Insbesondere wollen wir die MINT-
2814 Kompetenzen (Mathematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaften, Technik) stär-
2815 ken.

2816

2817 **1.5 Qualität für Studium und Hochschule**

2818

2819 Wir setzen uns zum Ziel, die Studienanfängerquote weiter zu steigern. Künftig sol-
2820 len mehr Studienanfänger über die berufliche Bildung an die Hochschule kommen.
2821 Insbesondere müssen wir dafür Sorge tragen, dass mehr Studierende ihr Studium
2822 auch erfolgreich abschließen.

2823

2824 Die Umsetzung des Bologna-Prozesses ist in Deutschland sehr weit vorange-
2825 kommen, die wesentlichen Ziele sind in weiten Teilen erreicht. Die Umsetzung des
2826 Bologna-Prozesses ist zu evaluieren, um mit den Hochschulen ggf. notwendige
2827 Anpassungen zum Wohl der Studierenden vorzunehmen. Gemeinsam mit den
2828 Ländern und den Hochschulen werden wir ein „Bologna-Qualitäts- und Mobilitäts-
2829 paket“ schnüren, das die Studienreform zügig voranbringt und die Qualität des
2830 Studiums und die Mobilität der Studierenden weiter verbessert. Kernelemente des
2831 Pakets sind die Weiterentwicklung der Studieninhalte, die Verbesserung der Lehre
2832 sowie der Betreuung und der Beratung der Studierenden; die Anerkennung von
2833 Studienleistungen und Hochschulabschlüssen muss national wie international ver-
2834 bessert werden.

2835

2836 Wir verstärken unsere Anstrengungen, die Besten für ein Studium in Deutschland
2837 zu gewinnen. Wir werden die Länder bei der Umgestaltung der Zentralstelle für die
2838 Vergabe von Studienplätzen (ZVS) zu einer leistungsfähigen Servicestelle unter-
2839 stützen. Wir werden Hochschulen als Orte der Weiterbildung stärken und die Ein-
2840 richtung von Offenen Hochschulen prüfen.

2841

2842 Wir unterstützen die Länder in dem Ziel, Freiheit und Autonomie der Hochschulen
2843 zu stärken. Deshalb werden wir das Hochschulrahmengesetz (HRG) aufheben.

2844

2845 **1.6 Modernes Berufsbildungssystem**

2846

2847 Die berufliche Bildung in Deutschland wird weltweit hoch geschätzt. Das duale
2848 Ausbildungssystem ist ihr Herzstück. Es ist Garant für gute Übergänge in den Ar-
2849 beitsmarkt und eine im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit.
2850 „Training made in Germany“ ist ein Markenzeichen, mit dem wir auf dem ökonom-
2851 isch hoch attraktiven weltweiten Bildungsmarkt erfolgreich sein wollen.

2852

2853 Die Berufsbilder müssen schneller an die Erfordernisse der Wirtschaft angepasst
2854 und klarer formuliert werden. Für die im Ausland erworbenen Qualifikationen im
2855 Bereich der beruflichen Bildung sollen möglichst transparente und einheitliche Ver-
2856 fahren geschaffen werden. Die Initiative „Unternehmergeist in die Schulen“ wird
2857 weitergeführt und ausgebaut.

2858

2859 **1.7 Duales System**

2860

2861 Das duale System der beruflichen Bildung ist ein Erfolgsmodell. Damit es auch
2862 künftig den hohen Anforderungen gerecht werden kann, werden wir die Rahmen-
2863 bedingungen weiterentwickeln, um es für künftige demographische, technologi-
2864 sche und wirtschaftliche Herausforderungen fit zu machen. Hierzu gehören die
2865 Flexibilisierung und Modularisierung unter Wahrung des Berufsprinzips. Gemein-
2866 sam mit der Wirtschaft werden wir dafür Sorge tragen, dass in den Überbetriebli-
2867 chen Berufsbildungsstätten (ÜBS) modernste Technologien für die Ausbildung zur
2868 Verfügung stehen und über Kompetenzzentren wissenschaftliche und technologi-
2869 sche Entwicklungen in die Betriebe transportiert werden.

2870

2871 Das deutsche Berufsbildungssystem muss sich dem internationalen Vergleich stel-
2872 len. Daher werden wir den internationalen Systemvergleich intensivieren und For-
2873 schung zur Kompetenzmessung forcieren.

2874

2875 **1.8 Ausbildung für alle**

2876

2877 Wir wollen den erfolgreichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft fortführen, weite-
2878 rentwickeln und laden Gewerkschaften und Länder ein, als neue Partner mitzuwir-
2879 ken.

2880

2881 Im Zusammenwirken mit Sozialpartnern und Ländern geben wir jedem Jugendli-
2882 chen, der ausbildungsfähig und -willig ist, die Zusage, dass er ein Ausbildungsan-
2883 gebot erhält, das zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Jugendliche mit
2884 Ausbildungsrisiken müssen frühzeitig erkannt und gefördert werden. Deshalb bau-
2885 en wir die frühe Berufsorientierung in den Schulen aus. Unser besonderes Au-
2886 genmerk gilt Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie denjenigen, die sich
2887 bereits längere Zeit vergeblich um eine Lehrstelle bemüht haben.

2888

2889 Wir werden das Übergangssystem neu strukturieren und effizienter gestalten.
2890 Maßnahmen sollen grundsätzlich – auch mit Hilfe von Ausbildungsbausteinen –
2891 auf Ausbildung und Berufsabschluss ausgerichtet werden. Es ist unser Ziel, die
2892 passgenaue Vermittlung von Ausbildungsplatzsuchenden und Langzeitbewerbern
2893 zu stärken.

2894

2895 Wir setzen uns für eine angemessene Einstufung der im dualen System erworbe-
2896 nen Ausbildungsabschlüsse in den deutschen und europäischen Qualifikations-
2897 rahmen ein. Ziel ist es, die Attraktivität der beruflichen Bildung für alle Jugendli-
2898 chen unabhängig vom Schulabschluss zu stärken.

2899

2900 **1.9 Lebensbegleitendes Lernen**

2901

2902 Lebensbegleitendes Lernen zu stärken ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
2903 Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Sozialpartnern, den Ländern, der Bundes-
2904 agentur für Arbeit und den Weiterbildungsverbänden eine Weiterbildungsallianz
2905 schmieden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen müssen in die Lage
2906 versetzt werden, die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter auszubauen. Darüber hinaus
2907 werden wir die Bildungs- und Qualifizierungsberatung für alle leicht zugänglich
2908 machen und für mehr Transparenz sorgen.

2909

2910 Eine besondere Bedeutung haben tarifvertraglich vereinbarte Lernzeitkonten. Die
2911 Sozialpartner müssen hier ihrer besonderen Verantwortung gerecht werden.

2912

2913 Wir werden die Entwicklung eines Deutschen Qualifikationsrahmens dazu nutzen,
2914 um Gleichwertigkeit, Mobilität und Durchlässigkeit im deutschen und europäischen
2915 Bildungsraum zu stärken. Dabei werden wir im europäischen Prozess darauf
2916 achten, dass das deutsche Bildungssystem sein eigenes Profil wahrt und seine
2917 Qualität innerhalb der EU zur Geltung bringt.

2918

2919 Gemeinsam mit starken Partnern aus Bund und Ländern, Wirtschaft und Wissen-
2920 schaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen sowie den Seniorenorgani-
2921 sationen werden wir neue Bildungschancen und –Anreize für Ältere schaffen. Wir
2922 wollen zusammen mit den Senioren in Kooperation mit Internetanbietern, Medien
2923 und Verbänden mehr Medienkompetenz vermitteln und Risiken minimieren.

2924

2925 **2. Wissenschaft und Forschung**

2926

2927 **Forschung und Innovationen für künftigen Wohlstand**

2928

2929 Forschung, Innovationen und neue Technologien sind die Grundlage für künftigen
2930 Wohlstand. Sie sind die Quellen von wirtschaftlichem Erfolg, von Wachstum und
2931 Beschäftigung. Zugleich helfen sie, den großen Herausforderungen unserer Zeit,
2932 dem Klima- und Umweltschutz, dem Kampf gegen Armut und Krankheiten wirk-
2933 sam zu begegnen. So sind Forschung und neue Technologien entscheidend für
2934 nachhaltige Produktion und nachhaltigen Konsum, für Ressourceneffizienz und
2935 Sicherung der Welternährung. Deshalb geht es uns darum, dass in Deutschland,
2936 dem Land der Ideen, neue Technologien nicht nur entwickelt, sondern auch an-
2937 gewandt werden.

2938

2939 Dazu brauchen wir auch einen umfassenden Dialog über Zukunftstechnologien mit
2940 und unter den Bürgerinnen und Bürgern. Wir stehen für eine zukunftsorientierte
2941 Kultur der Chancen. Wir wollen wieder eine optimistische und technik- und innova-
2942 tionsfreundliche Gesellschaft werden.

2943

2944 **Weiterentwicklung der Hightech-Strategie**

2945

2946 Wir werden die Hightech-Strategie weiterentwickeln. Wir werden sie auf die An-
2947 wendungsfelder Klimaschutz/Energie, Gesundheit, Mobilität, Kommunikation und
2948 Sicherheit konzentrieren. Dabei werden wir die Förderung der Schlüsseltechnolo-
2949 gien noch stärker auf diese gesellschaftlich relevanten Felder ausrichten. Wir wer-
2950 den die rechtlichen Rahmenbedingungen innovationsfreundlich gestalten.

2951

2952 Die Instrumente der Hightech-Strategie werden wir prüfen und weiterentwickeln
2953 und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf kleine und mittlere Unternehmen
2954 legen. Wir werden neue Impulse für den Wissens- und Technologietransfer und
2955 die Validierung von Forschungsergebnissen geben. Im Sinne der Lissabon-
2956 Strategie wollen wir die Hightech-Strategie auch nach Europa tragen.

2957

2958

2959 **Werkstoff- und Materialforschung**

2960

2961 Die Werkstoff- und Materialforschung ist ein Innovationsmotor. Deshalb werden
2962 wir sie gezielt ausbauen und Ergebnisse möglichst rasch in wettbewerbsfähige
2963 Produkte und Verfahren umsetzen.

2964

2965 **Biotechnologie**

2966

2967 Wir sehen in Forschung, Entwicklung und Anwendung der Biotechnologie eine
2968 große Chance für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland und
2969 seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Wir werden die verantwortbaren Inno-
2970 vationspotentiale der Bio- und Gentechnologie weiterentwickeln, auch um den
2971 Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern und unserer globalen Verantwortung
2972 gerecht zu werden.

2973

2974 Mit der Unterstützung des Bioökonomierates werden wir eine international wett-
2975 bewerbsfähige Strategie zu einer wissensbasierten Bioökonomie erarbeiten und
2976 umsetzen. Wissenschaft, Wirtschaft und Landwirtschaft brauchen klare Signale für
2977 die Forschung an gentechnisch veränderten Pflanzen und deren Einsatz auf der
2978 Grundlage des geltenden Rechts. Die grüne Gentechnik kann einen Beitrag zur
2979 Bekämpfung des Welthungers leisten.

2980

2981 **Gesundheitsforschung**

2982

2983 Vorbeugen ist besser als heilen. Wir werden die Präventionsforschung stärken.
2984 Neue Erkenntnisse der Forschung müssen den Menschen schneller zugute kom-
2985 men. Wir ebnen den Weg für eine individualisierte Medizin und damit für Thera-
2986 pien, die wirksamer und verträglicher sind. Dies muss einhergehen mit neuen
2987 Konzepten der Versorgungs- und Gesundheitssystemforschung. Mit „Deutschen
2988 Zentren der Gesundheitsforschung“ als langfristig angelegten, gleichberechtigten
2989 Partnerschaften von Forschungseinrichtungen, Universitäten, Universitätskliniken
2990 und Kliniken schaffen wir die Voraussetzungen, um rasch zunehmende Volks-
2991 krankheiten wirksamer bekämpfen zu können.

2992

2993 **Stammzellforschung**

2994

2995 Die Stammzellforschung bietet besonders im Bereich der Gesundheit große
2996 Chancen. Wir wollen sicherstellen, dass in Deutschland diese Chancen wahrge-
2997 nommen werden können. Zugleich erfolgt diese ethisch sensible Forschung auf
2998 dem Boden des geltenden Rechts und im Dialog mit allen gesellschaftlichen Ak-
2999 teuren. Wir prüfen die Einrichtung einer Dialogplattform „Deutsches Stammzell-
3000 netzwerk“.

3001

3002 **Bürgerdialog**

3003

3004 Forschung braucht den Dialog mit der Gesellschaft. Deshalb werden wir neue Dia-
3005 logplattformen einrichten, auf denen mit den Bürgerinnen und Bürgern Zukunfts-
3006 technologien und Forschungsergebnisse zur Lösung der großen globalen und ge-
3007 sellschaftlichen Herausforderungen intensiver diskutiert werden. Insbesondere bei
3008 gesellschaftlich kontroversen Zukunftstechnologien wollen wir einen sachlichen
3009 Diskurs, der auf Toleranz aufbaut, eine realistische Abschätzung der Chancen und

3010 Risiken für den Einzelnen und die Gesellschaft ermöglicht und den erreichbaren
3011 Konsens auslotet.

3012

3013 Wir wollen unter wissenschaftlicher Leitung und mit Unterstützung der Wirtschaft
3014 in der Hauptstadt ein „Haus der Zukunft“ schaffen, in dem sich Deutschland als
3015 Wissensgesellschaft und Innovationstreiber präsentiert, und die Forschungsmu-
3016 seen stärken.

3017

3018 **Die Wissenschaft stärken**

3019

3020 Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation und Exzellenzinitiative werden
3021 fortgeführt. So haben es die Regierungschefs von Bund und Ländern beschlos-
3022 sen.

3023

3024 Wir stärken die angewandte Fachhochschulforschung und bekräftigen die Bedeu-
3025 tung kooperativer Graduiertenschulen von Fachhochschulen und Universitäten,
3026 wie sie von der DFG gefördert werden können. Wir führen die Programmpauscha-
3027 le im Rahmen des Hochschulpaktes fort und prüfen ihre Einführung in die Projekt-
3028 förderung des Bundes. Wir erwarten von den Hochschulen die Einführung einer
3029 Kostentrennungsrechnung.

3030

3031 Zur finanziellen Verlässlichkeit muss die Gestaltungsfreiheit treten. Wissenschaft
3032 und Forschung brauchen mehr Flexibilität und Gestaltungsspielraum, um exzellen-
3033 tes Personal zu gewinnen und mit starken Partnern national und international zu
3034 kooperieren. Wir bringen weitere Verbünde zwischen Hochschulen und außeruni-
3035 versitären Forschungseinrichtungen voran und unterstützen Modelle wie das des
3036 „Forschungscampus“, an denen auch Unternehmen beteiligt sind.

3037

3038 Wir unterstützen die Bereitschaft der Forschungsorganisationen, stärker miteinan-
3039 der und mit den Hochschulen, etwa bei gemeinsamen Berufungsverfahren, zu
3040 kooperieren.

3041

3042 **Wissenschaftsfreiheit**

3043

3044 Die Wissenschaftsfreiheitsinitiative werden wir fortsetzen – insbesondere mit dem
3045 Ziel, Globalhaushalte einzuführen und die Möglichkeiten für Unternehmensbeteili-
3046 gungen und Ausgründungen zu verbessern. Wir werden hierzu ein Wissenschafts-
3047 freiheitsgesetz vorlegen und dieses durch notwendige untergesetzliche Maßnah-
3048 men ergänzen.

3049

3050 Die Wissenschaft ist dringend auf die Gewinnung und Sicherung von hochqualifi-
3051 ziertem Personal angewiesen. Die Bundesregierung prüft daher die Möglichkeit
3052 von außertariflichen Vergütungselementen und Tarifhoheit für die Forschungsor-
3053 ganisationen.

3054

3055 **Wissenschaftlicher Nachwuchs**

3056

3057 Wir setzen uns für eine stärkere Durchlässigkeit der Karrierepfade in Wissenschaft
3058 und Wirtschaft ein. Dies fördert auch den Wissens- und Technologietransfer. Wir
3059 werden unseren Beitrag für bessere Karrierechancen von Frauen in Wissenschaft
3060 und Forschung leisten. Die internationale Anziehungskraft deutscher Hochschulen

3061 wollen wir für Studierende wie für Wissenschaftler steigern. Deshalb werden wir
3062 internationale strategische Partnerschaften unterstützen und Mobilitätshindernisse,
3063 auch im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, abbauen.

3064

3065 **Geistes- und Sozialwissenschaften**

3066

3067 Wir werden die Geistes- und Sozialwissenschaften stärken, die von großer Bedeu-
3068 tung für unser kulturelles Gedächtnis und die Gestaltung unserer Zukunft sind.

3069

3070 **Ressortforschung**

3071

3072 Nach Abschluss der laufenden Evaluierung der Ressortforschungseinrichtungen
3073 im Jahr 2010 werden wir die Strukturen der Ressortforschung ergebnisoffen prü-
3074 fen.

3075

3076 **Roadmap für Forschungsinfrastrukturen**

3077

3078 Für die großen Forschungsinfrastrukturen werden wir einen Roadmap-Prozess
3079 starten, in dem wir unsere Prioritäten künftiger Forschungsinfrastruktur-Vorhaben
3080 festlegen und in den europäischen Prozess für Forschungsinfrastrukturen (ESFRI)
3081 einbringen.

3082

3083 **Internationalisierung**

3084

3085 Exzellenz in der Wissenschaft und zukunftsfähige Antworten durch Forschung
3086 brauchen Internationalität. Wir streben daher eine intensivere europäische und
3087 internationale Zusammenarbeit in Bildung und Forschung an. Wir bekräftigen die
3088 Ziele der UN-Dekade für „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE). Sie ist eine
3089 wichtige und zukunftsweisende Aufgabe aller Bildungsträger. Neben der Veranke-
3090 rung im Schulunterricht ist ihre Umsetzung in Zusammenarbeit mit außerschuli-
3091 schen Partnern wie Bildungseinrichtungen, wirtschaftlichen Institutionen und Ver-
3092 bänden von großer Wichtigkeit.

3093

3094 Wir werden den europäischen Forschungsraum, die Vorbereitung des achten For-
3095 schungsrahmenprogramms und den Umbau des EU-Haushalts aktiv mitgestalten
3096 und treten dabei für eine stärkere Rolle der Mitgliedstaaten ein. Wir wollen, dass
3097 die Wissenschaftler in Deutschland in größtmöglichem Umfang an allen Program-
3098 men des europäischen Forschungs- und Innovationsraums teilhaben können. Die
3099 Internationalisierungsstrategie werden wir ausbauen. Wir wollen Deutschland zum
3100 Exportweltmeister von Bildungsangeboten machen und die Vermarktung gezielt
3101 fördern. Bildung und Forschung werden zu einem Schwerpunkt in der Zusammen-
3102 arbeit mit den Schwellen- und Entwicklungsländern.

3103

III. SOZIALER FORTSCHRITT
Durch Zusammenhalt und Solidarität

3104
3105
3106
3107
3108
3109
3110
3111
3112
3113
3114
3115
3116
3117
3118
3119
3120
3121
3122
3123
3124
3125
3126
3127
3128
3129
3130
3131
3132
3133
3134
3135
3136
3137
3138
3139
3140
3141
3142
3143
3144
3145
3146
3147
3148
3149
3150
3151
3152
3153

1. Ehe, Familie und Kinder

Eine moderne Familienpolitik für alle Generationen hat die Aufgabe, die grundlegenden Strukturen unseres Zusammenlebens vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und einer globalisierten Welt zu stärken und zukunftsfest zu machen. Wir wollen, dass durch mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit und durch günstigere Rahmenbedingungen für Familien mehr Kinder in Deutschland geboren werden.

Familien übernehmen generationenübergreifend Verantwortung füreinander. Es sind die Familien, die als Leistungsträger für die Gesellschaft unser Land, aber auch unsere Zukunft tragen. In Lebensgemeinschaften, in denen Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, werden ebenso Werte gelebt, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Es ist Ziel dieser Koalition, die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit von Familien weiter zu stärken. Familienfreundlichkeit soll aber auch zu einem Markenzeichen unserer Städte, Gemeinden und Unternehmen werden.

Das Grundgesetz berechtigt und verpflichtet vorrangig Mütter und Väter, für ihre Kinder zu sorgen und legt zudem dem Staat die Pflicht auf, Ehe und Familie zu schützen und über die Ausübung von Elternrecht und Elternpflicht zu wachen. Dabei wollen wir einen Schwerpunkt auf Prävention setzen.

Eltern sollen die Wahlfreiheit haben, Familienleben und Erwerbstätigkeit nach ihren Wünschen zu gestalten. Alle, die Kinder erziehen, erbringen eine Leistung für die ganze Gesellschaft und verdienen daher deren besondere Anerkennung. Förderinstrumente sollen direkt in der Lebenswirklichkeit von Familien ansetzen.

Wir wollen geeignete Rahmenbedingungen schaffen und positive Anreize dafür setzen, damit mehr Menschen Verantwortung für andere übernehmen – auch außerhalb der eigenen Familie. Bürgerschaftliches Engagement bietet Antworten auf viele Fragen nach dem Zusammenhalt der Generationen wie der gesamten Gesellschaft.

Diese Koalition will gleiche Chancen für Frauen und Männer im Beruf wie im Familienleben verwirklichen. Immer mehr Männer wünschen sich neben dem Beruf mehr Zeit für die Familie. Junge Menschen haben ein Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft, Stärkung und Förderung. Ziel ist auch, jeden Jugendlichen dabei zu unterstützen, einen Schulabschluss zu erreichen und eine Ausbildungsstätte zu finden. Eine wachsende Zahl älterer Menschen will bei guter Gesundheit bis ins hohe Alter aktiv bleiben. Ziel dieser Regierung ist, ihr hohes Engagement im Ehrenamt weiter zu unterstützen und in allen Bereichen generationenübergreifendes Zusammenwirken zu stärken.

Eltern tragen vor allen anderen die Erziehungsverantwortung für ihre Kinder. Sie zu stärken ist unser Ziel; denn starke Kinder brauchen starke Eltern.

3154 Wir wollen Kinder von Anfang an unterstützen, ihre Stärken erkennen, ihre Chan-
3155 cen fördern, Benachteiligungen verhindern sowie Kinderarmut bekämpfen.

3156

3157 **Kinderbetreuung**

3158

3159 Wir wollen in der Kinderbetreuung weitere Maßnahmen für einen verbesserten
3160 qualitativen und quantitativen flexiblen Ausbau bei Trägervielfalt auch unter Einbe-
3161 ziehung von Tagespflege ergreifen und die Vernetzung mit anderen familienun-
3162 terstützenden Angeboten im Sinne von Familienzentren und Mehrgenerationen-
3163 häusern intensivieren. Dazu gehört die Qualifikation von Tagespflegepersonen
3164 sowie Erzieherinnen und Erziehern und bessere Rahmenbedingungen für Ausbil-
3165 dung und Beruf in Kooperation mit Ländern, Kommunen und Verbänden. Wir
3166 werden darauf hinwirken, dass sich Bund und Länder auf gemeinsame Eckpunkte
3167 der frühkindlichen Bildung, insbesondere auch der Sprachförderung, einigen. Wir
3168 begrüßen eine freiwillige Zertifizierung der Einrichtungen bei wissenschaftlicher
3169 Begleitung. Um qualifiziertes Personal zu gewinnen, wird eine Verbesserung der
3170 Rahmenbedingungen angestrebt.

3171

3172 Kinderlärm darf keinen Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen geben. Wir
3173 werden die Gesetzeslage entsprechend ändern.

3174

3175 Um Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten und Leistungen zu ermögli-
3176 chen, soll ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150,- Euro, gegebe-
3177 nenfalls als Gutschein, für Kinder unter drei Jahren als Bundesleistung eingeführt
3178 werden.

3179

3180 **Kindertagespflege**

3181

3182 Um die Attraktivität der Kindertagespflege zu erhöhen, wollen wir die Qualifikation
3183 der Tagespflegepersonen weiterentwickeln und schärfen. Die Anrechenbarkeit der
3184 erworbenen Qualifikation auf die Ausbildung in pädagogischen Berufen soll er-
3185 reicht werden.

3186

3187 **Au-Pair-Beschäftigung**

3188

3189 Wir wollen Au-Pair-Beschäftigung attraktiver gestalten. Wir werden die Anhebung
3190 der Altersgrenzen und die Möglichkeit einer Verlängerung des Aufenthalts prüfen.

3191

3192 **Familienbewusste Arbeitszeit**

3193

3194 Wir wollen familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen durch eine fami-
3195 lienfreundliche Kultur und Infrastruktur sowie eine familiengerechte Arbeitswelt
3196 schaffen, die eine Entscheidung für Kinder durch echte Wahlfreiheit ermöglicht.
3197 Wir setzen uns für familienfreundliche und flexible Arbeitszeitmodelle und „Sabbat-
3198 icals“, d. h. eine Auszeit vom Beruf ein, damit sich Menschen Zeit für wichtige
3199 persönliche Dinge wie die Familie nehmen können. Um die Vereinbarkeit von Fa-
3200 milie und Beruf zu einem festen Bestandteil einer modernen und nachhaltigen
3201 Personalpolitik in den Unternehmen zu machen, werden wir die bisherige Initiative
3202 zu einer großen Kampagne erweitern. Genauso wollen wir auch die bessere Ver-
3203 einbarkeit von Familie und Ausbildung erreichen.

3204

3205 **Weiterentwicklung des Elterngeldes**

3206

3207 Wir wollen eine Weiterentwicklung, Flexibilität und Entbürokratisierung des Elterngeldes, gerade auch in Hinblick auf die Einkommensermittlung. Die Partnermonate sollen gestärkt und ein Teilerntergeld bis zu 28 Monaten eingeführt werden. Wir werden dafür sorgen, dass die gleichzeitige Teilzeit bei gleichzeitiger Elternzeit nicht zu einem doppelten Anspruchsverbrauch führt. Die Lebenssituation von Selbständigen wollen wir stärker berücksichtigen.

3213

3214 **Unterhaltsvorschussrecht**

3215

3216 Wir werden das Unterhaltsvorschussgesetz dahingehend ändern, dass der Unterhaltsvorschuss entbürokratisiert und bis zur Vollendung des vierzehnten Lebensjahres eines Kindes gewährt wird.

3217

3218

3219

3220

3221

3222

3223

3224

3225

3226

3227

3228

3229

3230

3231

3232

3233

3234

3235

3236

3237

3238

3239

3240

3241

3242

3243

3244

3245

3246

3247

3248

3249

3250

3251

3252

Alleinerziehende

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende durch ein Maßnahmenpaket verbessern. Dieses soll insbesondere in verlässlichen Netzwerkstrukturen für Alleinerziehende lückenlos, flexibel und niedrigschwellig bereitgestellt werden.

Wir werden prüfen, inwieweit die Umgestaltung des bisherigen steuerlichen Entlastungsbetrages in einen Abzug von der Steuerschuld möglich und interessengerecht ist.

Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen

Wir wollen die umfassende wissenschaftliche Evaluation der familienbezogenen Leistungen konsequent fortsetzen und entsprechende Vorschläge vorlegen. Ziel sind konkrete Handlungsempfehlungen, um Leistungen wirksamer und effizienter zu gestalten und zu bündeln. Weiterhin werden wir prüfen, wie die Leistungen im Unterhaltsrecht, Steuerrecht, Sozialrecht und Familienrecht harmonisiert werden können und entsprechende Schritte einleiten.

Kinderschutz und Frühe Hilfen

Wir wollen einen aktiven und wirksamen Kinderschutz. Hierzu werden wir ein Kinderschutzgesetz, unter Berücksichtigung eines wirksamen Schutzauftrages und insbesondere präventiver Maßnahmen (z. B. Elternbildung, Familienhebammen, Kinderschwestern und sonstiger niedrigschwelliger Angebote) auch im Bereich der Schnittstelle zum Gesundheitssystem unter Klarstellung der ärztlichen Schweigepflicht auf den Weg bringen.

Mit dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen soll der Aus- und Aufbau Früher Hilfen und die Initiativen für einen aktiven Kinderschutz in Deutschland intensiviert werden.

3253 **Forschung**

3254

3255 Zur Verbesserung einer gesunden motorischen, kognitiven und emotionalen Ent-
3256 wicklung von Kindern werden wir die Bindungs- und die Bildungsforschung aus-
3257 bauen.

3258

3259 **Kinderrechte**

3260

3261 Wir setzen uns für eine Stärkung der Kinderrechte ein. Diese Rechte müssen im
3262 Bewusstsein der Erwachsenen stärker verankert werden. Wir wollen in allen Be-
3263 reichen, insbesondere bei den Schutz-, Förder- und Partizipationsrechten, kindge-
3264 rechte Lebensverhältnisse schaffen. Wir wollen die Vorbehaltserklärung zur UN-
3265 Kinderrechtskonvention zurücknehmen. An der Ausgestaltung eines Individualbe-
3266 schwerdeverfahrens zur UN-Kinderrechtskonvention werden wir aktiv mitwirken.

3267

3268 Wir werden die Partizipation von Kindern und Jugendlichen von Beginn an fördern
3269 und uns dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche ihre Lebenswelten und die
3270 Gesellschaft ihrem Alter gemäß mitgestalten können.

3271

3272 **Hilfe für Schwangere in Notlagen**

3273

3274 Frauen können bei einer Schwangerschaft aus unterschiedlichen Gründen in eine
3275 Notlage geraten. Das Angebot der vertraulichen Geburt sowie mögliche Rechts-
3276 grundlagen sind zu prüfen. Die Entscheidung für ein Kind darf nicht an finanziellen
3277 Notlagen scheitern. Die Bundesmittel für Schwangerenberatung werden zur Un-
3278 terstützung eines pluralen Trägerangebotes gleichmäßig vergeben.

3279

3280 **Schutz vor sexueller Gewalt und Ausbeutung**

3281

3282 Unser Ziel ist es, den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt
3283 und Ausbeutung kontinuierlich zu verbessern. Dazu werden wir den Aktionsplan
3284 der Bundesregierung gezielt weiterentwickeln. Wir wollen zusammen mit Kindern,
3285 Jugendlichen und Erwachsenen in Kooperation mit Internetanbietern, Medien,
3286 Verbänden und Institutionen des Kinder- und Jugendschutzes mehr Medienkom-
3287 petenz vermitteln und Risiken für sie minimieren.

3288

3289 **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen**

3290

3291 Das Hilfesystem im Bereich Gewalt gegen Frauen soll im Bereich der Bundeszu-
3292 ständigkeit weiter gestützt werden. Dazu gehören auch die Einrichtung einer bun-
3293 desweiten Notrufnummer und ein Bericht zur Lage der Frauen- und Kinderschutz-
3294 häuser und der darüber hinausgehenden Hilfeinfrastruktur.

3295

3296 **Mehrgenerationenhäuser**

3297

3298 Wir werden die erfolgreiche generationenübergreifende Arbeit der bundesweit 500
3299 Mehrgenerationenhäuser weiter in die Zukunft tragen. Hierbei werden wir die
3300 Mehrgenerationenhäuser auch in die Verbesserung der Versorgungssituation von
3301 Demenzkranken und ihren pflegenden Angehörigen stärken einbinden.

3302

3303

3304 **2. Jugendliche**

3305

3306 **Moderne Erziehung braucht Werte**

3307

3308 Wir wollen Eltern, Betreuungseinrichtungen, Schulen und Einrichtungen der Ju-
3309 gendarbeit in ihrer wertorientierten Erziehungsverantwortung bestärken.

3310

3311 **Eigenständige Jugendpolitik**

3312

3313 Wir stehen für eine eigenständige Jugendpolitik, eine starke Jugendhilfe und eine
3314 starke Jugendarbeit, die junge Menschen teilhaben lässt und ihre Potentiale för-
3315 dert und ausbaut. Wir wollen Jugendliche beim Übergang von Ausbildung in den
3316 Beruf besser unterstützen. Wir betonen die zentrale Bedeutung der kulturellen
3317 Kinder- und Jugendbildung für die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Men-
3318 schen. Es gilt die neuen Möglichkeiten im Schnittpunkt Jugend, Kultur und Schule
3319 zu nutzen und qualitativ und quantitativ auszubauen.

3320

3321 **Jugendschutz**

3322

3323 Wir werden gemeinsam mit Ländern, Kommunen, Verbänden und Wirtschaft einen
3324 Nationalen Aktionsplan initiieren, der sowohl ein umfassendes Konzept zur Ver-
3325 besserung des Jugendschutzes beinhaltet als auch Maßnahmen zur Verbesse-
3326 rung der Partizipation, der Medienkompetenz und der Gewalt- sowie Suchtpräven-
3327 tion vorsieht.

3328

3329 **Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**

3330

3331 Die Entwicklung und Stärkung von Toleranz und Demokratie ist ein zentrales Ziel
3332 der Kinder- und Jugendpolitik. Durch ein umfassendes Unterstützungsprogramm,
3333 das stets evaluiert wird, wollen wir Kinder und Jugendliche und alle anderen Ak-
3334 teure vor Ort in ihrem Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Men-
3335 schenwürde und Gewaltfreiheit gegen Rechts- und Linksextremismus, Fremden-
3336 feindlichkeit und Antisemitismus motivieren und unterstützen. Eine besondere
3337 Verantwortung tragen hier Eltern, Kindertagesstätten, Schulen, die Einrichtungen
3338 der Jugendarbeit und die demokratischen politischen Nachwuchsverbände im
3339 Ring Politischer Jugend.

3340

3341 **Reform Kinder- und Jugendhilfe**

3342

3343 Wir werden das Kinder- und Jugendhilfesystem und seine Rechtsgrundlagen im
3344 SGB VIII auf Zielgenauigkeit und Effektivität hin überprüfen. Wir wollen frühe,
3345 schnelle und unbürokratische Hilfezugänge durch hoch qualifizierte Leistungsan-
3346 gebote und den Abbau von Schnittstellenproblemen zwischen der Jugendhilfe und
3347 anderen Hilfesystemen erreichen. Dies gilt insbesondere bei Frühen Hilfen und bei
3348 Hilfen für junge Menschen mit Behinderungen. Wir werden die Qualität der Kinder-
3349 und Jugendhilfe evaluieren und gegebenenfalls Standards weiterentwickeln.

3350

3351 **Jugend und Medien**

3352

3353 Wir wollen die enormen gesellschaftlichen und individuellen Chancen der Neuen Me-
3354 dien umfassend nutzen; den Risiken im Umgang mit diesen werden wir entgegenwir-

3355 ken. Wir wollen die Medienkompetenz insbesondere von Kindern und Jugendlichen
3356 stärken. Dazu gehören die Fortsetzung der erfolgreichen Projekte „Vision Kino“, „Na-
3357 tionale Initiative Printmedien“ und das Netz für Kinder „Frag Finn“. Computerspiele
3358 sind ein selbstverständlicher Teil unserer Alltagskultur geworden. Deswegen soll die
3359 Entwicklung hochwertiger, kulturell und pädagogisch wertvoller Unterhaltungsmedien
3360 gefördert und der Deutsche Computerspielpreis aufgewertet werden.

3361

3362 **Sexualstrafrecht**

3363

3364 CDU, CSU und FDP haben 1994 den strafrechtlichen Jugendschutz grundlegend
3365 neu geregelt. Wir wollen an den differenzierten Schutz für Kinder und Jugendliche
3366 unter Beachtung der neueren europarechtlichen Vorgaben wieder anknüpfen. Än-
3367 derungen im Strafrecht, die nach europäischem Recht nicht geboten sind, werden
3368 wir rückgängig machen. Entsprechend lehnen wir aktuelle Überlegungen zu wei-
3369 tergehenden europäischen Vorgaben ab.

3370

3371 **Jugendgewalt und Jugendkriminalität**

3372

3373 Wir wollen Jugendkriminalität mit wirksamen Maßnahmen begegnen und alle Ans-
3374 trengungen unternehmen, um ihren Ursachen entgegenzuwirken. Dazu wollen wir
3375 Präventionskonzepte stärken und ausbauen, unter Einbeziehung aller Verantwort-
3376 lichen erzieherische Ansätze verbessern sowie Vollzugsdefizite bei der konse-
3377 quenten Durchsetzung des geltenden Jugendstrafrechts abbauen. Wir erkennen
3378 den Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts als besonders wichtig an. Zur
3379 Erweiterung und Verbesserung der pädagogischen Reaktionsmöglichkeiten bei
3380 Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender werden wir den Warnschussarrest
3381 neben der Aussetzung der Verhängung oder der Vollstreckung der Jugendstrafe
3382 zur Bewährung einführen. Junge Straftäter erhalten damit bereits zu Beginn der
3383 Bewährungszeit deutlich die Konsequenzen weiterer Gesetzesverstöße vor Augen
3384 geführt und zugleich eine nachdrücklichere erzieherische Einwirkung. Im Jugend-
3385 strafrecht erhöhen wir die Höchststrafe für Mord auf 15 Jahre Jugendstrafe.

3386

3387 **3. Senioren**

3388

3389 Wir möchten eine erfolgreiche Generationenpolitik voranbringen, die es älteren
3390 Menschen möglichst lange erlaubt, ein unabhängiges und eigenverantwortliches
3391 Leben zu führen.

3392

3393 Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand für Mitarbeiterinnen und Mi-
3394 tarbeiter soll von Betrieben, Unternehmen und dem öffentlichen Dienst besser
3395 vorbereitet und unterstützt sowie fließender werden.

3396

3397 **Altersbilder und Altersgrenzen**

3398

3399 Aktive Teilhabe älterer Menschen ist auf zeitgerechte und moderne Altersbilder
3400 angewiesen. Wir wollen eine breit angelegte Initiative zum Thema „Alter neu den-
3401 ken“ starten. Es ist erforderlich, bestehende und ggf. diskriminierende Altersgren-
3402 zen zu überprüfen.

3403

3404

3405 **Soziales vernetztes Wohnen für ältere Menschen**

3406

3407 Wir wollen Wohnraum und Infrastruktur alten-, generationengerecht und wo sach-
3408 gerecht integrativ gestalten und die erforderlichen Service- und Hilfestrukturen
3409 auch in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ausbauen und weiterentwickeln.
3410 Eine entsprechende Aufnahme dieser Zusammenhänge in die Ausbildung von
3411 Architekten und Ingenieuren sowie Stadtplanern streben wir an.

3412

3413 **Forschung für ein selbst bestimmtes Leben im Alter**

3414

3415 Selbst bestimmtes Leben im Alter ist für viele Familien in Deutschland ein existen-
3416 tielles Thema. Mit Unterstützung der Medizintechnik ist hier schon heute sehr viel
3417 möglich. Deshalb fördern wir die Entwicklung von altersgerechten Assistenzsys-
3418 temen und altersgerechten innovativen Wohnmodellen. Wir bauen die medizini-
3419 sche, technische und sozialwissenschaftliche Forschung für ein selbst bestimmtes
3420 Leben im Alter aus, auch im europäischen Rahmen. Wir starten eine Innovations-
3421 partnerschaft „Gesundheit im Alter“.

3422

3423 **Demographischer Wandel**

3424

3425 Die demographischen Veränderungen in Deutschland werden sich bald sehr stark
3426 im Alltagsleben bemerkbar machen. Staat und Politik müssen hierauf in vielfältiger
3427 Weise vorbereitet sein. Wir streben daher eine Koordination der Beschäftigung mit
3428 demographischen Fragen an. Zur besseren Abstimmung zwischen den Bundes-
3429 ressorts werden wir einen interministeriellen Ausschuss einsetzen. Die Chancen
3430 des demographischen Wandels sollen verstärkt in der Öffentlichkeitsarbeit der
3431 Bundesregierung mit der Veröffentlichung eines „Berichts der Bundesregierung
3432 zur demographischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes“ im Jahre 2011
3433 berücksichtigt werden.

3434

3435 **4. Gleichstellung**

3436

3437 Wir wollen bestehende Benachteiligungen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft
3438 beseitigen. Wir werden uns für eine Kultur der Vielfalt einsetzen und begrüßen
3439 daher „Diversity-Strategien“. Insbesondere wollen wir auch Existenzgründerinnen
3440 und Selbständige in den Blick nehmen.

3441

3442 Wir erarbeiten einen Rahmenplan zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und
3443 Männern in allen Phasen des Lebensverlaufs. Die Bundesinitiative zur Gleichstel-
3444 lung von Frauen in der Wirtschaft wird einbezogen.

3445

3446 **Erleichterung des Wiedereinstiegs ins Berufsleben**

3447

3448 Frauen sind heute besser qualifiziert als jemals zuvor. Viele wollen ihre Fähigkei-
3449 ten im Erwerbsleben umsetzen. Das Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“
3450 wird in Partnerschaft mit der Bundesagentur für Arbeit fortgeführt und aus-
3451 gebaut. Es wird geprüft, inwieweit sich die lokalen Modelle des Programms, die
3452 sich als zielführend erwiesen haben, in die Fläche übertragen und verstetigt wer-
3453 den können. Dabei ist die Situation Alleinerziehender in besonderer Weise zu be-
3454 rücksichtigen.

3455

3456 **Überwindung der Entgeltungleichheit**

3457

3458 Wir wollen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Frauen und Männern
3459 umsetzen und damit die Entgeltungleichheit überwinden. Wir werden in der Wirt-
3460 schaft dafür werben, das beratungsunterstützte Lohntestverfahren Logib-D einzu-
3461 setzen. Hiermit sollen Entgeltunterschiede und deren Ursachen festgestellt wer-
3462 den. Die gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung der Entgeltungleichheit
3463 sind zu bilanzieren. Der öffentliche Dienst muss seine Potentiale ausschöpfen,
3464 frauen- und familienfreundlicher zu werden.

3465

3466 **Mehr Frauen in Führungspositionen**

3467

3468 Die Ziele des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbeset-
3469 zungsgesetzes werden mit Nachdruck verfolgt. Wir werden prüfen, ob und inwie-
3470 weit die Gesetze geändert und effektiver gestaltet werden müssen. Der Anteil von
3471 Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst soll
3472 maßgeblich erhöht werden. Dazu wird ein Stufenplan, insbesondere zur Erhöhung
3473 des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten vorgelegt. Der Stufen-
3474 plan setzt in einer ersten Stufe auf verbindliche Berichtspflichten und transparente
3475 Selbstverpflichtungen.

3476

3477 **Jungen und Männerpolitik**

3478

3479 Wir wollen eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik entwickeln und bereits
3480 bestehende Projekte für Jungen und junge Männer fortführen und intensivieren.
3481 Damit eröffnen wir ihnen auch in erzieherischen und pflegerischen Berufen erwei-
3482 terte Perspektiven. Die Zusammenarbeit mit Väterorganisationen und anderen
3483 gleichstellungsorientierten Männerorganisationen soll intensiviert werden.

3484

3485 **5. Integration und Zuwanderung**

3486

3487 **Integration fördern, Chancen nutzen**

3488

3489 Die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund ist für Deutschland eine
3490 Schlüsselaufgabe. Unser Zusammenleben soll von Respekt, gegenseitigem Ver-
3491 trauen, von Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung ge-
3492 prägt sein. Wir wollen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Zuwandererfamilien alle
3493 Chancen eines weltoffenen Landes eröffnen und ihre gesellschaftliche, wirtschaft-
3494 liche und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Wir erwarten in gleicher Weise die Auf-
3495 nahmebereitschaft der deutschen Gesellschaft und die Integrationsbereitschaft der
3496 Zuwanderer.

3497

3498 Wir werden den Nationalen Integrationsplan (NIP) von einem integrationspoliti-
3499 schen Gesamtkonzept zu einem Aktionsplan mit klar definierten und zu überprü-
3500 fenden Zielen weiterentwickeln. Dazu setzen wir den vertrauensvollen Dialog zwi-
3501 schen Staat und Gesellschaft, insbesondere den Migranten, in institutionalisierter
3502 Form – auch unter Einbeziehung des Deutschen Bundestages – fort. Wir streben
3503 die Gründung eines Bundesbeirates für Integration an. Stand und Verlauf der In-
3504 tegration können nur auf der Basis objektiver Daten ermittelt werden. Die erforder-
3505 lichen Datengrundlagen werden wir schaffen.

3506

3507 Der Bund einerseits und die Länder mit den Kommunen andererseits sind in der
3508 Integrationspolitik Partner. Diese Zusammenarbeit wollen wir unter Wahrung der
3509 jeweiligen staatlichen Zuständigkeiten zu verbindlichen Nationalen Integrations-
3510 partnerschaften weiterentwickeln. Integration vollzieht sich in erster Linie in den
3511 Kommunen. Es gilt, die hervorragenden, aber oft zeitlich befristeten Projekte zur
3512 Integration zu Regelangeboten weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist die bestmögliche
3513 Vernetzung der verschiedenen Integrationsfördermaßnahmen vor Ort. Staatliche
3514 und kommunale Stellen sowie öffentlich geförderte Träger sollen passgenau auf-
3515 einander abgestimmt zusammenarbeiten. Einbeziehen wollen wir dabei insbeson-
3516 dere die Integrationskursträger und die Arbeitsagenturen. In Modellregionen wol-
3517 len wir die Integrationspartnerschaften erproben.

3518
3519 Die integrationspolitischen Defizite der letzten Jahrzehnte wollen wir konsequent
3520 beheben. In unserem Land leben viele Menschen, die auch nach jahrelangem
3521 Aufenthalt in Deutschland gesellschaftlich nicht integriert sind und unsere Sprache
3522 nicht beherrschen. Wir werden deshalb die Instrumente der nachholenden Integra-
3523 tion fördern. Wir wollen die Integrationsberatung optimieren.

3524
3525 Um die Verbindlichkeit der individuellen Integrationsförderung zu erhöhen, werden
3526 wir das Instrument eines Integrationsvertrages schaffen, mit dem wir sowohl Neu-
3527 zuwanderer als auch länger im Land lebende Migranten erreichen wollen. Vor al-
3528 lem Menschen, die zu ihren Ehegatten nach Deutschland nachziehen und dazu
3529 erste Deutschkenntnisse schon im Herkunftsland erworben haben, möchten wir
3530 möglichst schnell mit der Vielfalt der Integrationsmaßnahmen vertraut machen.

3531
3532 Mit Integrationsverträgen werden die notwendigen Integrationsmaßnahmen für
3533 eine erfolgreiche Eingliederung in die deutsche Gesellschaft und den deutschen
3534 Arbeitsmarkt vereinbart und später kontinuierlich überprüft. Information und Bera-
3535 tung über staatliche und bürgerschaftliche Angebote stehen dabei im Vordergrund.
3536 Modelle der individuellen Begleitung, wie etwa die Integrationslotsen, beziehen wir
3537 dabei ein. Die Schnittstellen der Beratungsdienste zu den Bildungsträgern werden
3538 überprüfbar verbessert.

3539
3540 Den Dienstleistungscharakter der bisherigen Ausländerbehörden wollen wir stär-
3541 ken.

3542
3543 Die Koalitionäre sprechen sich für einen breit angelegten parlamentarischen und
3544 gesellschaftlichen Diskurs der Integrationsthematik aus.

3545
3546 Das Beherrschen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für Bildung und
3547 Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Partizipation und sozialen Aufstieg.
3548 Wirksamstes Instrument der Sprachförderung des Bundes sind die Integrations-
3549 kurse. Durch stärkeres Fördern und Fordern wollen wir die Erfolgchancen der
3550 Teilnehmer weiter erhöhen.

3551
3552 Dazu werden wir die Integrationskurse flexibilisieren und quantitativ und quali-
3553 tativ aufwerten. Die Zahl der Orientierungskursstunden wird von 45 auf 60 ange-
3554 hoben – damit geben wir den Teilnehmern die Chance, mehr über die Funktions-
3555 weise unseres demokratischen Rechtsstaates zu erfahren.

3556

3557 Schnelle Lernerfolge werden wir mit Anreizen fördern. Wir wollen das Integrati-
3558 onskursmanagement verbessern, um insbesondere Menschen, die vor dem Ehe-
3559 gattennachzug erste Deutschkenntnisse im Herkunftsland erworben haben, einen
3560 möglichst schnellen Übergang in den Integrationskurs zu ermöglichen.

3561

3562 Die Kurse werden auf das primäre Ziel ausgerichtet, die Teilnehmer in den Ar-
3563beitsmarkt zu integrieren. Dazu kann das Niveau der Sprachkurse auch über das
3564 Niveau B 1 hinausgehen. Darüber hinaus streben wir eine stärkere Vernetzung mit
3565 den für die Arbeitsvermittlung zuständigen Stellen an.

3566

3567 Die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen werden wir verstärken. Wer
3568 früh gefördert wird, hat bessere Chancen. Wir stehen zum bedarfsgerechten Aus-
3569 bau der frühkindlichen Bildungseinrichtungen und der Ganztagschule. Wir unter-
3570 stützen verbindliche bundesweit vergleichbare Sprachstandstests für alle Kinder im
3571 Alter von vier Jahren und bei Bedarf eine verpflichtende gezielte Sprachförderung
3572 vor der Schule. Alle Kinder, die eingeschult werden, sollen Deutsch sprechen kön-
3573 nen. Wir unterstützen darüber hinaus unterrichtsbegleitende Sprachprogramme.

3574

3575 Eltern in Erziehungsverantwortung müssen unsere Sprache beherrschen, damit
3576 ihre Kinder die besten Voraussetzungen für schulischen Erfolg haben. Wir wollen
3577 verstärkt Integrationskurse für Eltern an Kindergärten und Schulen einrichten und
3578 u. a. mit der Kampagne „Deutsch lernen – Deutschland kennen lernen“ intensiv für
3579 das Angebot der Elternintegrationskurse werben. Droht wegen mangelnder
3580 Deutschkenntnisse der Eltern eine Beeinträchtigung des Kindeswohls, soll zukünf-
3581 tig schon aus diesem Grund eine Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs
3582 möglich sein.

3583

3584 Zu viele junge Migranten scheitern in Schule und Berufsausbildung. Die Länder
3585 haben sich im Nationalen Integrationsplan und der gemeinsamen Qualifizierungs-
3586 initiative verpflichtet die Zahl der Schulabbrecher mit Migrationshintergrund bis
3587 zum Schuljahr 2012/2013 auf den Gesamtschnitt aller Schüler zu reduzieren.

3588

3589 Im Rahmen ihrer Zuständigkeit leistet die Bundesregierung in vielfältiger Weise
3590 Unterstützung auf dem Weg zum Bildungserfolg. Gerade in wirtschaftlich schwie-
3591 riger Zeit werden wir die erfolgreichen Förderprogramme (z. B. Einstiegsqualifizie-
3592 rung und JobstarterConnect) fortsetzen. Sie kommen insbesondere jungen Mig-
3593 rantinnen und Migranten zugute. Begleitung und Beratung können jungen Men-
3594 schen eine unverzichtbare Unterstützung beim Ausbildungserfolg sein. Ein neues
3595 Instrument des ganzheitlichen Integrationscoachings (GINCO) dient der Integrati-
3596 on in Ausbildung bzw. in den ersten Arbeitsmarkt und zur Stabilisierung dieser
3597 Integration.

3598

3599 Wir wollen die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund weiter
3600 verbessern. Wirksame Instrumentarien sollen – so wie die Förderung berufsbezo-
3601 gener Sprachkenntnisse – künftig als Regelinstrumente im SGB II und III zur Ver-
3602 fügung stehen. Damit wird den besonderen Unterstützungsbelangen dieser Per-
3603 sonengruppe Rechnung getragen.

3604

3605 Wir wollen bestehende Migrantenunternehmen stärken und neue Existenzgründer
3606 gewinnen. Dazu ist eine gezielte individuelle und bedarfsgerechte Gründungsun-
3607 terstützung im Gründungsprozess erforderlich. In einer gezielten Beratungs- und

3608 Qualifizierungsinitiative sollen neben betriebswirtschaftlichen Kompetenzen fach-
3609 spezifisches Know-how sowie Sprachkenntnisse vermittelt werden.

3610

3611 Wir stärken die „Charta der Vielfalt“. Sie ist ein grundlegendes Bekenntnis zu Fair-
3612 ness und Wertschätzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Unternehmen.
3613 Die Potentiale und Talente von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund werden ge-
3614 fördert. Die „Charta der Vielfalt“ ist nach kurzer Zeit ein sehr erfolgreiches Unter-
3615 nehmenetzwerk geworden, zu dessen weiterer Entwicklung wir unseren Beitrag
3616 leisten werden.

3617

3618 Auch der Bund ist sich seiner Rolle als Arbeitgeber bewusst. Er wird im Rahmen
3619 seiner Möglichkeiten mehr geeignete, befähigte und leistungsbereite Migranten
3620 beschäftigen.

3621

3622 Das Bürgerschaftliche Engagement von Migranten wird weiter gefördert und ge-
3623 stärkt. Hierzu wird der beabsichtigte qualitative und quantitative Ausbau der Ju-
3624 gendfreiwilligendienste beitragen. Wir wollen sowohl die vermehrte Teilhabe von
3625 Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Jugendfreiwilligendiensten errei-
3626 chen als auch das Ziel der Einbindung des Freiwilligen Sozialen Jahres zur Forcie-
3627 rung der Belange der Integration verfolgen.

3628

3629 Mit dem Programm „Integration durch Sport“ wollen wir besonders Frauen und
3630 Mädchen mit Migrationshintergrund ansprechen, um sie als Teilnehmer und auch
3631 Übungsleiter zu gewinnen.

3632

3633 Wir wollen die Teilnahme zugewanderten Frauen und Mädchen aus allen Kultur-
3634 kreisen am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben fördern. Dafür brauchen wir
3635 eine Bildungs- und Ausbildungsoffensive für Migrantinnen. Auch auf die Aufklä-
3636 rung über Menschenrechte, Bürgerrechte und Sozialrechte und auf die Sensibili-
3637 sierung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern muss großes Au-
3638 genmerk gelegt werden.

3639

3640 **Optionsregelung**

3641

3642 Mit dem Staatsangehörigkeitsreformgesetz aus dem Jahr 1999 wurde der ius-soli-
3643 Erwerb für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern neu in das Staat-
3644 sangehörigkeitsrecht eingeführt. Im Rahmen einer Übergangsregelung konnten
3645 Kinder, die zwischen 1990 und 2000 geboren worden sind, auf Antrag die
3646 deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Hiervon haben ca. 50.000 Kinder Ge-
3647 brauch gemacht. Die ersten dieser Kinder (ca. 3.300) wurden im Jahr 2008 acht-
3648 zehn Jahre alt und damit optionspflichtig. Bis zur Vollendung ihres 23. Lebensjah-
3649 res müssen sie sich für die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit
3650 entscheiden. Die Erfahrungen mit diesen ersten Optionsfällen sollen auf mögli-
3651 chen Verbesserungsbedarf sowohl in verfahrens- als auch materiellrechtlicher
3652 Hinsicht überprüft und ggf. entsprechende Änderungsvorschläge erarbeitet wer-
3653 den.

3654

3655 Wir werben dafür, dass möglichst viele Menschen, die die Ein-
3656 bürgerungsvoraussetzungen erfüllen, unsere Staatsbürgerschaft annehmen. Denn
3657 sie ist das stärkste Zeichen der Zugehörigkeit zu unserem Land und zur wechsel-

3658 seitigen Verantwortung seiner Bürger. Unverhältnismäßige Hemmnisse auf dem
3659 Weg zur Einbürgerung werden wir beseitigen.

3660

3661 **Bildung und Anerkennung**

3662

3663 Bildung ist die Basis für gesellschaftliche Integration und persönlichen Erfolg. In-
3664 tegration wird auch befördert, wenn die Menschen ihre im Ausland erworbenen
3665 Qualifikationen hier voll einsetzen können. In Deutschland leben viele tausend
3666 qualifizierte Migranten, deren im Herkunftsland erworbene Bildungs- und Berufs-
3667 abschlüsse nicht oder nicht vollständig anerkannt werden. Gerade mit Blick auf
3668 den Fachkräftemangel sind die Kenntnisse und Fähigkeiten aller Zuwanderer eine
3669 Ressource, auf die wir nicht verzichten können.

3670

3671 Deshalb werden wir in Abstimmung mit den Ländern einen gesetzlichen Anspruch
3672 auf ein Anerkennungsverfahren schaffen, das feststellt, inwieweit im Ausland er-
3673 worbene Qualifikationen deutschen Ausbildungen entsprechen. Wir wollen, dass
3674 das Verfahren einfach, transparent und nutzerfreundlich gestaltet ist und streben
3675 eine Erstanlaufstelle an. Die Möglichkeiten für Anpassungs- bzw. Ergänzungsqua-
3676 lifizierungen werden wir ausbauen. Auch Teilanerkennungen sollen möglich sein,
3677 verbunden mit dem Angebot einer Anpassungsqualifizierung.

3678

3679 Die Datenbank zur Bewertung ausländischer Bildungsabschlüsse wird ausgebaut.

3680

3681 **Evaluierung Sprachnachweis**

3682

3683 Kenntnisse der deutschen Sprache sind wesentliche Voraussetzung für eine er-
3684 folgreiche Integration. Daher sind die Regelungen zum Spracherwerb vor Ehegat-
3685 tennachzug sinnvoll. Es kommt entscheidend darauf an, dass für diese Zuzugswil-
3686 ligen hinreichend Möglichkeiten zum Spracherwerb bestehen. Wir wollen die hier
3687 bereits eingeleitete Überprüfung zügig abschließen.

3688

3689 Das Erbringen der Sprachnachweise soll organisatorisch vereinfacht werden. Die
3690 Durchführung der Kurse und die Prüfungsabnahme werden nicht allein bei den
3691 Goethe-Instituten belassen, sondern auf alle entsprechende Qualität verbürgende
3692 Anbieter ausgeweitet.

3693

3694 Die Koalitionspartner sind sich einig, die Anstrengungen zur Verhinderung von
3695 Scheinehen zu intensivieren und alle Maßnahmen, z. B. die Verlängerung der
3696 Ehebestandszeit zur Erlangung eines eigenständigen Aufenthaltstitels von zwei
3697 auf drei Jahre, zu prüfen. Das Erschleichen von Aufenthaltstiteln muss nachhaltig
3698 bekämpft werden.

3699

3700 Die EU-Mitgliedstaaten müssen auch künftig die Zuständigkeit behalten, über Zu-
3701 wanderung in nationaler Verantwortung entscheiden zu können. Wir werden bei
3702 den Verhandlungen sorgfältig darauf achten, dass das Subsidiaritätsprinzip beach-
3703 tet wird, und dass die bestehenden nationalen Grundsätze und Standards gewahrt
3704 bleiben.

3705

3706 Auf europäischer Ebene sehen wir hinsichtlich der internationalen Migrationsströ-
3707 me die Verantwortung Deutschlands in Europa und werden an der Sicherstellung
3708 humanitärer Standards initiativ mitwirken.

3709

3710 **Bleiberechtsregelung**

3711

3712 Hinsichtlich der gesetzlichen Altfallregelung sind wir uns einig, dass vor dem Hin-
3713 tergrund der momentanen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Handlungsbedarf
3714 in Bezug auf diejenigen Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ besteht,
3715 die voraussichtlich die gesetzlichen Vorgaben zur Lebensunterhaltssicherung zum
3716 Jahresende verfehlen werden. Zeitgerecht wird eine angemessene Regelung ge-
3717 funden werden.

3718

3719 Die Residenzpflicht soll so ausgestaltet werden, dass eine hinreichende Mobilität
3720 insbesondere im Hinblick auf eine zugelassene Arbeitsaufnahme möglich ist;
3721 Wohnsitzbeschränkungen bleiben unberührt.

3722

3723 Wir werden die aufenthaltsgesetzlichen Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen
3724 dahingehend ändern, dass der Schulbesuch von Kindern ermöglicht wird.

3725

3726 **Visa-Verfahren – Visa-Warndatei**

3727

3728 Wir stimmen darin überein, dass Personen, die mit rechtswidrigem Verhalten im
3729 Zusammenhang mit dem Visumverfahren, mit rechtswidrigem Verhalten bei sons-
3730 tigem Auslandsbezug bereits auffällig geworden sind, im Visumverfahren für eine
3731 nähere Überprüfung erkennbar gemacht werden müssen.

3732

3733 Hierzu werden wir eine zentrale Visa-Warndatei schaffen, um so insbesondere die
3734 deutschen Visumbehörden bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen und den Prozess der
3735 Visumerteilungen insgesamt zu beschleunigen. Daten zu Einladern, Verpflich-
3736 tungsgebern oder Bestätigenden werden als notwendige Ergänzung der Daten-
3737 sätze zu Personen nur aufgenommen, wenn zu ihnen Warninhalte gespeichert
3738 sind.

3739

3740 **Evaluierung Abschiebehaftbedingungen**

3741

3742 An der Verhängung von Abschiebungshaft als ultima ratio zur Durchsetzung von
3743 Ausreisepflichten halten wir fest. Es kommt darauf an, dieses Mittel maßvoll und
3744 unter strikter Beachtung der Grundrechte anzuwenden. Wir wollen gemeinsam mit
3745 den Ländern überprüfen, ob – auch im Lichte der Vorgaben der EU-
3746 Rückführungsrichtlinie – Anpassungen im praktischen Vollzug von Abschiebung
3747 und Abschiebungshaft sinnvoll sind.

3748

3749 **Asylbewerberleistungsgesetz**

3750

3751 Das Asylbewerberleistungsgesetz werden wir im Hinblick auf das Sachleistungs-
3752 prinzip evaluieren.

3753

3754

3755 **6. Ehrenamt**

3756

3757 Die Förderung des Zusammenhalts ist in offenen, demokratischen Gesellschaften
3758 auch Aufgabe von Politik und Staat, denn er trägt maßgeblich zum gesellschaftli-
3759 chen Klima in unserem Land bei. Millionen von Bürger machen mit ihren ehren-
3760 amtlichen Tätigkeiten und ihrem bürgerschaftlichem Engagement Deutschland zu
3761 einem lebenswerten und friedfertigen Land. Gesellschaftliche Integration im Sinne
3762 einer Vermittlung von Werten und Haltungen wie Toleranz, Respekt und Rücksich-
3763 tnahme durch das tägliche Miteinander in Familien, Schulen, Unternehmen, Verei-
3764 nen und vielen anderen Zusammenschlüssen gleichgesinnter Menschen sorgen
3765 daneben auch für eine nachhaltige Eindämmung von Extremismus, Antisemitis-
3766 mus und Jugendgewalt.

3767

3768 Notwendig ist, dass Menschen nicht von gesellschaftlicher Teilhabe und der ge-
3769 sellschaftlichen Wertegrundlage abgehängt werden. Wir werden mit allen zivilge-
3770 sellschaftlichen Gruppen gemeinsam daran arbeiten, dass gerade Kinder und Ju-
3771 gendliche die Wertgrundlagen unserer Gesellschaft mit auf ihren Lebensweg
3772 nehmen. Insbesondere darf gesellschaftliche Teilhabe nicht von der finanziellen
3773 und wirtschaftlichen Haushaltslage des Einzelnen oder von Familien abhängen.
3774 Zugleich kann der Staat nicht auf die Mitwirkung und Verantwortung der Bürger für
3775 sich und ihre Familien verzichten. Wir erwarten, dass Eltern ihre Rechte und
3776 Pflichten wahrnehmen. Diese gehören untrennbar zusammen.

3777

3778 Die vielfältigen Investitionen im Engagement sind besser zu fördern, stärker zu
3779 vernetzen und vor allem denen zugänglich zu machen, die wir für bürgerschaftli-
3780 ches Engagement begeistern wollen.

3781

3782 Wir wollen eine Nationale Engagementstrategie u. a. zusammen mit dem Nationa-
3783 len Forum für Engagement und Partizipation umsetzen, ein Gesetz zur Förderung
3784 des bürgerschaftlichen Engagements verfolgen, das alle geeigneten Rahmenbe-
3785 dingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und Stabilisierung von Engagement
3786 und Partizipation berücksichtigt und zur Bündelung, Abstimmung und Weiterent-
3787 wicklung von Förderprogrammen ein geeignetes bundeseinheitliches Förderin-
3788 strument aufstellen.

3789

3790 Wir werden die Qualität der Jugendfreiwilligendienste „Freiwilliges Soziales Jahr“
3791 und „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ als Bildungsdienste nachhaltig sichern stär-
3792 ken.

3793

3794 Der Kindergeldbezug in Zeiten geregelter und unregelter Jugendfreiwilligen-
3795 dienste wird vereinheitlicht, ein Kindergeldbezug während der Wehr- und Zivil-
3796 dienstzeit wird geprüft.

3797

3798 Durch eine gemeinsame ressortübergreifende Strategie werden einheitliche und
3799 transparente Bedingungen für alle Freiwilligendienstleistenden geschaffen. Einen
3800 einheitlichen Status für Freiwilligendienstleistende im Zuge eines "Freiwilligen-
3801 dienststatusgesetzes" streben wir an.

3802

3803 Wir wollen den vielfältigen ehrenamtlichen Einsatz für kulturelle Angebote und Entfal-
3804 tungsmöglichkeiten nachhaltig unterstützen und für mehr Anerkennung für das Eh-
3805 renamt sorgen. Ehrenamtlich Engagierte sollen von Bürokratie und Haftungsrisiken

3806 entlastet werden. Wir wollen die Angebote für das Freiwillige Soziale Jahr in der Kul-
3807 tur ausweiten.

3808

3809 **Aktives Alter**

3810

3811 Die großen Potentiale und Kompetenzen der älteren Menschen sind eine wertvolle
3812 Ressource im demographischen Wandel. Mittelfristig wird die Entwicklung einer
3813 differenzierten, flächendeckenden Struktur der Förderung des Engagements im
3814 Alter, der Selbstorganisation und Nachbarschaftshilfe angestrebt.

3815

3816 **Zivildienst**

3817

3818 Der Zivildienst entfaltet sozialpolitische Wirkungen. Wir fördern auch künftig die
3819 Möglichkeit, den Zivildienst mit den darin erworbenen Fähigkeiten für die weitere
3820 Ausbildung nutzbar zu machen. Eine mögliche Doppelableistung von Zivildienst
3821 und Freiwilligem Sozialen Jahr soll künftig ausgeschlossen sein. Wir wollen den
3822 Lückenschluss zwischen Ende des Zivildienstes und den Ausbildungsbeginn
3823 durch die Möglichkeit einer abschnittsweisen Ableistung des Zivildienstes prüfen.

3824

3825 Die künftige Struktur der Wehrpflicht wird sich im Zivildienst widerspiegeln, der
3826 Dienstleistungen der sozialen Einrichtungen weiter zu sichern hilft.

3827

3828 **7. Soziale Hilfe und Sozialversicherungen**

3829

3830 **7.1. Arbeitslosenversicherung und Bundesagentur für Arbeit**

3831

3832 **Effizienzsteigerung bei den Arbeitsmarktinstrumenten**

3833

3834 Wir stehen für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose da-
3835 bei unterstützt, rasch wieder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu
3836 finden. Denn unser Ziel der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist es, Arbeitssuchende
3837 erfolgreich in Beschäftigung zu vermitteln. Das gilt insbesondere auch für diejeni-
3838 gen Arbeitssuchenden, die spezifische Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben
3839 und einen großen Bedarf an Qualifizierung und Weiterbildung aufweisen. Die Ar-
3840beitsmarktinstrumente der Arbeitsverwaltung müssen mit dieser Maßgabe auf den
3841 Prüfstand gestellt werden. Wir wollen die Vielzahl der bestehenden Arbeitsmarkt-
3842instrumente deutlich reduzieren. Unser Ziel ist es, vor Ort ein hohes Maß an Er-
3843messenspielraum – kombiniert mit einem wirksamen Controlling – zu erreichen
3844 und dadurch die Integration in den Arbeitsmarkt entsprechend den regionalen Be-
3845dingungen deutlich zu verbessern. Die Koalition wird deshalb Voraussetzungen
3846 dafür schaffen, dass neue Lösungsansätze wie z. B. die „Bürgerarbeit“ oder
3847 marktgerecht ausgestaltete Vermittlungsgutscheine ab Beginn der Arbeitslosigkeit
3848 erprobt werden können.

3849

3850 Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zu mehr Wachstum und Beschäftigung
3851 sowie zur Stabilisierung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung. Wir begegnen
3852 den Sorgen vieler Menschen vor Abstieg und Überforderung, indem wir
3853 marktgerechte Arbeitsplätze fördern statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das Prin-
3854zip des „Förderns und Forderns“ bleibt Maßstab unseres Handelns.

3855

3856

3857 **7.2 Grundsicherung**

3858

3859 **Hinzuverdienst**

3860

3861 Arbeit und Leistung müssen sich lohnen. Für uns gilt: Wenn man arbeitet, muss
3862 man mehr haben als wenn man nicht arbeitet. Deshalb werden wir die Hinzuver-
3863 dienstregelungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende deutlich verbessern.
3864 Damit erhöhen wir auch den Anreiz, eine voll sozialversicherungspflichtige Be-
3865 schäftigung zu suchen und anzunehmen. Das kann auch dazu beitragen, die So-
3866 zialkassen zu entlasten.

3867

3868 **Schonvermögen**

3869

3870 Wir wollen mehr Sicherheit für Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren und
3871 längere Zeit keinen neuen Arbeitsplatz finden können. Die Förderung der privaten
3872 Altersvorsorge ist eine wichtige Maßnahme zur Verhinderung einer zukünftigen
3873 Altersarmut von breiten Bevölkerungsschichten. Deswegen werden wir die private
3874 Altersvorsorge besser schützen. Wir werden den Freibetrag beim Schonvermögen
3875 im SGB II, der verbindlich der Altersvorsorge dient, auf 750 Euro pro Lebensjahr
3876 wesentlich erhöhen. Bedingung dafür ist, dass das Altersvorsorgevermögen erst
3877 mit Eintritt in den Ruhestand verfügbar ist. So stärken wir die eigenständige Alter-
3878 vorsorge. Sie darf nicht bestraft werden – auch nicht, wenn man auf das Arbeitslo-
3879 sengeldd II angewiesen sein sollte.

3880

3881 Zusätzlich wollen wir die selbstgenutzte Immobilie umfassend schützen.

3882

3883 **SGB II-Strukturreform**

3884

3885 Die Koalition will die Aufgabenwahrnehmung und Finanzierung für Langzeitar-
3886 beitslose im Sinne der Menschen neu ordnen. Wir streben eine verfassungsfeste
3887 Lösung ohne Änderung des Grundgesetzes und ohne Änderung der Finanzbezie-
3888 hungen an, die dazu beiträgt, dass Langzeitarbeitslosigkeit vermieden bzw. so
3889 schnell wie möglich überwunden wird.

3890

3891 Dabei gilt es, die Kompetenz und Erfahrung der Länder und der Kommunen vor
3892 Ort sowie der Bundesagentur für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung für
3893 die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen zu nutzen. Die bestehen-
3894 den Optionskommunen sollen diese Aufgabe unbefristet wahrnehmen können.
3895 Dabei muss kommunalen Neugliederungen Rechnung getragen werden können.

3896

3897 Die Bundesagentur für Arbeit erhält die Aufgabe, den Kommunen attraktive Ange-
3898 bote zur freiwilligen Zusammenarbeit zu unterbreiten. Dazu wird das Bundesminis-
3899 terium für Arbeit und Sozialordnung einen „Mustervertrag“ ausarbeiten, der die
3900 Zusammenarbeit regelt und die kommunale Selbstverwaltung achtet. Unser Ziel ist
3901 eine bürgerfreundliche Verwaltung, die unnötige Doppelarbeit vermeidet.

3902

3903 **Pauschalierungen**

3904

3905 In diesem Zusammenhang werden auch die Kosten der Unterkunft transparent
3906 und rechtssicher ausgestaltet. Wir werden auf der Basis der vorhandenen gesetz-
3907 lichen Regelungen prüfen, die Energie- und Nebenkosten sowie ggf. die Kosten

3908 der Unterkunft zu pauschalieren. Dabei sind regionale Besonderheiten zu berücksichtigen. Wir wollen damit auch dazu beitragen, dass die Zahl der Prozesse in diesem Bereich zurückgeht und gleichzeitig Anreize für einen sparsamen Energieverbrauch setzen.

3912
3913 Wir werden das Wohngeldrecht hinsichtlich der Schnittstellen zu anderen sozialen Sicherungssystemen überprüfen und streben weitere Vereinfachungen bei der Ermittlung des Wohngeldanspruchs an.

3916
3917 Wir werden prüfen, ob die von den Familienkassen durchgeführte Auszahlung des Kindergeldes einer anderen Stelle übertragen werden kann. Darüber hinaus wird geprüft, ob weitere steuerfinanzierte familienpolitische Leistungen zusammengefasst werden können.

3921 3922 **Bürgergeld**

3923
3924 Die Koalition nimmt sich vor, die vielfältigen und kaum noch überschaubaren steuerfinanzierten Sozialleistungen darauf hin zu überprüfen, ob und in welchem Umfang eine Zusammenfassung möglich ist. In diese Prüfung wird auch das Konzept eines bedarfsorientierten Bürgergeldes einbezogen.

3928 3929 **7.3 Weitere Sozialversicherungen**

3930 3931 **Unfallversicherung**

3932
3933 Der Leistungskatalog wird mit Blick auf ein zielgenaues Leistungsrecht überprüft, die Wirtschaftlichkeit der gewerblichen Berufsgenossenschaften wird verbessert und das Recht der gesetzlichen Unfallversicherung entbürokratisiert.

3936 3937 **Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes**

3938
3939 Wir wollen, dass auch erwerbsgeminderte Menschen angemessen sozial abgesichert sind. Wir werden prüfen, ob und wie die Absicherung gegen das Erwerbsminderungsrisiko in der staatlich geförderten Vorsorge kostenneutral verbessert werden kann.

3943 3944 **Künstlersozialversicherung**

3945
3946 Wir werden die Stabilisierung der Künstlersozialversicherung mit einer transparenten und nachvollziehbaren Versicherungspflicht fortsetzen.

3948 3949 **7.4. Menschen mit Behinderungen**

3950
3951 Wir treten für eine tatsächliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben ein. Unser Ziel ist, die Rahmenbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen positiv zu gestalten. Voraussetzung hierfür ist u. a. die Barrierefreiheit in allen Bereichen von Schule über Ausbildung bis zum Beruf sowie von Verkehr über Medien und Kommunikationstechnik bis hin zum Städtebau. Politische Entscheidungen, die Menschen mit Behinderungen direkt oder indirekt betreffen, müssen sich an den Inhalten der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen messen lassen. Deshalb werden wir

3959 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Men-
3960 schen mit Behinderungen entwickeln.

3961

3962 Wir wollen, dass ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen länger und
3963 lebenswerter in ihrem gewohnten Umfeld wohnen können. Das KfW-
3964 Förderprogramm zur Versorgung mit altersgerechtem Wohnraum wird weiterent-
3965 wickelt.

3966

3967 **8. Rente**

3968

3969 **Verbesserung der Kindererziehung in der Alterssicherung**

3970

3971 Wir werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten prüfen, wie wir die familien-
3972 politische Komponente stärken und deshalb Erziehungsleistungen in der Alterssi-
3973 cherung noch besser berücksichtigen können.

3974

3975 **Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge**

3976

3977 Wir bekennen uns zur staatlich geförderten Altersvorsorge. Eine Vielzahl von
3978 Menschen nutzt diesen Weg, um private Vorsorge zu betreiben. Wir werden prü-
3979 fen, ob es notwendig und finanziell darstellbar ist, weiteren Personengruppen, in-
3980 sbesondere Selbständigen, den Zugang zur staatlich geförderten Altersvorsorge
3981 zu ermöglichen.

3982

3983 **Kampf gegen Altersarmut**

3984

3985 Wir verschließen die Augen nicht davor, dass durch veränderte wirtschaftliche und
3986 demographische Strukturen in Zukunft die Gefahr einer ansteigenden Altersarmut
3987 besteht. Deshalb wollen wir, dass sich die private und betriebliche Altersvorsorge
3988 auch für Geringverdiener lohnt und auch diejenigen, die ein Leben lang Vollzeit
3989 gearbeitet und vorgesorgt haben, ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsiche-
3990 rung erhalten, das bedarfsabhängig und steuerfinanziert ist. Hierzu wird eine Re-
3991 gierungskommission einen Vorschlag für eine faire Anpassungsregel entwickeln.

3992

3993 **Rentenangleichung Ost / West**

3994

3995 Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in den Neuen Ländern bewährt. Wir
3996 führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West
3997 ein.

3998

3999 **9. Gesundheit und Pflege**

4000

4001 Wir werden das deutsche Gesundheitswesen innovationsfreundlich, leistungsgerech-
4002 t und demographiefest gestalten. Wir benötigen eine zukunftsfeste Finanzie-
4003 rung, Planbarkeit und Verlässlichkeit sowie Solidarität und Eigenverantwortung.
4004 Wir brauchen eine Kultur des Vertrauens anstelle überzogener bürokratischer
4005 Vorschriften.

4006

4007 Gesundheit hat für die Menschen in unserem Land eine hohe Bedeutung. Sie
4008 müssen sicher sein können, dass sie im Krankheits- und Pflegefall gut versorgt
4009 sind. Die Qualität der Versorgung und ihre flächendeckende Bereitstellung sind

4010 uns ein zentrales Anliegen. Eine hochwertige Gesundheitsversorgung muss vom
4011 Menschen her gedacht werden. Dafür ist ein Umdenken erforderlich.

4012
4013 Die in den Gesundheits- und Pflegeberufen Tätigen leisten einen wichtigen Beitrag
4014 für unser Gemeinwesen. Sie verdienen unseren Respekt und Anerkennung. Die
4015 Attraktivität dieser Berufe muss auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie
4016 und Beruf verbessert werden.

4017
4018 Das Gesundheitswesen ist gerade in einer älter werdenden Gesellschaft die Zu-
4019 kunftsbranche mit bereits jetzt über 4 Millionen Beschäftigten. Es ist der Bereich
4020 mit der höchsten Innovationsrate und einem geradezu explosionsartig zunehmen-
4021 den Wissen. Wir wollen den Rahmen so setzen, dass sich der Wettbewerb der
4022 Ideen im ständigen Bemühen um eine Verbesserung der Qualität der Versorgung
4023 entfalten kann.

4024

4025 **9.1. Gesundheit**

4026

4027 **Prävention zielgerichtet gestalten**

4028

4029 Prävention ist ein wichtiger Baustein für ein gesundes Leben und für unsere Ge-
4030 sellschaft. Sie muss zu allererst bei Kindern und Jugendlichen ansetzen. Präventi-
4031 on kann dabei helfen, künftige Belastungen der Sozialsysteme zu verringern. Ziel-
4032 gruppenspezifische Aufklärung soll dazu beitragen, Eigenverantwortlichkeit und
4033 Gesundheitsbewusstsein zu stärken. Unsere Präventionsstrategie wird Vorhande-
4034 nes bewerten und aufeinander abstimmen, nationale und internationale Erfahrun-
4035 gen und Erkenntnisse analysieren sowie auf bewährten Programmen und Struktu-
4036 ren aufbauen, diese weiterentwickeln und sie in die Fläche bringen. Dazu bedarf
4037 es einer klaren Aufgaben- und Finanzverteilung unter Berücksichtigung und Stär-
4038 kung der vorhandenen Strukturen.

4039

4040 **Finanzierung des Krankenversicherungsschutzes**

4041

4042 Wir wollen, dass auch in Zukunft alle Menschen in Deutschland unabhängig von
4043 Einkommen, Alter, sozialer Herkunft und gesundheitlichem Risiko weiterhin die
4044 notwendige medizinische Versorgung qualitativ hochwertig und wohnortnah erhal-
4045 ten und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können.

4046

4047 Aufgrund des medizinischen und medizinisch-technischen Fortschritts und des
4048 demographischen Wandels müssen Struktur, Organisation und Finanzierung der
4049 gesetzlichen Krankenversicherung angepasst werden. Dabei darf keine Generati-
4050 on über Gebühr belastet werden.

4051

4052 Wettbewerb der Krankenversicherungen wirkt als ordnendes Prinzip mit den Zie-
4053 len der Vielfalt, der Effizienz und der Qualität der Versorgung.

4054

4055 Wir wollen, dass die Krankenversicherungen genügend Spielraum erhalten, um im
4056 Wettbewerb gute Verträge gestalten zu können und regionalen Besonderheiten
4057 gerecht zu werden.

4058

4059 Der Weg in die Einheitskasse und ein staatlich zentralistisches Gesundheitssystem
4060 sind der falsche Weg, um die zukünftigen Herausforderungen bürgernah zu
4061 bewältigen.

4062
4063 Die Finanzierbarkeit muss auch mittel- und langfristig gewährleistet sein.

4064
4065 Der Gesundheitsmarkt ist der wichtigste Wachstums- und Beschäftigungssektor in
4066 Deutschland.

4067
4068 Beitrag und Leistung müssen in einem adäquaten Verhältnis stehen. Es braucht
4069 zudem Anreize für kosten- und gesundheitsbewusstes Verhalten.

4070
4071 Die Versicherten sollen auf der Basis des bestehenden Leistungskatalogs soweit
4072 wie möglich ihren Krankenversicherungsschutz selbst gestalten können.

4073
4074 Wir wollen einen Einstieg in ein gerechteres, transparenteres Finanzierungssystem.
4075 Der Morbi-RSA wird auf das notwendige Maß reduziert, vereinfacht sowie
4076 unbürokratisch und unanfällig für Manipulationen gestaltet. Die derzeitige Situation
4077 ist gekennzeichnet durch ein prognostiziertes Defizit, das sich sowohl aus krisen-
4078 bedingten Beitragsausfällen als auch gesundheitssystemimmanenten Ausgaben-
4079 steigerungen (Demographie, Innovationskosten, Fehlwirkungen) zusammensetzt.

4080
4081 Kurzfristige Maßnahmen umfassen 2 Komponenten:

- 4082 1. Krisenbedingte Einnahmeausfälle dürfen nicht alleine den Versicherten
4083 aufgebürdet werden, deshalb werden gesamtstaatliche flankierende Maß-
4084 nahmen zur Überbrückung der Krise erfolgen.
4085 2. Unnötige Ausgaben sind zu vermeiden.

4086
4087 Langfristig wird das bestehende Ausgleichssystem überführt in eine Ordnung mit
4088 mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkom-
4089 mensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden. Weil
4090 wir eine weitgehende Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatz-
4091 kosten wollen, bleibt der Arbeitgeberanteil fest. Zu Beginn der Legislaturperiode
4092 wird eine Regierungskommission eingesetzt, die die notwendigen Schritte dazu
4093 festlegt.

4094
4095 **Wettbewerb im Krankenversicherungswesen**

4096
4097 Neben der gesetzlichen Krankenversicherung sind für uns die privaten Kranken-
4098 versicherungen als Voll- und Zusatzversicherung ein konstitutives Element in ei-
4099 nem freiheitlichen Gesundheitswesen. Wir werden bei den Wahlтарifen der gesetz-
4100 lichen Krankenversicherung die Abgrenzung zwischen diesen beiden Versiche-
4101 rungssäulen klarer ausgestalten und die Möglichkeiten ihrer Zusammenarbeit
4102 beim Angebot von Wahl- und Zusatzleistungen erweitern.

4103
4104 Wir werden die Entwicklung im Basistarif der privaten Krankenversicherung beo-
4105 bachten. Das Verhältnis von reduzierten Beiträgen im Basistarif aufgrund von Hil-
4106 febedürftigkeit und dem Abschluss privater Zusatzversicherungen wird überprüft.
4107 Ein Wechsel in die private Krankenversicherung wird zukünftig wieder nach ein-
4108 maligem Überschreiten der Jahresarbeitsentgeltgrenze möglich sein.

4109

4110 **Hochwertige und innovative Arzneimittelversorgung für Deutschland**

4111

4112 Die flächendeckende und sichere Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln
4113 hat für uns hohe Priorität. Die freiberuflichen Apothekerinnen und Apotheker spie-
4114 len für eine gute Arzneimittelversorgung eine zentrale und wichtige Rolle. Eine
4115 Änderung des bestehenden Mehr- und Fremdbesitzverbotes lehnen wir deshalb
4116 ab. Wir werden die Auswüchse beim Versandhandel bekämpfen, indem wir die
4117 Abgabe von Arzneimitteln in den sogenannten Pick-up-Stellen verbieten.

4118

4119 Die Vielzahl der sich zum Teil widersprechenden Instrumente, die den Arzneimit-
4120 telmarkt regeln, werden wir überprüfen. Die Überregulierung wird abgebaut. Der
4121 Arzneimittelmarkt wird unter patienten-, mittelstandsfreundlichen und wettbewerb-
4122 lichen Kriterien effizient neu geordnet.

4123

4124 Wir wollen, dass den Patientinnen und Patienten in Deutschland auch künftig in-
4125 novative Arzneimittel zur Verfügung stehen. Die Chancen innovativer Arzneimittel
4126 für Patientinnen und Patienten, Wachstum und Beschäftigung wollen wir künftig
4127 besser nutzen, ohne dabei die Finanzierung der Krankenversicherung zu gefähr-
4128 den. Vereinbarungen zwischen Krankenversicherung und pharmazeutischen Hers-
4129 tellern können ein Weg sein, um dieses Ziel zu erreichen.

4130

4131 Kosten-Nutzen-Bewertungen müssen praktikabel nach klaren, eindeutigen Krite-
4132 rien erfolgen. Die Arbeit des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Ge-
4133 sundheitswesen (IQWiG) werden wir auch unter dem Gesichtspunkt stringenter,
4134 transparenter Verfahren überprüfen und damit die Akzeptanz von Entscheidungen
4135 für Patienten und Patienten, Leistungserbringer und Hersteller verbessern. Dabei
4136 werden wir die Betroffenen frühzeitig beteiligen.

4137

4138 **Vielfalt und Wettbewerb in der Versorgung**

4139

4140 Wettbewerb um Leistungen, Preise und Qualität ermöglicht eine an den Bedürf-
4141 nissen der Versicherten ausgerichtete Krankenversicherung sowie eine gute me-
4142 dizinische Versorgung. Auf der Versicherungs-, Nachfrage- und Angebotsseite
4143 werden die Voraussetzungen für einen funktionsfähigen Wettbewerb um innovati-
4144 ve und effiziente Lösungen geschaffen, der den Versicherten und Patienten zugute
4145 kommt, sie in den Mittelpunkt stellt und ihnen Entscheidungsspielräume ermög-
4146 licht.

4147

4148 Wir wollen, dass das allgemeine Wettbewerbsrecht als Ordnungsrahmen grund-
4149 sätzlich auch im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung Anwendung fin-
4150 det. Insbesondere bei Rabattverträgen, Fusionen von Krankenhäusern und Kran-
4151 kenkassen sehen wir Überprüfungsbedarf. Dazu gehört auch die Überprüfung des
4152 Rechtswegs.

4153

4154 **Ärztliche Versorgung und freier Arztberuf**

4155

4156 Die Freiberuflichkeit der ärztlichen Tätigkeit ist ein tragendes Prinzip unsere Ge-
4157 sundheitsversorgung und sichert die Therapiefreiheit. Die freie Arztwahl durch die
4158 Patientinnen und Patienten ist dabei Ausdruck eines freiheitlichen Gesundheits-
4159 wesens und die Basis für das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Ärztin
4160 und Arzt und Patientin und Patient. Diese Struktur der ambulanten Versorgung

4161 wollen wir aufrechterhalten. Die Besonderheiten einer wohnortnahen Versorgung
4162 in ländlichen Bereichen werden dabei Berücksichtigung finden.

4163

4164 Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sollen nur unter bestimmten Vorausset-
4165 zungen zugelassen werden. Geschäftsanteile können nur von zugelassenen Ärz-
4166 tinnen und Ärzten sowie Krankenhäusern gehalten werden. Wesentlich ist dabei
4167 vor allem, dass die Mehrheit der Geschäftsanteile und Stimmrechte Ärztinnen und
4168 Ärzten zusteht und das MVZ von Ärztinnen und Ärzten verantwortlich geführt wird.
4169 Für den Bereich unterversorgter Gebiete soll eine Öffnungsklausel für Kranken-
4170 häuser vorgesehen werden, wenn keine Interessenten aus dem Bereich der Ärz-
4171 tinnen und Ärzte zur Verfügung stehen.

4172

4173 Die Ärztinnen und Ärzte brauchen einen gesicherten Rahmen für ihre Arbeit. Eine
4174 Grundvoraussetzung ist ein einfaches, verständliches Vergütungssystem, das die
4175 Leistungen adäquat abbildet. Dabei werden regionale Besonderheiten Berücksich-
4176 tigung finden. Nach kritischer Überprüfung wird die Honorarreform unter dieser
4177 Zielsetzung zusammen mit den Beteiligten den erforderlichen Kurskorrekturen un-
4178 terzogen.

4179

4180 Wir wollen die Transparenz für Ärztinnen und Ärzte sowie Versicherte erhöhen.
4181 Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der Kostenerstattung ausweiten. Es dürfen
4182 dem Versicherten durch die Wahl der Kostenerstattung keine zusätzlichen Kosten
4183 entstehen.

4184

4185 Die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) wird an den aktuellen Stand der Wissen-
4186 schaft angepasst. Dabei sind Kostenentwicklungen zu berücksichtigen.

4187

4188 Angesichts der vielfältigen Steuerungsinstrumente werden wir überprüfen, ob wei-
4189 terhin eine Notwendigkeit für Richtgrößen für ärztliche Verordnungen besteht. Wir
4190 wollen die Zahlung der Praxisgebühr in ein unbürokratisches Erhebungsverfahren
4191 überführen.

4192

4193 Wir werden nach drei Jahren feststellen, wie viele Hausarztverträge deutschland-
4194 weit abgeschlossen worden sind.

4195

4196 **Flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung**

4197

4198 Die Sicherstellung der flächendeckenden und bedarfsgerechten medizinischen
4199 Versorgung ist uns ein zentrales gesundheitspolitisches Anliegen, das im Hinblick
4200 auf die demographische und gesellschaftliche Entwicklung noch an Bedeutung
4201 gewinnt.

4202

4203 Der in manchen Regionen sich abzeichnenden Unterversorgung durch Ärzteman-
4204 gel und zunehmend längeren Wartezeiten muss wirksam begegnet werden. Dazu
4205 werden wir die Voraussetzungen schaffen, damit die Gemeinsame Selbstverwal-
4206 tung die Bedarfsplanung zielgerichtet weiter entwickeln kann.

4207

4208 Um der gemeinsamen Verantwortung für regionale Bedürfnisse und Strukturen
4209 besser gerecht zu werden, wollen wir fachliche Einwirkungsmöglichkeiten für die
4210 Länder prüfen.

4211

4212 Dem in den nächsten Jahren drohenden Ärztemangel ist durch Abbau von Büro-
4213 kratie und eine leistungsgerechte Vergütung wirksam auch durch folgende Maß-
4214 nahmen zu begegnen:

- 4215 - gezielte Nachwuchsgewinnung und Förderung von Medizinstudierenden
- 4216 und Stärkung der Allgemeinmedizin in der Ausbildung,
- 4217 - Ausbau der Anreize und Mobilitätshilfen bei der Niederlassung von Ärztin-
- 4218 nen und Ärzten in unterversorgten Gebieten und
- 4219 - Erweiterung der Delegationsmöglichkeiten ärztlicher und anderer Tätigkei-
- 4220 ten zur Entlastung von Ärztinnen und Ärzten.

4221

4222 **Zahnmedizinische Versorgung**

4223

4224 Die Maßnahmen im Bereich der vertragszahnärztlichen Versorgung zielen auf ei-
4225 ne weitere Verbesserung der Mundgesundheit und die präventionsorientierte Aus-
4226 richtung der Versorgung ab. Grundlage hierfür sind freiberufliche Strukturen und
4227 die freie Arztwahl der Patientinnen und Patienten.

4228

4229 Auch bei der vertragszahnärztlichen Vergütung hat sich die Ausgabensteuerung
4230 über die Anbindung an die Grundlohnsummenentwicklung überholt. Insgesamt
4231 müssen neue Regelungen gefunden werden. Regionale Besonderheiten werden
4232 berücksichtigt. Die vertragszahnärztliche Vergütung in den neuen Bundesländern
4233 wird angepasst.

4234

4235 Um die Wahl der Kostenerstattung für Patientinnen und Patienten zu erleichtern,
4236 werden bürokratische Hürden und Hemmnisse abgebaut.

4237

4238 Die Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) wird an den aktuellen Stand der Wis-
4239 senschaft angepasst. Dabei sind Kostenentwicklungen zu berücksichtigen.

4240

4241 Die Approbationsordnung für Zahnärzte soll novelliert werden.

4242

4243 **Krankenhausversorgung**

4244

4245 Deutschland braucht leistungsfähige Krankenhäuser für eine hochwertige, innova-
4246 tive, flächendeckende und wohnortnahe Patientenversorgung. Dafür wollen wir die
4247 Grundlagen sichern und dazu beitragen, dass die Arbeit im Krankenhaus attraktiv
4248 bleibt. Dafür bedarf es effizienter Strukturen. Der Prozess einer besseren Verzah-
4249 nung der Sektoren wird fortgesetzt. Dabei ist es unser Ziel das bestehende Be-
4250 legarztsystem beizubehalten und zu stärken. Das Verfahren, das die Zulassung
4251 von Krankenhäusern zur ambulanten Versorgung bei hochspezialisierten Leistun-
4252 gen, seltenen Erkrankungen und Erkrankungen mit besonderen Krankheitsverläu-
4253 fen regelt, wird kritisch überprüft und gegebenenfalls präzisiert. Die Leistungsfä-
4254 higkeit der Krankenhäuser in den Regionen muss bei verlässlicher Investitionsfi-
4255 nanzierung gewahrt bleiben. Das DRG-System begreifen wir als lernendes Sys-
4256 tem. Es soll in seinen Auswirkungen weiter beobachtet und, wo notwendig, weite-
4257 rentwickelt werden. Ein Augenmerk gilt dabei auch der Notfallversorgung. Bun-
4258 deseinheitliche Preise werden abgelehnt.

4259

4260

4261 **Menschenwürdige Hospiz- und Palliativversorgung**

4262

4263 Die bestehenden Regelungen zur Hospiz- und Palliativversorgung müssen ohne
4264 überzogene Anforderungen zügig umgesetzt, gelebt und wo notwendig verbessert
4265 werden. Die ehrenamtlich Tätigen, ihre Anerkennung und geeignete Rahmenbe-
4266 dingungen spielen hierbei eine wichtige Rolle.

4267

4268 **Patientensouveränität und Patientenrechte**

4269

4270 Im Mittelpunkt der medizinischen Versorgung steht das Wohl der Patientinnen und
4271 Patienten. Die Versicherten sollen in die Lage versetzt werden, möglichst selbst-
4272 ändig ihre Rechte gegenüber den Krankenkassen und Leistungserbringern wahr-
4273 zunehmen. Aus diesem Grund soll eine unabhängige Beratung von Patientinnen
4274 und Patienten ausgebaut werden. Die Patientinnen und Patienten sollen bei der
4275 Wahrnehmung ihrer Interessen unterstützt werden. Wir wollen mehr Transparenz
4276 und Orientierung für Patientinnen und Patienten sowie Versicherte im Gesund-
4277 heitswesen über Qualität, Leistung und Preis. Die erforderliche Transparenz um-
4278 fasst auch die Versichertentarife in besonderen Versorgungsformen und -ver-
4279 trägen.

4280

4281 Die Patientenrechte wollen wir in einem eigenen Patientenschutzgesetz bündeln,
4282 das wir in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten am Gesundheitswesen erarbeiten
4283 werden.

4284

4285 **Individuelle Wahl- und Entscheidungsspielräume**

4286

4287 Wir wollen die individuellen Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume der
4288 Patientinnen und Patienten sowie der Versicherten erweitern. Bei Leistungen des
4289 Zahnersatzes, bei Arzneimitteln und bei Leistungen zur medizinischen Rehabilita-
4290 tion sind die Erfahrungen mit Festzuschüssen, Festbeträgen und Mehrkostenrege-
4291 lungen überwiegend positiv. Daher werden wir prüfen, wo darüber hinaus Mehr-
4292 kostenregelungen sinnvoll und geeignet zum Tragen kommen können, ohne Pa-
4293 tientinnen und Patienten vom medizinischen Fortschritt auszuschließen oder sie
4294 zu überfordern.

4295

4296 **Qualifizierte Rehabilitation**

4297

4298 Qualifizierte medizinische Rehabilitation ist eine wichtige Voraussetzung zur Integ-
4299 ration von Kranken in Beruf und Gesellschaft und nimmt im Gesundheitswesen
4300 einen immer höheren Stellenwert ein.

4301

4302 Prävention, Rehabilitation und Pflege sind besser aufeinander abzustimmen. Prä-
4303 vention hat Vorrang vor Rehabilitation. Dem bisher nicht ausreichend umgesetzten
4304 Grundsatz Rehabilitation vor Pflege muss besser Rechnung getragen werden.
4305 Abstimmungs- und Schnittstellenprobleme zwischen den Trägern müssen behö-
4306 ben werden.

4307

4308 Wir wollen die Transparenz und Orientierung über das Leistungsangebot der ver-
4309 schiedenen Träger erhöhen, die Beratung der Versicherten durch die Rehabilitati-
4310 onsträger verbessern und die Wahlmöglichkeiten der Versicherten stärken.

4311

4312 Bei Vertragsvereinbarungen zwischen Krankenkassen und Rehabilitationseinrich-
4313 tungen sollen Schiedsstellen eingerichtet werden.

4314

4315 **Telematikinfrastuktur**

4316

4317 Deutschland braucht eine Telematikinfrastuktur, die die technischen Vorausset-
4318 zungen dafür schafft, dass medizinische Daten im Bedarfsfall sicher und unprob-
4319 lematisch ausgetauscht werden können.

4320

4321 Die Arzt-Patientenbeziehung ist ein besonders sensibles Verhältnis und daher
4322 ausdrücklich zu schützen. Datensicherheit und informationelle Selbstbestimmung
4323 der Patientinnen und Patienten sowie der Versicherten haben für uns auch bei
4324 Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte höchste Priorität.

4325

4326 Vor einer weitergehenden Umsetzung werden wir eine Bestandsaufnahme vor-
4327 nehmen, bei der Geschäftsmodell und Organisationsstrukturen der Gematik und
4328 ihr Zusammenwirken mit der Selbstverwaltung und dem Bundesministerium für
4329 Gesundheit, sowie die bisherigen Erfahrungen in den Testregionen überprüft und
4330 bewertet werden. Danach werden wir entscheiden, ob eine Weiterarbeit auf
4331 Grundlage der Strukturen möglich und sinnvoll ist.

4332

4333 **Organspendebereitschaft**

4334

4335 Mit der Bereitschaft zur Organspende zeigen viele Menschen in Deutschland Ver-
4336 antwortung für ihre Mitmenschen – auch über den Tod hinaus. Organspende und
4337 Organtransplantation sind Themen, die uns alle angehen. Wir sehen dringenden
4338 Handlungsbedarf, die Zahl der freiwillig zur Verfügung gestellten Spenderorgane
4339 zu erhöhen. Wir werden eine kritische Bestandsaufnahme der Situation der
4340 Transplantationsmedizin in Deutschland seit dem Inkrafttreten des Transplantati-
4341 onsgesetzes 1997 vornehmen. Wir werden überprüfen, wie die organisatorischen
4342 und strukturellen Rahmenbedingungen im Krankenhaus gestaltet werden können,
4343 damit die Organspende und Organtransplantation gestärkt wird. Wir werden mit
4344 einer umfassenden Kampagne in der Bevölkerung dafür werben, durch Organ-
4345 spende Leben zu retten.

4346

4347 **Verantwortungsbewusste Drogen- und Suchtpolitik**

4348

4349 Unsere Drogen- und Suchtpolitik stellt Prävention, Therapie, Hilfe zum Ausstieg
4350 und die Bekämpfung der Drogenkriminalität in den Mittelpunkt. Drogenabhängige
4351 sind kranke Menschen, die umfassende medizinische Hilfe und Unterstützung
4352 brauchen.

4353

4354 Mit besonderer Besorgnis sehen wir die Zunahme des exzessiven Alkoholkon-
4355 sums bei einzelnen Kindern und Jugendlichen. Vor dem Hintergrund dieser Ent-
4356 wicklungen werden wir die bestehenden Präventionsstrategien überprüfen und
4357 Programme entwickeln, die auch die Eltern in ihrer Verantwortung mit einbezie-
4358 hen. In gleicher Weise sind auch die Konzepte und Maßnahmen der Bundeszent-
4359 rale für gesundheitliche Aufklärung weiterzuentwickeln.

4360

4361

4362 **Moderne Selbstverwaltung**

4363

4364 Die Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen ist ein tragendes Ord-
4365 nungsprinzip, das die eigenverantwortliche und partnerschaftliche Gestaltung der
4366 Gesundheitsversorgung durch die Leistungserbringer und die Krankenkassen er-
4367 möglicht. Dieses Prinzip gilt es zu bewahren und modernen Verhältnissen anzu-
4368 passen. Legitimation, Akzeptanz und Effektivität sind dabei zentrale Kriterien, die
4369 es zu stärken gilt. Die Kassenärztlichen Vereinigungen müssen künftig mehr Fle-
4370 xibilität bei der Gestaltung der Vergütung erhalten, um dem Versorgungsauftrag
4371 vor Ort besser Rechnung tragen zu können. Transparenz und gelebte Demokratie
4372 sind eine unerlässliche Voraussetzung für eine funktionierende Körperschaft.

4373

4374 Wir streben in den Verwaltungsräten aller Krankenkassen gemäß der gemeinsa-
4375 men Finanzierung auch die Vertretung der Arbeitgeberseite an.

4376

4377 Die Aufgaben des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen sollen sich auf die
4378 Bereiche konzentrieren, die gemeinsam und einheitlich durchgeführt werden müs-
4379 sen.

4380

4381 **Mehr Forschung in der Versorgung**

4382

4383 Die Gesundheitsforschung trägt dazu bei, mit Innovationen die Lebensqualität von
4384 Menschen aller Lebenslagen zu erhöhen und gleichzeitig die Finanzierbarkeit des
4385 Gesundheitssystems zu sichern. Erkenntnisse über das Versorgungsgeschehen
4386 unter Alltagsbedingungen sind dabei besonders wichtig, damit die Qualität und
4387 Effizienz der Gesundheitsversorgung bei begrenzten Ressourcen weiter steigt.
4388 Daher werden wir die Versorgungsforschung systematisch ausbauen.

4389

4390 **9.2 Pflege**

4391

4392 **Weiterentwicklung der Pflegeversicherung**

4393

4394 Jeder Mensch hat das Recht, in Würde gepflegt zu werden. Um dies zu ermögli-
4395 chen, benötigen die Pflegenden Zeit für die Pflegeleistungen sowie für persönliche
4396 Ansprache und Zuwendung. Pflegenden Angehörige und Menschen in Pflegeberu-
4397 fen pflegen täglich mit großem beruflichem und persönlichem Engagement. Wir
4398 werden die Rahmenbedingungen für Pflegenden und Leistungsanbieter konsequent
4399 überprüfen und entbürokratisieren, damit der eigentlichen Pflege am Menschen
4400 wieder mehr Zeit eingeräumt wird.

4401

4402 Um den Familien die Chance zu geben, Erwerbstätigkeit und die Unterstützung
4403 der pflegebedürftigen Angehörigen besser in Einklang zu bringen, wollen wir mit
4404 der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst bei Pflege- und Arbeitszeit verbesserte
4405 Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf entwickeln.

4406

4407 Wir wollen ein Berufsbild in der Altenpflege attraktiver gestalten. Darüber hinaus
4408 wollen wir die Pflegeberufe in der Ausbildung durch ein neues Berufsgesetz
4409 grundlegend modernisieren und zusammenführen.

4410

4411 Wir werden dafür sorgen, dass ausländische Hilfskräfte ebenso wie pflegende An-
4412 gehörige oder deutsche Hilfskräfte auch notwendige pflegerische Alltagshilfen er-
4413 bringen können.

4414

4415 Die Pflege muss sich noch mehr an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen orien-
4416 tieren. Durch mehr Transparenz bei Leistungsangeboten, deren Preis und Qualität
4417 erhalten Pflegebedürftige und ihre Angehörigen die Möglichkeit, Leistungen und
4418 Leistungserbringer flexibler auszuwählen. Dabei sollen sie verstärkt zwischen
4419 Sachleistungen und Geldleistungen wählen können. Die Förderung des Aufbaus
4420 der Pflegestützpunkte läuft aus. Bei der Qualitätsprüfung muss die Ergebnisquali-
4421 tät Vorrang vor der Strukturqualität haben.

4422

4423 Wir wollen eine neue, differenziertere Definition der Pflegebedürftigkeit. Damit
4424 schaffen wir mehr Leistungsgerechtigkeit in der Pflegeversicherung. Es liegen be-
4425 reits gute Ansätze vor, die Pflegebedürftigkeit so neu zu klassifizieren, dass nicht
4426 nur körperliche Beeinträchtigungen, sondern auch anderweitiger Betreuungsbe-
4427 darf (z. B. aufgrund von Demenz) berücksichtigt werden können. Wir werden die
4428 Auswirkungen dieser Ansätze auf die Gestaltung der Pflegeversicherung und auch
4429 die Zusammenhänge mit anderen Leistungssystemen überprüfen. Spiegelbildlich
4430 zu der besseren Abbildung des Leistungsbedarfes müssen Wohn- und Be-
4431 treuungsformen zur Verfügung stehen, die an den Bedürfnissen der Pflegebedürf-
4432 tigen orientiert sind, wie z. B. Wohngemeinschaften für Demenzkranke. Unser Ziel
4433 ist eine ergebnisorientierte und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte,
4434 selbstbestimmte Pflege.

4435

4436 Die Pflegeversicherung bleibt ein wichtiges Element der sozialen Sicherung. Die
4437 Pflegebedürftigen müssen auch künftig angemessene Pflegeleistungen zu einem
4438 bezahlbaren Preis erhalten. In der Form der Umlagefinanzierung kann die Pflege-
4439 versicherung jedoch ihre Aufgabe, allen Bürgern eine verlässliche Teilabsicherung
4440 der Pflegekosten zu garantieren, auf Dauer nicht erfüllen. Daher brauchen wir ne-
4441 ben dem bestehenden Umlageverfahren eine Ergänzung durch Kapitaldeckung,
4442 die verpflichtend, individualisiert und generationengerecht ausgestaltet sein muss.
4443 Eine interministerielle Arbeitsgruppe wird dazu zeitnah einen Vorschlag ausarbei-
4444 ten.

4445

4446 Die Veränderung in der Finanzierung eröffnet Chancen, die Leistungen der Pfl-
4447 eversicherung langfristig zu dynamisieren und die Pflegebedürftigkeit – auch zu-
4448 gunsten von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, wie z. B. Demenz
4449 – neu zu definieren.

4450

4451 Alle Bemühungen um eine finanzielle Absicherung des Pflegerisikos im Rahmen
4452 der Pflegeversicherung entbinden den Einzelnen aber nicht davon, seine Eigen-
4453 verantwortung und Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos und zur Ge-
4454 staltung der Pflege wahrzunehmen.

4455

4456

4457 **10. Religion, Geschichte und Kultur; Sport**

4458

4459 **Relionsgemeinschaften**

4460

4461 Den Christlichen Kirchen kommt eine unverzichtbare Rolle bei der Vermittlung der
4462 unserem Gemeinwesen zugrunde liegenden Werte zu. Wir wissen, dass auch andere
4463 Religionen Werte vermitteln, die einen positiven Einfluss auf unsere Gesellschaft ha-
4464 ben. Wir achten alle Religionszugehörigkeiten. Besondere Verantwortung tragen wir
4465 für die jüdischen Gemeinden als Teil unserer Kultur. Wir werden den Dialog mit den
4466 Kirchen, Glaubensgemeinschaften und religiösen Vereinigungen noch stärker betrei-
4467 ben.

4468

4469 **Fortsetzung der Deutschen Islam Konferenz**

4470

4471 Die Deutsche Islam Konferenz (DIK) hat dazu geführt, dass neben einem den reli-
4472 giösen Gemeinschaften vorbehaltenen interreligiösen Dialog ein Prozess der An-
4473 näherung muslimischer Bevölkerungsteile Deutschlands an das deutsche Religi-
4474 onsverfassungsrecht begonnen hat. Diesen Prozess gilt es zu befördern und da-
4475 her wollen wir die DIK als wichtigstes Forum zwischen dem deutschen Staat und
4476 den in Deutschland lebenden Muslimen fortsetzen.

4477

4478 **Geschichte und Kultur**

4479

4480 Deutschland ist eine europäische Kulturnation. Kunst und Kultur sind der Zukunftsmo-
4481 tor einer Gesellschaft. Zugleich prägt das reiche kulturelle Erbe, das aus der Vielfalt
4482 der Länder und Regionen in Deutschland resultiert, unsere nationale Identität. Das
4483 kulturelle Leben im ländlichen Raum ist ein wichtiger Bestandteil der Kulturnation
4484 Deutschland. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst. Staat und Politik sind nicht für
4485 die Kunst, ihre Ausdrucksformen oder Inhalte zuständig, wohl aber für die Bedingun-
4486 gen, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können. Wir müssen Menschen die
4487 Chance geben, sich durch ihre künstlerische Gestaltungskraft eine auch wirtschaftlich
4488 erfolgreiche Existenz zu schaffen und andere kulturell zu bereichern.

4489

4490 Die Ausgaben des Bundes für die Kultur konnten in den vergangenen vier Jahren
4491 deutlich erhöht werden. Dazu stehen wir gerade auch in der Finanz- und Wirtschafts-
4492 krise. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in
4493 die Zukunft unserer Gesellschaft.

4494

4495 Die Förderung von Investitionen im Rahmen des Programms „Förderung von In-
4496 vestitionen in nationale Weltkulturerbestätten“ (UNESCO-Programm) bedarf einer
4497 besseren Abstimmung zwischen Bund und Ländern.

4498

4499 Wir wollen die Rahmenbedingungen für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mä-
4500 zenatentum und Sponsoring weiter verbessern und dazu bürokratische Hürden ab-
4501 bauen.

4502

4503 Wir wollen gemeinsam mit den Ländern den Zugang zu kulturellen Angeboten unab-
4504 hängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft erleichtern und die Aktivitäten im
4505 Bereich der kulturellen Bildung verstärken; kulturelle Bildung ist auch ein Mittel der
4506 Integration.

4507

4508 Die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft wird fortgeführt und weiter ausgebaut. Die
4509 Kulturstatistik wird fortgesetzt.

4510

4511 Auch zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und
4512 dem Fall von Mauer und Stacheldraht ist die Aufarbeitung der SED-Diktatur eine
4513 gesellschaftspolitische Herausforderung von weiterhin großer Bedeutung.

4514

4515 Um der Verklärung der SED-Diktatur entgegenzuwirken, wird die Bundesregierung
4516 ihre Maßnahmen zur geschichtlichen Aufarbeitung verstärken. Die Bundesregie-
4517 rung wird im Laufe des Jahres 2010 dazu konkrete Vorschläge unterbreiten.

4518

4519 Dazu sollen zählen:

4520 – die Einrichtung eines Arbeitsschwerpunkts „Aufarbeitung der SED-Diktatur“
4521 bei der Bundeszentrale für politische Bildung,

4522 – die Prüfung der Errichtung einer Jugend- und Begegnungsstätte zur Aufar-
4523 beitung der SED-Diktatur sowie der Schaffung eines koordinierenden Zeit-
4524 zeugenbüros unter Beteiligung der durch den Bund getragenen oder finan-
4525 zierten Institutionen,

4526 – die Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsex-
4527 tremismus als „Extremismusbekämpfungsprogramme“ unter Berücksichti-
4528 gung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen
4529 sowie die Erstellung eines Jahresberichts der Bundesregierung zur Aufar-
4530 beitung der SED-Diktatur.

4531

4532 Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die die Entwicklung der Aufgaben,
4533 die der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der
4534 ehemaligen DDR (BStU) gesetzlich zugewiesen sind, analysiert und Vorschläge
4535 macht, ob und in welcher Form diese mittel- und langfristig zu erfüllen sind.

4536

4537 Die Aufarbeitung des NS-Terrors und der SED-Diktatur wird wie im Gedenkstätten-
4538 konzept des Bundes vorgesehen fortgesetzt und verstärkt.

4539

4540 Wir werden den Beschluss des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2000 um-
4541 setzen und im Sinne eines kollektiven Ausgleichs für homosexuelle NS-Opfer eine
4542 Magnus-Hirschfeld-Stiftung errichten. Sie soll durch interdisziplinäre Forschung
4543 und Bildung der Diskriminierung homosexueller Männer und Frauen entgegenwir-
4544 ken.

4545

4546 Die Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa nach § 96
4547 Bundesvertriebenengesetz wird fortgesetzt. Die Dokumentationsstätte „Stiftung
4548 Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin wird entsprechend den gesetzlichen Vor-
4549 gaben eingerichtet.

4550

4551 Wir werden die Einrichtung eines sudetendeutschen Museums in München unterstüt-
4552 zen.

4553

4554 Der Bundestagsbeschluss zum Bau des Humboldt-Forums am historischen Ort
4555 und in der äußeren Gestalt des Berliner Stadtschlusses wird realisiert.

4556

4557 Wir werden die Förderung des Bundes für den Denkmalschutz sowie die Förderung
4558 der Leuchtturmprojekte in den neuen Ländern fortsetzen.

4559

4560 Gemeinsam mit den Ländern wollen wir ein nationales Bestandserhaltungskonzept
4561 für gefährdetes schriftliches Kulturgut erarbeiten. Zum verstärkten Schutz schriftlichen
4562 Kulturgutes wird eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

4563

4564 In der Unterstützung der Provenienzforschung gemäß des Washingtoner Abkom-
4565 mens sehen wir auch in der Zukunft eine Verpflichtung.

4566

4567 Wir werden den Filmstandort Deutschland weiter stärken und deshalb den erfolgrei-
4568 chen Deutschen Filmförderfonds fortführen. Um eine nachhaltige Finanzierung des
4569 Kinofilms in Deutschland zu gewährleisten, erfolgt eine Überarbeitung des Filmför-
4570 dergesetzes sowie die stärkere Einbeziehung der KfW Bankengruppe in die Filmfi-
4571 nanzierung. In einer Gemeinschaftsaktion von Filmwirtschaft, Filmförderanstalt (FFA),
4572 Bund und Ländern soll schrittweise die flächendeckende Digitalisierung der Kinos
4573 erfolgen, um die kulturelle Vielfalt in Deutschland zu erhalten. Das nationale Filmerbe
4574 ist dauerhaft zu sichern.

4575

4576 **Vertriebene – Aussiedler – deutsche Minderheiten**

4577

4578 Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung für die Deutschen aus den
4579 Staaten in Mittelost- und Südosteuropa sowie aus den Nachfolgestaaten der Sow-
4580 jetunion, die als Aussiedler zu uns gekommen sind oder als deutsche Minderhei-
4581 ten in diesen Ländern leben. Wir sind der Überzeugung, dass die deutschen Min-
4582 derheiten wie auch die Vertriebenen und Aussiedler einen eigenständigen Beitrag
4583 leisten können, kulturelle und zivilgesellschaftliche Brücken zu den Ländern Mit-
4584 telost- und Südosteuropas sowie in einige Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu
4585 bauen. Wir werden daher die Förderung der deutschen Minderheiten fortsetzen.

4586

4587 **Schutz und Förderung von nationalen Minderheiten**

4588

4589 Die Erfahrungen langjähriger und kontinuierlicher Minderheitenpolitik im deutsch-
4590 dänischen Grenzraum zeigen die Bedeutung der Förderung nationaler Minderhei-
4591 ten für die Überwindung früherer zwischenstaatlicher Konflikte und für die Entwick-
4592 lung eines europäischen Identitätsbewusstseins, das die kulturelle Vielfalt europä-
4593 ischer Siedlungsgeschichte angemessen zum Ausdruck bringt. Das hierbei entwi-
4594 ckelte System gegenseitiger grenzüberschreitender Förderung der deutschen und
4595 der dänischen Minderheit bleibt daher eine selbstverständliche Aufgabe des Bun-
4596 des. Für die weitere Sicherstellung der Arbeiten des von Deutschland und Däne-
4597 mark gegründeten Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (ECMI) in
4598 Flensburg werden wir die Zuwendungen erhöhen. Der Schutz und die Förderung
4599 aller vier anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland, die erheblich zur
4600 kulturellen Bereicherung unseres Landes beitragen, bleibt ebenso ein wichtiges
4601 Anliegen der Bundesregierung.

4602

4603 Die Koalition bekennt sich zum Finanzierungsabkommen für die Stiftung für das
4604 sorbische Volk.

4605

4606 **Sport**

4607

4608 Wir wissen, dass Sport für die Aktivierung und den Zusammenhalt einer modernen
4609 Gesellschaft unverzichtbare Beiträge leistet und dass Deutschland auf großartige

4610 Traditionen und Leistungen im Sport verweisen kann, die es zu bewahren und zu
4611 entwickeln gilt. Deshalb werden wir unsere Aufgaben als Partner und Förderer des
4612 Sports mit besonderer Verantwortung wahrnehmen. Wir streben an, im Rahmen
4613 der Kompetenzen und Möglichkeiten des Bundes den Erhalt und Ausbau von
4614 Sportstätten in Deutschland weiter zu fördern.

4615

4616 **Spitzensportförderung**

4617

4618 Wir werden die finanzielle Förderung des Spitzensports in Deutschland auf hohem
4619 Niveau fortführen. Die Bemühungen, Spitzensportlerinnen und -sportlern mit Be-
4620 hinderung den Zugang zu einer „dualen Karriere“ zu eröffnen, werden wir intensi-
4621 vieren.

4622

4623 **Bewerbung München 2018**

4624

4625 Olympische und Paralympische Spiele sind herausragende Sportereignisse. Die
4626 Bewerbung der Stadt München um die Olympischen und Paralympischen Winter-
4627 spiele 2018 und, bei Zuschlag durch das IOC im Juli 2011, deren Ausrichtung,
4628 sind ein nationales Anliegen im gemeinsamen Interesse von Bund, Land und
4629 Kommunen und werden weiterhin gefördert und unterstützt.

4630

4631 **Anti-Doping-Politik**

4632

4633 Für das Selbstverständnis unserer Sportpolitik ist die Autonomie des Sports und
4634 seiner Verbände von zentraler Bedeutung. Wir wollen den Sport bei der Sicherung
4635 und Realisierung seiner Werte unterstützen. Im Mittelpunkt unserer Aufmerksam-
4636 keit steht dabei die konsequente Bekämpfung von Doping im Zusammenwirken
4637 von sportlichen Sanktionen und strafrechtlichen Verfolgungsmaßnahmen. Für uns
4638 ist nur dopingfreier Sport förderungswürdig. Wir werden den im Sommer 2009
4639 zwischen Bund, Ländern, dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und
4640 der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) verabschiedeten Nationalen Doping-
4641 präventionsplan umsetzen. Die Forschung zur Bekämpfung des Dopings muss
4642 gezielt weiter gefördert werden.

4643

4644 Ziele wie die Bekämpfung von Doping, die Einordnung der autonomen Sportbe-
4645 wegungen und ihrer Regeln in den europäischen Rechtsrahmen können vor allem
4646 in länderübergreifender Weise effektiv wahrgenommen werden. Wir werden des-
4647 halb die internationale sportpolitische Zusammenarbeit verstärken.

4648

4649

4650

4651

4652

4653

4654

4655

4656

4657

4658

4659

4660

4661

4662

4663

4664

4665

4666

4667

4668

4669

4670

4671

4672

4673

4674

4675

4676

4677

4678

4679

4680

4681

4682

4683

4684

4685

4686

4687

4688

4689

4690

4691

4692

4693

4694

4695

4696

4697

4698

4699

IV. FREIHEIT UND SICHERHEIT

Durch Bürgerrechte und starken Staat

Wir bekennen uns zur Freiheit, zur Freiheit in Verantwortung und Sicherheit. Der Staat hat die Aufgabe, die unveräußerlichen Freiheiten jedes Einzelnen durch politische, rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen umfassend zur Geltung zu bringen. Zugleich hat er mit seinem Gewaltmonopol Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Dabei ist er rechtsstaatlichen Bindungen unterworfen, zu denen das Verbot unangemessener Grundrechtseingriffe zählt. Diese Prinzipien verwirklichen wir im Rahmen unserer föderalen Sicherheitsarchitektur. Dabei hat die konsequente Anwendung geltenden Rechts, eine gute Ausstattung der Sicherheitsbehörden und die Beseitigung von Vollzugsdefiziten immer Vorrang vor der Erweiterung staatlicher Eingriffsbefugnisse.

1. Innere Sicherheit und Bürgerrechte

Sicherheitsarchitektur

Wir werden die Erfahrungen mit der neuen Struktur der Bundespolizei nutzen, um die Bundespolizei in ihren Kernkompetenzen zu stärken. Unsere derzeitige Beteiligung an internationalen Polizeimissionen wollen wir im Rahmen der gemeinsamen Einsätze von Bund und Ländern verstärken und auch die erforderlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz der Bundespolizei als Instrument ziviler Krisenprävention verbessern.

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise und ihrer finanziellen Folgekosten ist es geboten, mit vorhandenen Ressourcen mehr zu erreichen. Wir werden daher die bestehenden Aufgaben und Zuständigkeiten der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern unter Wahrung der bewährten föderalen Sicherheitsarchitektur evaluieren. Dabei soll auch die Schnittstelle Zoll/Bundespolizei einbezogen werden.

Wir halten am Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten fest. Die bestehenden Sicherheitsdateien werden wir unter Einbeziehung der Arbeit des Gemeinsamen Internetzentrums der deutschen Sicherheitsbehörden (GIZ), des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ), des Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrums illegale Migration (GASIM) und des Kompetenz- und Servicezentrums Telekommunikationsüberwachung unter tatsächlichen und rechtlichen Aspekten evaluieren.

Mit der späteren Zielsetzung des Aufbaus einer Nationalen Küstenwache wollen wir zunächst die Kompetenzen der gegenwärtig am Küstenschutz beteiligten Bundesbehörden zusammenführen.

BKA-Gesetz

Wir sind uns mit dem Bundesverfassungsgericht einig, dass ein letzter unantastbarer Bereich menschlicher Freiheit besteht, der der Einwirkung der öffentlichen Gewalt entzogen ist. Zur besseren rechtsstaatlichen Flankierung der Maßnahmen des BKA im Rahmen der Gefahrenabwehr gegen den internationalen Terrorismus wollen wir Regelungen treffen, die den Schutz des Kernbereichs privater Lebens-

4700 gestaltung optimieren und das Maß an Grundrechtsschutz durch Verfahren erhö-
4701 hen.

4702

4703 Daher werden wir auf Grundlage der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung
4704 das BKA-Gesetz daraufhin überprüfen, ob und inwieweit der Schutz des Kernbe-
4705 reichs privater Lebensgestaltung zu verbessern ist.

4706

4707 Wir werden im Hinblick auf die Befugnis der Ton- und Bildaufzeichnung außerhalb
4708 von Wohnungen den Kernbereichsschutz verbessern.

4709

4710 Für die Entscheidung über die Anordnung der verdeckten Ermittlungsmaßnahmen
4711 nach dem Abschnitt zur Gefahrenabwehr gegen den internationalen Terrorismus
4712 im BKA-Gesetz soll künftig ein Richter am Bundesgerichtshof durch Vermittlung
4713 des Generalbundesanwalts zuständig sein. Diese Zuständigkeit tritt an die Stelle
4714 der bisherigen Zuständigkeit des Amtsgerichts am Sitz des BKA.

4715

4716 **Ausbau der Sicherheitsforschung**

4717

4718 Wir bauen die Forschung für die zivile Sicherheit aus, um die Sicherheit von Bür-
4719 gern, Gütern und Infrastrukturen vor Terrorismus, organisierter Kriminalität sowie
4720 Natur- und Umweltkatastrophen zu schützen. Dabei wollen wir alle relevanten Ak-
4721 teure wie etwa Forschungseinrichtungen, Universitäten und Unternehmen in
4722 Deutschland anhören und internationale Entwicklungen beachten.

4723

4724 **Leistungsfähiger Bevölkerungsschutz**

4725

4726 Deutschland ist mit seinem Bevölkerungsschutz, der auf den Kompetenzen und
4727 Ressourcen des Bundes, der Länder, der Kommunen und Hilfsorganisationen
4728 aufbaut, gut aufgestellt. Wir werden das Technische Hilfswerk (THW) und das
4729 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) auf der Basis
4730 einer den aktuellen Anforderungen entsprechenden Strategie als tragende Säulen
4731 eines modernen Bevölkerungsschutzes weiterentwickeln. Dabei werden wir die
4732 Analyse-, Risikobewertungs- und Prognosekompetenz verbessern. Durch eine
4733 offensivere und modernere Risiko- und Krisenkommunikation einschließlich von
4734 Warnmechanismen wollen wir zu einer gefahrenbewussteren Bevölkerung beitra-
4735 gen.

4736

4737 Diejenigen, die sich in Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und im
4738 THW aufopfernd und unentgeltlich für die Sicherheit ihrer Mitmenschen einsetzen,
4739 müssen dauerhaft unterstützt werden. Sie sind Vorbilder unserer Gesellschaft.

4740

4741 **Zuverlässigkeitsüberprüfung von Privatpiloten**

4742

4743 Wir wollen das Luftsicherheitsgesetz mit dem Ziel überprüfen, die Zuverlässig-
4744 keitsüberprüfung von Privatpiloten bei Gewährleistung eines gleichbleibenden Si-
4745 cherheitsniveaus auf ein angemessenes Maß zu reduzieren.

4746

4747 **Bekämpfung des politischen Extremismus**

4748

4749 Gewalttätige und extremistische Formen der politischen Auseinandersetzung
4750 nehmen wir nicht hin. Extremismen jeder Art, seien es Links- oder Rechtsextre-

4751 mismus, Antisemitismus oder Islamismus, treten wir entschlossen entgegen. Die
4752 Grundwerte der pluralen Gesellschaft, insbesondere die freie Entfaltung der Per-
4753 son, Meinungs-, Presse-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit, sind konstitutive Werte
4754 unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie gilt es zu schützen und zu
4755 verteidigen.

4756

4757 Die Ursachen von Extremismus wollen wir mit einem langfristigen Engagement
4758 und einer nachhaltigen Prävention bekämpfen. Aussteigerprogramme gegen Ex-
4759 tremismus werden wir weiterentwickeln, ihre Finanzierung sicherstellen und dabei
4760 Schwerpunkte in gefährdeten Regionen setzen.

4761

4762 Die Aufgabenfelder des Fonds für Opfer rechtsextremistischer Gewalt sowie des
4763 Bündnisses für Demokratie und Toleranz sollen auf jede Form extremistischer
4764 Gewalt ausgeweitet werden.

4765

4766 **Waffenrecht**

4767

4768 Deutschland hat schon jetzt eines der strengsten Waffengesetze der Welt. Wir
4769 sind daher einig in der Einschätzung, dass es gegenwärtig keinen weiteren Ver-
4770 änderungsbedarf im Waffenrecht gibt. Im Rahmen der bis Ende 2011 zu evaluie-
4771 renden Wirksamkeit der getroffenen Regelungen zu sicheren Aufbewahrung und
4772 zum Schutz vor unberechtigtem Zugriff soll besonders darauf geachtet werden, ob
4773 es im praktischen Vollzug unzumutbare Belastungen für die Waffenbesitzer gege-
4774 ben hat.

4775

4776 **Terrorcamps**

4777

4778 Wir werden das Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsge-
4779 fährdenden Gewalttaten zur Mitte der Legislaturperiode im Hinblick auf seine
4780 Wirksamkeit gegen die Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus eva-
4781 luieren.

4782

4783 **Evaluation Telekommunikationsüberwachung**

4784

4785 Die Reform der Telekommunikationsüberwachung werden wir im Hinblick darauf
4786 evaluieren, ob deren Ziele erreicht wurden und welche Maßnahmen zur Optimie-
4787 rung ergriffen werden können.

4788

4789 **2. Informations- und Mediengesellschaft**

4790

4791 Das Internet ist das freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunika-
4792 tionsforum der Welt und trägt maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemein-
4793 schaft bei. Die Informationsgesellschaft bietet neue Entfaltungsmöglichkeiten für
4794 jeden Einzelnen ebenso wie neue Chancen für die demokratische Weiterentwick-
4795 lung unseres Gemeinwesens sowie für die wirtschaftliche Betätigung. Neue Me-
4796 dien gehören längst zum Alltag einer stetig wachsenden Zahl von Menschen.
4797 Deutschland ist längst in der Informationsgesellschaft angekommen.

4798

4799 Damit die Menschen an den neuen Chancen für Meinungs- und Informationsfrei-
4800 heit, Kommunikationsfreiheit sowie am wirtschaftlichen Leben im Internet teilhaben
4801 und die Chancen der Informationsgesellschaft nutzen können, müssen wir die

4802 Weichen stellen, um eine digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Allen
4803 Menschen Zugang zu neuen Medien zu erleichtern, ist uns dabei ein zentrales
4804 Anliegen, sowohl im Hinblick auf die Verfügbarkeit als auch auf Barrierefreiheit
4805 und Medienkompetenz.

4806
4807 Wir werden die Anstrengungen fortsetzen, die Breitbandversorgung in Deutsch-
4808 land sowohl in der Fläche als auch in der Leistungsfähigkeit zu steigern. Die Nut-
4809 zung freiwerdender Frequenzen des Fernsehrundfunks soll dazu beitragen, kurz-
4810 fristig Versorgungslücken in der Fläche zu schließen. Der Staat wird soweit als
4811 möglich, Angebote auch in elektronischer Form bereitstellen. Ausschreibungen der
4812 Behörden sollen elektronisch bekannt gemacht werden.

4813
4814 Wir werden unsere Politik auch daran ausrichten, die gesellschaftliche Verände-
4815 rung durch Internet und neue Medien positiv zu begleiten und die Lebenswirklich-
4816 keit der Mehrheit der Menschen in Deutschland zu berücksichtigen. Dabei werden
4817 wir Innovations- und Standortpolitik, Verwaltungsmodernisierung, Teilhabe von
4818 Bürgerinnen und Bürgern und zivilgesellschaftlichen Interessengruppen sowie Da-
4819 tenschutz und Netzsicherheit in unserer Politik verbinden.

4820
4821 Wir vertrauen darauf, dass der bestehende Wettbewerb die neutrale Datenüber-
4822 mittlung im Internet und anderen neuen Medien (Netzneutralität) sicherstellt, wer-
4823 den die Entwicklung aber sorgfältig beobachten und nötigenfalls mit dem Ziel der
4824 Wahrung der Netzneutralität gegensteuern.

4825
4826 Wir bekräftigen, dass Recht und Gesetz im Internet schon heute und in Zukunft
4827 ebenso gelten wie überall sonst. Daher werden wir für mehr Datenschutz sowie
4828 durch eine Stärkung der IT-Kompetenz und entsprechend ausgebildetes Personal
4829 bei den Sicherheitsbehörden für eine Verbesserung der Anwendung des gelten-
4830 den Rechts zur Verfolgung von Kriminalität im Internet sorgen.

4831
4832 Wir werden dabei insbesondere unser Augenmerk auf Aufklärung legen. Die Sen-
4833 sibilität für den Schutz der eigenen Daten muss gestärkt, der Selbstdatenschutz
4834 erleichtert werden, um Datenmissbrauch vorzubeugen. Wir werden deshalb prü-
4835 fen, wie durch die Anpassung des Datenschutzrechts der Schutz personenbezo-
4836 gener Daten im Internet verbessert werden kann, erwarten dabei aber auch von
4837 jedem Einzelnen einen verantwortungsvollen Umgang mit seinen persönlichen
4838 Daten im Internet.

4839
4840 Betrug und Identitätsdiebstahl im Internet müssen konsequent verfolgt werden und
4841 zugleich müssen Möglichkeiten der sicheren Kommunikation mehr in den Mittel-
4842 punkt gerückt werden. Kinder und Jugendliche werden wir durch konsequente
4843 Durchsetzung des geltenden Jugendschutzrechts vor ungeeigneten Inhalten
4844 schützen.

4845
4846 Wir werden gemeinsam mit den Ländern Möglichkeiten der verbesserten Strafver-
4847 folgung in Kommunikationsnetzen wie z. B. Internetstreifen durch die Polizei,
4848 Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Kriminalität im Internet oder erleichterte
4849 elektronische Kontaktaufnahme mit der Polizei anstreben. Gleichmaßen werden
4850 wir uns auf internationaler Ebene für Lösungen stark machen, um Kinderpornog-
4851 raphie sowie Kriminalität allgemein im Internet besser bekämpfen zu können.

4852

4853 In der Informationsgesellschaft liegen große Chancen auch für die öffentliche
4854 Verwaltung. Wir werden daher E-Government weiter fördern und dazu wo und so-
4855 weit notwendig, rechtliche Regelungen anpassen (E-Government-Gesetz). Be-
4856 sonderes Augenmerk werden wir dabei auf die Schaffung der Voraussetzungen
4857 für sichere Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen
4858 mit der Verwaltung legen.

4859

4860 Die in der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgesehenen elektronischen Kommunika-
4861 tionsmöglichkeiten mit Behörden sehen wir als große Chance für einen Moderni-
4862 sierungsschub in der Verwaltung an. Wir werden so schnell als möglich die Vor-
4863 aussetzungen im Verwaltungsverfahrenrecht schaffen, um rechtsverbindliche
4864 elektronische Kommunikation im Verwaltungsverfahren zu gewährleisten.

4865

4866 Dabei setzen wir mit Blick auf eine verbesserte Akzeptanz bei den Bürgerinnen
4867 und Bürgern auf die anwenderfreundliche Weiterentwicklung am Markt entwickel-
4868 ter sicherer elektronischer Kommunikation und Identifikation in neuen Medien. Da-
4869 bei kann der freiwillige Identitätsnachweis mit dem elektronischen Personalaus-
4870 weis eine Möglichkeit darstellen.

4871

4872 Wir werden ein De-Mail-Gesetz verabschieden und dabei die Erfahrungen aus
4873 dem Pilotprojekt und die Stellungnahmen der Datenschutzbeauftragten des Bun-
4874 des und der Länder berücksichtigen. Hierdurch wollen wir den Unternehmen die
4875 Möglichkeit geben, Geschäftsprozesse elektronisch abzuwickeln.

4876

4877 Bei eGovernment-Projekten sind Datenschutz und Datensparsamkeit wichtige Be-
4878 standteile jedes Vorhabens.

4879

4880 Die Informationstechnik des Bundes bedarf der Konzentration, Standardisierung
4881 und Effizienzsteigerung sowie Bündelung vorhandener Ressourcen. Wir werden
4882 hierzu den Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik stärken. Wir
4883 prüfen, wie die IT des Bundes sich zukünftig an offenen Standards orientieren und
4884 dabei auch Open-Source-Lösungen berücksichtigen kann.

4885

4886 Wir werden uns für eine Stärkung der IT-Sicherheit im öffentlichen und nicht-
4887 öffentlichen Bereich einsetzen, um vor allem kritische IT-Systeme vor Angriffen zu
4888 schützen. Hierzu wollen wir insbesondere durch Aufklärung und Sensibilisierung
4889 der Öffentlichkeit die Menschen zu mehr Selbstschutz und die Nutzung sicherer
4890 IT-Produkte anzuregen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
4891 werden wir mit dieser Zielrichtung stärken.

4892

4893 Die Risiken der Digitalisierung, die es ermöglicht, quasi auf Knopfdruck Daten zu-
4894 sammenzuführen und durch die Auswertung digitaler Spuren umfassende Persön-
4895 lichkeitsprofile zu bilden, dürfen nicht durch staatliches Handeln verstärkt werden.
4896 Wir werden daher das vom Bundesverfassungsgericht formulierte Recht auf die
4897 Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme
4898 bei der gesetzlichen Ausgestaltung der IT beachten. Wir lehnen eine generelle
4899 Überwachung des Internetdatenverkehrs ab.

4900

4901 Eine vertrauenswürdige, leistungsfähige und sichere Informations- und Kommuni-
4902 kationstechnik ist für unser Hochtechnologieland und den Wirtschaftsstandort
4903 Deutschland unverzichtbar. Wir werden die IT gegen innere und äußere Gefahren

4904 schützen, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und administrative Handlungs-
4905 fähigkeit zu erhalten.

4906

4907 Daher werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Abwehr von IT-Angriffen
4908 richten und hierfür Kompetenzen in der Bundesverwaltung beim Beauftragten der
4909 Bundesregierung für Informationstechnik bündeln. Zu seiner Unterstützung wer-
4910 den wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik als zentrale Cy-
4911 ber-Sicherheitsbehörde weiter ausbauen, um insbesondere auch die Abwehr von
4912 IT-Angriffen koordinieren zu können.

4913

4914 Dabei werden wir auch eng mit der Internet- und Kommunikationswirtschaft zu-
4915 sammenarbeiten. Wir werden die Haftung von System- und Diensteanbietern für
4916 die IT-Sicherheit ihrer Angebote anpassen, um einer unbilligen Abwälzung von IT-
4917 Risiken auf die Endanwender vorzubeugen.

4918

4919 Der energieeffiziente Einsatz von IT ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des
4920 Klimawandels. Wir werden daher bei allen IT-Vorhaben des Bundes verantwor-
4921 tungsbewusst mit den natürlichen Ressourcen umgehen und den durch den IT-
4922 Betrieb verursachten Energieverbrauch in der Bundesverwaltung reduzieren. Wir
4923 wollen die enormen Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologie
4924 für Wirtschaft und Gesellschaft nutzen. Dazu werden wir die IKT-Forschung stär-
4925 ken. Wir werden eine Strategie im Bereich der IKT und digitalen Medien entwer-
4926 fen.

4927

4928 Wir werden die Regelungen zur Verantwortlichkeit im Telemediengesetz fortentwi-
4929 ckeln. Es gilt auch zukünftig einen fairen Ausgleich der berechtigten Interessen
4930 der Diensteanbieter, der Rechteinhaber und der Verbraucher zu gewährleisten.

4931

4932 Die Fähigkeit zur Integration von IKT in Produkte und Prozesse ist für die
4933 deutsche Wirtschaft in allen Branchen von strategischer Bedeutung. Wir werden
4934 die Potentiale der IKT bei der Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen
4935 Gesundheit, Energieeffizienz / Klimaschutz, Sicherheit und Mobilität konsequent
4936 einsetzen. Wir werden das Internet der Zukunft und die Telemedien auf der Basis
4937 unseres Rechts- und Wertesystems weiter ausgestalten. Technische und rechtli-
4938 che Aspekte werden so frühzeitig zusammengebracht, dass Informationsfreiheit
4939 und Schutz vor rechtswidrigen Inhalten gleichermaßen berücksichtigt werden.

4940

4941 **Urheberrecht**

4942

4943 Das Urheberrecht hat in der modernden Medien- und Informationsgesellschaft
4944 eine Schlüsselfunktion. Wir werden das Urheberrecht deshalb entschlossen weite-
4945 rentwickeln, mit dem Ziel ein hohes Schutzniveau und eine wirksame Durchsetz-
4946 barkeit des Urheberrechts zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, werden
4947 wir zügig die Arbeit an einem Dritten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in
4948 der Informationsgesellschaft („Dritter Korb“) aufnehmen.

4949

4950 Das Internet darf kein urheberrechtsfreier Raum sein. Wir werden deshalb unter
4951 Wahrung des Datenschutzes bessere und wirksame Instrumente zur consequen-
4952 ten Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen im Internet schaffen. Dabei wol-
4953 len wir Möglichkeiten der Selbstregulierung unter Beteiligung von Rechteinhabern
4954 und Internetserviceprovidern fördern. Wir werden keine Initiativen für gesetzliche

4955 Internetsperren bei Urheberrechtsverletzungen ergreifen.

4956

4957 Verlage sollen im Online-Bereich nicht schlechter gestellt sein als andere Werk-
4958 vermittler. Wir streben deshalb die Schaffung eines Leistungsschutzrechts für
4959 Presseverlage zur Verbesserung des Schutzes von Presseerzeugnissen im Inter-
4960 net an.

4961

4962 Das System der Rechtewahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften mit effi-
4963 zienten und transparenten Strukturen hat sich bewährt. Wir wollen, dass die euro-
4964 paweite Lizenzierung durch Verwertungsgesellschaften in Bezug auf Online-
4965 Nutzungen erleichtert wird. Wir werden uns deshalb für die Schaffung eines euro-
4966 päischen Wahrnehmungsrechts einsetzen.

4967

4968 Der Schutz durch das Urheberrecht ist eine notwendige Voraussetzung für die
4969 Schaffung und für die Verwertung kreativer Leistungen. Wir wollen deshalb Maß-
4970 nahmen unterstützen, die das gesellschaftliche Verständnis für die Bedeutung des
4971 Urheberrechts und den Respekt vor fremdem geistigem Eigentum fördern.

4972

4973 Wir setzen uns für die Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens für die Verwer-
4974 tungsgesellschaften ein, der eine transparente und europaweite Lizenzierung ge-
4975 währleistet und die kulturelle Vielfalt schützt.

4976

4977 **Schnelles Internet für ganz Deutschland**

4978

4979 Eine flächendeckende Breitbandversorgung gehört für uns zur Daseinsvorsorge.
4980 Moderne Kommunikationsnetze schaffen verstärkten Zugang zu Informationen
4981 und damit mehr wirtschaftliches Wachstum und Lebensqualität. Für die Entwick-
4982 lung von Industrienationen sind sie daher entscheidend. Wettbewerb, Regulierung
4983 und Kooperation sind die maßgeblichen Säulen für eine zügige Umsetzung der
4984 Breitbandstrategie.

4985

4986 Um die bislang noch nicht versorgten ländlichen Gebiete Deutschlands flächende-
4987 ckend mit leistungsfähigem Breitband zu erschließen und gleichzeitig den Ausbau
4988 von Hochgeschwindigkeitsnetzen zu beschleunigen, werden wir folgende Maß-
4989 nahmen ergreifen:

4990 - Wir werden rasch ein Monitoring zum Umsetzungsstand der Breitbandstrategie
4991 einleiten und im Lichte des bisher Erreichten alle Möglichkeiten unter Einbe-
4992 ziehung investitionsfreundlicher Regulierungsinstrumente ausschöpfen, um die
4993 Ziele einer flächendeckenden und hochleistungsfähigen Breitbandversorgung
4994 in einem nachhaltig wettbewerblichen Umfeld und im Technologiemix zu errei-
4995 chen und Synergien beim Infrastrukturaufbau bestmöglich zu nutzen.

4996 - Wir werden den neuen EU-Rechtsrahmen im Telekommunikationsgesetz rasch
4997 innovations- und investitionsfreundlich umsetzen und so die Breitbandstrategie
4998 unterstützen. Dabei werden wir den EU-Rechtsrahmen fortlaufend überprüfen.

4999 - Wir werden die Maßnahmen von Bund und Ländern für den Breitbandausbau
5000 enger miteinander verzahnen. Zusammen mit den Ländern werden wir den von
5001 der EU-Kommission eröffneten und künftigen Rahmen für eine Breitbandförde-
5002 rung praxistauglich und unbürokratisch umsetzen.

5003 - Wir werden alle möglichen Synergien beim Infrastrukturaufbau für Breitband
5004 nutzen und dabei auch neue planungsrechtliche Instrumente zur schnellen
5005 Umsetzung prüfen.

- 5006 - Wir werden uns in einem branchenübergreifenden Dialog, insbesondere unter
5007 Einbindung der Energienetzbetreiber, für verstärkte Anstrengungen beim Auf-
5008 bau von hochleistungsfähigen Breitbandnetzen engagieren.
5009 - Die Frequenzen werden jetzt zügig versteigert, damit in ländlichen Gebieten
5010 rasch und kostengünstig eine Breitbandversorgung gewährleistet werden kann.
5011

5012 **Internetsperren**

5013

5014 Die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie ist für uns von
5015 herausragender Bedeutung. Kinderpornographische Angebote in Kommunikati-
5016 onsnetzen müssen mit aller Kraft bekämpft werden. Die dauerhafte wirksame Be-
5017 kämpfung des Missbrauchs von Kindern ist politische Verantwortung und rechts-
5018 staatliches Gebot zugleich.

5019

5020 Wir sind uns darüber einig, dass es notwendig ist, derartige kriminelle Angebote
5021 schnellstmöglich zu löschen statt diese zu sperren. Wir werden daher zunächst für
5022 ein Jahr kinderpornographische Inhalte auf der Grundlage des Zugangserschwe-
5023 rungsgesetzes nicht sperren. Stattdessen werden die Polizeibehörden in enger
5024 Zusammenarbeit mit den Selbstregulierungskräften der Internetwirtschaft wie der
5025 deutschen Internetbeschwerdestelle sowie dem Providernetzwerk INHOPE die
5026 Löschung kinderpornographischer Seiten betreiben.

5027

5028 Nach einem Jahr werden wir dies im Hinblick auf Erfolg und Wirksamkeit evaluie-
5029 ren und aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse ergebnisoffen eine Neubewert-
5030 ung vornehmen. Vor Abschluss der Neubewertung werden weder nach dem Zu-
5031 gangerschwerungsgesetz noch auf Grundlage der zwischen den Providern und
5032 BKA abgeschlossenen Verträgen über Internetsperren Sperrlisten des BKA ge-
5033 führt oder Providern übermittelt.

5034

5035 **Dynamische Dienstleistungen**

5036

5037 Die Medien- und Kommunikationsordnung muss gemeinsam mit den Ländern weiter
5038 an die veränderten technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst wer-
5039 den. Wir unterstützen die Bemühungen der Länder, die Finanzierung des öffentlich-
5040 rechtlichen Rundfunks auf eine zukunftsfähige Grundlage zu stellen.

5041

5042 Im Interesse der Erhaltung der Meinungs- und Pressevielfalt sind das Medienkon-
5043 zentrations- und das Pressekartellrecht zu überprüfen. Das Presse-Grosso bleibt ein
5044 unverzichtbarer Teil unserer Medienordnung.

5045

5046 **3. Datenschutz**

5047

5048 Ein moderner Datenschutz ist gerade in der heutigen Informationsgesellschaft von
5049 besonderer Bedeutung. Wir wollen ein hohes Datenschutzniveau. Die Grundsätze
5050 der Verhältnismäßigkeit, der Datensicherheit und -sparsamkeit, der Zweckbindung
5051 und der Transparenz wollen wir im öffentlichen und privaten Bereich noch stärker
5052 zur Geltung bringen. Hierzu werden wir das Bundesdatenschutzgesetz unter Be-
5053 rücksichtigung der europäischen Rechtsentwicklung lesbarer und verständlicher
5054 machen sowie zukunftsfest und technikneutral ausgestalten. Die Einwilligung ist
5055 eine wesentliche Säule des informationellen Selbstbestimmungsrechts. Ziel der
5056 Reform muss daher auch sein, verbesserte Rahmenbedingungen für informierte

5057 und freie Einwilligungen zu schaffen. Dazu sollen Informationspflichten erweitert
5058 und der Freiwilligkeit der Einwilligung größere Bedeutung beigemessen werden.
5059

5060 Darüber hinaus werden wir eine Stiftung Datenschutz errichten, die den Auftrag
5061 hat, Produkte und Dienstleistungen auf Datenschutzfreundlichkeit zu prüfen, Bil-
5062 dung im Bereich des Datenschutzes zu stärken, den Selbstdatenschutz durch
5063 Aufklärung zu verbessern und ein Datenschutzaudit zu entwickeln. Wir sind über-
5064 zeugt, dass mit dieser Lösung auch der Technologiestandort Deutschland gestärkt
5065 wird, wenn datenschutzfreundliche Technik aus Deutschland mit geprüfter Qualität
5066 weltweit vertrieben werden kann.
5067

5068 Wir werden beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informations-
5069 freiheit die personelle und sächliche Ausstattung verbessern. Die Unabhängigkeit
5070 der Datenschutzaufsicht steht für uns dabei im Mittelpunkt.
5071

5072 Auch der Einzelne trägt Verantwortung für seine persönlichen Daten. Wir wollen
5073 deshalb die Sensibilität und Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger für
5074 ihre eigenen Daten stärken.
5075

5076 **Vorratsdatenspeicherung**

5077

5078 Wir werden den Zugriff der Bundesbehörden auf die gespeicherten Vorratsdaten
5079 der Telekommunikationsunternehmen bis zur Entscheidung des Bundesverfas-
5080 sungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit der Vorratsdatenspeicherung aus-
5081 setzen und bis dahin auf Zugriffe zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Le-
5082 ben und Freiheit beschränken.
5083

5084 **Arbeitnehmerdatenschutz**

5085

5086 Privatheit ist der Kern persönlicher Freiheit. Wir setzen uns für eine Verbesserung
5087 des Arbeitnehmerdatenschutzes ein und wollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
5088 vor Bspitzelungen an ihrem Arbeitsplatz wirksam schützen. Es dürfen nur solche
5089 Daten verarbeitet werden, die für das Arbeitsverhältnis erforderlich sind. Daten-
5090 verarbeitungen, die sich beispielsweise auf für das Arbeitsverhältnis nicht relevan-
5091 tes außerdienstliches Verhalten oder auf nicht dienstrelevante Gesundheitszu-
5092 stände beziehen, müssen zukünftig ausgeschlossen sein. Es sollen praxisgerech-
5093 te Regelungen für Bewerber und Arbeitnehmer geschaffen und gleichzeitig Arbeit-
5094 gebern eine verlässliche Regelung für den Kampf gegen Korruption an die Hand
5095 gegeben werden. Hierzu werden wir den Arbeitnehmerdatenschutz in einem eige-
5096 nen Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz ausgestalten.
5097

5098 **Fluggastdaten**

5099

5100 Für den Fall eines EU-Rechtsakts über die Verwendung von Fluggastdatensätze
5101 (PNR-Daten) kann das Abkommen zwischen der EU und den USA wegen der un-
5102 terschiedlichen Rahmenbedingungen nicht als Maßstab dienen. Wir streben an, in
5103 den Verhandlungen auf EU-Ebene ein höheres Datenschutzniveau zu vereinba-
5104 ren.
5105

5106 **SWIFT-Abkommen**

5107

5108 Bei den Verhandlungen zum SWIFT-Abkommen werden wir uns für ein hohes Da-
5109 tenschutzniveau (strikte Zweckbindung, Löschung der Daten, klare Regelungen
5110 bezüglich Weitergabe an Drittstaaten) und einen effektiven Rechtsschutz einset-
5111 zen. Ein automatisierter Zugriff auf SWIFT von außen ist auszuschließen. Die
5112 Übermittlung der Daten wird an Tatbestandsvoraussetzungen geknüpft und auf-
5113 grund einer Bedrohungs- und Gefährdungsanalyse eingegrenzt. Die Menge der zu
5114 übermittelnden Daten ist möglichst gering zu halten. Das Abkommen ist unter Ra-
5115 tifizierungsvorbehalt zu stellen.

5116

5117 **4. Rechtspolitik**

5118

5119 **Verstärkter Schutz von Berufsgeheimnisträgern**

5120

5121 In § 160a StPO gibt es derzeit eine Differenzierung nach verschiedenen Berufs-
5122 geheimnisträgern. Diese beseitigen wir im Bereich der Anwälte, die wir als einheit-
5123 liches Organ der Rechtspflege betrachten. Im Übrigen werden wir gemeinsam prü-
5124 fen, ob die Einbeziehung weiterer Berufsgeheimnisträger in den absoluten Schutz
5125 des § 160a Absatz 1 StPO angezeigt und im Hinblick auf die Durchsetzung des
5126 Strafverfolgungsanspruches des Staates vertretbar ist.

5127

5128 **Kronzeugenregelung**

5129

5130 Wir wollen die Kronzeugenregelung im Strafgesetzbuch so ausgestalten, dass die
5131 Möglichkeit der Strafmilderung nur dann eröffnet werden kann, wenn die Offenba-
5132 rung des Täters im Zusammenhang mit seiner eigenen Straftat steht.

5133

5134 **Sicherungsverwahrung**

5135

5136 Wir wollen eine Harmonisierung der gesetzlichen Anordnungsvoraussetzungen
5137 der Sicherungsverwahrung im Strafgesetzbuch, die rechtsstaatlich und europa-
5138 rechtskonform ist. Dabei wollen wir Schutzlücken im geltenden Recht, wie sie bei
5139 Strafverfahren in jüngster Zeit aufgetreten sind, schließen. Bei der gesetzlichen
5140 Regelung werden wir darauf achten, dass die Sicherungsverwahrung unter Be-
5141 rücksichtigung des notwendigen Schutzes der Bevölkerung ihren Ausnahmecha-
5142 rakter behält und auf schwerste Fälle beschränkt bleibt.

5143

5144 **Pressefreiheit**

5145

5146 Wir stärken die Pressefreiheit. Dazu werden wir insbesondere im Strafgesetzbuch
5147 sicherstellen, dass sich Journalisten künftig nicht mehr der Beihilfe zur Verletzung
5148 eines Dienstgeheimnisses strafbar machen, wenn sie ihnen vertraulich zugeleite-
5149 tes Material veröffentlichen. Darüber hinaus stärken wir den Beschlagnahmeh-
5150 schutz für Journalisten. Künftig wird eine Beschlagnahme nur noch bei einem
5151 dringenden Tatverdacht gegen den Journalisten möglich sein.

5152

5153 **Bekämpfung von Menschenhandels und Zwangsverheiratung**

5154

5155 Wir wollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Opfer von Menschenhandel
5156 und Zwangsverheiratung verbessern. Zwangsverheiratung ist eine Verletzung un-

5157 seres freiheitlich-demokratischen Werteverständnisses und eine eklatante Men-
5158 schenrechtsverletzung. Im Kampf gegen Zwangsehen werden wir einen eigens-
5159 tändigen Straftatbestand für Zwangsheirat einführen. Die zivil- und aufenthalts-
5160 rechtlichen Nachteile aus solchen Straftaten werden wir unter dem Gesichtspunkt
5161 des Opferschutzes beseitigen (insbesondere Rückkehrrecht) und die Beratungs-,
5162 Betreuungs- und Schutzangebote verbessern.

5163

5164 **§ 153 a StPO – Verfahrenseinstellung**

5165

5166 Wir werden die Möglichkeit der Einstellung eines Strafverfahrens unter Auflagen nach
5167 § 153 a StPO auch auf die Revisionsinstanz ausweiten.

5168

5169 **Sterbehilfe**

5170

5171 Die gewerbsmäßige Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung werden wir
5172 unter Strafe stellen.

5173

5174 **Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte**

5175

5176 Polizeibeamte und andere Personen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, wer-
5177 den immer häufiger Ziel brutaler gewalttätiger Angriffe. Wir wollen ihren strafrech-
5178 tlichen Schutz – insbesondere durch eine Neufassung des § 113 Abs. 2 StGB –
5179 verbessern.

5180

5181 **Änderungen im Wiederaufnahmerecht**

5182

5183 Wir prüfen, inwieweit bei schwersten Verbrechen (Mord, Völkermord) eine Wiede-
5184 raufnahme im Strafverfahren zu Ungunsten des Angeklagten in solchen Fällen
5185 verfassungsrechtlich möglich ist, in denen aufgrund neuer wissenschaftlicher Un-
5186 tersuchungsmethoden (DNA-Analyse) nachträglich der Nachweis der Täterschaft
5187 geführt werden kann.

5188

5189 **Erscheinenspflicht von Zeugen vor der Polizei**

5190

5191 Wir werden eine gesetzliche Verpflichtung schaffen, wonach Zeugen im Ermitt-
5192 lungsverfahren nicht nur vor dem Richter und dem Staatsanwalt, sondern auch vor
5193 der Polizei erscheinen und – unbeschadet gesetzlicher Zeugenrechte – zur Sache
5194 aussagen müssen.

5195

5196 **Reform des Transsexuellenrechts**

5197

5198 Das geltende Transsexuellengesetz ist in seinen wesentlichen Grundzügen inzwi-
5199 schen fast dreißig Jahre alt. Es entspricht nicht mehr in jeder Hinsicht aktuellen
5200 medizinisch-wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wir werden das Transsexuellen-
5201 gesetz deshalb unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfas-
5202 sungsgerichts auf eine neue zeitgemäße Grundlage stellen, um den betroffenen
5203 Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

5204

5205

5206 **Enteignungen in der SBZ (1945-49)**

5207

5208 Wir werden eine Arbeitsgruppe bilden, die im Hinblick auf die Enteignungen in der
5209 SBZ von 1945 bis 1949 prüfen soll, ob es noch Möglichkeiten gibt, Grundstücke,
5210 die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen zum bevor-
5211 zugten Erwerb anzubieten.

5212

5213 **Europäische Privatgesellschaft / Rechtsexport**

5214

5215 Die Schaffung eines Statuts für eine Europäische Privatgesellschaft fördern wir im
5216 Interesse mittelständischer Unternehmen. Der grenzüberschreitender Charakter
5217 und Gläubigerschutzvorschriften, wie ein ausreichendes Mindeststammkapital,
5218 werden berücksichtigt.

5219 Die deutsche Rechtsordnung ist ein internationaler Standortvorteil der Bundesre-
5220 publik. Wir wollen deren Vorzüge, auch gegenüber den anglo-amerikanischen
5221 Rechtsordnungen, auf internationaler Ebene deutlich herausstellen. Dabei kann
5222 die Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit hilfreich sein.

5223

5224 **Europäisches Vertragsrecht**

5225

5226 Wir lehnen die Schaffung eines einheitlichen europäischen Vertragsrechts ab. Das
5227 Grundprinzip der Rechtswahlfreiheit darf in Europa nicht aufgegeben werden. Um
5228 Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, brauchen wir ver-
5229 lässliche Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Sachverhalte, insbeson-
5230 dere im Familien- und Erbrecht. Die Einführung von Sammelklagen national und
5231 europaweit lehnen wir ab.

5232

5233 **Schutz des geistigen Eigentums**

5234

5235 Innovationen und Erfindungen sind für die volkswirtschaftliche Entwicklung unsres
5236 an Rohstoffen armen Landes, für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres
5237 Landes und für den Schutz von Arbeitsplätzen in Deutschland von zentraler Be-
5238 deutung. Wir wollen deshalb den rechtlichen Rahmen für einen wirksamen Schutz
5239 des geistigen Eigentums durch Patente, Marken und Muster weiter stärken und
5240 den Zugang zu Schutzrechten für den Mittelstand erleichtern. Wir werden uns
5241 auch auf europäischer und internationaler Ebene für wirksame Maßnahmen gegen
5242 die weltweite Marken- und Produktpiraterie einsetzen.

5243

5244 **Juristenausbildung**

5245

5246 Der Bologna-Prozess stellt die Juristenausbildung in Deutschland vor besondere
5247 Probleme. Der hohe Qualitätsstandard der Ausbildung, wissenschaftliche Tiefe,
5248 thematische Vielfalt und Praxisorientierung müssen auch künftig Maßstab für die
5249 Studienabschlüsse sein.

5250

5251 **Mietrecht**

5252

5253 Wir wollen das Mietrecht auf seine Ausgewogenheit hin überprüfen und dabei sei-
5254 nen sozialen Charakter wahren. Wir wollen klima- und umweltfreundliche Sanie-
5255 rungen erleichtern und dabei die freie Entscheidung des Vermieters beibehalten.
5256 Baumaßnahmen, die diesem Zweck dienen, sind zu dulden und berechtigen nicht

5257 zur Mietminderung. Mietnomadentum sowie Luxussanierungen zum Zwecke der
5258 Entmietung werden wir wirksam begegnen. Die Kündigungsfristen für Vermieter
5259 und Mieter sollen einheitlich sein. Mietrechtliche Ansprüche müssen auch wirksam
5260 vollstreckt werden können. Zweckgebundene staatliche Transferleistungen zu den
5261 Wohnkosten müssen auch tatsächlich den Vermieter erreichen.

5262

5263 **Prozesskosten- und Beratungshilferecht**

5264

5265 Wir werden prüfen, inwieweit das Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferecht re-
5266 formiert werden kann, insbesondere mit dem Ziel, der missbräuchlichen Inans-
5267 pruchnahme entgegen zu wirken. Dabei werden wir sicherstellen, dass der Zu-
5268 gang zum Recht auch künftig allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von Ein-
5269 künften und Vermögen eröffnet ist.

5270

5271 **Untersuchungsausschussrecht**

5272

5273 Wir sind uns einig, Überlegungen zur Reform des Gesetzes zur Regelung des
5274 Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestags aufzugreifen.

5275

5276 **Grundgesetz-Änderungen**

5277

5278 Die Koalition wird Gespräche über etwaige Änderungen des Grundgesetzes mit
5279 den anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag sowie den Ländern aufnehmen.

5280

5281 **5. Moderner Staat**

5282

5283 Die öffentliche Verwaltung in Deutschland steht für Rechtssicherheit und Zuver-
5284 lässigkeit. Wir werden die Modernisierung der Bundesverwaltung weiter vorantrei-
5285 ben, für mehr Transparenz, Bürgernähe und Servicequalität.

5286

5287 Leistungsvergleiche nach Art. 91d GG müssen zu einem Instrument der Verwal-
5288 tungsentwicklung werden. Ein jährliches Arbeitsprogramm soll die Bereiche von
5289 Leistungsvergleichen festlegen.

5290

5291 Die einheitliche Behördenrufnummer 115 verbessert den Service für alle Bürgerin-
5292 nen und Bürger. Bis 2011 werden alle Bundesbehörden hieran angeschlossen
5293 sein, bis Ende 2013 soll 115 für ganz Deutschland zur Verfügung stehen.

5294

5295 **Melderecht**

5296

5297 Wir werden den Auftrag aus der Föderalismuskommission I, das geltende Rah-
5298 menrecht durch eine Regelung in der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz
5299 des Bundes abzulösen, durch ein Bundesmeldegesetz erfüllen. Darin werden wir
5300 das Melderecht harmonisieren und die Zustimmung der Vermieter bei der Anmel-
5301 dung von Mietern wieder einführen.

5302

5303 **Bürgerbeteiligung**

5304

5305 Wir wollen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung an der demokratischen
5306 Willensbildung stärken. Dazu werden wir das Petitionswesen weiterentwickeln und
5307 verbessern. Bei Massenpetitionen werden wir über das im Petitionsausschuss be-

5308 stehende Anhörungsrecht hinaus eine Behandlung des Anliegens im Plenum des
5309 Deutschen Bundestags unter Beteiligung der zuständigen Ausschüsse vorsehen.

5310

5311 **Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes**

5312

5313 Der öffentliche Dienst hat für die Funktionsfähigkeit und Leistungsfähigkeit des
5314 Staates eine Schlüsselfunktion. Wesentlicher Garant dieser Aufgabenerfüllung ist
5315 das Berufsbeamtentum. Wir werden das Beamtenrecht entsprechend dem Verfas-
5316 sungsgebot fortentwickeln und an veränderte Rahmenbedingungen anpassen.

5317

5318 Wir werden zudem ein Konzept zur langfristigen Anpassung der Personalstruktu-
5319 ren im Bund an die demographisch bedingten Veränderungen vorlegen. Dazu ge-
5320 hören angesichts der zu erwartenden Folgen des demographischen Wandels auch
5321 Maßnahmen zur Berücksichtigung der besonderen Belange älterer Beschäftigter,
5322 z. B. durch eine Flexibilisierung des Ruhestandseintritts, und der Erhalt der Kon-
5323 kurrenzfähigkeit im Hinblick auf den Wettbewerb des Bundes mit anderen Dienst-
5324 herren und der Wirtschaft um Nachwuchskräfte. Hierzu erforderlich sind attraktive
5325 Beschäftigungsbedingungen einschließlich der Möglichkeit zu regional-, arbeits-
5326 markt- und aufgabenbezogenen Differenzierungen.

5327

5328 Wir wollen die Ausgewogenheit von Rechten und Pflichten von Eingetragenen Le-
5329 benspartnerschaften verbessern. Dazu werden wir die familien- und ehebezoge-
5330 nen Regelungen über Besoldung, Versorgung und Beihilfe auf Lebenspartner-
5331 schaften übertragen.

5332

5333 Die Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Beschäftigungsbedingungen
5334 der Beamtinnen und Beamten in Bund und Ländern werden wir mit dem Ziel im
5335 Auge behalten, ein zu starkes Auseinanderfallen zu verhindern.

5336

5337 Wir bekennen uns zum Bonn-Berlin-Gesetz, insbesondere zu den kulturellen Ver-
5338 pflichtungen des Bundes.

5339

5340 **Gerichtsvollzieher**

5341

5342 Wir wollen die Effizienz der Zwangsvollstreckung steigern und Gläubigerrechte
5343 stärken. Dazu werden wir die Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene über-
5344 tragen.

5345

5346 **Aufgabenübertragung auf Notare**

5347

5348 Als Beitrag zur Effizienzsteigerung und Entlastung der Justiz werden wir eine
5349 Übertragung der Aufgaben der Nachlassgerichte erster Instanz auf die Notare
5350 durch die Länder ermöglichen.

5351

5352 **Zusammenlegung Sozial- und Verwaltungsgerichte**

5353

5354 Um den Mitteleinsatz der Justiz effizienter gestalten zu können, eröffnen wir den
5355 Ländern die Möglichkeit, ihre Verwaltungs- und Sozialgerichte unter Wahrung der
5356 richterlichen Unabhängigkeit zu einheitlichen Fachgerichten zusammenzuführen.

5357

5358 **Staatshaftungsrecht**

5359

5360 Wir wollen das Staatshaftungsrecht kodifizieren und gerecht ausgestalten.

5361

5362 **Einrichtung eines zentralen Testamentsregisters**

5363

5364 Mit dem Ziel einer Modernisierung des Mitteilungswesens in Nachlasssachen wer-
5365 den wir die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einrichtung eines durch Gebüh-
5366 ren finanzierten Zentralen Testamentsregisters bei der Bundesnotarkammer
5367 schaffen. Dabei stellen wir sicher, dass den Erfordernissen des Datenschutzes
5368 Rechnung getragen wird und Auskunft aus dem Register nur Gerichte oder Notare
5369 – diese bei Darlegung eines berechtigten Interesses – erhalten können.

5370

5371 **Kommunalpolitik**

5372

5373 Wir wollen in Deutschland starke Kommunen. Unsere Städte, Gemeinden und
5374 Landkreise stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen im Bereich von De-
5375 mographie, Integration, Umwelt und Wirtschaft.

5376

5377 Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Wir setzen uns für leistungs-
5378 fähige Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände ein, um die vielfältigen Aufga-
5379 ben auch in Zukunft sicherzustellen. Zusammen mit den kommunalen Spitzenver-
5380 bänden werden wir nach Wegen suchen, Entlastungen für die Kommunen, z. B.
5381 Flexibilisierung von Standards und Gleichstellung bei gesamtstaatlichen Aufga-
5382 ben, und Erweiterungen des kommunalen Handlungsspielraums zu identifizieren.
5383 Wir wollen, dass die Bürger sich in ihrer Heimat wohl fühlen.

5384

5385 Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Leistungsfähigkeit vieler
5386 Kommunen strapaziert und Fragen nach der Güte kommunaler Leistungsfähigkeit
5387 aufgeworfen. Wir beabsichtigen, den Ländern vorschlagen, eine gemeinsame Be-
5388 standsaufnahme zu erarbeiten und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der
5389 kommunalen Selbstverwaltung vorzulegen. Dabei sind auch Fragen der Finanzbe-
5390 ziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Konnexitätsprinzip) und der
5391 Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung des Bundes einzubeziehen,
5392 ebenso der Anschluss des ländlichen Raums an die Breitbandversorgung.

5393

5394 **Transparenz kommunaler Gesellschaften**

5395

5396 Entscheidungen kommunaler Gesellschaften müssen transparent sein. Hierzu
5397 muss der Grundsatz der Öffentlichkeit bei kommunalen Entscheidungen im Rah-
5398 men der Abwägung mit der gesellschaftsrechtlichen Verschwiegenheitspflicht ein
5399 deutlich höheres Gewicht als bisher erhalten.

5400

5401

5402

V. SICHERER FRIEDEN

5403

Durch Partnerschaft und Verantwortung in Europa und der Welt

5404

5405

5406

5407

5408

5409

5410

Deutschlands Zukunft in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand ist untrennbar mit der politischen Entwicklung Europas und der Welt verbunden. Wir stehen für eine Politik, die gleichermaßen den Interessen unseres Landes in einem vereinten Europa dient und zum Frieden in der Welt beiträgt. Deshalb nehmen wir eine gestaltende Rolle in den Bündnissen und internationalen Organisationen ein, in denen wir mitwirken.

5411

5412

5413

5414

5415

5416

5417

Unser politisches Handeln wird von den Werten des Grundgesetzes und dem Ziel geleitet, die Interessen unseres Landes zu wahren. Wir bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte, zur Rechtsstaatlichkeit und zur Herrschaft des Rechts in den internationalen Beziehungen und betrachten Menschenrechtspolitik als zentrale Konstante deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.

5418

5419

5420

5421

Wir setzen auf starke Partnerschaften und wirksame multilaterale Strukturen. Dabei stehen die Transatlantische Zusammenarbeit und die Europäische Einigung im Zentrum unserer Politik. Ein starkes Atlantisches Bündnis und ein handlungsfähiges Europa ergänzen einander.

5422

5423

5424

5425

5426

5427

5428

5429

5430

5431

Die Auswirkungen der Finanzkrise haben die Notwendigkeit eines gemeinsamen und geregelten Vorgehens aller Akteure in der Globalisierung deutlich gemacht. Wir treten dafür ein, die Instrumente der globalen Steuerung anzupassen. Das gilt für die Vereinten Nationen ebenso wie für den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank oder die Gipfeltreffen der G-7 und der G-8. Neue globale Steuerungsinstrumente und Formate wie G-20 sind notwendig, weil sie aufstrebenden Schwellenländern Mitsprache und Mitverantwortung im Kreis der wichtigsten Wirtschaftsnationen geben.

5432

5433

5434

5435

5436

5437

5438

5439

5440

5441

Als Exportnation haben wir ein hohes Interesse an einer freiheitlichen Ordnung der Weltwirtschaft auf Grundlage der Charta für nachhaltiges Wirtschaften sowie an freien und sicheren Verkehrswegen. Als wirkungsvollen Schritt gegen Protektionismus streben wir einen raschen Abschluss der Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (Doha-Runde) an. Internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität und Piraterie, Klimawandel, Armutsbekämpfung, Nahrungsmittel- und Ressourcensicherheit sowie Seuchen und Krankheiten gehören heute zu den großen Themen, aus denen sich sicherheitspolitische Risiken ergeben und die nur gemeinsam bewältigt werden können.

5442

5443

5444

5445

5446

5447

5448

5449

5450

5451

5452

Wir bekennen uns zur Stärkung der Vereinten Nationen und setzen uns für ihre umfassende Reform ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Strukturen dieser Weltorganisation die heutigen Realitäten widerspiegeln. Vor diesem Hintergrund streben wir weiterhin im Rahmen einer Gesamtreform und im Sinne des Vertrages von Lissabon einen gemeinsamen ständigen Sitz der EU im Sicherheitsrat an. Auf dem Weg dorthin bleibt Deutschland bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat größere internationale Verantwortung zu übernehmen. Wir streben für die Wahlperiode 2011/2012 einen nicht-ständigen Sicherheitsrat-Sitz an und sind gegebenenfalls auch zeitlich begrenzten Zwischenschritten auf dem Weg zu einem ständigen Sitz gegenüber aufgeschlossen.

5453 Wir werden Bonn als Standort der Vereinten Nationen und von internationalen
5454 Nichtregierungsorganisationen weiter ausbauen. Den Anteil deutschen Personals
5455 bei der Europäischen Union und in internationalen Organisationen wollen wir ver-
5456 größern.

5457

5458 **1. Deutschland in Europa**

5459

5460 Wir wollen eine leistungsfähige und selbstbewusste EU, die mit einer Stimme
5461 spricht und entschlossen für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand
5462 eintritt. Nur durch ein einiges Europa können wir unsere Werte und Interessen in
5463 der Welt erfolgreich vertreten.

5464

5465 Mit dem Lissabon-Vertrag wird die EU demokratischer und handlungsfähiger. Wir
5466 werden gemeinsam mit unseren Partnern in der EU Initiativen anstoßen und konk-
5467 rete Projekte auf den Weg bringen, etwa bei der Energiepolitik, der Bankenauf-
5468 sicht und in der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

5469

5470 Die EU ist stark, weil sich die Mitgliedstaaten unabhängig von ihrer Größe und
5471 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als ebenbürtige und gleichberechtigte Partner
5472 begegnen. Wir stehen dafür ein, dass die Berücksichtigung der Interessen auch
5473 der kleinen und mittleren EU-Mitgliedstaaten ein Markenzeichen deutscher Euro-
5474 papolitik bleibt.

5475

5476 In der Konsequenz der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union liegen
5477 eine immer engere politische Abstimmung unserer Mitgliedstaaten und ein immer
5478 engerer Austausch zwischen unseren Gesellschaften.

5479

5480 Enge und vertrauensvolle Beziehungen zu unseren Partnern in Europa sind kons-
5481 titutiver Bestandteil unseres Engagements für Europa. Das deutsch-französische
5482 Verhältnis ist in seiner Breite und Tiefe einzigartig und fördert maßgeblich die eu-
5483 ropäische Einigung. In diesem Verständnis und im Interesse aller Bürgerinnen und
5484 Bürger Europas will die Bundesregierung die Zusammenarbeit in den Bereichen
5485 Bildung, Klimaschutz, Weltraum sowie Sicherheit und Verteidigung weiter voranbr-
5486 ringen.

5487

5488 Darüber hinaus wollen wir die enge Freundschaft und Zusammenarbeit mit Polen
5489 weiter vertiefen und die Möglichkeiten des Weimarer Dreiecks intensiv ausschöp-
5490 fen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass von der deutsch-polnischen Zusam-
5491 menarbeit neue Impulse für die europäische Einigung ausgehen. Zugleich wissen
5492 wir um die hohe Bedeutung freundschaftlicher, vertrauensvoller und zukunftsge-
5493 richteter Beziehungen mit unseren anderen Nachbarn.

5494

5495 **Bürgernahe und demokratische EU**

5496

5497 Wir setzen uns ein für eine demokratische, transparente und bürgernahe EU, die
5498 nach freiheitlichen Grundsätzen gestaltet ist und den Rahmen dafür schafft, dass
5499 die Bürgerinnen und Bürger Lebenschancen ergreifen und ihr Leben eigenverant-
5500 wortlich und solidarisch gestalten können.

5501

5502 Wir werden uns für einen wahrnehmbaren weiteren Abbau von Bürokratie einsetzen.
5503 Wir wollen, dass der EU-Aktionsplan zum Bürokratie-Abbau um 25 Prozent
5504 bis 2012 wirksam umgesetzt wird.

5505
5506 Die Funktionsweise des europäischen Binnenmarktes hängt auch von einer zügi-
5507 gen und fristgerechten Umsetzung von EU-Richtlinien ab. Eine über die EU-
5508 Vorgaben hinausgehende Umsetzung oder eine Verbindung mit anderen gesetzli-
5509 chen Maßnahmen sollte grundsätzlich ausgeschlossen werden.

5510
5511 Das Subsidiaritätsprinzip und das Verhältnismäßigkeitsprinzip sowie der Grund-
5512 satz der begrenzten Einzelermächtigung müssen strikt beachtet werden. Die EU
5513 kann nur rechtsetzend tätig werden, wenn eine entsprechende Rechtsgrundlage
5514 existiert, nachgewiesen werden kann, dass die Mitgliedstaaten keine ausreichen-
5515 de Regelung gewährleisten können und eine Regelung auf europäischer Ebene
5516 besser ist als auf nationaler.

5517
5518 Wir werden uns dafür einsetzen, dass EU-Gesetzgebungsvorhaben, die innerhalb
5519 der Amtszeit einer EU-Kommission nicht verabschiedet worden sind, verfallen.
5520 Auch wollen wir, dass EU-Rechtsakte stärker als bisher auf ihre Verhältnismäßig-
5521 keit und Bürgerfreundlichkeit ausgerichtet werden. Mitteilungs- und Berichtspflich-
5522 ten für Unternehmen sind erheblich zu reduzieren.

5523
5524 Wir sind für ein soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage als Ergebnis
5525 von Sozialpolitik in nationaler Verantwortung. Grenzüberschreitende EU-
5526 Sozialsysteme lehnen wir ab, denn nur so kann der hohe deutsche Standard ge-
5527 wahrt werden.

5528
5529 Wir setzen uns für eine wesentliche Stärkung und für eine gleichberechtigte Ver-
5530 wendung der deutschen Sprache als Arbeitssprache der europäischen Institutio-
5531 nen ein, die auch in der Übersetzungspraxis und bei der Bereitstellung von Über-
5532 setzungsdokumenten angewandt wird.

5533
5534 Bundestag und Bundesrat haben die Begleitgesetze zum Lissabon-Vertrag neu
5535 gefasst, mit denen ihre Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte konkretisiert werden.
5536 Wir werden einen aktiven Beitrag dazu leisten, dass diese Gesetze in der neuen
5537 Legislaturperiode politisch mit Leben erfüllt und die parlamentarischen Rechte ak-
5538 tiv und umfänglich wahrgenommen werden. Wir werden im Verlauf der Legislatur-
5539 periode bewerten, ob die durch die Begleitgesetze eröffneten Möglichkeiten grö-
5540 ßerer parlamentarischer Kontrolle den Anforderungen der Praxis genügen und
5541 gegebenenfalls entsprechende Initiativen ergreifen.

5542 5543 **Wettbewerb und Binnenmarkt**

5544
5545 Grundlage des Wohlstands in Deutschland ist der unverfälschte Wettbewerb im
5546 europäischen Binnenmarkt. Deutschlands Stellung als führende Exportnation be-
5547 ruht auf offenen Märkten in Europa, denn zwei Drittel der deutschen Ausfuhr ge-
5548 hen in EU-Staaten. Nur mit Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum ge-
5549 lingt die nachhaltige Schaffung neuer Arbeitsplätze. Protektionismus in jeder Form
5550 erteilen wir eine klare Absage.

5551 Der europäische Binnenmarkt ist zum größten Wirtschaftsraum der Welt ange-
5552 wachsen. Er schafft die Voraussetzungen für unseren Sozialstaat und unsere ho-

5553 hen Umweltstandards. Durch funktionierenden Wettbewerb werden Innovation,
5554 Wachstum und die Wohlfahrt der Verbraucher gefördert. Wir werden deshalb kon-
5555 sequent an der Vollendung des Binnenmarktes und der Schaffung eines Rahmens
5556 für funktionierenden Wettbewerb arbeiten.

5557

5558 Wir werden alle Versuche abwehren, die Unabhängigkeit der EZB in Frage zu stel-
5559 len, und wir bekennen uns zum Stabilitäts- und Wachstumspakt. Wir sind uns be-
5560 wusst, dass es einer grundlegenden Neuordnung des Finanzsystems bedarf, die
5561 insbesondere die Schaffung einer einheitlichen EU-weiten Bankenaufsicht um-
5562 fasst.

5563

5564 **EU-Finzen**

5565

5566 Die Anstrengungen für tragfähige und generationengerechte öffentliche Finanzen
5567 können auch am EU-Haushalt nicht vorbeigehen. Europäischer Mehrwert und
5568 Subsidiarität müssen die Richtschnur für die anstehenden Verhandlungen über die
5569 Zukunft des EU-Haushalts sein. Wir werden uns für eine nachhaltige und verant-
5570 wortungsvolle europäische Haushaltspolitik einsetzen. Die vorhandenen Mittel
5571 müssen auf strategische Bereiche europäischer Politik konzentriert werden, in den-
5572 nen gemeinsames Handeln erforderlich ist und bessere Ergebnisse liefert als na-
5573 tionales.

5574

5575 Die Beiträge der Mitgliedstaaten an die EU müssen ihrer jeweiligen wirtschaftli-
5576 chen Leistungsfähigkeit entsprechen, dürfen jedoch ein Prozent ihres Bruttonatio-
5577 naleinkommens (BNE) nicht überschreiten. Neben den traditionellen Eigenmitteln
5578 der EU (Zölle) soll dies die Haupt-Einnahmequelle der EU sein. Zudem muss si-
5579 chergestellt sein, dass Beitragsgerechtigkeit und faire Lastenverteilung durch Kor-
5580 rekturmechanismen gewährleistet werden.

5581

5582 Eine EU-Steuer oder die Beteiligung der EU an nationalen Steuern und Abgaben
5583 lehnen wir ab. Auch darf die EU keine eigenen Kompetenzen zur Abgabenerhe-
5584 bung oder zur Kreditaufnahme für Eigenmittel erhalten.

5585

5586 Deutschland bekennt sich zur Lissabon-Strategie, mit der die EU zum weltweit
5587 wettbewerbsfähigsten Raum werden soll. Daran müssen sich alle Ausgaben der
5588 EU messen lassen. Daher müssen Mittel aus den Strukturfonds zukünftig noch
5589 mehr als bisher auf dieses Ziel ausgerichtet werden.

5590

5591 Wir werden uns dafür einsetzen, die Förderfähigkeit geeigneter Projekte aus dem
5592 Förderziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ („Ziel-2“) auch in
5593 der kommenden Förderperiode zu gewährleisten. Bezüglich des Förderziels „Kon-
5594 vergenz“ („Ziel-1“) streben wir an, die Förderung ab 2014 stärker auf die wirklich
5595 bedürftigen Regionen zu beschränken und eine Übergangslösung für die aus Ziel-
5596 1 herausfallenden Regionen zu finden. Prinzipiell ist jede Förderung befristet und
5597 hat degressiven Charakter.

5598

5599 Deutschland wird sich dafür einsetzen, dass – unter Beachtung der geltenden EU-
5600 Haushaltsobergrenze – eine schrittweise Neustrukturierung zugunsten von ge-
5601 meinsamen europäischen Zukunftsprojekten vorgenommen wird, also z.B. für Be-
5602 reiche wie Transeuropäische Verkehrsnetze, grenzüberschreitende Bildung, Jus-
5603 tiz- und Polizeizusammenarbeit, Forschung und Innovation.

5604

5605 Wir werden 2010 Vorschläge erarbeiten, wie diese Umschichtung erfolgen kann.
5606 Deutschland wird sich bei den anstehenden EU-Finanzverhandlungen für einen
5607 höheren Anteil der Mittel für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik am
5608 Unionshaushalt einsetzen. Wir streben an, dass Einsätze der EU im Rahmen der
5609 GASP zukünftig zu einem höheren Anteil aus europäischen Mitteln finanziert wer-
5610 den als bisher.

5611

5612 Wir werden uns für volle parlamentarische Beteiligung und Kontrolle beim EU-
5613 Haushalt auf europäischer wie auf nationaler Ebene einsetzen. Wir treten für eine
5614 lückenlose Offenlegung und Kontrolle der EU-Ausgaben ein. Die Prüfungslücke
5615 bei der Verwendung von EU-Geldern muss geschlossen werden.

5616

5617 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Agenturen einer wirksamen Haushaltskont-
5618 rolle unterliegen, sie auf ihren Zweck hin überprüft werden vor allem im Hinblick
5619 auf die Vermeidung von Doppelstrukturen und ihre Zahl nach Möglichkeit reduziert
5620 wird.

5621

5622 **Erweiterung und Nachbarschaftspolitik**

5623

5624 Wir stehen für eine Erweiterungspolitik mit Augenmaß. Abstriche bei den Kriterien
5625 oder gar einen Beitrittsautomatismus zum Beispiel durch Nennung eines Beitritts-
5626 datums vor Abschluss der Verhandlungen darf es nicht geben. Die Erweiterungs-
5627 verhandlungen werden ergebnisoffen geführt. Die strikte Erfüllung der Kopenha-
5628 gener Kriterien bleibt Voraussetzung für einen Beitritt. Maßgeblich sind in allen
5629 Fällen sowohl die Beitrittsfähigkeit der Kandidaten als auch die Aufnahmefähigkeit
5630 der EU.

5631

5632 Deutschland hat ein besonderes Interesse an einer Vertiefung der gegenseitigen
5633 Beziehungen zur Türkei und an einer Anbindung des Landes an die Europäische
5634 Union. Die 2005 mit dem Ziel des Beitritts aufgenommenen Verhandlungen sind
5635 ein Prozess mit offenem Ende, der keinen Automatismus begründet und dessen
5636 Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt.

5637

5638 Sollte die EU nicht aufnahmefähig oder die Türkei nicht in der Lage sein, alle mit
5639 einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, muss
5640 die Türkei in einer Weise, die ihr privilegiertes Verhältnis zur EU weiter entwickelt,
5641 möglichst eng an die europäischen Strukturen angebunden werden.

5642

5643 Wir unterstützen einen Ausbau der EU-Nachbarschaftspolitik. Ziel ist die Förde-
5644 rung einer nachhaltigen demokratischen, wirtschaftlichen, sozialen, rechtsstaatli-
5645 chen und ökologischen Entwicklung in unserem unmittelbaren Umfeld sowie die
5646 Teilhabe dieser Länder an Frieden und Wohlstand. Auf der Grundlage gemeinsa-
5647 mer Werte treten wir für einen Ausbau der Zusammenarbeit mit den Ländern der
5648 Östlichen Partnerschaft ein.

5649

5650 **Erfolgreiche EU-Außenpolitik**

5651

5652 Europa und die EU-Staaten sind international immer dann stark, wenn die EU ge-
5653 schlossen auftritt. Die Schaffung des Amtes eines Hohen Vertreters für die Ge-

5654 meinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist ein wichtiger Schritt zu mehr
5655 Geschlossenheit in der EU-Außenpolitik.

5656

5657 Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Europäische Auswärtige Dienst (EAD)
5658 seine Aufgaben wirksam wahrnehmen und über die erforderlichen Mittel und In-
5659 strumente verfügen kann. Die inhaltliche Verzahnung der EU-Außenpolitik mit der
5660 Außenpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten wird am besten durch einen organisa-
5661 torisch unabhängigen EAD gelingen, in dem Vertreter der Mitgliedstaaten auf allen
5662 Ebenen angemessen repräsentiert sind und eine gleichberechtigte Stellung ein-
5663 nehmen.

5664

5665 Die elementaren Fragen der Sicherheit, Verteidigung und Abrüstung in Europa
5666 müssen von den Partnern in der Europäischen Union gemeinsam beraten und
5667 entschieden werden. Dabei ist auch auf eine möglichst intensive Beteiligung der
5668 nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments zu achten.

5669

5670 Die EU sollte eigene Planungs- und Führungsfähigkeiten erhalten. Wo immer
5671 möglich sollte die EU ihre Kräfte bündeln, Aufgaben verteilen und Schwerpunkte
5672 setzen. Nur so können wir auf die neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen rich-
5673 tig reagieren. Europa muss sich in die Lage versetzen, eigenständig Konfliktfällen
5674 vorzubeugen und gegebenenfalls gemeinsam, schnell und flexibel zu handeln.

5675

5676 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU ihr politisches Gewicht für eine neue
5677 Abrüstungspolitik in die Waagschale wirft. Wir wollen uns für die Fortentwicklung
5678 der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen.
5679 Langfristiges Ziel bleibt für uns der Aufbau einer europäischen Armee unter voller
5680 parlamentarischer Kontrolle.

5681

5682 **2. Wertegebundene und interessengeleitete Außenpolitik**

5683

5684 Die enge Abstimmung und das gemeinsame Handeln der westlichen Wertege-
5685 meinschaft, d.h. der aufgeklärten, rechtsstaatlichen Demokratien dieser Welt, war-
5686 en und bleiben eines der Erfolgsrezepte deutscher Außenpolitik. Auch in der glo-
5687 balisierten Welt des 21. Jahrhunderts betrachten wir die Idee des Westens als
5688 Grundlage und seine Institutionen als Plattform deutscher Außenpolitik. In der Zeit
5689 der Globalisierung muss der Westen zu mehr Geschlossenheit finden, um seine
5690 Interessen durchzusetzen und gemeinsame Werte zu bewahren.

5691

5692 Deutschlands Mitgliedschaften in der Europäischen Union und den euro-
5693 atlantischen Institutionen, vor allem der NATO, dienen diesem Interesse ebenso
5694 wie das bilaterale Verhältnis zu unserem wichtigsten Partner außerhalb Europas,
5695 den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir sind entschlossen, die Chancen im
5696 transatlantischen Verhältnis zu nutzen und werden deshalb das deutsch-
5697 amerikanische Vertrauensverhältnis systematisch stärken. Die enge politische
5698 Koordination mit den Vereinigten Staaten sehen wir als Kraftverstärker unserer
5699 Interessen, der das Gewicht Deutschlands in Europa und der Welt erhöht. Wir
5700 streben eine Intensivierung unserer Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen eines
5701 Transatlantischen Wirtschaftsraums an.

5702

5703 Unser Verhältnis zu den USA und Kanada wird geprägt von einer einzigartigen
5704 Vielfalt an Kontakten beiderseits des Atlantiks. Deshalb wollen wir insbesondere
5705 jungen Menschen das jeweils andere Land näher bringen.

5706
5707 Die Nordatlantische Allianz bleibt auch in Zukunft stärkster Anker unserer gemein-
5708 samen Sicherheit. Sie verbindet Europa und Amerika; sie ist das Fundament für
5709 die kollektive Verteidigung und verfügt über ein einzigartiges politisches und militä-
5710 risches Instrumentarium zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens. Sie
5711 dient der Erreichung politischer Ziele und umfasst das Angebot zu sicherheitspoli-
5712 tischer Zusammenarbeit, Abrüstung, Vertrauensbildung und friedlicher Konfliktlö-
5713 sung. Mit dem Strategischen Konzept wird die Allianz ihre strategischen Grundla-
5714 gen an die Herausforderungen der Gegenwart anpassen.

5715
5716 Wir treten dafür ein, dass Blockaden bei der Zusammenarbeit von EU und NATO
5717 überwunden werden und das gemeinsame Potential ausgeschöpft werden kann.
5718 Wir setzen uns dafür ein, dass der NATO-Rat wieder zum zentralen Ort der si-
5719 cherheitspolitischen Debatte im Bündnis wird.

5720
5721 Wir wollen, dass die Allianz zu der in der NATO-Russland-Grundakte von 1997
5722 angelegten strategischen Partnerschaft findet und den NATO-Russland Rat als
5723 Forum für Fragen gemeinsamer Sicherheit intensiver nutzt. Unser Ziel ist eine eu-
5724 ro-atlantische Sicherheitsarchitektur, die auf der Grundlage der bewährten Institu-
5725 tionen, einschließlich der OSZE und des Europarats, eine enge Partnerschaft mit
5726 Russland umfasst. Die Bundesregierung will, dass die Allianz ihre Tür für neue
5727 Mitglieder grundsätzlich offen hält, und fördert den Ausbau der Partnerschaften.

5728
5729 Wir wollen den hohen Anspruch, zu dem sich die Partner und Mitglieder in NATO,
5730 EU, Europarat und OSZE bekennen, insbesondere bei der Behandlung von Krisen
5731 und Konflikten zur Geltung bringen und deren Instrumente besser nutzen.

5732
5733 Wir unterstützen mit Nachdruck die von US-Präsident Obama unterbreiteten Vor-
5734 schläge für weitgehende neue Abrüstungsinitiativen – einschließlich des Zieles
5735 einer nuklearwaffenfreien Welt.

5736
5737 Abrüstung und Rüstungskontrolle verstehen wir nicht als einen Verlust an Sicher-
5738 heit, sondern als zentralen Baustein einer globalen Sicherheitsarchitektur der Zu-
5739 kunft. Wir wollen die Chance nutzen, den globalen Trend neuer Aufrüstungsspira-
5740 len umzukehren und wieder in eine Phase substantieller Fortschritte auf den Ge-
5741 bieten der Abrüstung und der Rüstungskontrolle eintreten.

5742
5743 Wir sind davon überzeugt, dass auch Zwischenschritte bei der Erreichung des Zie-
5744 les einer nuklearwaffenfreien Welt wesentliche Zugewinne an Sicherheit bedeuten
5745 können. Es gilt zu verhindern, dass neue Nuklearmächte entstehen, neue nuklea-
5746 re Rüstungswettläufe ausgelöst werden, konventionelle Aufrüstung als Ersatz für
5747 die Aufgabe nuklearer Potentiale gesehen wird oder die Technologie zur Herstel-
5748 lung von Massenvernichtungswaffen sowie spaltbares Material in die Hände von
5749 Terroristen geraten.

5750
5751 Wir sehen mit Sorge die Erosion der internationalen Vertragsarchitektur im Be-
5752 reich der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Wir sind davon überzeugt, dass Nach-
5753 folgeabkommen zu auslaufenden Verträgen ausgehandelt werden müssen und die

5754 bislang ausgebliebene Ratifizierung des Atomteststoppvertrages oder des ange-
5755 passten KSE-Vertrages nachzuholen ist.

5756

5757 Wir werden uns dafür einsetzen, den Abschluss neuer Abrüstungs- und Rüstungs-
5758 kontrollabkommen international zu unterstützen. Die Überprüfungskonferenz zum
5759 Nuklearwaffensperrvertrag im Jahre 2010 wollen wir dafür nutzen, um eine neue
5760 Dynamik für vertragsbasierte Regelungen in Gang zu setzen.

5761

5762 In diesem Zusammenhang sowie im Zuge der Ausarbeitung eines strategischen
5763 Konzeptes der NATO werden wir uns im Bündnis sowie gegenüber den amerika-
5764 nischen Verbündeten dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen
5765 Atomwaffen abgezogen werden. Mit dem Ziel des Erhalts der Vereinbarungen des
5766 KSE-Regimes, einschließlich einer Rückkehr Russlands in das Vertragsregime,
5767 sind wir unsererseits zu einer Ratifizierung des A-KSE-Vertrages bereit.

5768

5769 Wir sehen Russland als wichtigen Partner bei der Bewältigung von regionalen und
5770 globalen Herausforderungen. Dazu gehören die Konfliktherde in Afghanistan oder
5771 im Nahen Osten genauso wie die Abstimmung im E3+3-Rahmen zum Umgang mit
5772 dem iranischen Atomprogramm, Fragen des internationalen Terrorismus, des Kli-
5773 maschutzes oder globaler Seuchen.

5774

5775 Zugleich werden wir Russland dabei unterstützen, den Kurs der Modernisierung
5776 des Landes konsequent fortzusetzen und dabei die Defizite bei Menschenrechten,
5777 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie abzubauen. Wir wollen dazu den zivilgesell-
5778 schaftlichen Dialog fördern. Wir wollen wirtschaftliche Verbindungen weiter aus-
5779 bauen und langfristige, verlässliche Energiepartnerschaften ohne einseitige Ab-
5780 hängigkeiten schaffen. Die berechtigten Interessen unserer Nachbarn werden wir
5781 bei der Gestaltung unserer bilateralen Beziehungen mit Russland berücksichtigen.

5782

5783 **3. Deutschland in internationaler Verantwortung**

5784

5785 **Asien**

5786

5787 Wir werden Asien in unserer Außenpolitik den Rang einräumen, der diesem Konti-
5788 nent aufgrund seiner beschleunigt wachsenden Bedeutung zukommt. Dieses Be-
5789 deutungswachstum begreifen wir in erster Linie als Chance, ohne die dadurch
5790 entstehenden Herausforderungen zu übersehen.

5791

5792 Asien ist die wirtschaftlich dynamischste Region der Welt; darüber hinaus ist die
5793 Mitwirkung Asiens für die Lösung globaler Probleme wie des Klimawandels, der
5794 Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung oder der Neuordnung des interna-
5795 tionalen Finanzsystems unverzichtbar. Aktive Beiträge vor allem unserer großen
5796 Partner China, Indien und Japan hierfür und für die Lösung regionaler Konflikte
5797 und Krisenherde werden wir auf der Grundlage eines partnerschaftlichen Verhält-
5798 nisses einfordern. Bestehende Ansätze zu regionaler Kooperation werden wir
5799 nach Kräften fördern und unterstützen; dies gilt insbesondere für ASEAN sowie
5800 die EU-ASEM-Kooperation.

5801

5802 In dem Dialog mit den Ländern Asiens spielen die Zivilgesellschaften eine bedeut-
5803 same Rolle; die Förderung politischer Partizipation ist uns ein wichtiges Anliegen.
5804 Wir werden den Rechtsstaatsdialog mit China fortführen und intensivieren.

5805

5806 **Lateinamerika**

5807

5808 Die Partnerschaft zwischen Deutschland, Lateinamerika und der Karibik baut auf
5809 gemeinsamen Werten auf. Wir teilen ein kulturelles Erbe und Erfahrungen aus
5810 langjähriger Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und
5811 wissenschaftlich-technologischem Gebiet. Die Volkswirtschaften der EU und La-
5812 teinamerikas sind in hohem Maße komplementär. Wir wollen ein ressortübergrei-
5813 fendes Konzept zur langfristigen Ausgestaltung unserer Lateinamerikapolitik erar-
5814 beiten.

5815

5816 Innerhalb der EU werden wir auf Kohärenz und ein abgestimmtes Vorgehen der
5817 Mitgliedstaaten drängen. Gemeinsam mit unseren Partnern im Gemeinsamen
5818 Markt Südamerikas (Mercosur) streben wir einen zeitnahen Abschluss der Doha-
5819 Welthandelsrunde an. Subregionale und bilaterale Ansätze schließen wir als Al-
5820 ternative nicht aus. Dabei werden wir die Förderung demokratischer Strukturen
5821 und der Rechtsstaatlichkeit zu einem Schwerpunkt machen.

5822

5823 **Afrika**

5824

5825 Wir streben ein neues ressortübergreifendes Afrika-Konzept an, das den sicher-
5826 heitspolitischen, gesellschaftlichen, ökologischen und ökonomischen Herausforde-
5827 rungen ebenso Rechnung trägt wie den großen Entwicklungspotentialen auf unse-
5828 rem Nachbarkontinent. Unser Ziel ist eine selbsttragende Entwicklung in möglichst
5829 vielen Regionen und bei der Bewältigung großer Herausforderungen wie Armut,
5830 Nahrungsmittelknappheit, Epidemien, Flüchtlingsströmen, mangelnder
5831 Rechtsstaatlichkeit, politischem Extremismus oder Umweltzerstörung.

5832

5833 Wir bekennen uns zur Unterstützung der afrikanischen Sicherheitsbemühungen
5834 und beteiligen uns im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Uni-
5835 on an Friedensinitiativen. Für eine dauerhafte Stabilisierung des Kontinents setzen
5836 wir auf eine starke Afrikanische Union als wichtiger Baustein afrikanischer Eigen-
5837 verantwortung. Die Bundesregierung wird auf der Grundlage der im Dezember
5838 2005 verabschiedeten Afrika-Strategie der EU gezielte Beiträge hierzu leisten.

5839

5840 **Naher Osten**

5841

5842 Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel
5843 als jüdischem Staat. Wir bekräftigen das überragende Interesse Deutschlands und
5844 Europas an Frieden, Stabilität und demokratischer Entwicklung im Nahen und Mitt-
5845 leren Osten. Im Nahostfriedensprozess treten wir mit Nachdruck für eine Zwei-
5846 Staaten-Lösung ein: für einen Staat Israel, der von allen Nachbarn anerkannt wird
5847 und dessen Bürger in Frieden und Sicherheit leben können, sowie für einen le-
5848 bensfähigen palästinensischen Staat, dessen Bürger ihr Schicksal in Würde und
5849 Frieden selbst bestimmen können.

5850

5851 Wir setzen uns für einen umfassenden regionalen Verhandlungsansatz im Nahen
5852 Osten ein, der auf vergangenen Friedensinitiativen aufbaut. Nach dem Vorbild des
5853 KSZE-Prozesses sowie auf Grundlage der Roadmap und des Annapolis-
5854 Prozesses werben wir für eine Wiederbelebung und Fortsetzung eines Konferenz-
5855 ansatzes im Nahen Osten, bei dem neben den regional beteiligten Konfliktparteien

5856 die USA, EU, Russland und die Vereinten Nationen an einen Tisch gebracht wer-
5857 den.

5858

5859 Ferner werden wir uns dafür einsetzen, dass die Souveränität und innere Stabili-
5860 sierung des Libanon weiter gestärkt wird und sich im Irak die Demokratie weiter
5861 entwickelt und der Wiederaufbau voranschreitet.

5862

5863 **Iran**

5864

5865 Mit unseren Partnern bei den Verhandlungen der E3+3 werden wir weiter dazu
5866 beitragen, dass der Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangt. Dabei setzen
5867 wir auf einen Verhandlungsansatz, sind in Absprache mit unseren Partnern wenn
5868 nötig auch zu härteren gemeinsamen Sanktionsmaßnahmen bereit. Wir erwarten,
5869 dass der Iran volle Transparenz über sein Nuklearprogramm herstellt. Es muss
5870 sichergestellt werden, dass das Recht auf zivile Nutzung der Kernenergie auch
5871 vom Iran so wahrgenommen wird, dass sich hieraus keine Sicherheitsrisiken für
5872 andere Staaten ergeben.

5873

5874 **Afghanistan**

5875

5876 Wir verstehen unser Engagement in Afghanistan als eine Aufgabe von besonde-
5877 rem nationalen Interesse: Es dient der Sicherheit der Menschen in unserem Land.
5878 Es ist Ausdruck unserer Solidarität mit den leidgeprüften Menschen in Afghanis-
5879 tan. Und es bekräftigt unsere Verlässlichkeit als gestaltendes Mitglied in der Nord-
5880 atlantischen Allianz und den Vereinten Nationen. Die Bundesregierung wird auch
5881 weiterhin einen der Bedeutung dieser Aufgabe angemessenen Beitrag leisten.

5882

5883 Dazu werden wir gemeinsam mit unseren Verbündeten in Kürze auf einer interna-
5884 tionalen Konferenz unsere Strategie gemeinsam mit den Vertretern Afghanistans
5885 auf eine neue Grundlage stellen. Wir erwarten dabei, dass die afghanische Regie-
5886 rung ihre Verpflichtung zu guter Regierungsführung, zum Schutz der Menschen-
5887 rechte und zur Bekämpfung der Drogen-Kriminalität sowie der Korruption bekräf-
5888 tigt und den Worten Taten folgen lässt. In Abstimmung mit unseren Partnern wer-
5889 den wir die Verantwortung an die Autoritäten des Landes schrittweise übergeben.

5890

5891 Wir halten dabei am Konzept der Vernetzten Sicherheit fest: Ohne Sicherheit gibt
5892 es keinen Aufbau, ohne Aufbau keine Sicherheit. Zentrale Bedeutung hat der zivile
5893 Aufbau und die zielgerichtete Fortsetzung der entwicklungspolitischen Maßnah-
5894 men. Je früher die afghanische Regierung im Land selbst Sicherheit gewährleisten
5895 kann, desto früher können wir in Abstimmung mit unseren Partnern den schrittwei-
5896 sen Abzug beginnen. Wir werden unsere Strategie der Übergabe in Verantwortung
5897 entschieden voran bringen und deshalb unsere Anstrengungen unter anderem bei
5898 der Europäischen Polizeimission EUPOL, beim nachhaltigen Aufbau und bei der
5899 Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte deutlich verstärken.

5900

5901 Wir sind überzeugt, dass für Frieden und Entwicklung in Afghanistan auch die re-
5902 gionale Zusammenarbeit, allen voran ein konstruktives, von Vertrauen getragenes
5903 Verhältnis zwischen Afghanistan und Pakistan, maßgeblich ist. Wir wollen unseren
5904 Beitrag leisten, diese Beziehungen zu verbessern und die umfassende Stabilisie-
5905 rung des pakistanischen Staates zu fördern.

5906

5907 Wir wollen die ressortübergreifenden Anstrengungen der Bundesregierung bün-
5908 deln und das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung mit konkreten Vorgaben
5909 umsetzen. Für die Abstimmung mit unseren internationalen Partnern wird die
5910 Bundesregierung auf Vorschlag des Auswärtigen Amtes und in Abstimmung mit
5911 allen betroffenen Ressorts einen Sonderbotschafter ernennen. Dieser berichtet
5912 den für Afghanistan im Konzept der Vernetzten Sicherheit verantwortlichen Bun-
5913 desministern, die gemeinsam einen Kabinettsausschuss bilden.

5914

5915 **4. Internationale Einsätze und Instrumente deutscher** 5916 **Sicherheitspolitik**

5917

5918 Wir handeln militärisch nur dann, wenn wir dies im Rahmen der VN, der NATO
5919 oder der EU sowie aufgrund einer völkerrechtlichen Legitimation tun können. Un-
5920 berührt davon bleibt das Recht auf Selbstverteidigung. Von unserer Kultur der Zu-
5921 rückhaltung werden wir uns weiterhin leiten lassen.

5922

5923 Bei der internationalen Krisenprävention und -bewältigung stehen bei uns politi-
5924 sche und diplomatische Bemühungen an erster Stelle, dennoch wächst die Bedeu-
5925 tung des Einsatzes ziviler Kräfte von Polizei und Justiz. Wir müssen gemeinsam
5926 mit unseren Partnern darauf vorbereitet sein, mit diesen Mitteln krisenhaften Ent-
5927 wicklungen frühzeitig entgegenzusteuern und bei Ausbruch von Krisen schnell und
5928 verlässlich zu handeln.

5929

5930 Zur nachhaltigen Stabilisierung von Krisenregionen sind Aufbau und rechtstaatli-
5931 che Ausbildung örtlicher Polizeikräfte ein Schlüsselement. Wir werden deshalb
5932 unsere Fähigkeiten für polizeiliche Beiträge stärken durch den Aufbau entspre-
5933 chender Einheiten bei der Bundespolizei und durch einen von den Ländern zur
5934 Verfügung gestellten Pool, der für internationale Verwendungen bereit steht.

5935

5936 Wir bekennen uns zum Ansatz einer Vernetzten Sicherheitspolitik. Dies erfordert
5937 moderne und leistungsfähige Streitkräfte und geeignete zivile Instrumente zur
5938 internationalen Konfliktvorsorge und -bewältigung sowie eine noch engere Integra-
5939 tion und Koordinierung. In künftige Mandate für Einsätze im Ausland werden wir
5940 konkrete Benennungen der zu leistenden Aufgaben sowie deren Zuteilung auf die
5941 verantwortlichen Ressorts aufnehmen.

5942

5943 Im Rahmen der Vereinten Nationen werden wir auf eine schrittweise Reduzierung
5944 unseres deutschen Beitrages zur Maritime Task Force UNIFIL mit der Perspektive
5945 der Beendigung hinwirken.

5946

5947 Im Zusammenhang mit der Piraterie- und Terrorismusbekämpfung am Horn von
5948 Afrika werden wir die Bemühungen um eine bessere Koordinierung der Einsätze
5949 fortsetzen und eine kritische Überprüfung der Vielzahl der Mandate mit dem Ziel
5950 der Reduzierung vornehmen.

5951

5952 Vor dem Hintergrund der globalen Bedrohung durch die Piraterie streben wir die
5953 Errichtung einer Kammer zur Verfolgung von Piraterie beim Internationalen Straf-
5954 gerichtshof an.

5955

5956 Die Bundesregierung wird den Deutschen Bundestag regelmäßig über die laufen-
5957 den Einsätze deutscher Streitkräfte informieren und so die Voraussetzungen für
5958 deren angemessene parlamentarische Kontrolle schaffen.

5959 Soweit mit den Regelungen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes eine jeweils
5960 zeitnahe und ausreichende Information des Parlaments in besonderen Fällen
5961 durch die Bundesregierung nicht sichergestellt werden kann, legen die Koalitions-
5962 fraktionen Initiativen zur Änderung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes oder zur
5963 Schaffung eines Vertrauensgremiums vor.

5964
5965 Zudem werden wir dafür Sorge tragen, dass zusätzliche einsatzbedingte Aufwen-
5966 dungen für kurzfristige und unvorhersehbare Verpflichtungen der Sicherheitskräfte
5967 im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen künftig aus dem Einzelplan 60
5968 (Allgemeine Finanzverwaltung) finanziert werden.

5969
5970 Schließlich werden wir die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), das
5971 Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und die Führungsakademie der
5972 Bundeswehr (FüAkBw) verstärkt nutzen, um Führungskräfte von Bund und Län-
5973 dern sowie der Wirtschaft, Wissenschaft und Medien weiterzubilden und die Prin-
5974 zipien der Vernetzten Sicherheitspolitik kontinuierlich weiterzuentwickeln.

5975

5976 **5. Für eine leistungsstarke und moderne Bundeswehr**

5977

5978 Die Bundeswehr ist ein wesentliches Instrument deutscher Friedenspolitik. Wir
5979 wollen auch in Zukunft eine leistungsfähige Bundeswehr als unverzichtbares In-
5980 strument für den Schutz Deutschlands und seiner Menschen ebenso wie für die
5981 internationale Krisenvorsorge und Konfliktbewältigung erhalten.

5982

5983 Die Wehrpflicht hatte in den letzten Jahrzehnten ihre Berechtigung und sich be-
5984 währt. Seit dem Ende des kalten Krieges haben sich die sicherheitspolitische La-
5985 ge, Auftrag und Aufgabenspektrum der Bundeswehr grundlegend verändert. Die-
5986 sen Veränderungen ist angemessen Rechnung zu tragen.

5987

5988 Die Koalitionsparteien halten im Grundsatz an der allgemeinen Wehrpflicht fest mit
5989 dem Ziel, die Wehrdienstzeit bis zum 1. Januar 2011 auf sechs Monate zu redu-
5990 zieren.

5991

5992 Der Bundesminister der Verteidigung setzt eine Kommission ein, die bis Ende
5993 2010 einen Vorschlag für Eckpunkte einer neuen Organisationsstruktur der Bun-
5994 deswehr, inklusive der Straffung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen, zu
5995 erarbeiten hat.

5996

5997 Die Bundesregierung bekennt sich zur Inneren Führung und zum Leitbild vom
5998 Staatsbürger in Uniform. Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen sich auf den
5999 Rückhalt in der Gesellschaft verlassen können. Ihren Leistungen für die Sicherheit
6000 unseres Landes gebührt hohe Anerkennung.

6001

6002 Unsere Fürsorgepflicht gilt in besonderem Maße den in Ausübung ihres Dienstes
6003 zu Schaden Gekommenen und ihren Familien. Für in Folge belastender Ereignis-
6004 se traumatisierte Soldatinnen und Soldaten wird die Einrichtung eines Trauma-
6005 Zentrums mit Priorität verfolgt.

6006

6007 Zudem verständigen sich die Koalitionspartner vor dem Hintergrund des demogra-
6008 fischen Wandels darauf, mit Blick auf die personelle Einsatzfähigkeit ein Maßnah-
6009 menpaket zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr bis En-
6010 de 2010 vorzulegen. Es wird sich hierbei u. a. um die Verbesserung der Verein-
6011 barkeit von Familie und Dienst, die Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten,
6012 die Reduzierung der Versetzungshäufigkeit und die zügige Fortführung der Mo-
6013 dernisierung „Kasernen-West“ handeln.

6014
6015 Darüber hinaus gehende Änderungen, wie die Schaffung eines neuen Laufbahn-
6016 rechts, werden realisiert.

6017
6018 Wir schaffen eine zentrale Zuständigkeit der Justiz für die Verfolgung von Strafta-
6019 ten von Soldaten, die diesen in Ausübung ihres Dienstes im Ausland vorgeworfen
6020 werden.

6021

6022 **Wehrtechnische Industrie und Rüstungskooperation**

6023 Eine leistungsfähige nationale wehrtechnische Industrie ist für uns von hoher si-
6024 cherheits- und wirtschaftspolitischer Bedeutung. Sie bleibt Grundlage für eine auf-
6025 gabengerechte Ausrüstung der Bundeswehr, die zunehmend nur über internatio-
6026 nale Kooperation gewährleistet werden kann.

6027

6028 Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr brauchen für ihren gefährlichen
6029 Auftrag bis hin zum Gefecht die bestmögliche Ausrüstung.

6030

6031 Beim Rüstungsprojekt A 400 M besteht die Koalition auf vollständiger Erfüllung
6032 des Vertrages. Der strategische Lufttransport wird sicher gestellt. Bei dem zu be-
6033 schaffenden Eurofighter haben sich die Koalitionsparteien darauf geeinigt, zukünf-
6034 tige Exporte auf die noch in der Tranche 3b zu beauftragende Stückzahl anrech-
6035 nen zu lassen.

6036

6037 Bei der Beschaffung wehrtechnischen Materials werden wir Strukturen zur Sicher-
6038 stellung von Rechtsbeachtung und -befolgung schaffen.

6039

6040 Die Sicherung technologischer Kompetenz und hochwertiger Arbeitsplätze in
6041 Deutschland ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen. Wir werden daher
6042 ressortübergreifend Maßnahmen zur Erhaltung ausgewählter wehrtechnischer
6043 Kernfähigkeiten festlegen und umsetzen.

6044

6045 Wir halten an den derzeit geltenden Rüstungsexportbestimmungen fest und set-
6046 zen uns weiter für eine Harmonisierung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb
6047 der EU ein. Wir treten für faire Wettbewerbsbedingungen in Europa ein und be-
6048 kräftigen den Offset-Verhaltenskodex der Europäischen Verteidigungsagentur.

6049

6050 **6. Menschenrechte schützen – Rechtsstaatlichkeit fördern**

6051

6052 Die Glaubwürdigkeit Deutschlands steht in direktem Zusammenhang mit dem
6053 konsequenten Eintreten für die Menschenrechte in der Außen- und Entwicklungs-
6054 politik. Ihre Einhaltung ist das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche
6055 und kulturelle Entwicklung jedes Landes. Körperliche und geistige Unversehrtheit,
6056 Gedanken- und Meinungsfreiheit und die Freiheit von Diskriminierung sind un-
6057 räußerliche Prinzipien unserer Menschenrechtspolitik. Wir wenden uns auch in

6058 unseren auswärtigen Beziehungen gegen jegliche Benachteiligung aufgrund von
6059 Religion, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

6060

6061 Der Rechtsstaatsdialog und Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft sind
6062 wichtige Instrumente unserer Menschenrechtspolitik, deren Wirkung kontinuierlich
6063 überprüft werden muss. Ebenso kontinuierlich wird sich die Bundesregierung
6064 weltweit für Religionsfreiheit einsetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf
6065 die Lage christlicher Minderheiten legen.

6066

6067 In unserem Regierungshandeln treten wir für die weltweite Abschaffung von To-
6068 desstrafe, Folter und unmenschlicher Behandlung ein. Insbesondere Menschen-
6069 handel, Kinderarbeit, der Einsatz von Kindersoldaten, Zwangsprostitution,
6070 Zwangsheirat und Praktiken wie Genitalverstümmelung müssen geächtet und
6071 international verboten werden. Wir sehen in der Globalisierung eine Chance, den
6072 Menschenrechten weltweit zur Durchsetzung zu verhelfen und befürworten Zertifi-
6073 zierungsmaßnahmen und Initiativen verantwortungsvoller Unternehmensführung.
6074 In Partnerschaftsabkommen werden wir den Schutz der Menschenrechte berück-
6075 sichtigen und ihre Umsetzung verfolgen.

6076

6077 Wichtige Pfeiler internationaler Menschenrechtspolitik sind die internationalen
6078 Menschenrechtsschutzsysteme. Der Europarat mit dem Europäischen Gerichtshof
6079 für Menschenrechte (EGMR) sowie der Internationale Strafgerichtshof (IStGH)
6080 sind unentbehrliche Instrumente im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen.
6081 Insbesondere der EGMR bedarf stärkerer Unterstützung, da viele anhängige Kla-
6082 gen wegen mangelnder finanzieller Ressourcen nur sehr spät oder gar nicht bear-
6083 beitet werden können.

6084

6085 Wir setzen uns für eine Evaluierung des Rom-Statuts zum IStGH ein, mit dem Ziel,
6086 Strafbarkeitslücken zu schließen. Wir bekennen uns zu den völkerrechtlichen Ver-
6087 pflichtungen Deutschlands und treten für eine bessere Durchsetzung des Völker-
6088 strafgesetzbuchs ein. Wir unterstützen die Bestrebungen, in Nürnberg ein Institut
6089 zur Durchsetzung der Nürnberger Prinzipien zum Völkerstrafrecht einzurichten.

6090

6091 Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen darf nicht zum Spielfeld nationaler
6092 Machtinteressen werden, sondern soll sich als internationales Sprachrohr gegen
6093 Menschenrechtsverletzungen etablieren. Wir werden die Menschenrechtsdimension
6094 der OSZE fortentwickeln und die Stellung des OSZE-Büros für demokratische In-
6095 stitutionen und Menschenrechte (ODIHR) stärken.

6096

6097 **7. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik**

6098

6099 Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist eine tragende Säule der deutschen
6100 Außenpolitik. Einer gezielten Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik kommt im
6101 Zeitalter der Globalisierung eine immer größere Bedeutung zu. Deutsche Kultur-
6102 einrichtungen wie das Deutsche Archäologische Institut, die Goethe-Institute, der
6103 DAAD, die Humboldt-Stiftung und die deutschen Auslandsschulen sowie Wissen-
6104 schaftskooperationen und entsprechende Zukunftsprojekte, wie zum Beispiel die
6105 Deutsch-Türkische Universität in Istanbul, sind Brücken unserer wertorientierten
6106 Außenpolitik.

6107

6108 Der Förderung der deutschen Sprache im Ausland werden wir besondere Beach-
6109 tung beimessen. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik soll Deutschland in
6110 seiner Vielfalt darstellen und das Interesse an unserem Land, unserer Sprache
6111 und unserer Geschichte und Kultur fördern. Dies sind die Grundvoraussetzungen
6112 für gute und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Part-
6113 nern. Heute begreift Deutschland seine Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
6114 noch stärker als Beitrag zur Krisenprävention, Menschenrechtsschutz und Frei-
6115 heitsförderung.

6116
6117 Dem Dialog mit dem Islam messen wir besondere Bedeutung zu. Wir achten und
6118 schätzen die reiche kulturelle Tradition der islamischen Welt und setzen uns für
6119 ein friedliches Miteinander der westlichen Demokratien mit den islamisch gepräg-
6120 ten Staaten ein. Islamisch geprägte Gesellschaften müssen ihren eigenen Weg in
6121 die und in der Moderne finden. Dabei ist es in unserem Interesse, die moderaten
6122 Kräfte in ihrem Streben nach Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu unterstützen.
6123 Islamistischer Terrorismus ist zunächst eine Bedrohung für die islamisch gepräg-
6124 ten Gesellschaften selbst, aber auch für uns.

6125
6126 In unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nehmen die innereuropäischen
6127 sowie transatlantischen Beziehungen eine besondere Rolle ein. Wir wollen diese
6128 Beziehungen durch verstärkten Kultur- und Wissensaustausch stärken. Zudem
6129 betrachten wir es als Aufgabe der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, auch
6130 die europäische Identität zu stärken und somit zur weiteren innereuropäischen
6131 Integration einen wertvollen Beitrag zu leisten. Mittel- und langfristig streben wir
6132 zwischen den EU-Mitgliedstaaten in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik
6133 Synergien in Form gemeinsamer Programme und Strukturen und der Entwicklung
6134 kooperativer europäischer Kulturinstitute an. Wir werden die Auswärtige Kultur-
6135 und Bildungspolitik finanziell bestmöglich ausstatten und verstehen dies als lang-
6136 fristige politische, kulturelle und wirtschaftspolitische Investition.

6137
6138 Die mediale Präsenz Deutschlands in der Welt durch die Deutsche Welle muss ver-
6139 stärkt werden. Hierzu können Programmangebote öffentlich-rechtlicher und privater
6140 Medienunternehmen einen Beitrag leisten. Bei der Vergabe der Mittel aus der ODA-
6141 Quote soll die Deutsche Welle stärker berücksichtigt werden.

6142 6143 **8. Entwicklungszusammenarbeit**

6144
6145 In der Verfolgung der Ziele unserer Entwicklungspolitik kommen unsere Werte und
6146 Interessen gleichermaßen zum Ausdruck. Dabei sind rechtsstaatliche Mindest-
6147 standards und die Einhaltung der Menschenrechte zur berücksichtigen.

6148
6149 Ziel der Entwicklungspolitik ist eine nachhaltige Bekämpfung von Armut und Struk-
6150 turdefiziten im Sinne der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen. Die Stär-
6151 kung guter Regierungsführung, der Eigenverantwortung und der Selbsthilfekräfte
6152 in den Entwicklungsländern werden zentrale Bestimmungselemente für unsere
6153 Entwicklungspolitik sein. Dies erfordert die intensive Einbindung und Stärkung al-
6154 ler in der Entwicklungsarbeit Tätigen – insbesondere der Kirchen, Stiftungen und
6155 Nichtregierungsorganisationen – wie auch eine engere Kooperation mit der deut-
6156 schen Privatwirtschaft. Den politischen Stiftungen kommt dabei eine herausgeho-
6157 bene Funktion zu.

6158

6159 Unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ und dem Gesichtspunkt der Ernährungs-
6160 souveränität werden wir uns für ein nachhaltiges internationales Engagement zur
6161 Stärkung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Entwicklungsländern
6162 einsetzen.

6163
6164 Wir wollen die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik steigern und sie durch eine
6165 Schärfung des Profils, Akzentuierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, klare
6166 nationale und internationale Arbeitsteilung nach den Prinzipien der Erklärung von
6167 Paris, Steigerung der Kohärenz sowie durch eine effizientere Gestaltung der bila-
6168 teralen, multilateralen und europäischen Organisationsstrukturen und Instrumente
6169 neu ausrichten.

6170
6171 Wir werden uns auf folgende Schlüsselsektoren konzentrieren: Gute Regierungs-
6172 führung, Bildung/Ausbildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, Klima-, Umwelt-
6173 und Ressourcenschutz sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit (Ausbau/Schutz
6174 des Privatsektors, z.B. mittels PPP, Mikrofinanzsystemen und Infrastrukturförde-
6175 rung). Die bisherigen Zusagen Deutschlands für die Bewahrung der biologischen
6176 Vielfalt und die Bekämpfung von Klimawandel und Hunger sollen konsequent um-
6177 gesetzt und auch künftig bedarfsgerecht gestaltet werden.

6178
6179 Wir werden im Kontext der europäischen und internationalen Arbeitsteilung in der
6180 bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) Deutschlands mit einer begrenz-
6181 ten Zahl von Partnerländern zusammenarbeiten. Bei der flexiblen Anpassung wer-
6182 den die Kriterien gute Regierungsführung, Bedürftigkeit, Signifikanz unserer Hilfe,
6183 Gefahrenquellen und strategische Partnerschaft wichtige Gesichtspunkte sein.

6184
6185 In der Zusammenarbeit mit fragilen und zerfallenden Staaten und Ländern mit
6186 schlechter Regierungsführung wollen wir Konzepte entwickeln, um situationsge-
6187 recht in ausgewählten Staaten Transformationsprozesse zu unterstützen. Krisen-
6188 und Katastrophenvorsorge sollen übergreifend gestaltet werden.

6189
6190 Wir werden die Zusammenarbeit mit Schwellenländern zu Partnerschaften für eine
6191 nachhaltige Gestaltung der Globalisierung in gegenseitiger Verantwortung weite-
6192 rentwickeln, insbesondere Dreieckskooperationen fördern. Wir werden uns vor
6193 allem in Feldern hohen gemeinsamen Interesses, wie z.B. Rechtsstaatsförderung,
6194 Umwelt- und Klimaschutz sowie Wissenschaftskooperation engagieren. Die ein-
6195 gesetzten Instrumente sollen zu möglichst marktnahen Konditionen schrittweise
6196 gegen Entgelt angeboten werden.

6197
6198 Wir werden uns für einen schnellen und entwicklungsorientierten Abschluss der
6199 Welthandelsverhandlungen einsetzen, sowie den Abbau der Agrarsubventionen
6200 und die Beendigung handelsverzerrender Fördermaßnahmen im Rahmen der
6201 WTO-Verhandlungen, den Süd-Süd-Handel und regionale Wirtschaftspartner-
6202 schaften fördern und durch Handelshilfen dazu beitragen, dass Entwicklungslän-
6203 der an der wirtschaftlichen Globalisierung Teil haben können.

6204
6205 Kredite werden wir insbesondere unter Berücksichtigung der Schulden tragfähig-
6206 keit geben. Entschuldungen von Entwicklungsländern werden wir nur unter der
6207 Voraussetzung einer transparenten Haushaltsführung, der Bekämpfung von Kor-
6208 ruption und Misswirtschaft sowie des Aufbaus einer soliden Wirtschaftsstruktur
6209 und der Stärkung der Eigenfinanzierung der Entwicklungsländer gewähren. Wir

6210 setzen uns zudem für die Implementierung einer internationalen Insolvenzordnung
6211 ein.

6212

6213 **Struktur der Entwicklungszusammenarbeit**

6214

6215 Wir wollen die Schlagkraft der deutschen Entwicklungspolitik erhöhen, um die
6216 Wirksamkeit und Zielgenauigkeit des Mitteleinsatzes zu verbessern, insbesondere
6217 durch Auflösung von Doppelstrukturen in Regierung und Durchführung.

6218

6219 Die Reform der Durchführungsstrukturen soll mit der Zusammenführung der Or-
6220 ganisationen der Technischen Zusammenarbeit (TZ) beginnen und mit Mecha-
6221 nismen zur besseren Verknüpfung von technischer und finanzieller Zusammenar-
6222 beit verbunden werden. Die Entscheidung über die Strukturen der TZ wollen wir,
6223 gegebenenfalls unterstützt durch externe Beratung durch den Bundesrechnungs-
6224 hof, innerhalb des ersten Jahres der Legislaturperiode treffen. Zur Verbesserung
6225 der Steuerungsfähigkeit der deutschen Entwicklungspolitik werden wir die Organi-
6226 sationsstrukturen reformieren, die durch Abbau von Doppelstrukturen entstehen-
6227 den Synergien dazu nutzen, externes Personal durch Dienstkräfte zu ersetzen
6228 sowie die Außenstruktur des für die Entwicklungspolitik zuständigen Ressorts und
6229 die Präsenz in multilateralen und europäischen Strukturen verbessern.

6230

6231 **Architektur der internationalen Entwicklungszusammenarbeit**

6232

6233 Die Überprüfung der entwicklungspolitischen Effizienz und Koordinierungsfähigkeit
6234 multilateraler Institutionen wird die Basis für unsere Initiativen zur Reform der
6235 internationalen Entwicklungsarchitektur hin zu klar definierter Aufgabenstruktur
6236 und darauf basierender Arbeitsteilung sein.

6237

6238 Wir halten eine grundlegende Reform der EU-Entwicklungspolitik hin zu mehr Ko-
6239 härenz, Komplementarität und Subsidiarität für erforderlich und wollen den EU-
6240 Verhaltenskodex im Hinblick auf Prinzipien zur schlüssigen Arbeitsteilung überprü-
6241 fen. Wir werden auf eine wirkungsvolle parlamentarische Begleitung des laufen-
6242 den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) hinwirken und im Rahmen einer neu-
6243 en Finanziellen Vorausschau auf die Integration des 11. EEF in den Haushalt der
6244 EU hinarbeiten. Diese Integration muss mit dem deutschen entwicklungspoliti-
6245 schen Instrumentarium verzahnt werden. Wir wollen die unterschiedliche Behand-
6246 lung von Entwicklungsländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks im Vergleich zu
6247 Entwicklungsländern anderer Weltregionen beenden und streben eine einheitliche
6248 Entwicklungszusammenarbeit der EU an.

6249

6250 Wir wollen eine Verteilung der bilateralen sowie der europäischen und multilatera-
6251 len deutschen Leistungen im Verhältnis von zwei Dritteln zu einem Drittel errei-
6252 chen, um die Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen Entwicklungspolitik zu er-
6253 weitern und den Wirkungsgrad der eingesetzten Haushaltsmittel zu erhöhen.

6254

6255 Wir wollen trotz Finanzkrise die internationalen Verpflichtungen zur schrittweisen
6256 Erhöhung der deutschen öffentlichen Entwicklungsleistungen auf 0,7% des BSP
6257 einhalten. Wir werden uns diesem Ziel verantwortlich im Rahmen des Bundes-
6258 haushaltes annähern. Eine Erhöhung der entwicklungspolitischen Mittel muss mit
6259 einer Effizienzsteigerung des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der

- 6260 Absorptionsfähigkeit in den Entwicklungsländern einhergehen. Ein wichtiges An-
6261 liegen ist für uns auch die Stärkung der Eigenfinanzierung der Entwicklungsländer.
6262
6263 Budgethilfe und Entschuldung werden nur nach strengen, transparenten Vergabe-
6264 kriterien gewährt und fortlaufend überprüft.
6265
6266

VI. ARBEITSWEISE DER KOALITION

6267
6268
6269
6270
6271
6272
6273
6274
6275
6276
6277
6278
6279
6280
6281
6282
6283
6284
6285
6286
6287
6288
6289
6290
6291
6292
6293
6294
6295
6296
6297
6298
6299
6300
6301
6302
6303
6304
6305
6306
6307
6308
6309
6310
6311
6312
6313
6314
6315
6316
6317

1. Kooperation der Parteien

Diese Koalitionsvereinbarung gilt für die Dauer der 17. Wahlperiode. Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln umzusetzen. Die Partner tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.

Die Koalitionspartner CDU, CSU und FDP werden ihre Arbeit in Parlament und Regierung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens herstellen. Die Koalitionspartner treffen sich regelmäßig zu Beginn einer jeden Sitzungswoche zu Koalitionsgesprächen im Koalitionsausschuss. Darüber hinaus tritt er auf Wunsch eines Koalitionspartners zusammen. Er berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen, und führt in Konfliktfällen Konsens herbei. Ihm gehören an die Parteivorsitzenden, die Fraktionsvorsitzenden, die Generalsekretäre, die 1. Parlamentarischen Geschäftsführer, der Chef des Bundeskanzleramtes, der Bundesfinanzminister und ein weiteres von der FDP zu benennendes Mitglied.

2. Kooperation der Fraktionen

Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen. Über das Verfahren und die Arbeit im Parlament wird Einvernehmen zwischen den Koalitionsfraktionen hergestellt. Anträge, Gesetzesinitiativen und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam oder, im Ausnahmefall, im gegenseitigen Einvernehmen eingebracht.

3. Bundesregierung

3.1 Arbeit im Kabinett

Im Kabinett wird in Fragen, die für einen Koalitionspartner von grundsätzlicher Bedeutung sind, keine Seite überstimmt. Ein abgestimmtes Verhalten in den Gremien der EU wird sichergestellt. In allen Ausschüssen des Kabinetts und in allen vom Kabinett beschickten Gremien sind die Koalitionspartner nach einem grundsätzlich festgelegten Schlüssel vertreten. Die Besetzung von Kommissionen, Beiräten usw. beim Kabinett erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen nach einem grundsätzlich festgelegten Schlüssel.

3.2 Ressortverteilung

CDU und CSU stellen die Bundeskanzlerin und die Minister in den folgenden Bereichen; Innen; Finanzen; Verteidigung; Arbeit und Soziales; Bildung und Forschung; Familie, Frauen, Senioren und Jugend; Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Bauen, Wohnen und Verkehr; Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Minister für besondere Aufgaben im Bundeskanzleramt;

6318 Die FDP stellt die Minister in den folgenden Bereichen: Auswärtiges; Justiz; Wirt-
6319 schaft und Technologie; Gesundheit; Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-
6320 wicklung;

6321

6322 Das Vorschlagsrecht für die jeweiligen Ämter liegt bei den verantwortlichen Partei-
6323 en.

6324